

## Dritte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Mittwoch, den 6. März 1929.

(Beginn 10 Uhr.)

### Tagesordnung.

1. Eingänge.
2. Antrag des Wahlprüfungsausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den Eintritt neuer Mitglieder in den Provinziallandtag.
3. Beratung des Haushaltsplans und der damit in Verbindung stehenden Landtagsvorlagen.
4. Entscheidung über die geschäftliche Behandlung der eingegangenen Vorlagen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist eröffnet. Es haben sich entschuldigt infolge von Erkrankung die Herren Abgeordneten Henry, Bonn, und Vaterrodt, Köln, und wegen Teilnahme an den Verhandlungen des Preussischen Landtags vorläufig der Abgeordnete von Detten.

Die Niederschrift über die gestrige Vollsitzung liegt auf dem Tische des Hauses zur Einsicht offen.

Schriftführer für die heutige Tagung sind zunächst die Herren Abgeordneten Koenzgen und Hauck. Ich bitte aber auch die beiden anderen Herren Beisitzer, sich bereit zu halten, diese Herren zu vertreten, und die Vertretung unter sich auszumachen.

Eingegangen sind:

Ein Antrag der K.P.D.-Fraktion, betreffend Ausständigung eines Personalausweises an die Mitglieder des Provinziallandtags und des Provinzialausschusses zum unangemeldeten Betreten der Provinzialanstalten. (Drucksache 42.)

Der Ältestenrat schlägt Ueberweisung an den Sachausschuß I vor, nach Stellungnahme des Provinzialausschusses.

Antrag der Zentrumsfraktion auf Ermächtigung des Provinzialausschusses, mit dem Bau der Kraftwagenstraße Köln-Düsseldorf bereits im Winter 1929 zu beginnen und bei Ausführung der Straßenbauarbeiten das Material der Rheinischen Hartstein- und Bajalindustrie in besonderer Weise zu berücksichtigen. (Drucksache 44.)

Nach Anhörung des Provinzialausschusses Ueberweisung an Sachausschuß IV.

Antrag der S.P.D.-Fraktion, betreffend Ersuchen an die Reichsregierung und den Reichstag auf Bereitstellung von Mitteln für Kinderspeisung. (Drucksache 45.)

Nach Anhörung des Provinzialausschusses Ueberweisung an Sachausschuß III.

Antrag der S.P.D.-Fraktion, zur Förderung des Kleinwohnungswesens weitere Mittel als vorgesehen zur Verfügung zu stellen. (Drucksache 46.) Sachausschuß I.

Antrag der S.P.D.-Fraktion, betreffend Aufstellung eines Haushaltsplans für das Jahr 1928 durch den Jugendherbergsverband, Gau Rheinland. (Drucksache 47.) Sachausschuß II.

Antrag der S.P.D.-Fraktion, betreffend anderweite Festsetzung der Beitragsleistung durch den Jugendherbergsverband, Gau Rheinland. (Drucksache 48.) Sachausschuß II.

Anfrage der S.P.D.-Fraktion, ob die Provinzialverwaltung in der Lage ist, über die Maßnahmen der Strombauverwaltung bei der zu erwartenden Hochwassergefahr Auskunft zu geben. Sachausschuß I.

Antrag der K.P.D.-Fraktion, im Haushaltsplan für Kunst und Wissenschaft zur Errichtung und Unterhaltung von Denkmälern vorgesehene Beträge zu streichen und diese Mittel zur Unterstützung der Erwerbslosen zu verwenden. (Drucksache 50.) Sachausschuß I.

Antrag der K.P.D.-Fraktion dahingehend, bei der Reichs- und Staatsregierung auf Abänderung des Gesetzes über eine Sonderfürsorge bei beruflicher Arbeitslosigkeit vorstellig zu werden,

und derselben Fraktion, bei der Reichs- und Landesregierung auf Abänderung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung hinzuwirken.

Der Ältestenrat schlägt vor, diese beiden Anträge miteinander zu verbinden und ihre Beratung mit der Haushaltsberatung der Straßenbauverwaltung zu verbinden und sie demgemäß dem Sachausschuß IV zu überweisen. Der Provinzialausschuß hat hier auf sein Anhörungsrecht verzichtet.

Antrag der K P D.-Fraktion, betreffend Wohnungsnot.

Hier schlägt der Nestenrat, nachdem der Provinzialausschuß auch auf Anhörung verzichtet hat, Ueberweisung an den Sachausschuß I vor, und zwar in Verbindung mit den übrigen Anträgen, betreffend die Wohnungsnot.

Vier Anträge der K P D.-Fraktion, und zwar:

Antrag, betreffend Neuregelung des Reichsfinanzausgleichs,

auf Protesteinlegung gegen die Aufhebung der Besteuerung des ruhenden Grundbesitzes,

auf Protesterhebung gegen die vom Reichsfinanzminister vorgelegten neuen Steuergesekentwürfe und zur Konkordatsfrage.

Der Nestenrat hat auf Grund des § 11 Absatz 2 der Geschäftsordnung beraten, ob diese Gegenstände zur Zuständigkeit des Provinziallandtags gehören. Er hat diese Frage verneint. Demnach werden bis auf weiteres diese Anträge nicht auf die Tagesordnung gesetzt. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Ferner sind eingegangen:

Ein Antrag des Abgeordneten Dörr, betreffend Fürsorge für die kinderreichen Familien.

Hier schlage ich Ueberweisung an den Sachausschuß I vor.

Antrag der K P D.-Fraktion auf sofortige Neuwahl der Mitglieder des Landesjugendamts.

Hier schlage ich Sachausschuß II vor.

Antrag der K P D.-Fraktion, betreffend Förderung des Gesundheitszustandes der Fürsorgezöglinge in allen Anstalten mit über 100 Zöglingen durch Einrichtung von Badeanstalten mit Schwimmbassin. Sachausschuß II.

Antrag der K P D.-Fraktion auf Abstinenznahme von der Einziehung von Renten der Fürsorgezöglinge, sowie auf Einstellung der Einziehung von Erstattungsbeträgen mit der Aufhebung der Fürsorgeerziehung. Sachausschuß II.

Antrag derselben Fraktion, betreffend Abänderung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes, Uebernahme von Privat-Fürsorgeerziehungsanstalten mit hilfsbedürftigen Minderjährigen in Kommunalverwaltung, Tragung der Kosten der Unterbringung hilfsbedürftiger Minderjähriger durch das Reich und Anweisung an alle Jugendämter, die Erledigung von Fürsorgeanträgen nicht privaten Vereinigungen zu übertragen. Sachausschuß II.

Antrag des Abgeordneten Saßen, betreffend Durchführung und Finanzierung von Gruppenwasserwerken. Sachausschuß I.

Antrag der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft zur Drucksache 30, die Gewährung von

1 Million Reichsmark an den Verbandsausschuß des Siedlungsverbandes des Ruhrkohlenbezirks davon abhängig zu machen, daß der Verbandsausschuß einen Nachweis der Baustellen unter Verteilung der Mittel dem Provinzialausschuß übergibt. Das ist etwas verkehrt ausgedrückt, es soll wohl heißen: „an den Verbandsausschuß zu überweisen mit der Maßgabe, daß der Verbandsausschuß einen Nachweis übergibt“. Sachausschüsse IV und I.

Antrag des Gemeinderats Urfeld auf Aenderung der Linienführung der Autostraße Köln-Bonn.

Soweit die Anträge mit bestimmten Vorlagen zusammenhängen, bitte ich, zu beschließen, sie mit diesen Vorlagen zu vereinigen, im übrigen aber sie mit der Beratung der einzelnen Etats zu verbinden.

Antrag der Arbeitsgemeinschaft: Es wird beantragt:

- a) die unter Titel X des Haushalts für 1929 zur weiteren Durchführung des Hochwasserbeschuss-Programms eingesetzten 600 000 Mark auf Anleihe zu nehmen und in den Haushalt nur die Zinsen und Tilgungsbeträge einzusetzen,
- b) die hierdurch in dem Haushaltsplan frei werdenden Summen zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages 1925 zu verwenden. Sachausschuß I.

Sie haben die Vorschläge gehört. Ich höre keinen Widerspruch. Es ist damit die Ueberweisung an die betreffenden Ausschüsse und die vorgeschlagene Verbindung beschlossen.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Punkt 2: Antrag des Wahlprüfungsausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den Eintritt neuer Mitglieder in den Provinziallandtag.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Schäfer, Köln.

Abgeordneter Dr. Schäfer, Köln: Der Wahlprüfungsausschuß beantragt, die Beschlüsse des Provinzialausschusses zu bestätigen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Sie haben den Antrag gehört. Das Wort wird nicht gewünscht. Es ist nach dem Antrage beschlossen.

Punkt 3: Beratung des Haushaltsplans und der damit in Verbindung stehenden Landtagsvorlagen.

Hier ist gestern beschlossen worden, die Redezeit für jede Fraktion auf 1½ Stunden zu beschränken. Wie die Zeit verteilt werden soll — einer oder mehrere Redner —, ist den Fraktionen überlassen. Die Fraktionen kommen nach dem Stärkeverhältnis zu Wort. Die Wirtschaftsgruppe hat, weil sie die entsprechende

Mitgliederzahl nicht aufweisen kann, um als Fraktion anerkannt zu werden, nur eine Redezeit von einer halben Stunde. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Die Wirtschaftsgruppe nicht!) Wichtig! Die Volksrechtsparteigruppe.

Ich erteile zunächst das Wort dem Herrn Abgeordneten Raederscheidt.

Abgeordneter Raederscheidt: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Oberpräsident und der Herr Landeshauptmann haben gestern für die Einstimmung in unsere Staatsberatungen, wie auch sonst die gesamte Wirtschafts- und soziale Lage des deutschen Volkes vor uns entwickelt und sowohl die Öffentlichkeit wie auch uns nachdrücklich auf den Ernst der Gesamtlage hingewiesen. Ich glaube, wir kommen nicht daran vorbei, daß wir den Eindruck dessen, was wir gestern hörten, so auf uns wirken lassen, daß die gesamte Staatüberprüfung unter dem Gesichtspunkte dieser ersten Lage vorgenommen werden muß. Es hat sich dabei gezeigt, daß es für uns eine Unmöglichkeit ist, losgelöst von der allgemeinen Lage des deutschen Volkes, hier im Provinziallandtag die Selbstverwaltung zu betreiben, daß wir vielmehr genötigt sind, der tiefen Verantwortung der Selbstverwaltung Rechnung tragend, auf die allgemeine Lage bei dieser Betrachtung Rücksicht zu nehmen. Es quält einen geradezu, aus den Betrachtungen herausgehört zu haben, daß die dunkle Wirtschaftslage, die da geschildert worden ist, nun auch nach keiner Richtung hin irgendeine lichte Seite zeigte und uns irgendeinen Hoffnungsschimmer dafür bot, daß wir wenigstens aus diesen Zeiten der Arbeitslosigkeit herauskommen. Es hat vielmehr geradezu darauf hingewiesen werden müssen, daß das Jahr 1929 als ein Krisenjahr durch die Art, wie auch noch die Naturgewalten allem Anschein nach in das Wirtschaftsleben verschärfend eingreifen, sich bemerkbar machen wird. Man mag über die Ursachen, die für den Rückgang der gesamten Wirtschafts- und sozialen Lage des deutschen Volkes maßgeblich sind, denken, wie man will. Man kommt letzten Endes nicht daran vorbei, daß doch die ungeheure Last, die wir nun einmal aus dem verlorenen Kriege heraus als Volk zu tragen haben, immer wieder als das letzte Uebel dieser Wirtschafts- und sozialen Lage für uns in die Augen springt. Die sozialen Folgen der Rationalisierung der Wirtschaft schlecht hin, die Verminderung der Kaufkraft im Innern, die mangelnde Exportfähigkeit nach außen sind nicht allein die Ursachen dieses Niederganges, sondern vor allen Dingen die Unmöglichkeit, aus einem Plus der Produktion und der Arbeitsleistung das herauszubringen, was notwendig ist, um die Lasten, die wir als Reparationsabgaben zahlen müssen, aus unserer Kraft heraus allein zu leisten. So stützen wir gerne die Hoffnung des Herrn Oberpräsidenten und des Herrn Landeshauptmanns, daß es in Paris unseren deutschen

Unterhändlern gelingen möge, eine erträgliche Basis für die Lastenleistung herbeizuführen, und daß es uns vor allen Dingen auch gelingen möge, Klarheit darüber zu erzielen, was wir in Zukunft zu tragen haben, damit das ganze wirtschaftliche Gebaren der Zukunft (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Man wird da drüben die Arbeiter schon verschachern!) einen Sicherheitskoeffizienten erhält, der der Wirtschaft ein Voraussehen und ein Arbeiten für die Zukunft tatsächlich möglich macht. Wenn wir dabei auch zu gleicher Zeit den letzten Mann der Besatzung auf rheinischem Boden verlieren und wenn damit wiederum ein großer Teil an überflüssigen Lasten für uns wegfällt und zu gleicher Zeit der immer wieder geäußerte Friedenswille von beiden Seiten restlos in den Gesamtbeziehungen sich auswirken kann, wenn dadurch auch das wirtschaftliche Leben gerade der Gebiete, die heute noch unter der Besatzung leiden, wieder aufblühen kann, dann, glaube ich, ist für die Gesamtlage ein großer Schritt vorwärts getan. Wir begrüßen also von Herzen, daß auf diesem Wege noch einmal der Hoffnung Ausdruck gegeben ist, daß eine schnellere Befreiung von der Besatzung eintreten möge. (Zustimmung in der Mitte.)

Die Wirtschaft, die wir als Gesamtbild uns vor Augen halten, zeigt für gewisse Kreise eine ganz besondere Not und eine — ich möchte fast sagen — katastrophale Lage. Hinweisen muß man in diesem Zusammenhang zweifellos darauf, daß die gesamte deutsche Landwirtschaft in einer ganz ausnahmsweise schwierigen Situation ist. (Abgeordneter Vollig: Sehr richtig!) Ich will den Bildern, die schon im vorigen Jahre vom Herrn Landeshauptmann gemalt worden sind, und dem, was gestern der Herr Oberpräsident und der Herr Landeshauptmann erneut vor uns entwickelt haben, keine Einzelheiten hinzufügen. Wohl aber möchte ich dem Ausdruck geben, daß seit dieser allgemeinen Einsicht, die überall vorhanden ist, man sich vielleicht doch der wirklichen volkswirtschaftlichen Schäden und der sozialpolitischen Folgen, die ein Absinken größter Teile der Landwirtschaft in eine ganz andere soziale Schicht hinein mit sich bringen, doch nicht voll bewußt ist. (Zustimmung im Zentrum.) Wenn wir als Volk nicht nur irgendeine gesellschaftliche Struktur, wie sie heute gegeben ist, bejahen, sondern darüber hinaus einen gesunden Volksorganismus an sich wünschen, dann, glaube ich, müssen wir auch der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß jede organische Erkrankung irgendwo den gesamten organischen Volkskörper so zerlegen wird, daß eben die ungesunden Teile die gesunden notwendigerweise in den Erkrankungsprozeß mit hineinreißen werden (Sehr richtig!) und daß es keinen Zweck hat, irgendwelche Palliativmittel an irgendeiner bestimmten Stelle aufzulegen, sondern daß man einmal daran gehen muß, die Grundübel und die Grundkrankheiten dieses ganzen Prozesses aufzuheben oder doch zu lin-

dern. Daß für die Rheinprovinz eine ganz besondere Situation innerhalb der Landwirtschaft entsteht und daß eine besondere Situation für sie insofern auch noch gegeben ist, als sie als rheinische Bauernwirtschaft in ausgesprochenem Maße noch in viel mehr Einzelheiten und für eine große Menge von Menschen eine viel größere Breite der Auswirkungen hat, kommt noch verschärfend hinzu. Ich bin der Überzeugung, daß man ernsthaft das tun muß, was die Führer der Landwirtschaft fordern. Es mag schwierig sein für unsere innerpolitische Lage, es mag schwierig sein für die Verhandlungen mit dem Auslande. Aber man wird nicht daran vorbeikommen, daß man doch einmal jene großen grundsätzlichen Fragen daraufhin prüft, ob nicht Handelsverträge oder zollpolitische Maßnahmen das herbeiführen können, was auf die Dauer und schnell für die Landwirtschaft eine Aenderung der Entwicklung bringen kann. Der Herr Oberpräsident hatte gestern zweifellos recht, wenn er sagte, daß dabei vielleicht das Parteidogma und irgendeine sonstige aus der wirtschaftlichen Auffassung gegebene Doktrin fallen gelassen werden muß. Aber wenn man sich einmal die Schwere und den Ernst der ganzen Situation klar gemacht hat, kann man nicht daran vorbeikommen, einfach zu fordern, daß diesen Dingen Gehalt geboten wird und daß man dem Kreislauf ungesunder Dinge, die sich in unserem Volk entwickeln, energisch und schnell Halt gebietet. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Dadurch wird sie nur ungesunder!) Die sozialpolitischen Konsequenzen, die sich aus den wirtschaftlichen Verhältnissen ergeben, sind für das ganze Volk von mindestens denselben verhängnisvollen Folgen wie auch die rein wirtschaftlichen. Es ist geradezu eine tragische Stimmung, die die Landwirtschaft und vor allen Dingen die Kleinen und Kleinsten in der Landwirtschaft erfassen muß, wenn sie sich vor Augen halten, daß sie von allen Seiten bestätigt bekommen: sie haben ihr Bestes dazu beigetragen, aus eigener Kraft zu wirtschaften, sie haben sich geschult, sie haben eine bessere Technisierung erlernt, sie haben es erreicht, daß die Produktion an sich gesteigert ist bei verminderten Kräften, die sie in der Landwirtschaft gebrauchen; sie haben die Organisation des Absatzes verbessert, und sie haben letzten Endes doch als Ergebnis all dieser Mühen nur das eine, daß sie in größere Verschuldung gesunken sind und daß sie schließlich nicht einmal die Familie, die vielleicht 100 oder noch mehr Jahre auf der kleinen Scholle hier im Rheinlande sitzt, auf diesem Eigenbesitz halten können. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das, was hier an Entwurzelung in unserem Volk vor sich geht, was tatsächlich Quellen unseres Volkstums verstopft, ist von solcher Bedeutung für die Gesamtheit, daß man nur mit dem größten Ernst die Fragen im einzelnen prüfen kann. Es ist erstaunlich, für mich geradezu erschütternd, daß man nun das Rheinland, das in dieser Eigenart durch seine Bauern-

wirtschaft ganz besonders betroffen ist, nicht an irgendeinem Punkte noch als gesund bezeichnen kann. Ob Sie die Höhengebiete nehmen, die jetzt ganz besonders wieder unter den Frostschäden zu leiden haben werden, oder ob Sie Gebiete nehmen, in denen man begonnen hatte, dem Gemüsebau eine Zukunft zu schaffen, oder ob Sie die Gebiete nehmen, in denen die Zucht und Züchterei irgend etwas bedeutete, oder ob Sie die Gebiete nehmen, in denen der Obstbau vielfach an die Stelle des Weinbaues getreten ist und der ländlichen Bevölkerung eine Zukunft versprach, oder ob Sie den Körnerbau in unserer Provinz daraufhin betrachten, überall finden Sie dasselbe erschütternde Ergebnis: Man steht ratlos da und kann tatsächlich kein Mittel nennen, das die Krise, die etwa mit dem Jahre 1929 durch die wirtschaftlichen und die Witterungsnöte kommen könnte, irgendwie zu bannen vermöchte. Das Elend, das auf den Höhen des Westerwaldes, der Eifel, des Hunsrücks, des Venns eintreten würde, wenn es einmal dazu käme, daß tatsächlich eine Missernte im Jahre 1929 einträte, möchte ich im nächsten Jahre hier dem Provinziallandtag nicht zu schildern haben. Ich bin mir klar darüber, daß wir hier die allerwenigsten Mittel für die Besserung dieser Dinge in der Hand haben. Aber es gilt doch, daß wir als Selbstverwaltungskörper uns an diejenigen, die in höherem Maße als wir die Mittel dafür in der Hand haben, mit einem ersten Appell wenden und ihnen sagen: Besinnt Euch, laßt es nicht bei Reden bewenden, begnügt Euch nicht damit, daß Kommission über Kommission diese Dinge anschaut, daß Verhandlungen über Verhandlungen gehalten werden, sondern jetzt gilt es, einmal ernsthaft diese Dinge anzufassen und den betroffenen Menschen tatkräftige Hilfe angedeihen zu lassen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Hebung der Kaufkraft des Volkes!) Die Hebung der Kaufkraft des Volkes wird in dem Zirkulus, der sich bei diesen Dingen ergibt, von selbst eintreten. (Zurufe links: Siehe Ueberschuß in der Industrie! Bessere Bezahlung der Arbeiter!) Hat der Bauer Arbeit und Verdienst, so wird auch der Arbeiter die nötige Beschäftigung haben können. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Ich meine die Großagrarien!) Im Rheinlande haben wir keine Großagrarien.

Vorsitzender Dr. Farres: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Raederscheidt (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Für einen spezifischen Zweig der Landwirtschaft müssen wir ein ganz besonderes Wort einlegen, nämlich für den Weinbau als Teil der Gesamtlandwirtschaft. Da sind es wiederum die kleinen und kleinsten Leute, die am härtesten betroffen werden. Der Weinbau zeigt uns tatsächlich, daß wir vielleicht auf eine Aenderung der für einen bestimmten Stand gegebenen Lebenslage hinsteuern. Vom Jahre 1926 ab hat sich Jahr für Jahr eine Mißernte eingestellt, und die Folgen der jetzigen Witte-

zung sind für den Weinbau gar nicht zu übersehen. Dazu kommt, daß die Schwierigkeiten des Absatzes sich gerade für den Weinbau ganz besonders geltend machen. (Sehr richtig!) Es gilt also auch hier, rechtzeitig zu helfen, damit einem großen Teil unserer ländlichen Bevölkerung die gesunde Basis ihres Lebens erhalten wird.

Wie für die Landwirtschaft, meine Damen und Herren, ist natürlich auch die Verpflechtung der Frage der Erwerbslosen mit der Lage der Gesamtwirtschaft ohne weiteres gegeben. Ich freue mich über jede Anregung — und die Fraktion tut es auch —, die aus unserem Kreise kommt, dem Erwerbslosenproblem einmal ernsthaft zu Leibe zu rücken. Ich teile nicht den Zweifel, der gestern geäußert worden ist, daß die Statistik uns klarmachen könne, daß es ein notwendiges Gesetz der Technisierung und Rationalisierung sei, daß eine größere Zahl von Erwerbslosen sich zeigen müsse. Gegenüber solchen Entwicklungen heißt es eben, unsere ganze Intelligenz und unsere ganze Kraft einzusetzen, damit wir auch diesen Schwierigkeiten des modernen Arbeitsprozesses gerecht werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es ist für mich klar, daß die Erwerbslosenfrage dadurch ihr ganz bestimmtes Gesicht erhält, daß das schnelle Anwachsen der Erwerbslosenzahl, das sich jetzt vor unseren Augen abspielt hat, doch zeigt, daß es sich tatsächlich um eine Erkrankung der Wirtschaft handelt und daß es notwendig ist, auch die wirtschaftliche Gesundung, soweit wir es mit unseren Kräften überall können, zu fördern, um die Zahl der Erwerbslosen dadurch zu vermindern, und sie wieder in den normalen Arbeitsprozeß hineinstellen. Die soziale Fürsorge für die Erwerbslosen ist nur ein Palliativmittel, das uns letzten Endes nicht befriedigen kann. Das Wiederhineinschieben in den Arbeitsprozeß ist dagegen ein Mittel, das die Gesundung unseres Volkes tatsächlich fördert.

So begrüßen wir es aufrichtig, daß der Herr Landeshauptmann und die Provinzialverwaltung die große Autoverkehrsstraße Nord—Süd, die das Industriegebiet mit dem Süden der Provinz verbinden soll, dergestalt in den Etat hineinbringen wollen, daß sie auch die noch nicht ganz geklärte Strecke Köln—Düsseldorf schon in den Erdarbeiten, wenigstens bei gesteigerter Not der Erwerbslosen, durchführen wollen. Wir sind für diese Fürsorge außerordentlich dankbar.

Andere Mittel, der Erwerbslosenfürsorge zu dienen, hat die Provinz wenige. Sollten sich aber irgendwelche im Laufe des Jahres auf tun, wenn die Not wächst, so bitten wir die Provinzialverwaltung dringend, alle die Maßnahmen treffen zu wollen, die hier irgendwie Abhilfe schaffen.

Meine Damen und Herren! Wenn ich diese zwei Gesichtspunkte und diese beiden Besonderheiten: landwirtschaftliche Not als Teil der allgemeinen Not und

die Erwerbslosennot als Teil der allgemeinen wirtschaftlichen und Volksnot herausgestellt habe, so zeigt sich, daß der Gesamtcharakter des Etats, der uns vorliegt, derart ist, wie eigentlich in keinem anderen Etat irgendeiner Körperschaft so ausgesprochenemmaßen er sich widerspiegelt, daß es eben ein Wohlfahrts-, ein Sozialetat in ganz besonderem Maße ist. Ich halte es mit dem Herrn Landeshauptmann für eine besondere Stärke dieser unserer speziellen Art der Selbstverwaltung, wenn es gelingt, diese Linie tatsächlich einzuhalten und uns davon fernzuhalten, Mittel für irgend etwas anzusetzen und Mittel für Dinge anzufordern, die nicht irgendwie für die Förderung und Pflege des Menschentums oder für die Abwehr und Abhilfe alles dessen sorgen, was unsere rheinische Bevölkerung in ihrem Kern gesund erhalten und stark machen kann. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Siehe den Nürnbergring!) Diese Beschränkung auf das Notwendige, wo unendlich vieles an Möglichkeiten der Pflege und Förderung vorhanden ist, scheint mir eine besondere Eigenart unseres Etats zu sein. Man braucht sich ja nur einmal rein äußerlich die Bezeichnungen in dem Haushaltsplan anzusehen. Man findet gehäuft Worte wie: Pflegen, Fördern, Vorbeugen, Wehren, Abwehren und dergl. mehr, alles Worte, die ganz deutlich den Charakter des Gesamtetats herausheben.

Nun, meine Damen und Herren, ein paar Worte zu Einzelheiten des Etats, wobei ich nur die ganz großen Gebiete herausgreife.

Zunächst das Gebiet der Straßenverwaltung, das Verkehrswesen.

Ich habe eben unter dem Gesichtspunkt der Erwerbslosenunterstützung den Bau der Autostraße von Nord nach Süd innerhalb der Rheinprovinz begrüßt. Ich tue es jetzt auch von dem Standpunkt aus, daß damit eine ganz wesentliche, moderne, zeitgemäße und großzügige Verkehrsanlage für die Rheinprovinz, ja für ganz Preußen und das Reich, zum ersten Male durchgeführt wird. Wir halten nicht mit der Anerkennung zurück, daß die Provinzialverwaltung, insbesondere der Herr Landeshauptmann, etwas Außerordentliches geleistet hat, dadurch, daß er durch die vorliegenden Schwierigkeiten der Vorlage, die wir bezüglich Köln—Düsseldorf schon hatten, sich nicht hat abhalten lassen, erneut und ernsthaft die Frage der Autostraße in die Hand zu nehmen, und daß es ihm jetzt gelungen ist, über die Schwierigkeiten, die damals vorlagen, hinwegzukommen und auf diese Weise nun einen großen Schritt der Verkehrsverleinerung, der Zusammenziehung und Verkleinerung der Spanne in dem Abstand der einzelnen Gegenden unseres Rheinlandes herbeizuführen, und vor allen Dingen das Industriegebiet im Norden mit dem Süden der Rheinprovinz verkehrstechnisch in engeren Zusammenhang zu bringen. Das Projekt findet unsere Zustimmung.

Wir bitten ausdrücklich, es möge der Anfang einer Entwicklung sein, die das Rheinland auf dem Wege einer den Verkehr ganz wesentlich fördernden Maßnahme führend werden läßt. Dabei geben wir der Provinzialverwaltung anheim, keine Stiefkinder irgendwo im Rheinlande dadurch aufwachsen zu lassen, daß man nur die Nord-Süd-Strecke nimmt und in sie alle Mittel hineinsteckt. Ebenso wichtig wie die Nord-Süd-Strecke scheint uns zu sein, daß auch die Verbindung von Osten nach Westen, von Aachen über M.Gladbach und Duisburg, in den Verkehr mit dem Industriegebiet hineingezogen wird, daß Straßen, die die Mosel entlang und über die Eifel gehen, in die Betrachtung und die praktische Durchführung hineingezogen werden. Es dienen auch diese Straßen nicht nur der Beschleunigung des Verkehrs, nicht nur der Verbindung, sie dienen wiederum auch dem Schutze der rheinischen Bevölkerung in weitestem Maße.

Es hat eine Düsseldorfer Zeitung in diesen Tagen ausdrücklich darauf hingewiesen, welche ungeheuren volkswirtschaftlichen Werte darin liegen, daß nunmehr foundso viel an Unfällen und Schädigungen von den Familien ferngehalten wird, und daß auch dies etwas von sozialem Charakter in sich trage.

Wenn man zu gleicher Zeit insofern auch wieder auf die Bevölkerung Rücksicht nimmt, daß man gleichermaßen Fußgängerwege und Radfahrerwege schafft und dadurch zeigt, daß nicht nur für den Autofahrer, sondern auch für den einfachen Mann zur Verkehrs erleichterung und Sicherung etwas geschieht, dann, glaube ich, wird die rheinische Bevölkerung mit dieser Entwicklung zufrieden sein.

Unter den Dingen, die von uns gefordert werden, befindet sich auch die Bewilligung der Garantiesumme für den Mittellandkanal. Es ist einigermaßen erstaunlich, daß man heute noch einmal mit dieser Forderung an uns herantritt. Wir stimmen natürlich der Erledigung dieser Dinge zu. Aber ich möchte bei der Gelegenheit doch die Provinzialverwaltung bitten, daß sie ernsthaft nun auch die Wasserstraße von Aachen zum Rhein hin, den Kanal, den man dort schon so lange plant und der schon über drei Jahre in den Untersuchungen und Voruntersuchungen steckt, etwas mehr und tatkräftiger in die Öffentlichkeit hineinzieht. Vielleicht sind hier auch große Möglichkeiten gegeben, bei steigender Erwerbslosennot Mittel für eine Einstellung Arbeitsloser in den Arbeitsprozeß zu finden.

Ebenso scheint es uns wichtig zu sein, daß die Provinzialverwaltung, wenn nicht direkt, so doch indirekt, auch dem Bau von Brücken über den Rhein ihre Aufmerksamkeit schenkt. Wer jetzt bei diesem Eisgang die Situation zwischen Bonn einerseits und Sorsheim andererseits überieht, findet eigentlich nirgendwo einen fahrbaren Uebergang über den Rhein. Es sind

Fußgängerübergänge; aber für den tatsächlichen Verkehr ist auf dieser weiten Spanne nirgendwo eine Möglichkeit gegeben. Hier gilt es, den Schwierigkeiten, die sich vielleicht einmal katastrophal auswirken könnten, offen ins Auge zu schauen und diesen Dingen von seiten der Provinzialverwaltung mit Anregungen oder irgendeiner sonstigen Aneiferung bestimmter Stellen zu dienen.

Mir scheint es ebenso wichtig, daß der jetzt drohende Eisgang uns zu erhöhtem Hochwasserstoß anleitet. Die Provinzialverwaltung wird in Verbindung mit den übrigen Behörden alles tun müssen, um die Bevölkerung vor schwerem Schaden zu bewahren. Die Anträge, die heute verlesen worden sind, unterstützen wir gern nach der Richtung hin, daß alles geschehen muß, um schwere Schäden durch Hochwasser und Eisgang von der rheinischen Bevölkerung abzuhalten.

Mir scheint noch eins möglich, was in den Rahmen dieser ganzen Verkehrsbeziehungen hineingehört, daß die Provinzialverwaltung auch da, wo die bodenständige Industrie in der Lage ist, bei diesen Verkehrsbauten, Straßenbauten usw. Hilfe zu leisten — so etwa im Mayener Gebiet und im Gebiet des Venn, gewisse Dinge beizusteuern zum Ausbau und Aufbau dieser Straßen usw., möglichst herangeholt wird. (Sehr gut! im Zentrum.) Ich weiß, welche Schwierigkeiten da im einzelnen immer genannt werden. Aber es scheint mir doch notwendig zu sein, daß man gerade die Gebiete, die in einen Notstand hineingeraten, berücksichtigt, wenn man überhaupt eine Gesundung für das Rheinland in allen diesen Wirtschaftsfragen wünscht. Schließlich steht das alles in einem großen Zusammenhang.

Nun die Fürsorgeerziehung. Ein Uebermaß der Kritik ist über die engere Fürsorge in den letzten Monaten ausgeschüttet worden. Ich glaube, alle diejenigen, die da berechtigt sind, zu kritisieren, alle diejenigen, die wirklich aus sich heraus eine Verantwortung hier tragen, sind sich doch der Wichtigkeit und des Ernstes der Erziehungsfragen, die hier vorliegen, nicht in vollem Umfange bewußt. Sonst würde man nicht mit dieser — ich will mich einmal gelinde ausdrücken — leichtfertigen Art der Kritik vorgehen. (Sehr richtig!) Die Schwierigkeiten liegen hier nicht nur in der Internatserziehung selber. Sie liegen auf einem Gebiete, dessen sich vor allem alle die, die selbst Erzieher sind, bewußt sind: Wir stecken in einer pädagogischen Umwandlung tiefster und ernstester Art. Alle modernen Bestrebungen, die in der Pädagogik heute eine Rolle spielen, können nicht ohne weiteres irgendwo in die Praxis umgesetzt werden, sie mögen noch so verlockend sein. Ein Wissen um Dinge kann da nicht ausreichen, wo Weisheit in den Erziehungsfragen an sich notwendig ist. Und Weisheit muß aus der Lebenserfahrung kommen, die man in einem gewissen Alter erst erwerben kann und die anzuwenden

man erst in einem langsamen Prozeß Gelegenheit haben muß. (Sehr gut!) Hier liegt eine große Schwierigkeit innerhalb des rein Pädagogischen und Erziehlichen vor. Wenn die Kritik ohne jene Besonnenheit arbeitet, die da notwendig ist, wo es sich um geistig schwer Erkrankte, wo es sich um solche handelt, die tatsächlich jene Werte ersetzt bekommen müssen, die sonst bei ruhiger Erziehung des Kindes in einem bestimmten Alter und des Jugendlichen in einer bestimmten Zeit gegeben sind, ist es ganz selbstverständlich, daß diese Schwierigkeiten, die hier auftauchen, nicht so mit einer Handbewegung einfach abgetan werden können.

Dazu kommt eins, meine Damen und Herren, dessen wir uns gar nicht genug bewußt sind: der Generationengegensatz, der sich augenblicklich auf dem weiten Erziehungsgebiete zeigt, spielt gerade in der Fürsorgeerziehung eine große Rolle. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Der Eigenart der Struktur des Jugendlichen, die wir heute doch — das kann man ruhig sagen — wissenschaftlich im wesentlichen bejahen, die wir insolgedessen auch kennen, wobei wir wissen, welche Mittel für bestimmte Alter und bestimmte Zwecke notwendig sind, haben wir mit rein pädagogischen Mitteln zu dienen. Wir haben aus der Erziehungsarbeit herauszulassen, was irgendwie aus dem Parteipolitischen, aus dem Wirtschaftlichen oder aus bestimmten sozialen Anschauungen herkommt. (Zustimmung rechts; Widerspruch bei den Kommunisten.) Wir haben uns rein auf die Erziehungsaufgabe zu beschränken. (Bravo! rechts.) Meine Damen und Herren! Da gibt es eigentlich gar keinen Unterschied der Weltanschauung oder irgendeinen Gegensatz, wenn man ernsthaft diese Aufgabe anpackt; dann gilt es eben doch letzten Endes, alle die Werte in die Erziehung hineinzustecken, die nun tatsächlich allmählich den Jugendlichen, den man als gefährdet bekommt, dahin bringen, daß er Selbstverantwortung erhält (Abgeordneter Dr. Kaiser: Sehr richtig!), daß er allmählich eine Persönlichkeit wird, die sich gegenüber all den loslösenden und auflösenden Zeitendenzen als mit Eigengehalt ausgestattet hinstellen kann. Mit welchen Mitteln, ob mit mehr modernen oder mit mehr aus der Tradition herausgeholt, das im einzelnen geschieht, ist eine reine Erziehungsfrage; das hat gar nichts zu tun mit irgendeiner Einstellung auf dem politischen Gebiet. Es ist merkwürdig, meine verehrten Damen und Herren, daß gerade die Kreise, die am schärfsten hier Kritik üben, in ihren eigenen Reihen den Ruf derjenigen überhören, denen sie sonst in bezug auf alle diese Erziehungs- und Reformfragen blindlings folgen. Hat doch Paul Desterreich und der Kreis der radikalsten Schulreformer es in einem Aufrufe an die Presse geradezu als einen Skandal bezeichnet, daß man der Psychologie des Zöglings und all den Maßnahmen, die ihn aus der Öffentlichkeit heraushalten sollen, nicht Rechnung trage, sondern ihn quasi zu einem Ab-

gott der Öffentlichkeit mache. Man solle ihn da lassen, wo seine Jugendlichkeit sich ruhig ausreifen könne. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Zu der Arrestzelle!) Ich bitte diejenigen, die Kritik üben, doch auch das Urteil der besonnenen Führer aus ihren eigenen Reihen zu beachten; dann wird man auf dem Boden dieser Erziehungsfragen leichter zu einer Verständigung kommen. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.)

Noch etwas anderes, meine Damen und Herren, was mir auch von Wichtigkeit zu sein scheint. Man soll doch nicht vergessen, daß zu den Werten, die man bei denjenigen vernimmt, die man in die Zwangsfürsorge hineinsteckt, auch alles das gehört, was ein wohlgeordnetes Familienleben bieten kann. Es wäre geradezu ein Ideal, wenn man, statt der Massenerziehung irgendwo die reine Familienerziehung wie zu Hause schaffen könnte. Natürlich geht das nicht bei etwa 14000 Zöglingen, die die Rheinprovinz hat; bei der schwierigen Situation im einzelnen ist das einfach eine Unmöglichkeit. Aber wenn man bejaht, daß das an sich erstrebenswert wäre, wird man auch bejahen müssen, daß jene letzten weltanschaulichen Werte, die im Aufbau der Familie eine Rolle spielen, auch beim Aufbau der Erziehungsarbeit, die in den Erziehungshäusern geleistet wird, eine Rolle spielen müssen. Deswegen bejahen wir sie, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es liegt darin nicht der Versuch irgendeiner Vergewaltigung gegen Andersdenkende, sondern einfach die Bejahung dessen, was ich eben als Erziehungsweisheit deutete. (Bravo! im Zentrum.) Es scheint mir deswegen auch notwendig, daß man in der Öffentlichkeit nicht so sehr jene paar Fehlgriffe betont, die, im einzelnen herausgehoben, natürlich eine Sensation ergeben (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Das ist Ihnen wohl unangenehm!), daß man vielmehr darauf hinweist, welche saure Arbeit von denjenigen geleistet wird, die Tag für Tag und Stunde um Stunde jene schwer erziehbaren Menschen in der Erzieherarbeit haben. (Lebhafte Zustimmung.) Es gilt, einmal von dieser Stelle aus allen denen offen zu danken, die sich dieser sauren Arbeit unterziehen (Zustimmung), und ihnen geradezu zuzurufen, daß sie sich nicht müde machen lassen, in dieser ihrer ersten Arbeit um die Ertüchtigung der Kreise, die doch sonst für unser Volk immer nur eine Gefahrenquelle und eine Last sein würden. (Bravo! Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Sie glauben ja selber nicht, was Sie da sagen!) Hier mitzuwirken, meine verehrten Damen und Herren, daß gegenüber allen auflösenden Zeitendenzen sich die rein erzieherischen Gesichtspunkte durchsetzen, dazu, glaube ich, kann der Provinziallandtag alle aufrufen. Damit wird erreicht, daß wir aus der Atmosphäre der Kritik und des Zweifels wieder in die Atmosphäre des Aufbaues kommen, was wir für unsere Provinzialanstalten in erster Linie wollen.

Auch wir begrüßen selbstverständlich alle Maßnahmen der vorbeugenden Fürsorge für die Jugendlichen, die sich in den Vorlagen finden. Wir begrüßen alles, was die Jugendpflege, den Ausbau des Jugendherbergswesens, die Förderung des Jugendwanderns (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Alles Palliativmittel!) und alle die Maßnahmen angeht, die darauf hinausgehen, die Jugendlichen allmählich wieder zu den Werten zurückzuführen, die nun einmal für ein Volk letzte Lebenswerte sind. Das Gefühl, das man völkisch verbunden ist durch gewisse nationale Werte, die man in seinem Volk und in seinem Vaterland besitzt, wird durch das Jugendwandern, durch das Erwandern der Heimat und durch so viele andere Dinge, die im Jugendherbergswert liegen, durch das Einordnen in einen selbstgewählten Zweck und eine selbstgewählte Gemeinschaft tatsächlich gewährleistet.

Wichtig und daher unterstützungswert scheinen uns auch alle die Maßnahmen, die die Provinzialverwaltung, die insbesondere das Landesjugendamt tatkräftig und zielbewußt, wie wir gerne anerkennen, im Kampf gegen Schmutz und Schund getroffen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer sich einmal von einem ernsthaften Jugendrichter über diese Dinge berichten läßt, ist derart erschüttert, daß er nicht erst irgendein Skandalstück auf der Theaterbühne zu sehen braucht; er hat dann so viel von diesem Elend gehört, daß es für ihn vollständig ausreicht, mit tiefstem Ernst und tiefster Sorge alles im öffentlichen Leben zu sehen, was diese auflösenden Tendenzen in unserer Jugend fördert. Daher begrüßen wir es nachdrücklich, daß hier das Landesjugendamt in diesem Kampf gegen Schmutz und Schund führend unter den Landesjugendämtern Preußens steht.

Ebenso begrüßen wir alles, was den Film angeht, das Positive vor allen Dingen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gilt hier wie auch auf anderen Gebieten, nicht das Gebotene zu negieren und zu kritisieren, sondern das, was aufbauend gewertet und verwandt werden kann, von den Stellen und mit den Mitteln der Provinz tatsächlich auszubauen.

Wir freuen uns, in den Rahmen der großen Fürsorge auch die Sorge für die kinderreiche Familie stellen zu können. Es ist doch schon an sich eine Anerkennung, daß es jetzt gelungen ist, einmal in offizielle Stats, in offizielle Anforderungen von Mitteln das Wort von den Kinderreichen und die Forderungen der Kinderreichen hineinzubringen. (Sehr richtig!) Das bedeutet eine tatsächliche moralische Stärkung und Stützung, über die wir uns von Herzen freuen. Die Anerkennung, die darin liegt, daß derjenige, der so das Volk bevölkerungspolitisch befaßt, auch in erster Linie Unterstützung und Hilfe erwarten kann, ist etwas, was ich als großen Fortschritt namens unserer Fraktion begrüße. (Sehr richtig! im Zentrum. Lachen bei den Kommunisten.)

Die Wohnungsfürsorge, die in erster Linie für die Kinderreichen in Frage kommt, muß mit allen Mitteln — und ich glaube, hier ist noch vieles mehr möglich — gefördert werden. Die bestehende Wohnungsnot kann die Provinz natürlich auch nicht beheben. Sie kann aber mit den Einrichtungen, die sie hat, vor allem mit den Mitteln der Landesbank, und durch die Wohnungsfürsorge eine ganze Summe von Elend mildern helfen. Wenn der Prozentsatz, der an Mitteln für die Mietverbilligung der Kinderreichen vorgesehen ist, erhöht wird, dann scheint mir damit auch schon ein wesentlicher Fortschritt erreicht zu sein.

Die Erholungsfürsorge für die kinderreichen Mütter, vor allem aber die Erziehungsbeihilfen, die man den Kinderreichen zuteil werden läßt, damit sie nicht ins Hintertreffen geraten gegenüber denen, die vielleicht nur ein oder zwei Kinder zu erziehen haben, sind ein überaus soziales Wert. Hier müßte nach meiner Ueberzeugung in der Fürsorge noch mehr geschehen. (Zustimmung.) Ich würde es als besonders wertvoll betrachten, wenn die Anregungen, die hier die Provinz gibt, insbesondere auch für die Kommunen und den Staat einen Anreiz dafür böten, daß auch sie nach der Richtung hin die Erziehungsbeihilfen ihrerseits gestalteten.

Bei der Wohnungsfürsorge scheint es mir auch so zu sein, daß die Mittel, die Staat und Reich für diese Dinge zur Verfügung stellen können, nach den Gesichtspunkten, die hier die Provinz aufgestellt hat, tatsächlich verteilt werden sollten, also in erster Linie zur Schaffung der Wohnungen Kinderreicher etwas zu tun und von da aus nach dem Werte, den die Familie für das Volk hat, absteigend für die anderen zu sorgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ueber die Landwirtschaft brauche ich nicht mehr zu sprechen, das habe ich im ersten Teil meiner Ausführungen getan. Aber ich möchte in diesem Zusammenhang auf etwas anderes zu sprechen kommen: Es ist klar und ohne weiteres ersichtlich, daß mit dem Absinken der Landwirtschaft und ihrer besonderen Not auch die Not des Mittelstandes wesentlich verschärft wird. Der Mittelstand und die Landwirtschaft zusammen, soweit wir sie als Berufsstände auffassen, scheinen mir augenblicklich in der Situation zu sein, daß sie durch eine Zeit ganz außerordentlich schwerer Not hindurch müssen, ehe sie in den modernen Produktionsprozeß wieder so eingeordnet sind, daß sie die organische Stelle inne haben, die sie bisher in der Struktur unseres Volkes hatten. Ihnen über diese Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, scheint mir eine der Aufgaben zu sein, die insbesondere die Selbstverwaltung in irgendeiner Weise lösen kann und muß. Hier haben wir natürlich auch nur kleine Wege und geringe Mittel zur Verfügung. Aber ich glaube, wenn man einen solchen Zentralpunkt für den Mittelstand wiederum in Bewegung setzte, wenn insbesondere die öffentliche

Hand den Mittelstand und insbesondere das Handwerk bedächte, namentlich auch auf dem Bauplätze etwas stärker, als es bisher geschieht, wo immer nur die großen Firmen bei den Vergabungen herangezogen werden, für ihn sorgte, so könnte doch an vielen Stellen für das Handwerk allerhand mehr geschehen und dem Mittelstande über die schwierigen Zeiten hinweggeholfen werden. Es hat auch hier, ebenso wie bei der Landwirtschaft, nur dann Sinn, jemanden zur Selbsthilfe aufzufordern, wenn es gelingt, ihn erst einmal über die Not, die Tag für Tag seinen Stand bedrängt, hinwegzubringen. Dann erst können alle die Dinge, die hinterher kommen, etwas bedeuten.

So begrüßen wir das, was unter dem Titel: „Gewerbliche Zwecke“ untergebracht ist, was für das Handwerk und den Mittelstand irgendwelche Schulungen und Organisationserleichterungen schafft. Wir möchten aber die Anregung geben, daß die Provinzialverwaltung, soweit sie es in der Hand hat, auch das Handwerk bei den Dingen berücksichtigt, wo es berücksichtigt werden kann, und dem Mittelstande hilft, soweit es in ihrer Macht steht.

Unter diesem Gesichtspunkte ist uns auch die Vorlage auf Erweiterung des Landeshauses willkommen, denn damit gibt es wiederum Arbeit, gibt es die Möglichkeit, wenn auch im kleinen, etwas Positives nach der Richtung zu tun.

Kunst und Wissenschaft. Der Herr Landeshauptmann hat gestern schon gesagt, daß er es bedauere, daß für diesen Titel die Mittel im Verhältnis zu dem, was andere Provinzen aufwenden können, gering sind. Umso höher schätze ich es ein, daß es sowohl ausgewählt und so geschickt verwandt wird, was an Mitteln im einzelnen vorhanden ist. Es scheint mir nur notwendig auf eines hinzuweisen. Wenn die Worte Heimatpflege und Heimatschutz, wenn alles das, was mit diesen Worten zusammenhängt, von uns betont wird, so dürfen wir heute nicht dabei stehen bleiben, daß wir immer nur an die Erhaltung und Konservierung dessen denken, was nun auf dem Lande an solchen Werten vorhanden ist oder was irgendwie an Werten innerhalb der Städte liegt, die uns aus der Vergangenheit her ein Denkmal des heimatischen Geistes sind. Das ist zweifellos etwas, was wir an Werten erhalten und fördern wollen. Aber wir müssen uns doch klar darüber sein, daß die moderne Lage und Schichtung unseres Volkes, die Zusammenballung von Menschen an gewissen Stellen, vor allen Dingen in Industrie und Großstadt, einfach dazu führt, daß es ein leeres Wort bleibt, etwas Derartiges wie Heimatpflege und Heimatschutz bei ihnen zu wecken und zu entwickeln. Es scheint mir vielmehr notwendig, daß man hier ganz aufmerksam all die Bestrebungen verfolgt, die auf dem Gebiete einer sogenannten Industripädagogik — wie jetzt das Wort heißt — liegen. Man versucht jetzt, auf neuen Wegen, die man psycho-

logisch und wissenschaftlich erforscht, auch von anderen Standpunkten aus das Gefühl einer Heimat zu pflegen, die ganz anders aussieht als der früher als Heimat bezeichnete Bezirk. Es scheint mir notwendig, daß hier von der Stelle, die die Sorge und Fürsorge für diese Dinge hat, gerade diese Bestrebungen aufmerksam verfolgt werden.

Darüber hinaus, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß insbesondere doch wohl der Denkmalschutz unserer rheinischen Heimat in verstärktem Maße in diesen Titel hineinkommen müßte. Die Werke, die heute als große Denkmäler der Vergangenheit unter uns stehen und emporkragen, sind doch Allgemeingut geworden. Ich glaube, man kann sie nicht als Propagandamittel irgendwelcher nationalistischen oder kirchlichen Einrichtungen bezeichnen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Sie sind etwas geworden, was das gesamte Volk als sein Eigen bezeichnet, wozu es im Laufe langer Jahrhunderte auch immer wieder hat beitragen müssen, weil immer wieder die Erfordernisse hervortraten, diese Werte zu erhalten. Da ist nicht gefragt worden nach der Konfession, nach irgendwelchen Einstellungen, nach einer bestimmten Staatsverfassung; es ist einfach gegeben worden, um die Denkmäler einer stolzen Vergangenheit zu erhalten. (Sehr richtig! rechts.) Da scheint es mir notwendig zu sein, durch den Etat etwas kräftiger für diese Dinge zu sorgen. Mir scheint, daß der Bittordom in Xanten, die Quirinuskirche in Neuß und der Altenberger Dom in diesen Rahmen hineingezogen werden müssen, daß für sie in den nächsten Jahren etwas mehr aus dem Titel Kunst und Wissenschaft geschehen muß. Sie stehen tatsächlich vor großen Gefahren. Es würde eine Verarmung sein, wenn wir solche Werte allmählich verschleudern und versinken ließen. Ich wünschte bei dem Kapitel, das hier mit Kunst und Wissenschaft umschrieben ist, daß man alles das, was sich hier positiv an Anregungen zeigt, vor allen Dingen an Zusammenfassungen, weiter ausbaut. Ich wiederhole meinen Dank an die Provinzialverwaltung nach der Richtung hin, daß sie mit den knappen Mitteln, die sie hier zur Verfügung stehen hat, tatsächlich Positives geleistet hat, und bitte, auf diesem Wege fortzufahren. (Bravo! im Zentrum.)

Allgemeine Verwaltung. Ein kurzes Wort: Namens meiner Fraktion habe ich den Auftrag, dem Herrn Landeshauptmann und all den Beamten in der Provinzialverwaltung für ihre gewissenhafte und stets gleichmäßig treue Arbeit im Laufe des Jahres Dank abzustatten. (Beifall.) Sollten, wie es der Herr Landeshauptmann schon angedeutet hat, irgendwelche Beschwerden innerhalb der Beamtschaft vorhanden sein, so bitten wir, sie in den Ausschüssen zu überprüfen und dafür zu sorgen, daß die Zufriedenheit der Beamtschaft der Provinzialverwaltung erhalten bleibt.

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, habe ich in großen Zügen einen Ueberblick über den Etat geboten. Ich glaube, Sie werden aber von mir erwarten, daß ich an zwei Dingen nicht vorübergehe, die die rheinische Bevölkerung in ganz besonderem Maße bewegen.

Zeigt der Etat eine zielbewußte Arbeit, zu deren Förderung wir uns in diesen Tagen bereit finden, so gibt es, glaube ich, doch kaum eine Frage, die das ganze Rheinland, nicht nur die unmittelbar betroffenen Teile, so bewegt wie die Frage der Ein- und Umgemeindung. Was heute im nördlichen Teil der Provinz geschieht, wirft zweifellos seinen Schatten schon auf den mittleren Teil und auf den Westen und den Süden der Rheinprovinz. Diese Eingemeindungsfrage, die mit Recht so unendlich viel Staub aufwirbelt, glauben wir nicht in der Weise hier in die Debatte hineinziehen zu sollen, daß wir zu Einzelheiten Stellung nehmen. (Sehr richtig!) Es scheint uns aber richtig, auch hier in der Öffentlichkeit zu betonen, daß die Grundsätze, die der Provinzialausschuß seinerzeit bei der Beratung der ihm zugegangenen Vorlagen aufgestellt hat, im wesentlichen auch für uns die anzuwendenden Grundsätze sind. (Abgeordneter Gerlach: Hört, hört!) Wir bejahen insolgedessen, daß eine Veränderung nur dann vorgenommen werden soll, wenn eine kommunale Notwendigkeit vorliegt und nur dann, wenn sie mit dem Willen der Bevölkerung geschieht. Sonst gibt es, glaube ich — unserem ganzen Programm nach können Sie gar nichts anderes erwarten — nur eine Möglichkeit: Es muß das öffentliche Wohl etwas anderes verlangen. (Abgeordneter Gerlach: Sehr richtig!) Das ist dann natürlich den Dingen übergeordnet, die wir sonst als Wille der Bevölkerung im einzelnen verstehen. (Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Das liegt hier vor!) Darüber sind wir geteilter Meinung. Die Differenzierung in der Behandlung bejahen wir auch. Es ist etwas wesentlich anderes, ob es sich um Neuschaffung aus schon bestehenden leistungsfähigen kommunalen Gebilden handelt, oder ob einfach ein kommunales Gebilde zu irgendeinem anderen großen hinzugeschlagen werden soll. Hier den Grundsatz zu bejahen, den der Provinzialausschuß nach der Richtung hin aufgestellt hat, bin ich eigens bevollmächtigt.

Wir sind auch damit einverstanden, daß man auf Zukunftswechsel, die von den einzelnen Gemeinden über ihre Entwicklung nach der industriellen oder wirtschaftlichen Seite hin präsentiert werden, bei diesen Ein- und Umgemeindungen nicht allzu viel gibt, sondern die Gesichtspunkte da möglichst eng nimmt und nicht zuviel aus diesen Dingen herausläßt.

Wesentlich und wichtig scheint uns aber zu sein, daß bei all diesen Fragen die Selbstverwaltung zu ihrem Rechte kommt und diejenige Hochachtung und denjenigen Wert behält und genießt, der nun einmal

der Selbstverwaltung von uns aus beigemessen werden muß. (Sehr richtig!) Es scheint uns für den demokratischen Staat und die Selbstverwaltung geradezu verhängnisvoll zu sein, wenn man bei diesen Dingen in weitesten Kreisen unseres Volkes das Gefühl aufkommen ließe: Die Selbstverwaltung ist nur ein Schein, das Befragen der Bevölkerung und ihre Willensbestimmung spielen keine Rolle. Im Gegenteil, könnte aus einer wohl angewandten Form der Selbstverwaltung hier eine viel größere und kräftigere Stärkung des Bewußtseins, in einem Volksstaat zu sein, erwachsen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Was ist Selbstverwaltung?) Das, was wir hier treiben. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Das ist keine Antwort!)

Nun eine letzte Frage, meine sehr verehrten Damen und Herren, wiederum ganz eingengt auf das Rheinland, die Frage der besonderem Grenzlandnot, in der wir in unserem Rheinland stecken. Ich weiß, daß es anderswo — in den Provinzen des Ostens, in Ostpreußen, in Schlessen — eine ähnliche Situation gibt, daß sie vielleicht durch gewisse Umstände dort im Augenblick noch härter auftritt, weil der Minderheitenschutz dort eine viel größere Rolle spielt. Aber es hat sich doch im Laufe der Zeit auch für uns im Rheinland durch die allgemeine Wirtschaftslage und durch die Unsicherheit, die die große internationale Lage mit sich bringt, allmählich eine Situation herausgebildet, daß die Grenzlandstreifen in großen Gebieten etwas von absterbendem Leben zeigen, so daß es die „Kölnische Zeitung“ einmal wagen konnte, von sterbenden Städten zu schreiben, die wir im Rheinlande haben. Und es ist tatsächlich so, daß man, wenn man diese Gegenden bereist, etwas von der eifigen Kühle und weniger von dem aktiven Leben eines gesunden Volkes dort spürt. Wenn dazu noch jene Notstandsgebiete treten, die wir vielfach haben, die durch die wirtschaftliche Eigenentwicklung und durch die besondere Lage hinzukommen, dann, glaube ich, darf man ohne Uebertreibung von einer ganz besonderen Grenzlandnot und von Notstandsgebieten des Rheinlandes sprechen. Es hat einmal das kühne Wort vom Volk ohne Raum bestanden, das überall in der Großstadt und in der Industrie vorhanden ist. Und man hat sich gefragt: wohin soll die Entwicklung gehen, wenn wir solches Volk ohne Raum haben? Und man sucht nach kühnen Mitteln, um diesem Volke Raum zu geben; man will Siedlungen schaffen und dergleichen mehr. Wenn die Entwicklung im Westen so weiter geht, wenn die Wirtschaft immer nur ihre Prinzipien gelten läßt, wenn es nicht gelingt, mit öffentlichen Mitteln die bodenständigen Industrien zu halten, wenn es nicht gelingt, in den Grenzgebieten die dort verwurzelte Bevölkerung zu halten, so befürchte ich, werden wir eines Tages, genau wie im Osten, auch hier schließlich von einem Raum ohne Volk sprechen müssen. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr

wahr!) Der Abwanderung in jeder Form entgegenzuwirken, uns für eine gesunde Kräftigung alles dessen einzusetzen, was uns über diese Schwierigkeiten hinwegbringt und uns letzten Endes dazu verhilft, daß gerade das Rheinland nicht die Provinz wird, die einmal eine besondere nationale Not auszustecken braucht, dazu sind wir auch in diesem Provinziallandtage bereit. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Wassermeyer.

Abgeordneter Dr. Wassermeyer: Meine Damen und Herren! Bezüglich der wirtschaftlichen Notlage und der katastrophalen Lage der Landwirtschaft insbesondere will ich an dieser Stelle zur Zeit keine Ausführungen machen. Ein anderer Redner unserer Fraktion wird später einheitlich und ausführlich dazu Stellung nehmen.

Ebenso bin ich mit meinem Herrn Vorredner darin einig, daß die Fragen der Umgemeindung in diesem Kreise wohl kaum erörtert werden können, denn, wenn wir innerhalb der einzelnen Fraktionen kaum eine Einigung über diese Frage erzielen, wird es in diesem Hause in der Allgemeinheit ganz sicher nicht möglich sein. Fruchtbringende Arbeit, die die Gedankengänge weiter fördert, wird deshalb hier wohl kaum geleistet werden können. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind der Ansicht, daß es notwendig ist, die vorbereitenden Arbeiten, die jetzt geleistet werden — zu denen insbesondere auch die Reise des Staatsrats und der anderen Körperschaften zählen —, abzuwarten und erst, wenn Ergebnisse und endgültige Vorschläge vorliegen, ist es an der Zeit, auch unsererseits dazu Stellung zu nehmen. Im übrigen haben wir den Wunsch, daß die Sache möglichst beschleunigt werden möge, damit die Erregung und Beunruhigung, die in den weitesten Kreisen unserer Bevölkerung sich eingestellt hat, möglichst bald beendet werde. Wir sind überzeugt, daß unter Wahrung der Selbstverwaltung, insbesondere auch der kleineren Organisationen, eine befriedigende Lösung sich doch wird finden lassen.

Bevor ich auf einzelne Punkte des Haushaltes eingeehe, sei es mir gestattet, einige grundlegende Bemerkungen über die Art der Aufstellung des Etats zu machen, mit der Bitte, daß in den Ausschüssen und bei der Verwaltung erwogen werden möge, ob nicht bei der Verwaltung erwogen werden möge, ob nicht im nächstjährigen Etat die Anregungen beachtet werden können.

Wenn man den Etat zur Hand nimmt und die Ausgaben durchsieht, so wird man finden, daß eine ganze Reihe von Ausgaben sich im außerordentlichen Haushalt vorfinden, die ganz zweifelsohne unter dem laufenden Etat erledigt werden müssen. Ich verweise nur auf den Etat der Hochbauverwaltung, wo Sie beispielsweise die maschinelle Unterhaltung unserer Anstalten aufgeführt finden. Sie finden auch Instandsetzungsarbeiten, selbst wenn es sich nicht um größere

handelt, dort untergebracht. Ich bin durchaus damit einverstanden, daß, wenn beispielsweise in Düren ein Haus von der Besatzung geräumt und neu eingerichtet wird, wir dafür einen entsprechenden Betrag einsetzen, obgleich es dabei auffällig ist, daß nicht das Reich für die angerichteten Schäden in höherem Umfange herangezogen worden ist. Die ganzen Ausgaben des Reiches betragen 16 000 RM., während wir 25 000 RM. aufwenden müssen, um das Haus, allerdings modernisiert, wieder herzurichten. Ich bin der Ueberzeugung, wenn der Etat so aufgestellt wird, daß alles das, was in der Privatwirtschaft nicht auf Anleihe gesetzt werden würde, aus dem laufenden Etat gedeckt würde (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Dann müßte die Provinzialumlage erhöht werden!), dann würden wir eine weit stärkere Belastung des laufenden Etats bekommen. Es würde dann aber auch vielleicht erreicht, daß das hohe Haus, das in allen seinen Teilen immer den Drang zur Sparsamkeit bekundet, auch wirklich etwas mehr zur Sparsamkeit angehalten wird, weil dann die Mittel in dem Ausmaße im ordentlichen Haushalt nicht mehr zur Verfügung ständen (Sehr gut! bei der Arbeitsgemeinschaft).

Ich glaube auch, daß man demgegenüber nicht ohne weiteres sagen kann: Die Finanzlage der Provinz ist eine so günstige, insbesondere ist unsere Provinzialumlage im Verhältnis zu anderen Provinzen so niedrig, daß wir uns schon diesen gewissen Luxus leisten können. Man darf die Einnahmen der Provinz nicht nur als Einzelobjekt betrachten, sondern muß sie im Rahmen der Finanzen der Gesamtheit, insbesondere des Reichs, ansehen. Denn wir sind doch letzten Endes in einem erheblichen Teil unserer Einnahmen von den Finanzen des Reichs abhängig und bekommen unseren Anteil aus dem Finanzausgleich. Wenn also in der Allgemeinheit die Verhältnisse sich schlechter gestalten werden, so werden wir auch im Finanzausgleich schlechter fahren und können deshalb nicht einseitig darauf hinweisen, daß wir die Einnahmen, die heute da sind, auch im nächsten Jahr haben werden. Insbesondere wird auch dabei berücksichtigt werden müssen, daß unsere Finanzen doch nur im Zusammenhang mit den Finanzen der uns angegliederten Kommunen betrachtet werden können. Wenn wir bei uns, bei der Provinz, von günstigen Verhältnissen sprechen können, so ist dies bei den Kommunen sicherlich nicht möglich. Wir haben hier im Westen wohl mit die höchstbesteuerten Kommunen, die es überhaupt in unserem Vaterlande gibt.

Es ist vorhin schon auf die allgemeine Notlage und auf die Notwendigkeit, zu sparen, hingewiesen worden. Diesem Gedankengange folgend, bedauere ich, in einem wesentlichen Punkte mit der Verwaltung nicht einig gehen zu können; das ist die Erweiterung des Landeshauses. Wir verkennen nicht, daß seit dem Kriege der Umfang der Aufgaben der Provinz ganz außerordentlich zugenommen hat, wobei wir dahingestellt sein lassen, ob die sämtlichen Aufgaben, die wir heute zu

erfüllen versuchen, tatsächlich zum Bereich der Provinz gehören. Ich verkenne auch nicht, daß die Beamten-schaft in erheblichem Maße zugenommen hat. Ich will auch ohne weiteres zugeben, daß die heutigen Ver-hältnisse im Landeshaus durchaus unerwünscht und unerfreulich sind. Aber ich möchte Sie doch einmal fragen, ob Sie glauben, daß irgend eine Kommune es heute wagen würde, ihrer Stadtverordnetenver-sammlung vorzuschlagen, eine Million zur Erweite-rung des Stadthauses auszugeben. Ich glaube nicht, daß sie da irgendwo auf Gegenliebe stoßen würde. Wir tragen deshalb die ernstesten Bedenken, einen so großen Ausgabeposten, gerade in der heutigen Zeit zu bewilligen. Wir sind der Ansicht, daß bei nochmaliger Prüfung, insbesondere in den Ausschüssen sich ein Ausweg sehr wohl finden lassen wird. Zur Zeit ist hier das Städtehaus, wie mir berichtet wird, mit der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft und der Abteilung für Kunst- und Denkmalpflege belegt. Das sind Gebiete, die nicht darauf angewiesen sind, in unmittelbarer Nähe des Landeshauses zu liegen. Es würde also wohl mög-lich sein, die jetzt hier im Ständehaus untergebrachten Zweige anderswo in der Stadt unterzubringen, selbst wenn dabei eine räumlich größere Entfernung in Kauf genommen werden müßte. Es würde dann möglich sein, im Ständehaus andere Teile der Verwaltung unterzubringen. Wir sind uns dabei vollkommen darüber klar, daß dies kein Idealzustand ist. Aber bei der heutigen schlechten Zeit, und bei der heutigen wirt-schaftlichen Not wird man auch solche Uebelstände in Kauf nehmen müssen, um das Geld für andere Zwecke zur Verfügung stellen zu können. (Abgeordneter Kra-winkel: Sehr gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird dann in einer Vorlage für die Wohnungsnot Fürsorge getroffen. Es werden da u. a. von uns 900 000 RM aus der Anleihe verlangt, um Wohnungen für unsere Beamten billiger herstellen zu können. Wir begrüßen diese Vorlage und freuen uns, daß die Provinz in der Lage ist, in solchem Umfange für ihre Beamten ein-zutreten. Wir müssen aber ausdrücklich darauf hin-weisen, daß durch diese Fürsorge unsere Beamten weit besser gestellt sind als die Kommunalbeamten, da, soweit ich unterrichtet bin, keine Kommune in der Lage ist, derartige Mittel zur Verfügung zu stellen, um ihren Beamten zu helfen. Das kann vielleicht auch eine Rolle mitspielen bei den Differenzen, die sich bezüglich der Bodenreform ergeben haben.

Ebenso sind wir damit einverstanden, daß für Ver-billigung von Wohnungen kinderreicher Familien weiter gesorgt wird. Es ist nicht richtig, wenn eben ge-sagt wurde, daß dieser Posten ein Novum im heutigen Haushalt sei. Ein Posten von 100 000 RM war schon im vorigen Jahre für denselben Zweck eingesetzt. Wir haben damals allerdings schon darauf hingewiesen, daß wir uns hier auf einem Gebiete befinden, das nicht zu den

Aufgaben der Provinz gehört, und, wenn wir dem diesjährigen Antrage zustimmen, so tun wir es mit dem Wunsche, daß im nächsten Jahre doch schärfer ge-prüft werden möge, ob wir hier nicht allzuweit über die Aufgaben der Provinz hinausgehen.

Meine Damen und Herren! Es ist eingangs der Rede des Herrn Landeshauptmanns bedauert worden, daß wir voraussichtlich nicht in der Lage sein würden, auf den Fehlbetrag des Jahres 1925 in diesem Jahre eine Abtragung zu machen. Wir halten es tatsächlich nicht für möglich, daß wir diesen Fehlbetrag weiter durch die Stats durchschleppen, und sind der Ansicht, daß doch nach Wegen gesucht werden muß, um hier Abhilfe zu schaffen. Wir glauben diesen Weg in der Vorlage 15, Drucksache 11, gefunden zu haben, wo es sich um die Hochwasserschäden handelt. Bei diesen Hochwasserschäden wird u. a. ein Betrag von 600 000 RM für die Schutzbauten von Neuwied gefordert. Wir sind der Ansicht, daß es sich bei diesem Schaden um einen ganz besonders gelagerten Fall handelt, den man nicht verallgemeinern kann und der deshalb nicht aus dem laufenden Etat zu entnehmen ist. Wir haben daher den Antrag eingebracht, diese 600 000 RM aus Anleihe zu decken und in den ordentlichen Etat nur die Zinsen und Tilgungsraten einzusetzen, wodurch eine erhebliche Herabsetzung erfolgen würde. Wir haben weiter beantragt, die dadurch freiwerdenden Be-träge zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages des Jahres 1925 heranzuziehen. (Abgeordneter Kra-winkel: Bravo!) Wir bitten, diesen Antrag anzu-nehmen und entsprechend auch im Sachausschuß zu be-arbeiten.

Einen ziemlich breiten Raum nimmt die Fürsorge für unsere Jugend ein: Wanderungen, Wanderher-bergen und was alles damit zusammenhängt. Wir er-kennen vollkommen an, daß sehr viel Gutes und Er-freuliches auf diesem Gebiete geleistet werden kann, sind aber der Ansicht, daß auch hier eine weise Be-schränkung, entsprechend den Mitteln, angebracht ist. Es werden in diesem Etat für Jugendherbergen 400 000 RM — ein recht hoher Posten — gefordert. Wenn wir diesem Posten zustimmen, so tun wir es nur deshalb, weil er in den außerordentlichen Aus-gaben steht und davon ein Betrag von 250 000 RM, den wir im vorigen Jahre bewilligt hatten, in Weg-fall kommt. Wir hoffen aber, daß mit diesen 400 000 RM ein Abschluß im Ausbau der Jugendherbergen möglich ist, so daß in den folgenden Jahren auf diesem Gebiete weitere Bewilligungen nicht mehr notwendig sein werden.

Ein weiterer Betrag von 100 000 RM wird zur Filmbeschaffung gefordert. Wie die Vorlage selbst ausführt, haben wir heute bereits private und zum Teil auch öffentliche Institute, die in der Lage sind, Filme zu verleihen. Wenn das auch selbstverständlich noch kein Idealzustand ist, so läßt sich doch hiermit sehr wohl durchkommen, und wir können es nicht ver-

antworten, daß, wo es immer heißt: Sparen, man an diesem Punkte nicht sparen will. Wir werden in diesem Punkte gegen die Vorlage stimmen, aus dem Gedanken, daß die notwendigen Filme schon anderswo beschafft werden können, daß man im übrigen nicht zu sehr Fürsorge für andere Zwecke treiben soll, sondern daß man es den Jugendorganisationen überlassen muß, auch ihrerseits tätig zu sein und ihrerseits für die eigenen Belange einzutreten.

Im vorigen Landtage bereits haben wir bei der Beratung der Frage, ob für die Anstalten in Düren ein Gut angeschafft werden sollte, auf Bedenken hingewiesen, die unseres Erachtens einer Vermehrung des Grundbesitzes der Provinz entgegenstehen. Wir haben diese Bedenken im vorigen Jahre zurückgestellt und tun es in diesem Jahre gleichfalls, weil es sich hier nicht nur um eine wünschenswerte, sondern um eine notwendige Anschaffung handelt. Es wird dadurch möglich gemacht, die beiden Anstalten in Düren billiger zu bewirtschaften, und es wird weiter ermöglicht, eine Anzahl von Kranken in guter Beschäftigung eine Anzahl von Kranken in guter Beschäftigung draußen unterzubringen. Es wäre uns nur lieb gewesen, wenn in der Vorlage auch angegeben worden wäre, welche Ersparnisse denn in der Dürener Verwaltung nun dadurch gemacht werden, daß der Gutsbetrieb diese beiden Anstalten beliefern kann, damit man dem Ausgabeposten gegenüber auch in etwa die Einnahmeposten sieht und sich ein Bild davon machen kann, ob die Höhe der Ausgaben auch im Verhältnis zu dem Nutzen steht, den man durch diese Anschaffung erzielt hat. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Es freut uns ganz besonders, daß mit dem Erwerb dieses Gutes auch unseren landwirtschaftlichen Betrieben gedient werden kann, daß es möglich geworden ist, dort eine Melkerschule und eine Lehranstalt für Schweinemast und -zucht einzurichten. Wir hoffen, daß dies, wenn auch nur in kleinem Umfange, dazu beitragen wird, unsere landwirtschaftliche Bevölkerung mit zuverlässlichem Personal zu versehen und ihm die nötigen Anweisungen zum fruchtbaren Betriebe zu geben.

In diesem Zusammenhange sei es mir gestattet, auf eine weitere Frage bezüglich der Anstalten einzugehen. Wir haben noch in nicht unerheblichem Umfange in unseren Anstalten Patienten erster Klasse. Es wird sowohl von den öffentlichen Hand wie auch von Privatanstalten lebhafteste Klage darüber geführt, daß diese Patienten 1. Klasse zu Preisen untergebracht werden, mit denen die Privatanstalten in keiner Weise konkurrieren können und die noch unter den Preisen liegen, zu denen anderwärts in der 2. Klasse unterkommen ist. Wir sind der Ansicht, daß es nicht Aufgabe der Provinz ist, den Privatanstalten, an deren Erhaltung die Provinz auch ein Interesse hat, Konkurrenz zu machen. Wir bitten deshalb, zu erwägen, ob die Preise nicht entweder angegliedert werden können an die Preise, die die Privatanstalten fordern müssen,

oder ob, wenn dies nicht möglich ist, nicht ein langjähriger Abbau der 1. Klasse herbeigeführt werden kann. (Sehr richtig! rechts.)

In diesem Zusammenhang weiter zwei Worte über unser Fürsorgewesen. Wir möchten bezüglich des Fürsorgewesens anregen, ob es nicht möglich ist, die Sätze, die für Fürsorgezöglinge an Privatfamilien gezahlt werden, zu erhöhen. Die Sätze betragen heute 80 RMf. pro Tag. Es ist klar, daß mit 80 RMf. sehr schlecht auszukommen ist. Wir sind der Ueberzeugung, daß, wenn auch nur eine mäßige Erhöhung dieser Preise eintritt, dann auch ein größeres Angebot von Familien da sein wird, die bereit und auch geeignet sind, Fürsorgezöglinge zu übernehmen. Das würde zu einer nicht unwesentlichen Entlastung der Provinz führen, da die Kosten der Provinz erheblich höher sind als das, was bei Familienfürsorge gezahlt wird. Wir würden außerdem in der Lage sein, Räumlichkeiten frei zu bekommen, von denen die eine oder andere sich sehr wohl bei der Pflege der Geisteskranken verwenden ließe, um dadurch unsere Anstalten zu entlasten, die heute zweifelsohne in erheblichem Maße überfüllt sind. Ich weiß dabei, daß die Verwaltung bisher Bedenken hat, weil sie sagt, die Familienfürsorge hat nicht immer das gehalten, was man von ihr erwartete. Wir sind der Ansicht, daß, wenn durch eine Erhöhung des Unterbringungspreises mehr und geeignetere Familien sich bereit finden lassen, Fürsorgezöglinge aufzunehmen, es dann auch möglich sein wird, bessere Ergebnisse innerhalb der Familienfürsorge zu erzielen.

Eine der wichtigsten Fragen, die den diesjährigen Landtag beschäftigen, ist die Frage der Autostraßen. Sie wissen, daß wir im vorigen Jahre bereits diese Frage beraten und beschlossen hatten, unter dem Vorbehalt, daß die Kosten durch eine Abgabe der Autos, die die Straße benutzen, sichergestellt würden. Diese Abgabe ist nicht zu erreichen gewesen. Gleichwohl finden wir heute die Vorlage wieder vor. Es ist wohl ganz richtig, wenn der Herr Landeshauptmann gestern ausgeführt hat, daß ein gewisser Optimismus dazu gehört, dieser Vorlage zuzustimmen. Wir stehen heute lediglich vor der einen Frage: Wie sollen die Kosten gedeckt werden. Wir haben zur Deckung lediglich die Automobilsteuer. Diese Steuer hat sich allerdings sehr günstig entwickelt und bringt uns im laufenden Jahre einen Ueberschuß von etwa 7 Millionen gegenüber dem vorjährigen Etat. Immerhin, es ist eine unsichere Einnahme, und, ob diese Steuer uns dauernd erhalten bleiben wird, insbesondere in dieser Höhe, wird mit Gewißheit keiner voraussagen können. (Abgeordneter Dr. Hold: Sehr wahr!) Wir sind deshalb der Ansicht, daß eine gewisse Vorsicht bei der Ausführung dieser Straßenbauten notwendig ist. Diese Vorsicht ist umso nötiger, als ein irgendwie zuverlässiger Kostenanschlag bis heute selbst für die Strecke Köln-Bonn nicht vorliegt. Insbesondere die Frage der Belichtung, die in ihrer Auswirkung auf die Kosten ganz ungeheuer-

lich werden kann, ist in keiner Weise geklärt. Wir sind deshalb der Ansicht, daß man es vorläufig mit der Strecke Bonn—Köln belassen soll und nicht etwa auch, entsprechend dem Antrage des Provinzialausschusses, die Kosten für die Bodenbeschaffung für die weitere Strecke Köln—Düsseldorf—Essen bewilligt. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Immer langsam voran, damit die Arbeitsgemeinschaft mitkommen kann!) Das ist kein Langsamvoran. Wenn Sie genehmigen, daß schon die Bodenflächen gekauft werden, dann müssen Sie die nächsten Bewilligungen zwangsläufig mitmachen, denn Sie können nicht heute das Terrain von Düsseldorf bis Essen kaufen und im nächsten Landtage sagen: Wir bauen diese Strecke nicht, denn damit, daß der Grunderwerb bereits vollzogen werden soll, beschließen Sie tatsächlich den Bau der ganzen Strecke. (Sehr richtig!) Wir haben sehr große Bedenken, ob die Straße sich überhaupt bewähren wird. Es ist ein vollkommenes Novum, das wir hier schaffen. Wir wissen auch nicht, ob es sich finanziell wird tragen können. Dazu kommt die weitere Frage: Wenn wir jetzt diese große Summe bewilligen, müssen wir noch im Auge behalten, daß damit nicht die Anforderungen an die Provinz erschöpft sind, sondern daß noch weit größere und wichtigere Fragen auch in anderen Teilen der Provinz zu lösen sind. Wenn wir in dem Tempo weitermachen, und diese Anlagen bewilligen und wenn uns einmal, was immerhin möglich ist, die Automobilsteuer im Stich läßt, wer soll dann Amortisation und Zinsen decken und außerdem die durchaus notwendigen Ausgaben für das sonstige Straßennetz tragen? Wir sind wohl damit einverstanden, daß im weitesten Umfange dafür Sorge getragen wird, daß Erwerbslose von der Straße kommen und lohnende Arbeit finden. Man darf aber nicht in der Fürsorge für die Arbeitslosen so weit gehen, daß man Pläne ins Blaue hinein macht und nachher auf beiden Seiten festigt. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr gut!) Wir sind deshalb der Ansicht, daß zunächst nur der eine Teil gebaut werden soll und daß man dann abwarten möge, wie sich die Kosten dieses Teils gestalten, um einen festen Anhalt zu haben und einen einigermaßen festen Plan und Voranschlag für die weitere Strecke aufstellen zu können, um diese dann, wenn es möglich ist, auch zu bauen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Provinzialverwaltung wiederholt — es ist auch im vorigen Jahre geschehen — auf die unhaltbaren Zustände bei einer ganzen Reihe von Bahnübergängen, insbesondere auch Bahnüberführungen, hinweisen, wo die Lage der Brücken eine derartige ist, daß tödliche Unglücksfälle an der Tagesordnung sind. Ich verweise insbesondere auf die Uebergänge bei Hilgen und Tente, die auf die Dauer nicht erhalten werden können. Ich weiß, daß es nicht Schuld der Verwaltung ist, daß noch keine Abhilfe geschaffen ist, weil hier auch die Bahnverwal-

tung stark mitzusprechen hat. Wir hoffen aber, daß es gelingen möge, möglichst bald eine Einigung herbeizuführen, um auf diese Weise diese lebensgefährlichen Uebergänge zu beseitigen.

Beim Straßenbau ist u. a. eine Million für die Straßen ausgeworfen, die im Bezirk des Ruhrstiedlungsverbandes gebaut werden sollen. Diese Million ist aber mit der Beschränkung belastet, daß sie für den Ausbau zwischengemeindlicher Straßen und Verkehrsanlagen verbraucht werden muß. Wir sind der Ansicht, daß diese Beschränkung wegfallen muß. Der Ruhrstiedlungsverband führt in seinem Bezirk seine Straßen nach einem festen Programm aus. Wenn Sie nun diese Beschränkung bei dieser einen Million hier hineinstecken, so kann es leicht kommen, daß das gesamte Bauprogramm des Ruhrstiedlungsverbandes dadurch empfindlich gestört wird, daß eine Zersplitterung eintritt, die wir auf keinen Fall wünschen können. Es wäre uns deshalb wünschenswerter, wenn diese Million dem Ruhrstiedlungsverband so zur Verfügung gestellt würde, mit der Auflage, am Ende des Jahres über die Verwendung des Geldes Rechnung zu legen, so daß die Verwaltung in der Lage ist, in eine Nachprüfung darüber einzutreten, ob der Betrag auch für den bestimmten Zweck tatsächlich verbraucht worden ist.

Meine Damen und Herren! Wir sind mit dem Herrn Vorredner der Ansicht, daß wir alle — ob es ausgesprochen zu den Aufgaben der Provinz gehört, lasse ich dahingestellt — ein großes Interesse an der Erhaltung des Mittelstandes haben und daß diesem Interesse im wesentlichen Umfange dadurch gedient werden kann, daß unser heranwachsender Nachwuchs beim Handwerk wieder lernt, Qualitätsarbeit zu leisten, und dadurch konkurrenzfähig wird gegenüber der zunehmenden Industrialisierung und der Fabrikware. Es findet sich in der Vorlage für diesen Zweck eine Forderung von 50 000 RM. Wir haben gegen die Bewilligung dieser Vorlage Bedenken, nicht etwa, weil wir das Handwerk dadurch schädigen wollen, sondern weil wir überzeugt sind, daß durch diese 50 000 RM dem Handwerk nicht genützt wird. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Es ist in keiner Weise klar gesagt, wie die Verwendung des Betrages gedacht ist. Irgendein System, nach dem der ganze Aufbau dieser Schulung des Nachwuchses stattfinden soll, fehlt hier vollkommen. Es sind lediglich 11 Punkte angeführt, die ziemlich wahllos hier herausgegriffen sind. Sie werden mir zugeben, daß, wenn diese 11 Punkte bei den verschiedenen Handwerkskammern der Provinz verfolgt werden sollen, dann 50 000 RM so gut wie gar nichts sind. Das ist verzerreltes und deshalb weggeworfenes Geld. Wir werden damit nichts erreichen. Die Sache läßt sich nur so machen, daß zunächst in Zusammenarbeit von Provinz und Handwerkskammer ein Programm aufgestellt wird: So und so wollen wir arbeiten, das soll erreicht werden, nicht maßlos sofort das Ganze, sondern aus einem kleinen Anfang heraus

die Sache entwickeln, dann mit einer vernünftigen Vorlage kommen, dann werden wir bereit sein, auch andere Mittel zur Verfügung zu stellen. Aber derartige Kleinigkeiten, die dem einen nichts nützen und dem anderen nicht weiter helfen, zu bewilligen, dazu können wir uns nicht bereit erklären. Die schwierige Frage ist die: Wenn wir die 50 000 RM bewilligen, wer soll sie dann bekommen? Welches soll die Vermittlungsstelle sein. Wer bekommt davon etwas? Überlegen Sie sich: Es steht nur ein Inhaltspunkt in der Vorlage: „Minderbemittelte Städte“. Ich behauere, daß Herr Kollege Adenauer nicht da ist; ich bin überzeugt, er wird seine Stadt auch als minderbemittelt hinstellen. Das ist doch ein sehr relativer Begriff. Die minderbemittelte Stadt kann nicht mit der Kleinstadt verwechselt werden, sondern die finanzielle Inanspruchnahme ist in allen Städten die gleiche, so daß man bei sämtlichen Städten in diesem Sinne von minderbemittelten Städten sprechen kann. Ich bitte Sie deshalb, diese Vorlage gerade im Interesse des Handwerks abzulehnen und in Verhandlungen mit dem Handwerk ein System aufzustellen, wie man etwas machen kann, um wirklich nutzbringende Arbeit leisten zu können. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr gut!) Wohin diese Verzettelungswirtschaft führt, sehen Sie an der nächsten Vorlage. Im vorigen Jahre haben wir 200 000 RM zu einer Zinsverbilligungsaktion für die Landwirtschaft bewilligt. Heute wird uns gesagt: Das war natürlich ein Unfug, was wir da gemacht haben, denn man kann mit 200 000 RM nichts verbilligen. Genau so ist es mit den 50 000 RM. Diese Verbilligungsaktion liegt uns jetzt wieder vor. Man sagt uns: Diese 200 000 RM müssen wir jetzt der Landwirtschaft wieder zugute kommen lassen. Bezüglich 100 000 RM ist uns die Beschlußfassung erspart, da sie bereits zum Ausgleich von Frostschäden der Winzer verwandt worden sind; über sie brauchen wir uns den Kopf nicht mehr zu zerbrechen. Bezüglich der weiteren 100 000 RM besteht ein Streit, ob sie der Landwirtschaft oder den Winzern zugewiesen werden sollen. Ich glaube, daß dieser Streit zweckmäßig im Sachausschuß austragen werden wird. Wir haben aber den Wunsch, falls wiederum 50 000 RM den Winzern bewilligt werden, den Antragstellern das Geld nicht in bar auszugeben, denn bei der Auszahlung dieser 100 000 plus 300 000 RM, die der Minister gegeben hat, hat sich herausgestellt, daß auf den einzelnen Winzer Beträge von 10 und 20 Mark kamen. Damit wird selbstverständlich nicht die Notlage gemildert, und das Geld wird auch nicht den Zwecken zugeführt, für die es bestimmt ist (Abg. Krawinkel: Sehr wahr!), sondern es geht eben ein und wird für ganz andere Zwecke ausgeben. Selbst der Höchstbetrag von 800 RM, der gezahlt wurde, ist keine Hilfeleistung. Wir sind deshalb der Ansicht, wenn von dem Fonds, der noch zur Verfügung steht, etwas auf die Winzer entfällt, soll nicht in bar gezahlt werden, sondern in Mitteln zur

Bekämpfung der Nebeschädlinge, die in natura geliefert werden, damit die Leute wirklich auch zur Verbesserung ihres Weinberges etwas leisten können.

Das sind die wesentlichen Punkte, die ich hier im Auftrage meiner Fraktion zu dem vorliegenden Haushaltsplan vorzubringen habe.

Es ist mir zum Schluß eine angenehme Pflicht, im Namen der Fraktion dem Herrn Landeshauptmann und sämtlichen Herren der Verwaltung unseren besten Dank und unsere Anerkennung für die Pflichttreue und Sorgfalt auszusprechen, mit denen sie auch im abgelaufenen Jahre die Geschäfte der Provinz geführt haben. (Beifall!).

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kuhnen.

Abgeordneter Kuhnen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zuerst ein kurzes Vorwort. Wir kommen alljährlich hier für 5 bis 6 Tage zusammen, um meistens in der größten Eile den umfangreichen Etat der Provinz, die zahlreichen Vorlagen und zu guter Letzt die vielen Anträge, die im Laufe der Verhandlungen von den einzelnen Parteien noch gestellt werden, zu beraten und darüber zu entscheiden. Es geht dann vor allem in den letzten Tagen in einem sogenannten Flugzeugtempo (Sehr richtig!), so daß die meisten Damen und Herren eigentlich keine besondere Lust mehr haben, das an den letzten Tagen so mitzumachen. Meine Damen und Herren, wir wissen, warum das geschieht. Wir haben vor einigen Jahren den Provinzialausschuß ermächtigt, daß er eine ganze Reihe von Dingen, die früher vor den Landtag kamen, aus sich heraus erledigt. Wir müssen schon sagen, daß wir mit dieser Bearbeitung nicht unzufrieden zu sein brauchen. Auch zu den Vorlagen, die uns hier zu diesem Landtag wieder vom Provinzialausschuß und von der Provinzialverwaltung unterbreitet worden sind, darf man sagen: Sie sind so vorbereitet, daß wir als Abgeordnete Gelegenheit haben, uns alle in die Materie zu vertiefen. Aber die saloppe Art, wie wir in den letzten Tagen die Dinge machen, ist nicht dazu angetan, das Ansehen dieses Parlaments zu heben. Wenn wir nicht so ausgezeichnete Vorsitzende hätten, die in den letzten Tagen immer wie Einpeitscher dahinterstehen und dafür sorgen, daß es gewissermaßen so en bloc vorwärts geht, würden wir an dem fraglichen Samstag überhaupt nicht fertig werden können. Meine Damen und Herren, es sind große Anforderungen, die wir an die Beamten der Provinzialverwaltung und vor allem auch an unsere Stenographen stellen. Wenn nicht innerhalb der Beamtenschaft der Provinzialverwaltung, von der Spitze herunter bis zum letzten Angestellten — unsere Stenographen nicht ausgenommen — nicht das Allerbeste geboten würde, würden wir in dem Tempo und in der Art, wie wir es in den letzten Jahren gewohnt sind, überhaupt eine gewissenhafte, sorgfältige Arbeit nicht leisten können.

Ich trage das nicht deshalb hier vor, um andere Vorschläge zu machen. Ich weiß ganz genau, daß wir in der Hauptsache wohl dazu gekommen sind, dieses System einzuführen, um auch da größere Kosten zu sparen. Der Provinzialausschuß ist, wie Sie gesehen haben, im abgelaufenen Jahre, an 16 Tagen zusammen gewesen. Das ist finanziell jedenfalls erträglicher, als wenn wir im Laufe des Jahres noch ein zweites Mal zusammen kommen. Immerhin bin ich der Auffassung, daß Mittel und Wege gesucht werden müssen, um ein vernünftigeres Verhältnis einzuführen. Vorschläge will ich, wie gesagt, dazu nicht machen. Aber vielleicht geht es auch so, daß wir es wie heute belassen, daß wir aber möglichst alles das, was eigentlich nicht zu den Angelegenheiten der Provinz gehört, hier herauslassen und das wir uns auch etwas beschränken. Ich weiß ganz genau, daß das nicht so schematisch gehen wird und daß die einzelnen Parteien sich das auch nicht ganz unterbinden lassen werden. Aber wir müssen uns doch etwas beschränken in unserer Redelust und unserer Redefreiheit (Weisfall!). In einer ganzen Reihe von Dingen — darüber wollen wir uns klar sein — überzeugen wir uns gegenseitig doch nicht. (Zurufe der Kommunisten, Glocke des Vorsitzenden.) Es handelt sich da um Weltanschauungsfragen, die soundsso oft von den verschiedensten Fraktionen hier vorgetragen worden sind, und eine Sache wird dadurch nicht klarer und wahrer, daß man sie duzendemal vorträgt. Ich möchte also bitten, daß sowohl Sie, meine Damen und Herren, wie vor allen Dingen der Provinzialausschuß und der Herr Landeshauptmann sich die Dinge einmal überlegen, ob wir da nicht in Zukunft etwas andere Maximen einführen können, die natürlich parlamentarisch unter allen Umständen so sein müssen, daß jeder auch damit zufrieden sein kann. (Zuruf des Abgeordneten Schröder, Essen: Der Landtag soll ausgeschaltet werden!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter K u h n e n (fortfahrend): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Vorredner, der Redner der Arbeitsgemeinschaft, hat sich hier als ein Stück Spardiktator aufgetan. Ich habe so das Gefühl, daß er vorher die Rede gelesen hat, die der Herr Reichsaußenminister Stresemann dieser Tage in dem Hotel Esplanade gehalten hat, wo er den Satz sprach: „Die Gebarung der Ausgabenwirtschaft im Reich, in den Ländern und Gemeinden kann einen tatsächlich nur mit Grauen erfüllen. Wir quetschen die Steuerzahler aus wie eine Zitrone“ usw. (Sehr richtig! rechts.) Der Herr Vorredner hat sich wohl etwas allzu sehr davon leiten lassen und ist dann dazu gekommen, so ziemlich alles abzulehnen, was hier zu unseren Ausgaben gehört (Dho-Rufe rechts). Wenn wir schon mit dazu beitragen wollen, die Not zu lindern, dann kommen wir gar nicht daran vorbei, dafür zu sorgen,

daß auch das getan wird, was geschehen kann und geschehen muß. Ich bin mit dem Herrn Landeshauptmann vollständig der Auffassung, die er in seiner Etatsrede vorgetragen hat, wo er sagte, daß der Provinziallandtag und auch die Landes- und Reichsparlamente schließlich an vieles gebunden sind; daß auch sie die Not, die vorhanden ist, nicht absolut beseitigen können, steht ohne Zweifel fest. Das liegt an der ganzen wirtschaftlichen Struktur. Solange die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in Deutschland so darniederliegen wie augenblicklich, so lange wird alles das, was wir hier tun können, nur Palliativmittel sein. Jedenfalls aber müssen wir versuchen, alles zu tun, was uns irgend möglich ist.

Der Herr Landeshauptmann hat gestern in seiner Etatsrede selbst seiner Sorge darüber Ausdruck verliehen, was zukünftig einmal werden könnte, wenn beispielsweise die Kraftfahrzeugsteuer geändert und die Verteilung anders geregelt würde. Meine Damen und Herren, beim vorigen Landtag hat mein Freund Haas gerade auf diese Dinge hingewiesen und ausdrücklich betont, daß die Möglichkeit gegeben ist. Unser Etat ist, wenn wir ihn genau ansehen, auf diese 18 Millionen absolut angewiesen. Infolgedessen, verehrte Damen und Herren, müßten wir eigentlich dasjenige tun, was die sozialdemokratischen Etatsredner hier seit einigen Jahren immer und immer wieder vorgetragen haben. Sie haben immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß es so nicht weitergehen kann, sondern daß wir dafür sorgen müssen, daß die Provinzialumlage erhöht wird, daß zum mindesten die laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden, daß es jedenfalls in diesem Tempo nicht weitergehen kann. Auf Seite 27 des stenographischen Berichts des 74. Rheinischen Provinziallandtages steht dasjenige, was mein Parteifreund Haas zu dieser Angelegenheit hier ausgesprochen hat. Ich möchte nicht unterlassen, darauf noch einmal hinzuweisen. Wir haben dies nun schon seit Jahren einmal von meinem Parteifreund Eberle, dann von Herrn Hölken, dann von Herrn Steinbüchel und zuletzt mehrere Male von Herrn Haas immer wieder herausstellen lassen. Es scheint uns aber, daß die Mehrheit dieses Hauses, auch die Provinzialverwaltung und der Herr Landeshauptmann nicht daran denken, von ihrer Maxime abzugehen, daß sie nicht gewillt sind, die Provinzialumlage zu erhöhen. Meine Damen und Herren, wir müssen schon dazu kommen, wenn wir nicht das eine erleben wollen, was in dem Vorbericht zu den Haushaltsplänen der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz vom Provinzialausschuß gesagt wird, wo es heißt: „Es ist nicht zu verkennen, daß eine solche Finanzgebarung bedenklich ist.“ Gewiß, meine Damen und Herren, außerordentlich bedenklich ist diese Finanzgebarung, und ich möchte nicht unterlassen, noch einmal darauf hinzuweisen.

Wenn der Herr Landeshauptmann gestern alles hier dunkel in dunkel gemalt hat und wenn der Provinzialausschuß selbst in seinem Vorbericht sagt, daß die Finanzgebarung eine bedenkliche ist, dann, meine Damen und Herren, — auch Sie Herr Landeshauptmann —, raffen Sie sich doch endlich einmal dazu auf und sorgen Sie mit dafür, daß andere Zustände geschaffen werden. Es geht doch wirklich nicht, daß wir aus dem Jahre 1925 und 26 heute noch  $2\frac{1}{2}$  Millionen Fehlbeträge haben, die noch immer nicht gedeckt sind, die wir immer noch mitschleppen, wofür wir alljährlich Hunderttausende an Zinsen nutzlos zum Fenster hinauswerfen. Meine Damen und Herren, wir wollten deshalb noch einmal ein eindringliches Wort dazu hier gesagt haben und daran erinnern, daß wir es gewesen sind, die immer und immer wieder betont haben, daß es mit einer solchen Finanzgebarung auf die Dauer nicht weitergehen kann, daß dies letzten Endes zur Katastrophe führen muß.

Meine Damen und Herren! die Etatsrede, die der Herr Landeshauptmann gestern hier gehalten hat, war eine einzige große Klage. Er hat im Gegensatz zum vorigen Jahre uns hier alles grau in grau gemalt, er hat ein düsteres Bild vor unseren Augen entrollt und selbst gesagt, daß er alles dunkel in dunkel sieht: große Arbeitslosigkeit,  $2\frac{1}{2}$  Millionen Erwerbslose im Reich, eine Viertelmillion in der Rheinprovinz. Verehrte Damen und Herren, da ist es schon notwendig, daß wir alles tun, was in unseren Kräften steht.

Aber eins ist mir bei der Etatsrede des Herrn Landeshauptmanns, als er diese Dinge gestern vor unseren Augen Revue passieren ließ, nicht klar geworden. Er hat an die große Zahl der Erwerbslosen erinnert und dann gleich im Anschluß daran gesagt: „Das können wir ebenso wenig, wie es die Länderlandtage können.“ Er meinte, wir können auch hier nicht irgendwie grundlegend die Notlage lindern oder beseitigen. Dann sagte er wörtlich: „Alles kann nichts helfen, wenn nicht die Rentabilität der Landwirtschaft durch erhöhte Preise für ihre Produkte hergestellt wird.“ Mir ist ganz unbegreiflich, was der Herr Landeshauptmann in diesem Zusammenhang hat sagen wollen. Ich weiß nicht, wie man die große Notlage, die in der Provinz unter der Industriebevölkerung herrscht, dadurch lindern kann, daß man die landwirtschaftlichen Produkte in ihren Preisen steigert. Verehrte Anwesende, was wir tun müssen, ist, soweit wir es selbst vermögen, es selbst tun, und, soweit das Land Preußen oder das Reich tun kann, sie dazu anregen, daß immer wieder auf neue Notstandsarbeiten bereitgestellt, vor allem Straßenbauten gemacht werden. Dazu gehören auch die Kraftwagenstraßen. Es ist nicht so, wie es mein Herr Vorredner hier vorgetragen hat. Im Gegenteil, das sind unbedingte Notwendigkeiten, wodurch wir dafür sorgen, daß Arbeit geschaffen wird. Mit Unterstützung

gen ist es wirklich nicht getan, sondern die Arbeitslosen, die wir seit Jahren in einem so großen Ausmaße in der Provinz haben, haben ein Anrecht darauf, Arbeit zu bekommen; das ist für sie die einzige Möglichkeit, sich durchzubringen. Ich kann infolgedessen nicht unterschreiben, was mein Herr Vorredner hier ausgeführt hat. Er meinte, wir sollen nur einen Teil der Autostraße bauen, am liebsten überhaupt nichts. Wir stehen im Gegenteil auf dem Standpunkt, wenn wir da etwas tun, dann wollen wir etwas Ganzes machen und nichts Halbes. Dann wollen wir dafür sorgen, daß dabei auch in großem Umfange Arbeitsgelegenheit geschaffen wird. Die Autostraßen sind ja nicht nur der Autos wegen da, sondern auch der übrigen Bevölkerung wegen, der Bevölkerung, die unsere Straßen passieren muß, vor allen Dingen auch der Bewohner unserer Siedlungen, die zum Teil an diesen Straßen liegen, damit sie nicht mehr so wie heute von der Staubplage belästigt werden. Die Autostraßen sind sogenannt Umgehungsstraßen und sind schon deshalb dringend notwendig.

In diesem Zusammenhang ein Wort über die vielen Gasrohrbrüche, die wir im letzten Winter erlebt haben, wobei Leben und Gesundheit so vieler in Gefahr geraten sind. Bei der künftigen Gasfernversorgung, vor allen Dingen, soweit die Straßen der Provinz in Frage kommen, soll die Provinz prüfen, ob auch alles getan ist, um Uebelstände und Unglücksfälle, wie wir sie in diesem Winter so oft erlebt haben, die nicht allein auf den Frost zurückzuführen waren, zu vermeiden. Wir sind der Meinung, daß durch den Lastautoverkehr unsere Straßen außerordentlich in Mitleidenschaft gezogen werden. Wenn dann die Rohrleitungen nicht in einer bestimmten Tiefe in die Erde hineingelegt sind, werden wir immer wieder ähnliche Katastrophen erleben. Die Provinz muß dafür sorgen, daß die Rohrleitungen so tief gelegt werden, wie es eben möglich ist, damit die Beschädigungen durch Lastautos nicht mehr in dem Maße eintreten können, wie es heute der Fall ist.

Der Herr Landeshauptmann hat hier gestern von dem Projektmachen gesprochen und gesagt: Diejenigen, die diese Projekte aufstellen, haben es leicht. Aber wenn sie gleichzeitig auch mit dafür sorgen müßten, woher das Geld genommen werden soll, dann würden wir vielleicht etwas weniger Projekte hier in der Provinz zu beraten haben. Verehrte Damen und Herren, wir werden das m. E. dauernd haben. Wir werden es nicht verhindern können, daß in einzelnen Teilen der Provinz immer wieder Wünsche laut werden, die vielleicht von anderen Teilen der Provinz, auch von der Provinzialverwaltung nicht als notwendig anerkannt werden. Damit müssen wir uns abfinden. Wo in Wirklichkeit unberechtigte Anträge gestellt werden, müssen wir schon den Mut haben, sie abzulehnen. Im allgemeinen aber müssen wir schon mit Rücksicht auf die Notlage, in der große Mengen

Erwerbsloser sich befinden, immer wieder nachprüfen, ob durch die Vorlagen, die uns hier unterbreitet werden, die Möglichkeit gegeben ist, der Erwerbslosenzahl Abbruch zu tun.

In einem bin ich mit meinem Herrn Vorredner vollständig einig. Ich gehe mit ihm konform, wenn er sagt, daß wir die 50 000 RM, die im letzten Augenblick von Herrn Sander für die Handwerkskammern gefordert worden sind, diesmal ablehnen sollen. Auch wir sind der Ueberzeugung, daß dies ein Palliativmittelchen ist, das nur Streit heraufbeschwören würde. Wo sollen wir denn da hin? Was wird da alles verlangt? Es sollen Kurse zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung eingerichtet werden, es sollen Stipendien gegeben werden, Beiträge zu Unterrichtsanstalten, Subventionen für Kurse, Unterstützungen für Vereine, Veranstaltung von Ausstellungen, Prämiiierung von guten Lehrlingsarbeiten, Prämiiierung von Lehrherren, Beihilfen an Berufsschulen und Lehrmittel an solche Schulen. Wenn man sich so vor Augen führt, was man in der großen Provinz alles mit diesen 50 000 RM machen will, so weiß man wirklich nicht, wohin wir kommen sollen. Da sind wir schon der Meinung, daß wir es diesmal ablehnen sollen. (Hört, hört! im Zentrum.)

In diesem Zusammenhang, meine verehrten Damen und Herren, möchte ich etwas anführen, was eine ähnliche Angelegenheit ist, wo 80 000 RM öffentliche Gelder — in dem Falle waren es Reichsmittel — aufgewandt wurden, um einen Umschulungskursus, wenn ich so sagen soll, einzuleiten. Das mangelhafte Verständnis der Unternehmer, in diesem Falle der Industriellen der Textilindustrie, hat es zuwege gebracht, daß diese 80 000 RM nutzlos verpulvert und zum Fenster hinausgeworfen sind. (Abgeordneter Haas: Hört! Hört!) Deswegen möchten wir davor warnen, daß hier etwas Ähnliches geschieht. Der Fall, den ich im Auge habe, ist folgender:

In den Jahren 1926/27 hatte die Textilindustrie Aachens eine außerordentlich gute Entwicklung durchgemacht, und sie hatte nicht genug Arbeitskräfte. Die Weberei florierte und der Arbeitsmarkt konnte nicht genug gelernte Weber heranschaffen, um den Bedarf der Aachener Textilfabriken zu decken. Da ging das Arbeits- und Berufsamt Aachen dazu über, 80 000 RM Reichsmittel zur Verfügung zu stellen, um sog. Umschulungen vorzunehmen, um Leute, die bis dahin Schlosser, Dreher und was weiß ich, waren, die zum Teil seit Jahr und Tag erwerbslos waren und keine Aussicht mehr hatten, in ihrem früheren Berufe eine lohnende Beschäftigung zu finden, umzuschulen und auf die Art der Textil-

industrie neue Arbeitskräfte zuzuführen. Aus diesen Mitteln wurde 12 Wochen lang 300 Arbeitern und Arbeiterinnen der Lohn ausgezahlt, und die Webmeister, die diese Lehrlinge umschulten und anlernten, bekamen auch aus diesem Fonds von 80 000 RM eine besondere Gratifikation dafür, daß sie sich dieser Arbeit unterzogen. Und was geschah nun? Im Jahre 1928 und später setzte eine Flaue in der Textilindustrie ein, es mußten Leute entlassen werden, und von den 300, die damals mit den 80 000 RM Reichsmitteln umgeschult wurden, ist heute wohl kein einziger mehr in einer Webstelle bei einer Aachener Tuchfabrik. Dabei ist hervorzuheben, daß wir bis heute noch 1000 Ausländer in den Textilfabriken Aachens beschäftigt haben (Abgeordneter Haas: Hört, hört!), zum größten Teil Holländer, und unsere eigenen Leute, die aus der Not eine Tugend gemacht und im späteren Leben noch einmal vollständig umgelernt haben, die in ihrer Jugend drei bis vier Jahre hindurch ein Handwerk gelernt hatten und in ihrem Handwerk nicht mehr Verdienst und Brot hatten, sind heute so ziemlich alle wieder entlassen.

In diesem Zusammenhang gehört auch etwas, was der Herr Landeshauptmann gestern in seiner Etatsrede anschnitt. Er hat auf das Abwandern der Industrie nach dem Auslande hingewiesen. Ich kann mir denken, daß der Herr Landeshauptmann dabei in erster Linie den Aachener Bezirk im Auge gehabt hat. Meine Damen und Herren! Es ist sehr bedenklich, was sich dort in den letzten Jahren abspielt: Nicht nur ein vollständiges Darniederliegen, nicht nur ein Abwandern der Industrie aus den verschiedensten Gründen, sondern auch mangelhafte, außerordentlich mangelhafte Einsicht der Industriellen selber. Meine verehrten Damen und Herren! Wir haben augenblicklich zu verzeichnen, daß fünf größere Tuchfabriken ihre Etablissemments nach dem benachbarten Holland verlegen. (Hört, hört! links.) Die Firmen Erkens Söhne, Delius, Haas und Fahrenberg und Conzen haben sich zu einer sog. G. m. b. H. unter dem Namen „Toga“ zusammengeschlossen und sind dabei, in Holland eine größere Fabrik zu bauen, die demnächst eröffnet wird. Die Firma Croon, eine alte Aachener Tuchfabrik tut schon seit dem Jahre 1926 daselbe und fabriziert ebenfalls in Holland, in Baals. Warum geschieht das?

Wir müssen der Sache einmal auf den Grund gehen. Es geschieht erstens der Vollerleichterungen wegen und zweitens auch, weil die holländischen Arbeiter in mancher Beziehung billigere Arbeitskräfte sind. (Abgeordneter Haas: Hört, hört!) Sie sind von dem Organisationsgedanken, den die deutsche Arbeiterschaft erfaßt hat, im allgemeinen, besonders in den Grenzgebieten, noch nicht so durchdrungen. Dann aber auch ist die Sozialversicherung in Holland noch nicht so ausgebaut wie die deutsche. Dort sind die sog. Soziallasten, wovon die Industrie immer soviel redet, die Ausgaben für Invaliden- und Krankenversicherung, nicht oder nicht in dem Maße zu verzeichnen wie hier, weil man dort, zum Schaden der Arbeiter, diese Arten der Sozialversicherung nicht kennt und auch die Erwerbslosenversicherung nicht in dem Rahmen hat, wie wir sie in Deutschland besitzen. Verehrte Damen und Herren! Das zeugt von einem außerordentlich mangelhaften deutschen Geist, der in diesen industriellen Kreisen steckt. Man hat uns immer davon geredet, daß Unternehmer und Arbeiter auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden seien. Aber diese Verbindung geht, wie die Tatsachen zeigen, nur bis an das Portemonnaie der Unternehmer. Kommt der Profit in Frage, so sagen sich die Industriellen: Rette sich, wer kann. Das ist nichts anderes als elende Fahnenflucht. In einer Zeit, wo ein Gebiet so darniederliegt wie der Aachener Bezirk, sollte man es nicht für möglich halten, daß alte Textilunternehmungen sich zu einem derartigen Schritt entschließen. Wir müssen schon alle miteinander zusammenhalten, um durch die schweren wirtschaftlichen Notstände, worunter vor allem die Grenzgebiete, auch der Aachener Bezirk, leiden, hindurch zu kommen. Da müssen Industrielle und Arbeiter zusammenstehen und zusammenhalten. Man sieht aber, daß manches anders ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Archivberatungsstelle der Provinzialverwaltung wird eine Summe angefordert, die an sich gering ist: 25 000 RM. Wir sehen da einen Anfang, aber nicht das Ende. Wir möchten so, wie wir es in unserer Fraktion beraten haben, die Angelegenheit noch einmal eingehend in der Kommission durchsprechen und sehen, was für Gründe sich sonst noch dafür ins Feld führen lassen. Anderenfalls stehen wir auf dem Standpunkt, obwohl wir sonst für solche Dinge volles Ver-

ständnis haben, daß wir uns dies im Augenblick noch versagen sollten, weil es wichtigere und notwendigere Dinge zu erledigen gibt.

Für die Förderung von Kunst und Wissenschaft haben wir in den letzten Jahren immer so etwa 200 000 RM ausgeworfen. Es ist kaum einer in meiner Fraktion, der nicht der Auffassung ist, daß wir auf diesem Wege weiterschreiten sollen. Aber wir möchten doch etwas zur Vorsicht mahnen. Der Provinzialausschuß sagt in seiner Vorlage selbst, daß von Jahr zu Jahr die Anträge zahlreicher werden. Wir haben daher den Eindruck, als ob von einzelnen Korporationen, Institutionen, Gemeinden oder Privatpersonen doch allzu leicht Anträge gestellt werden. Wir möchten die Provinzialverwaltung bitten, auf dem beschrittenen Wege, wie es hier Tradition geworden ist, weiterzugehen. Aber wir möchten doch in etwa zur Vorsicht mahnen und vor allen Dingen wünschen, daß die einzelnen Anträge genau geprüft werden, ob sie im Einzelfalle unterstützungswürdig sind oder nicht.

Verehrte Damen und Herren! Zum Jugendherbergswerk haben wir zwei Anträge eingebracht, die in dem zuständigen II. Sachausschuß behandelt werden. Wir bitten Sie, sich diese Anträge auch in den Fraktionen vorzunehmen. Wir haben in den letzten Jahren hier Aufwendungen gemacht, die für die Provinz ohne allen Zweifel so sind, daß sie sich sehen lassen können. Wir haben 1926 160 000 RM und in den Jahren 1927 und 1928 je 250 000 RM, also je eine Viertelmillion, zur Verfügung gestellt, und in diesem Etat, worüber wir jetzt reden, stehen 400 000 RM. Meine Damen und Herren! Wir wissen genau, daß es sich hier um vorbeugende Fürsorge handelt. Kein Mensch ist in meiner Fraktion, der nicht sofort bereit ist, diese Mittel mit zu bewilligen, um das zu erreichen, was wir uns davon versprechen. Aber es sind ja nicht nur allein die Mittel, die die Provinz hier aufwendet, Reich und Staat tragen auch bei, es werden eigene Beiträge von dem Verband deutscher Jugendherbergen einkassiert, und es wird von den Gemeinden etwa 5 RM. pro Kopf der Bevölkerung gefordert. Hinsichtlich des Letzten kann man geteilter Meinung sein, ob es so sein muß oder ob es auch etwas anders sein kann. Bei der Bevölkerungsziffer der Rheinprovinz würden, wenn 5 RM. pro Kopf der Bevölkerung von den Gemeinden und Städten aufgebracht würden, neben den Mitteln, die wir hier alljährlich bewilligen, noch einmal etwa 350 000 RM an Kopfgeldern herauskommen. Nun weiß ich genau, daß diese Beiträge nur von wenigen Städten voll gezahlt werden. Eine Reihe Städte zahlt nur einen Teil dieses Betrages, einzelne finanzschwache Städte vielleicht auch das nicht. Daß dieses Wert der Unterstützung wert ist, darüber braucht kaum ein Wort gesprochen zu werden. Aber man kann hier nicht wahl- und grenzenlos vorgehen. Daß man neben dem, was man von der Provinz bekommt, auch noch von den Gemeinden einen Beitrag von 5 RM.

auf den Kopf der Bevölkerung verlangt, geht auf die Dauer doch etwas zu weit. Wir bitten Sie, sich über diese Dinge in den Fraktionen und im II. Sachausschuß noch einmal zu unterhalten.

Ein kurzes Wort, meine Damen und Herren, über den Gesundheitszustand in den Erziehungsheimen. Im vorigen Landtag ist verlangt worden, daß die Provinzialverwaltung einmal eine Vorlage macht, wie der Gesundheitszustand in den Erziehungsheimen und bei denjenigen Fürsorgezöglingen ist, die in der Familienpflege stehen. Wir sind über die Vorlage — Drucksache 24 — befriedigt, und wir unterstreichen es, wenn dort auf Seite 4 gesagt wird: „Die Fürsorgeerziehung hat es von vornherein in der Hauptsache mit körperlich und seelisch minderwertigen Jugendlichen zu tun. Wenn in der Fürsorgeerziehung sich so zahlreiche nicht ganz gesunde Minderjährige befinden, liegt das nicht an der Fürsorgeerziehung als solcher, sondern an dem der Fürsorgeerziehung überwiesenen minderwertigen Teil unserer Jugendlichen.“ Wir sind, wie gesagt, im allgemeinen mit dem Bericht einverstanden. Nur auf Seite 1 des Berichts steht ein Satz, den ich zu beanstanden habe und der uns bedenklich erscheint, er lautet: „So sind z. B. im Erziehungsheim Guskirchen in den letzten Jahren gegen Ausgang des Winters regelmäßig gegen 100 Zöglinge an Grippe erkrankt; die Erkrankung verlief im allgemeinen gutartig, dauerte bis zu einer Woche“ usw. Man sollte meinen, daß da irgendwie eine Fehlerquelle vorhanden sein muß. Ich kann verstehen, daß in Zeiten, in denen eine Grippevelle, wie wir sie zuletzt erlebten, über das Land geht, es in den Fürsorgeerziehungsanstalten nicht anders sein wird wie auch in den Familien und bei uns. Aber wenn regelmäßig alljährlich in derselben Anstalt 100 Zöglinge an Grippe erkranken, sollte man meinen, daß da irgendeine Fehlerquelle sein muß. Vielleicht ist die Heizung oder irgend etwas nicht in Ordnung. Dem sollte man nachgehen und zeitig für Abhilfe sorgen, eventuell eine spitalmäßige Behandlung einleiten.

Meine Damen und Herren! Ueber Fußgänger- und Radfahrerwege hat mein Kollege Haas in der vorigen Tagung hier Ausführungen gemacht, die mit dazu beigetragen haben, daß wir nunmehr eine Vorlage bekommen, wonach die Provinz bereit ist, erstmalig 500 000 RM aufzuwenden. Wir begrüßen es außerordentlich und sind dankbar dafür, daß die Provinzialverwaltung und der Herr Landeshauptmann auf die Idee eingegangen sind. Eins aber halte ich für notwendig anzuführen, es ist folgendes: Der Herr Landeshauptmann und der Provinzialausschuß erkennen zwar die Notwendigkeit von Fußgänger- und Radfahrerwegen auf den Provinzialstraßen an, betonen aber, daß eine rechtliche Verpflichtung zur Anlegung von besonderen Radfahrwegen außerhalb der Ortsgassen für den Provinzialverband nicht besteht.

Nehmen wir einmal an, es sei so — und es wird so sein —, daß eine rechtliche Verpflichtung nicht konstruiert werden kann, so gibt es doch eine ganze Reihe Fragen, die uns hier im Provinziallandtag beschäftigen, wofür, wenn man genau zusieht, auch rechtliche Verpflichtungen nicht vorhanden sind; aber die bessere Einsicht sagt uns, daß es notwendig ist, also tun wir es. So wird es auch in diesem Falle sein. Ich wundere mich nur, daß der Herr Landeshauptmann oder der Provinzialausschuß dies hier besonders hervorhebt und besonderen Wert darauf legt, das zu betonen.

Im übrigen begrüßen wir es außerordentlich, daß 750 Kilometer Provinzialstraßenstrecken auf einmal in Angriff genommen werden sollen, und die 500 000 RM, die halbe Million, stellen einen guten Anfang auf dem Gebiete dar. Wenn wir eine halbe Million in den Nürnbergring gesteckt haben, so tun wir hier etwas, wovon Hundertausende Vorteil haben, die uns und der Provinzialverwaltung dankbar sein werden. Wir können aber bei der Gelegenheit nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß auch die Kreise und die Gemeinden sich etwas mehr der Verpflichtung unterziehen sollten, auf dem Gebiete etwas zu tun. Dies ist dringend notwendig. Der Fußgänger und Radfahrer weiß sich ja auf den Straßen kaum mehr zu halten. (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!) Wenn von den Organisationen gesagt wird, und es ist schon richtig, daß ein Sechstel der Bevölkerung der Rheinprovinz oder Deutschlands das Fahrrad als Fortbewegungsmittel zur Arbeitsstelle, zu gewerblichen oder zu sportlichen Zwecken benutzt, so ist diese Zahl so groß, daß der heutige Zustand wirklich ein Notstand ist und wir uns freuen müssen, wenn auf dem Gebiete irgend etwas geschieht. Wir äußern hier, wie gesagt, den Wunsch, daß vor allem auch die Kreise und Gemeinden auf diesem Gebiete genau so ihre Pflicht tun, wie die Provinz jetzt den Anfang gemacht hat.

Wir kaufen nach der Vorlage für die Pflegeanstalt Düren das Gut Hommelsheim. Ich setze bestimmt voraus, daß der Provinziallandtag seine Zustimmung zu dieser Vorlage geben wird. Meine Damen und Herren! Im 73. Provinziallandtag, im Jahre 1927, hat meine Fraktion den Antrag gestellt: „Dem nächsten Provinziallandtag ist durch die Provinzialverwaltung eine Aufstellung vorzulegen, aus der hervorgeht, wie groß die landwirtschaftliche Fläche bei den einzelnen Provinzialanstalten ist und wieviel Insassen die Anstalten zu verpflegen haben. Ferner muß aus der Aufstellung hervorgehen, was auf der vorhandenen Fläche im besten Jahre geerntet worden ist und wieviel von den einzelnen Arten der Ernte hinzugekauft werden mußte. Es ist ferner anzugeben, wieviel Land noch angekauft werden mußte, um Insassen und Personal aus den eigenen Erzeugnissen verpflegen zu können.“

In der Aufstellung soll auch die Bewertung der einzelnen Grundstücke angegeben werden.“ Es hat dem 74. Rheinischen Provinziallandtag dann eine Vorlage vorgelegen, und wir heben auch jetzt noch einmal hervor, daß diese Vorlage eingehend und gründlich war, so daß wir in der Lage waren, uns ein Gesamtbild so daß wir in der Lage waren, uns ein Gesamtbild über das zu machen, was an landwirtschaftlichem Besitz in den einzelnen Anstalten ist. So sind wir denn im vorigen Jahre dazu gekommen, daß der III. Fachausschuß den Antrag gestellt hat: „Der Fachausschuß legt der Provinzialverwaltung nahe, aus finanziellen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Gründen für die Anstalt Düren ein größeres Gut zu kaufen, und bittet den Provinziallandtag, dieser Anregung zuzustimmen.“ Wir freuen uns, daß wir durch diese Vorlage jetzt dazu kommen, daß die Anstalt Düren, die bisher landwirtschaftlichen Besitz nicht hatte, eine Gut bewirtschaften kann. Daß dies für diese Anstalt mit ihren 1000 Kranken und etwa 130 Personen Pflegepersonal dringend notwendig war, hat auch die Provinzialverwaltung anerkannt. Die Dürener Anstalt ist dadurch jetzt in der Lage, sich so ziemlich mit dem selbst zu versorgen, was die Landwirtschaft bieten kann.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich nunmehr mit einigen Worten auf die Dinge eingehe, die hier heute morgen von dem Redner der Zentrumsfraktion angeschnitten worden sind: die Um- und Eingemeindungsfrage oder, besser gesagt, die Neugliederung der Grenzzeitfessungen. Es bestehen da einige Disharmonien. Der Provinzialausschuß hat sich mit der Sache ja öfters beschäftigt, und der Minister des Innern hat von dem Herrn Landeshauptmann eine Vorlage gewünscht. Die Vorlage ist gekommen, und ich muß schon sagen, daß man über diese Vorlage in etwa erstaunt sein kann. Es ist so ziemlich alles negativ, alles wird abgewunken und abgetan. Meine Damen und Herren! Es ist schon so, wie der Minister sagt, daß es sich weniger um Um- und Eingemeindungsideen handelt, als vielmehr um eine Neugliederung von Grenzen, die längst, längst überholt und überlebt sind. (Sehr richtig! links.) Es ist dringend notwendig, daß da etwas geschieht. Verehrte Damen und Herren! Wenn Sie das, was der Herr Ministerialdirektor Dr. von Leiden über die grundsätzliche Bedeutung dieser Frage ausführt, sich einmal vor Augen führen — ich will Sie damit nicht irgendwie hier behelligen —, kommen Sie mit uns zu der Ueberzeugung, daß doch etwas Ernstliches an der Frage ist, so daß man sich darüber wundern muß, daß gerade das Zentrum da Bedenken hat und Dinge vorschleibt, wie wir es heute morgen auch gehört haben, die darauf hinauslaufen, daß man versuchen will, schließlich doch die ganze generelle Regelung, die nun einmal vor sich gehen muß, auf die lange Bank zu schieben. Das geht wirklich nicht, meine Damen und Herren. Wenn schon der Oberbürgermeister

Adenauer für sich in Anspruch nimmt, daß eine Neugliederung, eine Ein- und Umgemeindung in seinem Bereich ein dringendes Bedürfnis ist, so stehen wir auf dem Standpunkt, daß im Industriegebiet das Bedürfnis ein noch viel dringenderes und notwendigeres ist (Sehr richtig! links.), und daß man es nicht ablehnen kann.

In diesem Zusammenhang hat der Oberbürgermeister von Köln, Herr Adenauer, bei seiner Stattsrede in Köln den Beschluß des Provinzialausschusses zitiert. Er hat dabei, nach Zeitungsberichten, aber da aufgehört, wo er nicht hätte aufhören dürfen; er mußte u. E. auch dort in dem Kreise bis zum bitteren Ende gehen. „Der Provinzialausschuß — so heißt es — nimmt zu der Umgemeindungsvorlage des preussischen Innenministers durch folgenden Beschluß Stellung: Die Vorlage soll das gesamte in Betracht kommende Gebiet einer kommunalen Neugliederung unterziehen. Die unverkennbare Tendenz der Vorlage ist, die Schaffung und das Wachstum von Großstädten auf Kosten der mittleren und kleineren Städte und Landkreise zu begünstigen.“ Dieser Beschluß — soweit brauche ich ihn nur vorzulesen —, der im Provinzialausschuß mit Mehrheit angenommen worden ist, besagt etwas, was scheinbar in Köln nicht maßgeblich ist. Herr Adenauer hat bei seiner Stattsrede in Köln auch nur bis zu dem Wort „Tendenz der Vorlage“ zitiert und hat es wohlweislich unterlassen, das zu sagen, was unter „Tendenz“ in dem Falle verstanden wird: das Wachstum der Großstädte auf Kosten der mittleren und kleineren Städte und der Landkreise. Ich kann es verstehen, wenn eine Zeitung des Industriegebietes — Sie gestatten, daß ich das hier kurz vortrage — darüber folgende Meinung äußert:

„Köln will auf ewig dominieren im Westen des Reichs. Es will diese dominierende Stellung aber nicht auf rechtfertigtem Wege ständig neu erwerben, um sie zu besitzen, sondern die Sachwalter seiner kommunalen Politik suchen auf Schleichwegen und mittels einer geradezu mittelalterlichen Intriguenpolitik die Entwicklung der rheinischen Nachbarstädte niederzuhalten. (Abgeordneter Steinbüchel: Hört, hört!) Das Kölner Rathaus heißt im Volksmunde „Spanischer Bau“. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Es heißt wirklich so!) Es existiert dort ein verflucht gerissener Herzog Alba.“ (Heiterkeit.)

Wir wissen, daß in Ein- und Umgemeindungsfragen kein Süßholz geraspelt wird, wir wissen, daß die Beteiligten dabei niemals einer Meinung sind, wir wissen, daß hier harte Worte gebraucht werden. Wir haben volles Verständnis auch dafür, daß die Gemeinden und Städte des Industriegebietes, die zum Teil mit dem Willen des Innenministers zu einer

Neugliederung kommen wollen und müssen, auch scharfe Worte gebrauchen. Ohne allen Zweifel, dies ist schon sehr deutlich. Deswegen sagen wir noch einmal: Wir wünschen und erwarten, daß man sich dieser kommunalen Neugliederung, die doch kommen muß, die eine unbedingte Notwendigkeit ist, nicht versperrt. Wenn Köln nicht abwarten kann oder will, bis die Frage im Industriegebiet erledigt ist, wie es der Innenminister will, damit dann gemeinsam für Köln und Aachen die Frage in Angriff genommen wird, sondern heute schon vorgehen will, so muß die Meinung durchdringen, daß das, was im Industriegebiet seitens des Ministers und seiner Facharbeiter gewollt und auch vom Industriegebiet selbst als dringend notwendig erkannt wird, durchzuführen ist.

Meine verehrten Damen und Herren! Eine einzige große Klage hörte man in diesem Provinziallandtag, sowohl von dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Herrn Dr. Fuchs, wie auch vom Herrn Landeshauptmann über die Notlage der Landwirtschaft. Es ist mir so vorgekommen, als wenn in der Rheinprovinz nichts anders als Bauern und Landwirte wohnen. In Wirklichkeit ist es doch ein klein wenig anders. Wenn wir uns die Bevölkerungsziffer einmal ansehen, dann finden wir, daß Industrie, Handel, Handwerk und Verkehr den allergrößten Prozentsatz aufweisen. Meine Damen und Herren! Wir verkennen gar nicht, daß die Notlage der Landwirtschaft vorhanden ist. Wir wissen, daß, wenn wir hier darüber Ausführungen machen, man uns das immer frumm auslegt. Man glaubt uns nicht, daß es so ist, wie wir es darstellen, weil man immer der Auffassung ist, wir seien nun einmal die geborenen Feinde des Bauernstandes und der Landwirtschaft. Meine Damen und Herren! Das Gegenteil ist der Fall. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Mehrheit der führenden Leute meiner Partei und auch unserer besten Funktionäre — das kann ich ruhigen Gewissens aussprechen — stammt vom platten Lande. Diese Leute sind selber aus den ländlichen Verhältnissen gekommen, und es müßte ganz naturwidrig sein, wenn sie vergessen hätten, woher sie gekommen sind, und wenn sie für die Nöte der Landbevölkerung kein Verständnis hätten. Verehrte Anwesende, im vorigen Landtag sind darüber hier auch Reden gehalten worden. Herr Abgeordneter Kaiser hat uns da wieder einmal abtun wollen. Sie können das in seiner Staatsrede zum 74. Rheinischen Provinziallandtag in der zweiten Sitzung vom 27. März nachlesen, da hat er wörtlich gesagt: „Wenn auch der Kopf des Landwirtschaftsministeriums aus bürgerlichen Kreisen stammt, so ist doch die Hauptschlagader dieses Ministeriums stark sozialistisch eingestellt.“ (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Das ist auch heute noch

meine Auffassung!) Wir wissen gar nicht, was der Herr Abgeordnete Kaiser eigentlich damit hat sagen wollen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Dann denken Sie mal darüber nach!) „Der Kopf ist zwar bürgerlich, die Hauptschlagader aber ist sozialistisch“. Vielleicht erklärt uns nachher der Herr Abgeordnete Kaiser einmal, wie er das definieren will. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Wenn Sie so wenig politisch orientiert sind, habe ich keine Veranlassung, Ihnen nachzuhelfen!) Er hat dann an uns speziell noch folgenden Satz gerichtet: „Der Sozialist ist in Taten niemals ein Freund der Landwirtschaft gewesen“ (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Das stimmt auch heute noch!), „und er kann es auch nicht sein, ebenso wenig, wie ein Bauer, ob klein oder groß, aus Ueberzeugung Sozialist sein kann.“ (Abgeordneter Dr. Kaiser: Richtig! Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Herr Kaiser, lesen Sie einmal unsere Paragraphen nach!) Herr Abgeordneter Kaiser, Sie sagten soeben, wenn ich das nicht verstehe, dann könnten Sie mir nicht helfen. Ich muß Ihnen das jetzt wiedergeben: Wenn Sie nicht verstehen, daß es anders ist, daß der kleine Bauer sehr wohl Sozialdemokrat sein und auf dem Standpunkt stehen kann, auf dem wir stehen, daß er sehr wohl der Auffassung sein kann, daß seine Nöte bei uns besser verstanden werden als bei den Großagrariern (Abg. Hoffmann: Sehr richtig!), dann ist Ihnen eben auch nicht zu helfen.

Meine Damen und Herren! es wird uns gesagt, wir seien nicht bereit, der Landwirtschaft zu helfen. Der Herr Oberpräsident der Rheinprovinz hat in der Rede, die wir gestern gehört haben, von der Verschuldung gesprochen, in der die Landwirtschaft stecken soll. Auch am 1. März hat er bereits vor der Rheinischen Landwirtschaftskammer ausgeführt, daß die Lage durchaus besorgniserregend sei. Die Realschulden der rheinischen Landwirtschaft betragen 439 Millionen, die Personalschulden 220 Millionen, zusammen also eine Verschuldung von 659 Millionen. Meine Damen und Herren! ich bin nicht in der Lage, nachzuprüfen, inwieweit diese Zahlen stimmen. Aber nehmen wir sie einmal als stimmend an, so müssen wir auf alle Fälle sagen: Wenn wir dem einmal die Verschuldung der übrigen Bevölkerung der Rheinprovinz gegenüberstellen, so wird ohne allen Zweifel die Schuldenziffer nicht geringer sein, als sie hier ist. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!).

Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, die Stats der Jahre vor dem Kriege nachzusehen. Ich habe da gefunden, daß die Landwirtschaft weder hier in der Rheinprovinz, noch in Preußen, sagen kann, daß ihre Notlage kein Verständnis finde. Sehen Sie sich die Gesamtausgaben an, die in dem diesjährigen Haushalt der landwirtschaftlichen Angelegenheiten stehen, und sehen Sie sich dasselbe in den Jahren vor dem Kriege an, dann finden Sie, daß die Ziffern ganz enorm gestiegen sind, die für die Landwirtschaft ausgegeben

werden. Zu den Mitteln, die in dem Haushaltsplan für landwirtschaftliche Angelegenheiten stehen, kommt noch eine ganze Reihe erklecklicher Summen, die unter dem Titel Verschiedenes und im außerordentlichen Haushalt für die Landwirtschaft ausgeworfen sind.

Meine Damen und Herren! es muß schon in etwa bedenklich erscheinen, daß die 200 000 RM, die der 74. Rheinische Provinziallandtag für Zinsverbilligungen zur Verfügung gestellt hat, dankend abgelehnt und zur Verfügung gestellt werden. Es mag schon sein und ich will es gerne glauben, daß man der Auffassung gewesen ist, daß diese 200 000 RM nicht reichen. Aber darauf verzichten und damit bei anderen den Eindruck erwecken, als wollte man sagen, das ist nur ein Bettelpfennig, damit ist niemand geholfen, das sollte man nicht tun; damit erreicht man nicht, was man erreichen will.

Verehrte Anwesende, abgesehen davon, daß die Provinz außerordentliches für die Landwirtschaft tut, tritt auch die Landesbank für sie ein. Sie brauchen sich nur anzusehen, was auf Seite 13 ff des Berichtes der Landesbank der Rheinprovinz für das Geschäftsjahr 1928 steht, dann müssen Sie mit mir der Ueberzeugung sein, daß doch allerlei zur Förderung der Landwirtschaft angewandt wird. Wenn Sie da nachblättern, so finden Sie die Gesamtleistungen von 1924 bis 1927: die Zinsverbilligung, die Umschuldungsaktion, die Leistung die 1928 geschehen ist, die Pächterkredite, die Hypotheken aus rheinischen Bankmitteln, die verbilligten Kredite, die Neugewährung kurzfristiger Kredite, die Gesamtleistungen der Landesbank, der Landwirtschaftskammer usw. für die Landwirtschaft. Meine Damen und Herren! die Summen, die da aufgeführt werden, für die verschiedensten Zwecke der Landwirtschaft sind wirklich nicht von der Hand zu weisen. Insgesamt hat die Landesbank von 1924 bis 1927 der Landwirtschaft Darlehen in Höhe von 66 Millionen zugeführt, und zwar 20 400 000 RM kurzfristige Kredite, 27 320 000 RM langfristige und 18 700 000 RM Kommunalkredite für landwirtschaftliche Zwecke. Meine Damen und Herren, das sind Summen, die sich jedenfalls sehen lassen können. Auch die Rheinische landwirtschaftliche Genossenschaft in Köln hat in ihrem Jahresbericht von 1927 der Landesbank der Rheinprovinz öffentlich ihren Dank für diese Mühewaltung und dieses Tun erstattet. Insgesamt hat die Landesbank, der rheinischen Landwirtschaft von 1924 bis heute 77 688 051 RM als kurzfristige, langfristige und kommunale Kredite zur Verfügung gestellt. Meine Damen und Herren, da können sie nicht sagen, daß für die Landwirtschaft nichts geschieht. Hier ist nun heute morgen davon geredet worden, es müßte in großzügiger Weise etwas geschehen, es müßte dafür gesorgt werden, daß der Landwirtschaft geholfen wird. Wo der Landwirtschaft geholfen werden kann und wo dies möglich ist, sind wir dabei. Aber wir sind der Auffassung, daß dabei doch

etwas übertrieben wird, und das sollte man lassen. Die Dinge liegen nicht ganz so schlimm, wie sie geschildert werden. Wenn sie auch schlimm genug sind, so sind sie doch nicht ganz so schlimm, bestimmt nicht. Das Hauptübel, woran die Landwirtschaft leidet, ist m. E. der Zwischenhandel und der Handel überhaupt (Geordneter Gerlach: Sehr richtig!), der die Landwirtschaft gar nicht zu Blute kommen läßt. Der Landwirt, der das Jahr hindurch — das erkennen wir ehrlich an — bestrebt und gezwungen ist, von frühmorgens bis spät abends seinen Acker zu bebauen, die Saat hineinzubringen und das ganze Jahr hindurch von der Witterung abhängig ist, der das Risiko hat, daß bei Frost usw. die Ernte nicht gut ausfällt, bekommt bei weitem nicht das für seine eigenen Produkte, was der Handel bekommt. Da muß der Hebel angelegt werden. Wenn es wahr ist, daß beispielsweise in einem Jahr 1,6 Milliarden im Schweinehandel erzielt werden, so beweist das, was der Landwirtschaft alles verloren geht.

Sehen Sie sich doch die Preise an, die der Landwirt für seine Produkte bekommt, seien es nun Feldfrüchte oder sei es aus der Viehzucht. Sehen Sie sich an, was der Konsument dafür bei dem Ladner und Händler bezahlen muß. Sehen Sie sich die Fleischpreise an, die notiert werden, wenn das Schwein oder sonst ein Stück Vieh aus dem Stall des Landwirts geht und was der Konsument dafür beim Schlächter bezahlen muß.

Meine Damen und Herren! Da liegt in erster Linie das Grundübel, da müssen die landwirtschaftlichen Organisationen mit uns einig gehen. Wir sind bereit, dafür zu sorgen, daß da Wandel geschaffen wird. Hier kann man der Landwirtschaft wirklich helfen. Das ist das wirksamste Mittel; alle anderen mögen Palliativmittelchen sein. Aber auch im neuen Staat, im neuen Preußen ist seit der Umwälzung für die Landwirtschaft so vieles geschehen, daß ich gar nicht in der Lage bin, das hier aufzuzählen. Wenn hier auch von dem Herrn Landeshauptmann gesagt worden ist, daß alles das, was dort beschlossen worden ist, nicht der Landwirtschaft restlos helfen kann. Das Grundübel liegt eben da, wo ich es soeben gezeigt habe. Tatsache ist aber, daß auch vom neuen Staat und vom neuen Preußen für die Landwirtschaft ausreichend viel geschehen ist. Ich will ein einziges herausgreifen, in Bezug auf die landwirtschaftliche Schulung. Die aufgewendeten Mittel für die landwirtschaftlichen Schulen und Wirtschaftsberatungsstellen liegen von 1 092 000 RM im Jahre 1913 auf 4 160 405 RM im Jahre 1928, und für landwirtschaftliche Hochschulen einschließlich Forschungsanstalten und tierärztliche Hochschulen wur-

den im Jahre 1913 2 912 917 RM ausgegeben und im Jahre 1928 8 732 771 RM.

Meine Damen und Herren! Das sind Zahlen, die ohne allen Zweifel stark ins Gewicht fallen und von so großer Bedeutung sind, daß wir sie nicht unberücksichtigt lassen dürfen. Im Zusammenhang damit möchten wir — und das können Sie uns wirklich nicht verargen — auch noch weiter zum Ausdruck bringen: die Landwirtschaft muß auch dafür sorgen, daß die Landflucht durch die Landarbeiter nicht in dem Maße eintritt, wie wir es jetzt haben. Es mag in der Rheinprovinz nicht so ausgesprochen in die Erscheinung treten wie in anderen Provinzen. Es ist aber Tatsache, daß auch in der Rheinprovinz die Entlohnung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen und auch die Unterkunftsverhältnisse nicht immer so sind, wie sie sein müßten. Ebenso sind auch die Rechtsverhältnisse und die soziale Sicherstellung nicht so, wie sie beispielsweise der Industriearbeiter hat. Solange diese Unterschiede bestehen, brauchen wir uns nicht zu wundern, daß eine Landflucht vorhanden ist. Wundern wir uns doch nicht, daß der Arbeiter, der doch weiter nichts hat als seine Arbeitskraft und sehen muß, sie so teuer wie möglich zu verkaufen — das können Sie ihm nicht verübeln, dazu ist er gezwungen —, dorthin geht, wenn ihm die Möglichkeit geboten wird, wo er besser bezahlt wird und bessere soziale Verhältnisse vorfindet.

In diesem Zusammenhang zum Schluß noch ein Wort. Wenn schon die rheinische Landwirtschaft erwartet, daß auch hier der Rheinische Provinziallandtag ihren Wünschen ein Ohr leiht, dann haben wir daran die Forderung zu knüpfen, daß die rheinische Landwirtschaft auch ihrerseits dafür sorgen möge, daß sie so geleitet wird, wie man es erwarten kann. Der Präsident der Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz, Freiherr von Lüninck — die Angelegenheit ist auch schon bei früheren Tagungen hier in anderer Form behandelt worden — scheint doch nicht der richtige Mann am richtigen Ort zu sein. (Sehr richtig! links.) Meine Damen und Herren! Wie ich in der „Kölnischen Zeitung“ vom 26. Februar d. J. lesen konnte, brachte er es fertig, auf der landwirtschaftlichen Woche am 25. Februar Ausführungen zu machen, die wir unter allen Umständen in der Form beanstanden müssen. Er führte aus: „Die Regierung hat Arbeit, Freiheit und Brot versprochen. Es ist naheliegend, mit Hohn und Spott zu sprechen. Tatsächlich leben wir im unfreiesten Staat der Welt.“ Wörtlich nach der „Kölnischen Zeitung“ zitiert hat Lüninck dann noch gesagt, Deutschland sei das unfreieste Land unter allen Kulturstaaten. (Hört, hört! links.) Wir seien kein souveräner Staat mehr, und unsere Freiheit sei geringer als die der Türken und Chinesen. (Pfeif-Rufe links.)

Meine Damen und Herren! Wenn sich das der Präsident der rheinischen Land-

wirtschaftskammer herausnehmen darf, dann müssen sich die Landwirte nicht wundern, wenn es Kreise gibt in der Rheinprovinz, die diesen Dingen mit Argwohn gegenüber stehen (Abgeordneter Gerlach: Sehr wahr!) und die vorsichtig sind. Was Herr Lüninck für die Rheinprovinz gesagt hat, ist dasselbe, was an anderer Stelle der deutschnationale Abgeordnete von Rohr, Demming, auf der Stettiner Landwirte-Tagung gesagt hat: „Herunter mit den Löhnen! Die heutigen Machthaber verraten den Staat. Herunter mit der roten Fahne vom preußischen Staat! Das wird die Parole des Freiheitskampfes der deutschen Bauern sein.“

Berehrte Damen und Herren! Ich bitte Sie, insbesondere die Herren von der Landwirtschaft und vor allen Dingen diejenigen Parteien in diesem Hause, die für sich in Anspruch nehmen, daß sie in erster Linie die Vertreter der Landwirtschaft sind — wir behaupten das von uns auch; wir können uns aber darüber scheinbar nicht einigen — sich die Dinge einmal genau anzusehen. Ich bin überzeugt, daß es in diesem Hause eine ganze Reihe gibt, die damit nicht einverstanden sind, was Freiherr von Lüninck auf der landwirtschaftlichen Woche ausgeführt hat, und daß es so nicht weiter gehen kann.

Das ist letzten Endes derselbe Ton, wie wir ihn beispielsweise bei den Führern des Stahlhelms, den Herren Düsterberg usw. finden. Diese geben zwar zu unserem Herrn Reichspräsidenten und geben ihm Samtpfötchen, reden aber draußen vom Staat wie von dem Kuhfladen, der nach außen zwar verkrustet sei, im Innern aber noch sehr stinke.

Meine Damen und Herren! Wenn das Gemeingut der deutschen Landwirtschaft sein würde, dann müssen wir schon sagen, daß es notwendig ist, daß hier Vor Sorge getroffen wird. Da können Sie es uns nicht verübeln, meine Damen und Herren, daß wir diesen Entwicklungen etwas skeptisch gegenüberstehen. Aber das mögen sich die Führer der Landwirtschaftskammer und auch Freiherr von Lüninck sagen lassen: Der Kurs mag hingehen, wohin er will, die deutsche Arbeiterschaft und auch die Arbeiterschaft der Rheinprovinz hält die Augen auf und ist wachsam. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Rohr.

Abgeordneter Rohl: Als Vertreter der kommunistischen Fraktion möchte ich gleich einleitend unsere Stellung zum Gesamtetat dahin präzisieren, daß wir im Gegensatz zu der Einheitsfront von der monarchistischen Arbeiterschaft über

das Zentrum bis zur „völkerbefreienden“ Sozialdemokratie den Gesamtetat ablehnen. (Bravo! bei den Kommunisten.) Daß diese Einheitsfront besteht, hat bei der Präsidentenwahl der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft sehr klar zum Ausdruck gebracht. Welche Interessen dieser Etat wahrnimmt und vertritt, geht aus der ganzen Zusammenstellung hervor. Sie ist diktirt von den Interessen der rheinischen Großkapitalisten, des Kerns und jener Großbauern, die sich hier fälschlicherweise als Vertreter der Kleinbauern aufspielen. Die Lasten, die in diesem Etat zusammengestellt sind und in der Hauptsache durch die hohen Beamtgehälter verursacht werden, werden auf dem Wege der Provinzialumlage auf Stadt und Kommune abgewälzt, und dort sind es wiederum die werktätigen Massen, die diese Lasten tragen müssen. Wir haben also kein Interesse daran, diese Summen hier zu bewilligen und, sei es mehr oder weniger, Kritik zu üben, wie es die Sozialdemokratie hier gemacht hat, um zum Schluß trotzdem dem Gesamtetat oder den wichtigsten Positionen zuzustimmen. Wir wissen, daß ein Etat, der für die werktätigen Massen bestimmt sein soll und deren Interessen berücksichtigt, nicht von einem solchen Gremium, wie es hier zusammen ist, zusammengestellt werden kann, das nur die Interessen der Kapitalisten und jener Schichten vertritt, die hinter den Kapitalisten herlaufen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Aus diesem Grunde ist auch die ganze Form der Etatsberatung nichts anderes als eine Verschleierung der tatsächlich bestehenden Kapitaldiktatur; und die Durchpeitschung des Gesamtetats in einigen Tagen soll diese Diktatur nur verschleiern. Das parlamentarische Feigenblatt soll noch vorhanden sein, damit die Arbeiter nicht recht sehen, was sich eigentlich dahinter versteckt. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Unsere Aufgabe ist es, dieses parlamentarische Feigenblatt der kapitalistischen Demokratie zu zerreißen. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Der Landeshauptmann und auch der Oberpräsident Fuchs haben in ihrer Antrittsrede zur Frage der wirtschaftlichen und politischen Lage der Rheinprovinz Stellung genommen. Jedem, der aufmerksam zugehört hat, mußte auffallen, daß im Gegensatz zu den früheren Reden fast gar nicht oder nur in einer leisen Andeutung von Locarno und von der Möglichkeit einer Rheinlandräumung gesprochen worden ist. Das Schweigen über Locarno, über die sogenannte Friedenspolitik, ist sehr bezeichnend. Während diese Herren noch im vorigen Jahre mit vollen Baden die Friedensschalmeien bliesen und die Sozialdemokraten applaudierten und versuchten, diesen pazifistischen Nebeldunst über Deutschland und die ganze internationale Lage zu verbreiten, sehen wir jetzt, daß sie bereits davon Abstand genommen haben. Wir haben

das vorausgesehen. Wir wußten, daß Locarno nichts anderes war als ein Versuch der Völkerbunds-Imperialisten, die wirkliche Lage, nämlich die Tatsache, daß alle Imperialisten mit voller Kraft einen neuen imperialistischen Krieg vorbereiten, vor den arbeitenden Massen der ganzen Welt zu verschleiern. Heute bekommen wir ja die Bestätigung dazu, wenn wir früher festgestellt haben, daß die Frage der Rheinlandräumung eine Frage der imperialistischen Machtverhältnisse ist. Das kommt auch in den jetzigen Völkerbundsverhandlungen in Genf klar zum Ausdruck. Die französischen Imperialisten handeln hier genau so wie jene Kreise der Alldeutschen, deren Vertreter zum Teil auch hier sitzen, die damals in den alldeutschen Verbänden organisiert und bereit waren, die Erzbecken von Longwy und Briey im Interesse der rheinischen Schwerkapitalisten zu besetzen, die noch nicht damit genug hatten, daß sie die baltischen Provinzen verschlucken konnten, sondern die ganz Belgien besetzt halten wollten, wenn es dem deutschen Imperialismus gelungen wäre, die ganzen besetzten Länderstrecken festzuhalten. Die französischen Imperialisten, die das Saargebiet, das Elsaß und Teile der Rheinprovinz besetzt halten, machen sich diese Taktik zu eigen. Jene Kreise, die bei jeder Tagung des Rheinischen Provinziallandtages in den patriotischsten Tönen ihrer Entrüstung Ausdruck geben, haben am allerwenigsten Ursache, sich darüber zu entrichten; denn sie sind die wahren Schuldigen, daß das Rheinland heute noch besetzt ist, und die Besatzungstruppen die werktätigen Massen des Rheinlandes, nicht aber die Kapitalisten bedrücken. Diese verstehen es immer, ihre Haut trocken zu halten und sich von allen Lasten zu drücken. Daß aber allein die werktätigen Massen darunter zu leiden haben, daß muß von der kommunistischen Fraktion klar festgestellt werden. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Wenn seinerzeit die „Kölnische Zeitung“ bei den Verhandlungen in Genf sagte, daß die Frage der Rheinlandräumung bei den Reparationsverhandlungen eine Rolle spielen würde, so wurde die Frage von seiten des englischen Außenministers so gestellt, welchen Preis die englische und die französische Bourgeoisie zu zahlen bereit ist, wenn das Rheinland geräumt werden soll. Auch in der „Kölnischen Zeitung“ wurde die Frage so gestellt: England verlangt von uns, daß wir uns in die englische Antifowjetfront einreihen. Unter dieser Bedingung ist England allerdings bereit, für die beschleunigte Rheinlandräumung einzutreten. Aber wir stellen allen deutschen Kapitalisten die Frage: Wie ist der Preis, der uns für dieses Opfer gezahlt wird, für dieses Opfer der Mitbeteiligung an dem geplanten Antifowjetkrieg? Besteht nicht die Gefahr, daß wir wiederum um den Preis unseres Eintritts in die Antifowjetfront betrogen werden, weil darüber

noch kein Übereinkommen vorhanden ist, weil darüber noch in den Reparationsverhandlungen in Paris geschachert wird und neuerdings in Genf, wie das Angebot des englischen Außenministers lautet, daß er in den nächsten Tagen mit Stresemann die Frage der Rheinlandräumung und Reparationsverhandlungen besprechen will? So steht die Frage für die Bourgeoisie, und jene Leute, die sich mit schönen Redensarten entriüsten, wissen, daß die Sache in Wirklichkeit ganz anders ist. Sie machen den Arbeitermassen nur Theater vor. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Nächstens schicken wir Sie nach Genf!) Jedenfalls würden wir uns nicht solche Ohrfeigen geben lassen wie der Panzerkreuzer-Müller, der in Genf war.

Es ist bezeichnend für die gesamte Situation in Deutschland, daß selbst die Sozialdemokraten, die doch den Völkerbund in den Himmel gehoben haben und die Vertreter, die dorthin fuhren, immer mit Palmzweigen ausstatteten, darauf verzichteten, dieses pazifistische Friedensgerede neu aufzuwärmen. Sie sehen bereits, daß die Giftgaskönige der G. G. Farbenindustrie hinter den Tischen sitzen und schon die Dividende für den nächsten Abschluß an Giftgaslieferungen für den kommenden Weltkrieg ausrechnen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach.)

Wenn man sich darüber entriüsst, daß schwere Besatzungslasten im Rheinland zu tragen sind, und wenn der Landeshauptmann sagt, „die Lage im Rheinland ist Dunkel in Dunkel“, dann sagen wir: Da klingt ein falscher Unterton mit, wenn das Lied aus dem Munde jener Leute kommt, die dank der unendlichen Geduld der werktätigen Arbeiter und Bauern noch nie Not am eigenen Leibe gespürt haben.

Wenn aber von einer schweren Krise gesprochen wird, so müssen wir das als Kommunisten bestätigen. Die Vorausage der Kommunistischen Partei ist vollkommen eingetroffen. Wir haben gewußt, daß nach der Rationalisierung, die im Jahre 1925 in allen Betrieben des Rheinlandes einsetzte und hunderttausende Arbeiter auf die Straße warf, nicht ein neuer Aufstieg folgen würde, wie das sowohl die Vertreter des Schwerkapitals als auch der Sozialdemokratie gesagt haben. Besonders die Sozialdemokraten haben erklärt: „Wenn die Rationalisierung durchgeführt werden muß, so liegt das nur im Interesse der Arbeiterschaft; denn ein verbesserter Produktionsapparat wird nachher neue Absatzmärkte bedingen. Wir werden dann alle Arbeiter in die rationalisierten Fabriken wieder einstellen können.“ Mit dieser Phrase hat man bewußt die Arbeiter belogen, um sie vor den Karren der Kapitalisten spannen zu können. Heute redet man wieder anders. Heute gibt man zu, daß eine Not vorhanden ist, ohne daraus die Konsequenzen zu ziehen.

Wir haben bereits im Ruhrkrieg gesehen, daß die Sozialdemokratie auf Gedeih und Verderb mit der

Bourgeoisie verbunden ist. Der Fraktionsredner der SPD. hat eben bereits wiederum das schöne Stichwort benutzt, um zu beweisen, daß die Kapitalisten aus dieser Einheitsfront auszubrechen drohen, soweit der Aachener Bezirk in Frage kommt. Er bedauert das, weil er diese Einheitsfront, dieses Verbinden auf Gedeih und Verderb, für die Sozialdemokratie als Lebenselement betrachtet. Eine Partei, die kein anderes Ziel mehr hat, als innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung lendenlahme Kritik zu üben, ohne darüber hinaus etwas Neues aufzuzeigen, muß natürlich zu solchen Mäßen greifen, um die Arbeiter weiter düpiieren zu können. Wir wissen aber, daß die jetzige Konjunkturkrise nicht beseitigt werden kann. Selbst im internationalen Maßstab wird sie weiter wachsen, weil keine Absatzmärkte vorhanden sind, weil die Neuverteilung der Absatzmärkte durch den Abschluß des Weltkrieges beendet war. Jetzt beginnt der Kampf erneut um die Verteilung der Absatzmärkte mit kriegerischen Maßnahmen, die heute mehr auf der Tagesordnung stehen als das ganze Genfer Friedensgerede.

Wenn hier gesagt wird, daß die Erwerbslosenziffer im Rheinland bereits 250 000 erreicht hat, so müssen wir die Ziffer etwas korrigieren. In Wirklichkeit sind im Rheinland über 300 000 Erwerbslose. In Köln wurden in den letzten Wochen allein 50 000 Erwerbslose gezählt. Bezeichnenderweise wurde in der amtlichen Presse zugegeben, daß einige hundert Selbstmorde allein im Kölner Bezirk im letzten Jahre passiert sind. Man sagte natürlich, daß die Zahl der wirklich festgestellten Selbstmorde etwa 60 bis 70 beträgt, gab aber zu, daß bei den sogenannten „Gasvergiftungen“ in den meisten Fällen Selbstmord vorgelegen hat, daß die Angehörigen aber nicht wollten, daß das Odium des Selbstmordes nachher an den Toten hing. Deswegen können wir mit Recht sagen, daß die Zahl der Selbstmorde allein in Köln einige hundert beträgt. Das ist sehr bezeichnend für die Politik des Herrn Adenauer und für die Kommunalpolitik in den Kommunen im allgemeinen. In der Rede des Landeshauptmanns ist auch davon gesprochen worden, daß man ein Recht habe, seine Lebensfreude zu betätigen. Damit ist zweifellos der karnevaleskische Rummel gemeint, für den die Arbeiterklasse nichts übrig hat, aber um so mehr die kommunalen Steuersäckel, die Gelder für den Rosenmontagszug auswerfen. Wir wissen, daß die Lebensfreude des Arbeiters nicht in dem karnevaleskischen Rummel zum Ausdruck kommt, der von einigen Wirten aufgezogen wird, die ihr Lokal gefüllt haben wollen. Wir wissen, daß das mit der wirklichen Stimmung des Volkes absolut nichts zu tun hat.

Wie die Lage der Erwerbslosen der Rheinprovinz ist, darüber nur ein paar Worte. In einer Reihe von Gemeinden im Hunsrück, im Westerwald und der Eifel wird überhaupt keine

Wohlfahrtsunterstützung mehr an die ausgesteuerten Erwerbslosen gezahlt, weil die Gemeinden erklären, daß man kein Geld mehr dafür habe. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Ausgerechnet in den Gemeinden, in denen das Zentrum dominiert und dessen sogenannter Wohlfahrtsminister Ditzfieser, der an dieser Katastrophe schuld ist. In den Domänen des Zentrums ist es besonders schlimm. Ein spezieller Fall: Die Gemeinde Rheineck stundet dem Schloß Rheineck, das der Familie Bethmann Hollweg gehört, 10 000 RM Steuern. Diese 10 000 RM sollen jetzt niedergeschlagen werden. Die Erwerbslosen bekommen aber natürlich kein Geld. (Hört, hört!)

In Trier müssen sich die Wohlfahrtsunterstützten sogar auf dem Polizeirevier melden. Die Polizei überwacht, ob sie nicht ein paar Pfennige durch sogenannte Schwarzarbeit verdienen. Die Polizei ist natürlich hier der wichtigste Faktor; sie muß die Erwerbslosen überwachen. Wenn hier von Horion geredet wird, daß die Zahl der Erwerbslosen, die unbedeutenderweise Unterstützung bekämen, nicht so groß sei, wie immer behauptet würde, so ist das eine Bestätigung dafür, daß die Verleumdungskampagne, die von den Behörden und der bürgerlichen Presse gegen die Erwerbslosen getrieben wird, mit Absicht durchgeführt wird. Und wenn dann gesagt wird, man müsse die Lücke im Gesetz ausfüllen, damit auch jene geringe Zahl von Ueberschreitungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes beseitigt würde, dann ist das eine direkte Provokation der Erwerbslosen. Wir verlangen im Gegenteil, daß diese skandalösen Bestimmungen aufgehoben werden.

Es war interessant, die Klagen von seiten des Landeshauptmanns in bezug auf die Notlage der Industrie zu hören. Er hat sich da scheinbar vertan. Er meinte wohl die Arbeitslosen und nicht die Industriellen; denn von einer Notlage der Industriellen kann doch wahrhaftig keine Rede sein, trotzdem sie die Betriebe schließen, trotzdem sie Tausende und aber Tausende Arbeiter auf die Straße werfen. Wenn der Landeshauptmann von der „Not der Industrie“ spricht, dann lächeln die Adueren in den Aufsichtsräten der Stahl- und Chemie-Truists und die Herren in den D-Banken, die ein Jahresgehalt von 100 000 RM aufwärts bekommen. Sie werden darüber lachen, daß eine solche Phrase in den Saal geschleudert wird. (Unruhe.)

Sehen wir uns nur die letzten Ziffern über die Dividendenauszahlungen an. Die Vereinigten Stahlwerke A.-G. weisen einen Reingewinn von 1 440 000 000 aus — trotz der Tatsache, daß diese Bilanz zweifellos für die Deffentlichkeit frisiert worden ist. Man kann ruhig sagen, daß der wirkliche Reingewinn 300 bis 400 Millionen beträgt, der in allerhand Bilanzkonten abgeschrieben und ver-

steckt ist. Die Behauptung, daß auch die Produktionsziffern zurückgegangen seien, trifft vor allen Dingen nicht auf die Vereinigten Stahlwerke zu; denn nach dem Bilanzausweis ist die Stahlerzeugung und Steintohlenförderung im Januar so hoch gestiegen wie noch nie in den Vorjahren. Außerdem wird in diesem Bericht gesagt, daß das Frühjahrgeschäft zweifellos noch stärker werden wird.

Der J. G. Farbenkonzern, der im letzten Bilanzabschluß 141 Millionen Reingewinn ausgewiesen hat, hat im letzten Monat eine Kapitalerhöhung von mehreren 100 Millionen vorgenommen, um den Betrieb zu erweitern. Als Dividende werden 14 Prozent in Aussicht gestellt. Der Kunstseidenkonzern Bemberg-Barmen verteilt 14 Prozent Dividende. Eine Kapitalerhöhung ist um 12 Millionen Mark vorgenommen worden. Die Portland-Zementfabriken verteilen 14 Prozent Dividende, die Rheinische Spiegelglas hat 900 000 RM Reingewinn, und der Glaskönig Heys in Gerresheim kann ebenfalls 9 Prozent gegenüber 8 Prozent im Vorjahr ausweisen. Die Rheinische Braunkohlen-A.-G. verzeichnet eine Aktiensteigerung um 22 Prozent.

Ich glaube, diese Zahlen werden genügen, um nachzuweisen, wie groß die „Not“ der Industrie ist und daß diese Behauptung nur in die Welt gesetzt wird, um die Reparationsverhandlungen in Paris zu beeinflussen. Diesen ganzen Schwindel zieht man nur deshalb auf, um nachzuweisen, daß man nicht imstande ist, das Erwerbslosenheer zu unterhalten, und daß das Reich deswegen in eine große Notlage hineingekommen sei.

Woher kommen denn die Erwerbslosen? Es wurde von Zentrumsseite gesagt, man müsse darauf hinarbeiten, daß die Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozeß eingestellt würden; denn alle anderen Mittel seien Palliativmittelchen. Ich zitiere aus der „Bergwerkszeitung“ vom 9. Februar 1929 eine Notiz über die Glanzstoffwerke Oberbruch bei M.-Glabbach, in der es heißt, daß bei gleichzeitiger Steigerung der Produktion 700 Arbeiter entlassen werden konnten. Die Glanzstoff-Aktionäre verzeichnen also freudestrahlend, daß es ihnen gelungen ist, die Produktion zu steigern, die Dividende zu erhöhen, die Profite zu vergrößern und gleichzeitig noch 700 Arbeiter auf die Straße zu werfen, über deren Existenz man natürlich kein Wort verliert.

In den M.-Glabbacher Textilbetrieben müssen die Arbeiter für 10, 15, 16 und 17 Mark die Woche 51 Stunden arbeiten. Meistens sind es Frauen und Mädchen, denn die Unternehmer haben aus Sparsamkeitsrückfichten, aus Rationalisierungsgründen, die tariflich höher bezahlten männlichen Arbeiter einfach auf die Straße geworfen. Ueber diese skandalösen Zustände gerade in der M.-Glabbacher Industrie, wo ja alle Städte und Dörfer und Kommunalverwaltungen direkt von

Psaffen wimmeln, die doch angeblich das Interesse der Arbeiter vertreten wollen, darüber verlieren diese geschicktesten und geschorenen Stellvertreter Christi nicht ein einziges Wort. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Desto mehr schimpfen sie über die „sittliche Verwahrlosung der Jugend“ in demselben Augenblick, wo sie die Frauen aus den Familien herausreißen, wo sie dafür sorgen, daß die Familie zerstört wird, obwohl nach ihrer Auffassung die Grundlage einer wirklichen Erziehung der Kinder überhaupt nur die Familie sein kann. Diese Grundlage wird mit Absicht zerstört und dann wird heuchlerisch gesagt: Diese Familie war nicht in der Lage, ihre Kinder zu erziehen; ergo müssen wir sie in die Erziehungszuchthäuser hineinbefördern. So sieht die Demagogie des Zentrums aus.

In der Rede des Landeshauptmanns wurde auch zugegeben, daß die Proletarisierung der Mittelschichten fortschreite, eben aus all diesen Tendenzen heraus, die ich aufgezeigt habe, weil in Rheinland und Westfalen das Wirtschaftsleben fast nur noch von einigen Duzend Großkapitalisten beherrscht wird, die alle anderen auffressen, die keine Mittelschicht mehr dulden können, weil sie ihren Plänen im Wege steht. Wenn nun ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft erklärt, man müsse alles tun, um diesen Prozeß aufzuhalten, so kann er sich genau so gut vor die Dampfwalze legen und versuchen, sie mit den Händen aufzuhalten, wenn sie mit 100 PS. vorangetrieben wird. Das wird er ebenso wenig können. Das ist ein Beweis, daß es vollkommen unsinnig ist, den Arbeitern die Schuld an dem Niedergang des Mittelstandes zuzuschreiben, denn der Mittelstand wird nicht proletarisiert durch die Bestrebungen der Kommunisten, die versuchen, diesen Mittelständlern ihre jetzige wirtschaftliche Lage begreiflich zu machen, sondern durch die Diktatur des Trust-Kapitals, das alles vernichtet, was sich ihm in der Zusammenfassung der Wirtschaftskräfte in den Weg stellt. Diese Zersekung der Mittelschichten spiegelt sich natürlich im politischen Leben wider. Das Zentrum bzw. der Redner der Zentrumsfraktion hat keinen Anlaß, auf diese heiklen Dinge einzugehen. Besonders im Zentrum zeigt sich diese Zersekung in steigendem Maße. Der Kölner Parteitag und die darauffolgenden Auseinandersetzungen in der Reichstagsfraktion und neuerdings auch in den übrigen Fraktionen der kommunalen Parlamente aus Anlaß der Eingemeindung zeigen sehr klar diese Zerfallerscheinungen, die geschichtlich bedingt sind, die nicht durch eine Agitation von außen hineingetragen werden, sondern die sich mit Folgerichtigkeit analog der Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland weiter fortsetzen und zum Zerfall dieses bröcklichen Zentrumsturmes führen werden, selbst wenn das Zentrum versucht, neuerdings mit kulturellem Kitt diese Risse zu verkleistern. Wir stellen also fest, daß das Zentrum nach außen hin den Erwerbslosen schöne Reden hält und erklärt: Wir

müssen die Autostraße Köln-Düsseldorf bauen, wir müssen dieses und jenes tun; aber das Zentrum wagt nicht, hier vorzuschlagen, wirklich etwas durchzuführen, weil die Zentrumsvertreter genau wissen, daß im Reichstag, in der Reichsregierung sowohl wie in der preussischen Landesregierung gerade das Zentrum diejenige Partei ist, die mit allen Mitteln die Lage der Erwerbslosen verschlechtert, das zusammen mit der Sozialdemokratie (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Natürlich!) die Arbeitslosenversicherung durchführte, zusammen mit der Sozialdemokratie in einer Regierung alle Gesetze gegen die Erwerbslosen verschlechtert und auch eine Wohnungspolitik getrieben hat, die dazu führt, daß das Wohnungselend immer größer wird. Weil das so ist und man hier nur ein Doppelspiel treiben kann, deswegen werden keine Anträge von Zentrumsseite gestellt.

Unsere Forderungen zu diesen Erwerbslosenfragen sind: Wir verlangen — und in den Anträgen, die dem Provinziallandtag vorliegen, kommt das eindeutig zum Ausdruck —, daß sich der Provinziallandtag bei den Regierungen für die sofortige Aufhebung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes einsetzt, daß alle Erwerbslose für die volle Dauer der Erwerbslosigkeit Unterstützung bekommen und daß die Gemeinden außerdem noch Mittel zur Unterstützung aus Reichsmitteln erhalten. Wir fordern weiter die Beseitigung des Ausnahmegesetzes gegen die Saison-Arbeiter.

Wir nehmen nicht an, daß die sozialdemokratische Fraktion sich für diese Forderungen einsetzen wird; denn sie hat durch ihr Betrügerspiel im Reichstag bewiesen, daß sie gar nicht gewillt ist, selbst die demagogischen Anträge, die sie gestellt hat, durchzuführen. Sie hat die Anträge im Plenum in dem Augenblick zurückgezogen, als die Zentrumsfraktion aus „Opposition“ versuchte, diese Anträge mit durchzuführen. Da geriet die Sozialdemokratie in eine heikle Lage und die Blamage war so groß, daß man sie heute noch nicht überwunden hat. Wir sagen das nur, um das Demagogenspiel der SPD. hier zu kennzeichnen.

Es wurde dann von dem Redner der Sozialdemokratie wie von dem Landeshauptmann gesagt, daß sich bedauerlicherweise im Westen des Reiches Tendenzen zeigten, daß die Unternehmungen ins Ausland abwandern. Der Redner der SPD. hat das dahin ergänzt, daß es 5 Tuchfabriken sind, die nach Holland gehen, daß auch kleinere Betriebe nach Holland abwandern, weil erstens die holländischen Arbeiter billiger arbeiten und auch sonstwie günstigere Bedingungen vorliegen. Wir sind über diese sogenannte „Opferbereitschaft“ der Patrioten durchaus nicht erstaunt, denn wir haben es schon mehrmals erlebt, daß die Kapitalisten in dem Augenblick, wo ihre Profite gefährdet sind, gar nicht danach fragen, ob sie einen Auslandsplatz besitzen oder nicht, sondern sie bauen auf dem schnellsten Wege ab,

um ihre Gelder in Sicherheit zu bringen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Das war schon im Ruhrkrieg so. Wenn der Landeshauptmann eine Parallele zum Ruhrkrieg und zur Lage von 1923 zog, so kann das insofern stimmen: Der Patriotismus der rheinischen Groß-Bourgeoisie ist in demselben Stadium angelangt wie im Jahr 1923, als der Klerus und das Zentrum zusammen mit den Großgrundbesitzern bereit war, den legalen Separatismus im Rheinland aufzurichten. Das ist für diese „Opferbereitschaft“ der Kapitalisten im Rheinland kennzeichnend. Wir sagen voraus:

Genau so, wie die Großbourgeoisie im Ruhrkrieg bereit war, das Rheinland versacken zu lassen, so werden die rheinischen Kapitalisten und ihre pfäffischen Trabanten bei einer neuen revolutionären Welle den „Erbfeind“ anflehen, ihnen zum Schutz der „heiligsten Güter Europas“ gegen die Arbeiter zu helfen. Diese Feststellung ist notwendig, weil sich heute Leute als „Retter der Rheinlande“ aufspielen, die es nicht sind. Es sind nicht die Goldnotenbankleute, sondern die Bonneser Genossen Binnede, Kirchhoff usw. Als es galt, den illegalen Separatismus mit Waffengewalt niederzukämpfen, als jene Kreise der Bourgeoisie mit den legalen und illegalen Separatisten sympathisierten, als diese Arbeiter ihr Leben für das Rheinland in die Schanze geschlagen hatten, nicht weil sie auf Seiten der Großbourgeoisie standen, sondern weil sie sich sagten, daß eine proletarische Revolution in Deutschland nur siegen kann, wenn die deutsche Arbeiterschaft zusammenhält, hat man sie aus Rache vor das Niedner-Gericht geschleppt und ihnen den Prozeß gemacht, weil sie nach Niederkämpfung der illegalen Separatisten am Aegidienberg die Helfer der Separatisten und „treudeutschen“ Honorationen richtig kennzeichneten.

Wir sagen: Die Namen dieser Genossen werden in der Geschichte des Rheinlandes mit goldenen Lettern verzeichnet sein, wenn die Zeitgenossen Jarres, Adenauer und Louis Hagen längst auf dem Reichthausen der Geschichte verfault sind.

Es wurde hier sehr viel über die Not der Landwirtschaft gesprochen. Bezeichnenderweise hat der Abgeordnete Maederscheidt ungefähr dieselben Ausführungen gemacht wie der Landeshauptmann Horion, die darin ausklangen, daß leider gegenwärtig keine Mittel bereit stehen, um bei wirklicher Notwendigkeit die Lage der Landwirtschaft zu heben. Die Lage der kleinbäuerlichen Bevölkerung ist soweit ganz richtig von Landeshauptmann Horion gezeichnet worden. Wenn er aber sagt, man solle nicht in Nervosität verfallen und keine Mittel bewilligen, die nicht tragbar sind, so bezeichnet das die Doppelzüngigkeit auch des Zentrumsredners, der ja auch ähnliche Ausführungen gemacht hat. Wir erinnern daran, daß das Zentrum im vorigen Jahr bei der Be-

ratung der Umschuldungskredite erklärte, daß diese Kredite nur an solche Bauernwirtschaften gegeben werden können, die sanierungsfähig sind. Sanierungsfähig waren natürlich nur die großen Landwirte und die großen landwirtschaftlichen Güter, die gute Verbindungen zu den Banken hatten. Diese haben auch die Kredite bekommen. Die kleinbäuerliche Bevölkerung hat davon wenig oder gar nichts gesehen.

Wir erinnern auch weiter daran, daß das Zentrum, als es noch in der Bürgerblock-Regierung saß, 300 Millionen Goldmark für das sogenannte Notstandsprogramm der Landwirtschaft bewilligte. Zwar war eine kleine Summe für das Rheinland eingesetzt, aber der Löwenanteil von diesen 300 Millionen im Reichsmaßstabe ist an die Groß-Agrarier in Ostelbien geflossen. Dazu hat das Zentrum noch Zölle bewilligt, die ungefähr die Summe von 600 Millionen ausmachten, wodurch die arbeitenden Massen ungeheuer belastet worden sind. Diese Tatsachen verschweigt das Zentrum, und es hat natürlich Interesse daran, diese Dinge nicht aufzuzeigen.

Wir erinnern weiter daran, daß dieser sogenannte „Westfonds“ von Leuten in Anspruch genommen worden ist... (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Korruptionsfonds!) Ganz richtig, es ist ein richtiger Korruptionsfonds gewesen, jene Leute haben sich daran bereichert, die am lautesten von der „Not der Landwirtschaft“ reden, aber nichts geben, wenn es darauf ankommt, den kleinen Bauern zu helfen. Es geht alles in die eigene Tasche. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Und die reden dann von der Not der Landwirtschaft!) Darüber sind Beweise genug vorhanden. Das sind die Leute, die von der Not der Landwirtschaft reden und nur Redensarten im Munde führen. Das es der Landwirtschaft bezw. den Geldinstituten, die damit in Verbindung stehen, nicht schlecht geht, beweist der Abschluß der Rhein-Bodenbank, die eine Dividende von 10 Prozent gegenüber 9 Prozent im vorigen Jahr ausweist. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Im Gegensatz zur SPD-Fraktion, die hier so tat, als wenn es überhaupt keine Not der Landwirtschaft gäbe, stellen wir tatsächlich fest, daß weite Kreise der kleinen Bauern — es ist nicht die Mehrheit der rheinischen Bevölkerung — Not leiden. Wir setzen uns für diese Kreise ein und stellen fest, daß dieses Elend nicht durch solche Palliativmittelchen — der Ausdruck ist ja jetzt genug gebraucht worden — beseitigt wird, sondern daß es notwendig ist, eine grundsätzliche Änderung der ganzen Bauernpolitik durchzuführen. Da ist vor allen Dingen die Forderung, daß die auf den landwirtschaftlichen Versuchsgütern in der Rheinprovinz angewandten Arbeitsmethoden und die Vergünstigungen bezüglich Belieferung von Düngemitteln usw. auch auf die wirklich armen Kleinbauern ausgedehnt werden. Vor allen Dingen ist die Forderung nach verbilligter Lieferung von Düngemitteln

dringend, denn die kleineren Bauern sind nicht in der Lage, die Wucherpreise der Kali-Industriellen zu bezahlen. Die Bezugsquellen, die die großen Landwirte haben, können von den Kleinbauern nicht ausgenutzt werden, weil ihnen das Geld fehlt.

Weiterhin muß verlangt werden, daß der Zwischenhandel in dem Maße, wie er jetzt noch in den kleinbäuerlichen Gebieten vorhanden ist, ausgeschaltet wird, da er preisvertuernd wirkt. Tatsache ist jedenfalls, daß die Händler-Ringe und Großhändler die Not der Kleinbauern ausnutzen, wenn diese gezwungen sind, aus irgendeinem Grunde ein Stück Vieh zu verkaufen. Dann müssen sie zum ersten besten Preise ihr Schwein oder ihre Kuh loszuschlagen, um den Gerichtsvollzieher befriedigen zu können. Natürlich nutzen die Händler-Ringe diese Notlage aus und geben den Bauern Schandpreise, die nicht die Hälfte des Wertes repräsentieren, die der Bauer dafür haben müßte.

Weiter müssen wir verlangen, daß die Verbilligungsaktion für Kredite durchgeführt wird; denn mit diesen Wucherkrediten kann kein Kleinbauer auf die Dauer arbeiten. Die Grundstücke werden so verschuldet, daß die Bauern nachher überhaupt kein eigenes Dach über dem Kopf haben, daß sie davon gejagt werden. Dieses moderne Bauernlegen greift in der Rheinprovinz immer weiter um sich. Gerade jene Leute, die immer das Wort von der „Not der Kleinbauern“ im Munde führen, sind aktiv an der Vergrößerung dieses Elends beteiligt. Es wird notwendig sein, daß diesen Kleinbauern auch dadurch geholfen wird, daß man das Genossenschaftswesen stärker als bisher fördert.

Diese kleinen Summen, die in den Etat für die Förderung des Genossenschaftswesens eingesetzt werden, sind absolut unzureichend. Man will damit den Schein einer Unterstützung nach außen hin wahren, während man in Wirklichkeit mit allen Mitteln diese Entwicklung der kleinbäuerlichen Genossenschaften unterdrückt und sabotiert. Es muß also möglich sein, daß die Kleinbauern zu verbilligten Preisen Maschinen von den Maschinenfabriken beziehen, daß, wenn Not am Mann ist, das Saatgut unentgeltlich geliefert wird. Das ist besonders dringend notwendig bei der jetzigen Lage, wo feststeht, daß ein Teil des Saatgutes nicht mehr vorhanden ist infolge der furchtbaren Kälte, die die Kartoffeln und z. T. auch die Winterfaat vernichtet hat. Gerade für diese Kleinbauern, die diesen Ausfall nicht tragen können, muß eingegriffen werden.

Wir sagten schon, daß die Förderung der Absatz- und Bezugs-genossenschaften oberstes Gesetz sein muß. Wir lehnen aber eine solche „Förderung“ ab, wie sie von der Landwirtschaftskammer betrieben wird. Das sind die deutschen Kulaken, die Großbauern, die es verstehen, den Kleinbauern nach dem Munde

zu schwätzen, und die ehrlichen Kleinbauern, die die Advokatenriffe dieser geschietelten und geschorenen „Freunde“ nicht kennen, fallen darauf herein und werden von ihnen über den Löffel barbiert. Zu solchen Leuten kann die Kleinbauernschaft kein Vertrauen haben. Wir sagen aber gleichzeitig, daß wir nicht darauf warten, bis die Regierung, von der die Zentrumsparthei demagogischerweise Hilfe erhofft, den Kleinbauern hilft, sondern wir sagen, daß sich die Kleinbauern der Rheinprovinz mit den notleidenden Arbeitern verbrüdernd und zusammenarbeiten müssen, um gegen die Großindustriellen, die Großbauern und die Trustherren zu kämpfen und dafür zu sorgen, daß diese Herrschaft möglichst bald ein Ende hat; denn nur dann ist eine grundlegende Hilfsaktion für die Kleinbauern möglich, wenn die Arbeiterklasse selbst die Verfügungsgewalt über Maschinen und Kunstdünger, über alle landwirtschaftlichen Produkte, die die Bauern von der Industrie brauchen, hat.

Wenn gesagt wird, daß kein Geld vorhanden ist, um die Not der Bauern zu lindern, warum sagten das „friedliche“ Zentrum und die „friedliche“ Sozialdemokratie, die seit Jahren im Friedensgedudel schwelgt, dann nicht, daß man diese Millionen-Summen braucht, um neue Panzerkreuzer und Torpedoboote zu bauen, um neue Geschütze, um neue Giftgase liefern zu können? Darüber schweigen diese Herren mit Absicht. Sie sagen auch nicht, daß die Absicht besteht, 1 Million Goldmark wiederum für die Pfaffen zu benutzen, daß in dem Etat Preußens 81 Millionen Goldmark ausgewiesen werden, um die Kirche zu subventionieren, daß die Absicht besteht, noch weitere Millionen auszunutzen, um das Konkordat in Preußen durchzupeitschen. Darüber schweigt des Sängers Höflichkeit. Es war bezeichnend, daß die Sozialdemokraten alles tun, um die Anträge der Kommunisten zum Konkordat im Provinziallandtag im Interesse des Zentrums zu unterdrücken. Wir wußten das und haben diese Anträge gestellt, um diese „radikalen“ Leute aus dem Bau zu locken. Sie haben in den Ausschüssen dagegen gesprochen, daß über diese Anträge verhandelt wird, weil sie dann Farbe bekennen mußten vor der Öffentlichkeit. Sie wollen mithelfen, daß den Pfaffen weitere Millionen zugeschanzt werden. Das sind die falschen Propheten, die immer von den Kanzeln predigen: „Seht die Lilien auf dem Felde... und vertrauet auf Gott —“; aber sie vertrauen selbst am meisten auf den Gerichtsvollzieher, daß er ihnen die Steuern eintreibt. (Zuruf von den Kommunisten.)

Die Bauernfrage wurde schon mehrmals hier von den Sozialdemokraten zur Debatte gestellt. Wenn jetzt wieder von der SPD. in Bauernfreundschaft gemacht wurde, so will ich gegenüber dieser Demagogie genau

so wie der Genosse, der im vorigen Jahr darauf hinwies, auch heute auf ein Flugblatt zurückgreifen, das damals verlesen wurde und das aus Anlaß der Kämpfe von 1923 gegen die kommunistische Partei im Rheinland verbreitet wurde. In diesem Flugblatt der SPD. heißt es:

„Die Kommunisten fordern die Arbeiter auf zu Generalstreiks, um die Einsetzung einer Arbeiter- und Bauernregierung zu erzwingen. Deutsche Arbeiter, merkt Ihr nicht, wie Ihr verhöhnt werdet, wie Eurer Not gespottet wird? Regieren nicht die deutschen Bauern seit 1914 sehr diktatorisch Euren Geldbeutel?“

Dann heißt es am Schluß: „Arbeiter in den Städten, fragt die Landarbeiter, ob die kleinen und mittleren Bauern anders gesinnt sind als die Großagrarier! Sie werden Euch sagen, daß die Bauern fast reiflos organisiert sind in den Landbünden, die unter der Führung der Großagrarier stehen.“

Darüber können Euch die kleinen Bauern einmal Auskunft geben, wenn Ihr mit ihnen in den Versammlungen sprecht, ob sie anders gesinnt sind als die Großagrarier. Sie haben mit den Großagrarier nichts zu tun, sondern stehen zu ihnen im stärksten Gegensatz, auch zu den rheinischen Großagrarier. (Zuruf: Nein!) Sie können reden, was Sie wollen. Es ist ja möglich, daß Sie in Ihren Versammlungen noch ein paar Puppen von Kleinbauern zum Schreien bringen. Die große Masse der Kleinbauern will aber mit Ihrem demagogischen Geschwätz absolut nichts zu tun haben.

Es wurde dann hier auf die Verfassungs- und Verwaltungsreform eingegangen und die Umgemeindungsfrage angeschnitten. Es war bezeichnend, daß der Landeshauptmann Horion sich sehr unklar ausgedrückt hat. Er fand plöblich, daß die Luft für die provinzielle Selbstverwaltung nicht günstig sei; aber vertraute andererseits auf einen eingesehten Länderunterauschuß in der Umgemeindungsfrage. Er glaubte, daß diese Leute, die dort von Sachsen, Preußen usw. darin saßen, dafür sorgen würden, daß eine einigermaßen günstige Lösung herauskäme; mit anderen Worten, er hat überhaupt keine eigene Stellungnahme, sondern er drückt sich von einer klaren Stellungnahme, nachdem er sich in den letzten Sitzungen des Provinziallandtages mit samt dem Zentrum in dieser Frage schwer blamiert hat. In der Sitzung vom 9. Januar ist nämlich vom Provinzialauschuß beantragt worden, die Umgemeindungsfrage um fünf Jahre zu vertagen. Das Zentrum verlangte damals, daß die Abstimmung darüber verschoben würde. Die kommunistische Fraktion bzw. ihr Vertreter im Provinzialauschuß verlangte eine klare Entscheidung. Am 18. Januar, nachdem man bereits mehrere Male über die Frage diskutiert hatte, brachte das Zentrum eine Entschließung ein, daß die Ministervorschläge abgelehnt werden sollten, weil die Eingemeindungsfrage

auf Kosten der Landkreise ging und die Großstädte nur auf Kosten der Landkreise sich vergrößern wollten. Das Zentrum hat dann die Entschließung nach langer Diskussion im Auschuß dahin abgeändert, daß die Vorlage zur Lösung der Umgemeindungsfrage nicht geeignet sei.

Man macht hier ein richtiges Doppelspiel in dem Provinzialparlament. In den Kommunen macht das Zentrum die Politik und im Reich eine andere in der Umgemeindungsfrage. Da bleibt es nicht aus, daß die Vertreter der Provinzialverwaltung nachher in einen Widerspruch mit sich selbst geraten und in der Öffentlichkeit zu solchen Ausflüchten greifen müssen, daß sie sich auf einen Länderunterauschuß verlassen, der dann jedenfalls eine entsprechende Lösung bringen würde.

Unsere Auffassung zu dieser ganzen Frage ist die: Wir sind grundsätzlich für die Schaffung von Großgemeinden. Wir lehnen die engstirnige Interessen- und Klippenpolitik der reaktionären Landgemeinden ab, vor allen Dingen deshalb schon, weil durch diese Umgemeindung ein erheblicher Teil von höheren Verwaltungsstellen, die jetzt riesige Gehälter verschlingen, eingespart werden kann. Außerdem hemmen ja, vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus gesehen, diese reaktionären Landgemeinden den Fortgang der Konzentration. Je stärker die Arbeiterklasse in den Großgemeinden zusammengeschlossen ist, um so eher kann sie ihre Interessen verteidigen. (Zuruf: Aha!) Wir sagen natürlich nicht, daß diese Frage innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung endgültig gelöst werden kann.

Für die Sozialdemokratische Partei ist diese Frage nur eine Beteiligung an dem Kampf um die Futterkrippe. Jeder will sich an irgend einen Posten drängen. Die Sozialdemokratie hofft, dabei gut abzuschneiden. (Zuruf von den Kommunisten: Das richtet sich ganz nach den Bürgermeisterposten!) Richtig, Bürgermeister und sonstige kleinere Posten in den Verwaltungen fallen für die SPD. ab, sie sind ja mit den Brosamen zufrieden, die von des Reichen Tische fallen. Wenn nur Gehälter über 2000 RM. gezahlt werden, sind die schon mit allem einverstanden; eine grundsätzliche Frage ist es für sie nicht.

Für die kommunistische Fraktion aber ist es eine grundsätzliche Frage. Wir sagen es auch den Arbeitern, daß die Verwaltung dieser Großgemeinden erst dann im Interesse der Arbeiterklasse erfolgen kann, wenn die Arbeiterklasse jene Diktatoren, die jetzt an der Spitze der Verwaltung stehen, im revolutionären Machtkampf gestürzt hat.

Unserer Auffassung nach ist das Straßenbauprogramm längst nicht weitgehend genug. Die 10 Millionen, die eingeseht worden sind und von denen man unter Umständen noch Abstriche machen will, wenn nicht genügend Geld zur Befriedigung der anderen

Fragen im Etat vorhanden ist, reichen bei weitem nicht aus, um die Forderungen, die an den Straßenbau gestellt werden müssen, durchzuführen. Im Landkreise Neuf ist z. B. die Straße von Nachtigall nach Zons, die vollkommen unbefahrbar ist. Diese Straße soll jetzt ausgebaut werden. Der Kreis wird dabei mit 114 000 RM belastet. Er kann diese Summe nur sehr schwer aufbringen. Die Provinz hat kein Geld, um alle diese Zuschußforderungen zu befriedigen. Die Verhältnisse auf den Straßen sind aber so, daß sich die Chauffeure der Kraftwagenlinien weigern, zu fahren, weil das Befahren dieser Straßen mit Lebensgefahr verbunden ist. Dafür muß die Provinz unbedingt höhere Mittel einsetzen. Wenn gesagt wird: Es ist nicht genug Geld vorhanden, so müssen wir wiederum darauf hinweisen, daß man z. B. für die Schaffung des Würburger Ringes ungefähr insgesamt 20 Millionen aufgebracht hat. Daß dieses ganze Unternehmen eine einzige große Pleite gewesen ist, die natürlich vertuscht wird, darüber wird auch hier nichts gesagt. Für das, was sich dieser Landrat Creuß, der auch Mitglied des Provinziallandtages ist, in den Kopf gesetzt hat, der mit diesem Projekt die Verkehrsverhältnisse in der Eifel bessern wollte, hat man Geld genug.

Weiter ist die Frage des Aachen—Rhein-Kanals angestrichelt worden. Sonderbarerweise hat die Frage in den letzten Provinziallandtagen noch eine Rolle gespielt; jetzt wird aber nichts mehr darüber gesagt. (Zurück des Abgeordneten Dunder.) Die Lage ist u. E. so, daß man für den Bau des Aachen—Rhein-Kanals eintreten kann, weil das tatsächlich die Verhältnisse im Aachener Gebiet erfordern. Die Tarifverhältnisse bei der Rheinbahn sind so, daß diese Industrien nicht mehr konkurrenzfähig sind. Die Tarifpolitik der Dawesbahn stellt eine ungeheure Belastung für die gesamte Öffentlichkeit dar. Diese Tarifpolitik wird überhaupt nur gemacht, damit die Reparationszahlungen herausgeschunden werden. Daß die Dawesbahn auch sonst eine direkt feindliche Politik gegen die Interessen der breiten Massen treibt, ist bekannt und braucht im Rahmen dieser Sache nicht weiter erörtert zu werden.

Auch über das Schnellbahnprojekt wird jetzt nicht mehr viel geredet. Auch hier bestände die Möglichkeit, produktive Erwerbslosenfürsorge zu treiben und dafür zu sorgen, daß die Masse der Erwerbslosen Beschäftigung bekommt. Aber wir wissen, daß das Reich kein Geld für diese Pläne hat und daß es die dazu nötigen Gelder benutzt, um die neue Wehrmacht der neuen deutschen Imperialisten zu finanzieren. Wenn von seiten der Verwaltung gesagt wird, daß man hofft, daß noch mehr Geld durch Reichssteuerüberweisungen einkommen wird, so können wir diese Hoffnung nicht teilen aus dem einfachen Grunde, weil durch das Silberdingische Steuervereinlichungsgesetz die Zuschüsse an Staat, Gemeinden und Kommunen nach den Angaben eines demokratischen Ministers um weitere

300 Millionen gedrosselt werden. Daß natürlich bei dieser Drosselung sowohl die Provinz, als auch die Gemeinden schlecht wegkommen werden, ist jedem klar, der die Dinge und die Praxis der Silberdingischen Steuerpolitik kennt. Auf der anderen Seite will Silberding neue Massensteuern aus den werttätigen Massen herauschinden. Insgesamt sind 465 Millionen vorgesehen, darunter auch die Biersteuer, die wiederum die Arbeitermassen belasten soll.

Zum Fürsorgetat sind hier verschiedene Ausführungen gemacht worden, die auch uns veranlassen, besonders gegen die Behauptungen des Zentrums Stellung zu nehmen. Das Zentrum glaubt, daß die Fürsorgefrage eine Sache sei, die nur das Zentrum ganz allein angehe. Wenn hier mit Stolz gesagt wird, daß das Rheinland an der Spitze marschiere, so sagen wir: Es ist beschämend, daß in der Rheinprovinz fast 14 000 Fürsorgezöglinge untergebracht sind. Das ist ein Beweis dafür, daß das Zentrum mit allen Mitteln daran arbeitet, möglichst viele Jungarbeiter in diese Fürsorge-Zuchthäuser hineinzubekommen, daß das Zentrum zweifellos ein Interesse daran hat, und zwar ein politisches wie ein materielles Interesse, diese Fürsorgezöglinge, diese Jungarbeiter, unter seine Fuchtel zu bekommen.

Wenn gesagt wird, daß die Zahl der Fürsorgezöglinge zurückgegangen sei, so weisen wir demgegenüber darauf hin, daß ein Teil dieser Kinder in Idiotenanstalten untergebracht wurden, so daß der Rückgang, der in Frage kommt, nicht besonders groß ist.

Was uns mit dazu veranlaßt, schärfsten Protest gegen die ganze Fürsorgepolitik der Provinzialverwaltung zu erheben, ist die Tatsache, daß die Summe, die für die einzelnen Fürsorgezöglinge zur Unterhaltung und Kleidung ausgegeben wird, außerordentlich gering ist, daß sie nicht höher ist als die Ausgaben für die Gefangenen in den Gefängnissen und Zuchthäusern, daß also die Fürsorgezöglinge mit den in den Gefängnissen und Zuchthäusern untergebrachten Leuten gleichgestellt werden.

Wir haben sowohl im vorigen Jahr wie auch in diesem Jahr Fälle, die zeigen, wie brutal man gegen die Jungarbeiter, die man in Fürsorgezwangserziehung steckt, vorgeht. Wir erinnern daran, daß vor kurzem im Kloster „Zum guten Hirten“ in Köln ein Selbstmordfall passiert ist. Die Nachforschungen über die Ursachen des Selbstmordes haben gezeigt, daß in dieser Organisation „Zum guten Hirten“ brutale Erziehungsmethoden bestehen, daß die Kinder hinter vergitterten Fenstern gehalten werden, daß sie überhaupt nicht aus diesen konfessionellen Fürsorgegefängnissen herauskommen. Diese Organisation „Zum guten Hirten“ verfügt über eine 300jährige Praxis in der sogen. Erziehung der Kinder; aber fragt nicht, wie diese Erziehung ist! Sie ist so, daß man überhaupt jede Selbständigkeit und jede selbständige

Regung aus diesen Kindern hinaustreibt in einer Form und mit solch raffinierten Erziehungsmethoden, die eben nur Jesuiten erfinden können. Man kann ruhig sagen, daß die Nonnen, die die Erziehung der Kinder unter sich haben, keine guten Hirten sind, sondern daß man sie eher mit Wölfen in Schafskleidern vergleichen kann, die Jagd auf proletarisches Freiwild machen.

Dann ist noch ein Fall zu verzeichnen, daß während des Dürener Textilarbeiterstreiks eine Reihe Kinder wegen Verwahrlosung der Eltern in Fürsorgeerziehung gesteckt wurden. Diese „Verwahrlosung“ war dadurch eingetreten, daß die Arbeiter und die Arbeiterfrauen gezwungen wurden, einige Wochen zu streiken, weil die Hungerlöhne, die die christlichen Textilbarone bezahlten, nicht einmal ausreichten, um das Allernotwendigste zu kaufen. Dann wurde von irgendwelchen Leuten, die so herumzuschleichen und falsches Zeugnis wider den Nächsten reden, um die Kinder in die Fürsorge-Zuchthäuser hineinzubringen und unter die schwarze Kutte zu stecken, festgestellt, daß plötzlich eine „Verwahrlosung“ eingetreten sei. Die Kinder wurden von der Mutter weggeschleppt, und man gab diesen Müttern nicht eher Nachricht als acht bis vierzehn Tage, nachdem man die Kinder fortgeschleppt hatte. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Dieselben Leute reden an den sogenannten Muttertagen über das schöne Thema: „Ehret die Mütter!“ Darüber, daß proletarische Mütter nicht wissen, wohin man ihre Kinder mit Polizeigewalt geschleppt hat, schweigen diese schwarzen Brüder im Parlament und in den Ausschüssen, wenn darüber verhandelt wird. (Zuruf des Abgeordneten Floßdorf.)

Es ist weiter festgestellt worden, daß z. B. im St.-Agnes-Stift in Bonn die Kinder nur Marmelade auf das Brot geschmiert bekommen. Die Kinder haben aber ausgefagt: „Wenn der Landeshauptmann Horion kommt, gibts Margarine aufs Brot.“ Wir sehen, daß der Landeshauptmann bei diesen Kindern immerhin noch ein Margarinebrot wert ist. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Carl: Was ist denn besser?) Es ist weiter von diesen Kindern gesagt worden, daß sie Sonntags überhaupt kein Fleisch bekommen, daß sie wohl in der Woche sogenanntes Fleisch bekommen, das aber nichts anderes ist als Blut- oder Leberwurst, aber kein wirkliches Fleisch.

In einem anderen Fall ist festgestellt worden, daß ein dissidentisches Kind, das in ein Dissidentenheim wollte, vom Pfarrer belogen und ihm erklärt wurde, es könne nicht in das Heim gehen, weil diese Kinder dort alle krank seien. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Mit solchen Mitteln versuchen die Pfaffen ihre Schäfchen bei sich zu behalten.

Wenn hier „rühmend“ gesagt wurde, daß das Landesjugendamt führend sei sowohl in der Be-

kämpfung von Schmutz und Schund, wie auch in der Fürsorgeerziehung, dann sagen wir nicht zuviel, wenn wir behaupten, daß die ganzen Jugendämter nichts anderes sind als verkappte Inquisitionsausschüsse gegen die Arbeiterjugend. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Das Zentrum hat ein Interesse daran, diese Inquisitionen gegen die arbeitende Jugend weiter zu treiben, weil sie, soweit sie noch konfessionell erzogen ist, in dem Augenblick, wo sie in den Ausbeutungsapparat des Kapitalismus eingespannt wird, diesen Hirten davonläuft, wenn die Jungarbeiter erkennen, wie man sie belogen und betrogen hat. Auf solche Art und Weise versucht man diese Entwicklung abzustoppen. Man will jetzt ein neues Bewahrungsgefeß im Reichstag durchpeitschen. Stegerwald, dieser radikale Mann, hat einmal vor einigen Jahren aus Anlaß eines Bergarbeiterkampfes erklärt, man müßte erst einmal ein paar Unternehmerköpfe auf das Pflaster rollen lassen, bis die Leute zur Vernunft kämen. Dieser Mann beantragt bei dem Bewahrungsgefeß, daß nicht nur die private Fürsorge ausgedehnt werden soll, sondern daß auch die Vormünder, die die Kinder nachher beaufsichtigen sollen, das Züchtigungsrecht bekommen, daß sie die Kinder nach Strich und Faden ausbeuten können, ohne daß jemand Einspruch erheben kann, daß die privaten Fürsorgeorganisationen, die Caritasorganisationen, das Recht haben sollen, Anträge zu stellen, um die Kinder in Fürsorgeerziehung zu bringen usw.

Das eröffnet sehr schöne Perspektiven für die arbeitende Jugend. Die Kommunisten werden alles tun, um die Arbeiterkinder auf die Gefahren hinzuweisen und ihnen zu zeigen, was in Wirklichkeit die Fürsorgeerziehung ist. Wir werden in den Einzelberatungen später noch zu diesen Dingen Stellung nehmen.

Wir verlangen: „Schluß mit diesem Fürsorgesystem“. Wir verlangen, daß das Recht, daß die Privatvereinigungen Anträge auf Fürsorgeerziehung stellen können, beseitigt wird. Wir verlangen, daß alle Privatanstalten aufgehoben werden. Wir verlangen ferner, daß der Arbeitszwang in diesen Anstalten aufgehoben wird, daß freie Heime unter kommunaler Regie eingerichtet werden und daß vor allen Dingen der Religionsunterricht aus diesen Heimen zu verschwinden hat; denn dieses religiöse Opium ist absolut nicht geeignet, den Kindern im Daseinskampf weiterzuhelfen. Im Gegenteil, diese Kinder sind nachher so verdammt, daß sie nicht wissen, was sie als vernünftige Menschen zu tun haben. (Zuruf von den Kommunisten: Das ist der Zweck der Übung!) Die SPD. fordert allerdings die Gleichberechtigung in der Fürsorgeerziehung. Das ist bezeichnend für ihre Anpassungsfähigkeit an die Wünsche des Zentrums, bedingt durch die ganze Kompromißwirtschaft von Zentrum und SPD. im Reich, bedingt

durch den Klassenverrat, den die SPD. jeden Tag begeht, weil sie nicht mehr für die proletarische Revolution ist und weil sie die Forderungen, für die sie im Jahre 1913 noch gestimmt hat, längst zu den Akten gelegt hat.

Die Lage in der Arbeitsanstalt in Brauweiler ist ebenfalls direkt skandalös. Wir verlangen, daß dieses Arbeitszuchthaus schnellstens aufgehoben wird. Daß ein Zuchthausregiment dort besteht, geht daraus hervor, daß man die Beamten in die alten Uniformen gesteckt hat, daß sie in den Uniformen von Zuchthausbeamten herumlaufen. Die Löhne, die dort diese Eingekerkerten bekommen, betragen pro Tag 22 bis 55 Pfennig. Dafür müssen sie den ganzen Tag Tüten kleben. (Zuruf des Abgeordneten von Stedman: Mehr wie ein Bauer!) Sie werden weiter an fremde Unternehmer vermietet, die natürlich diesen Arbeitern keinen Tariflohn bezahlen, sondern nur ein paar Pfennige, das andere steckt die Anstalt in die Tasche. Daß es so ist, geht daraus hervor, daß noch Ueberprüfungen gemacht wurden. Mit welcher gemeinen Terrormitteln man gegen die sogenannten „Bewahrten“ vorgeht, erfieht man daraus, daß man einen ehemaligen Zuchthausler als Aufseher bestellt hat. Wir haben nichts dagegen, daß er die Aufsicht führt, wenn er ein anständiger Mensch ist. Wenn es aber dazu führt, daß er die Brutalität, die er von den Zuchthausdirektoren in den Zuchthäusern gelernt hat, auf die Gefangenen anwendet, dann verlangen wir, daß ein solcher Kalfakter beseitigt wird. (Abgeordneter Dunder: Sehr richtig!) Solche Leute haben nichts zu tun in einer Anstalt, in der angeblich arbeitscheue Leute gebessert werden sollen.

Wir sind der Auffassung, daß auch die hohe Zahl der Krankheiten in erster Linie durch die Unterernährung bedingt wurde und dadurch, daß die Kranken bei der Kälte nicht schnell genug in die Krankenhäuser transportiert werden konnten. Alles das hängt natürlich mit dem ganzen System in diesem Brauweiler Zuchthaus zusammen. Wenn überhaupt etwas in dieser Beziehung getan werden soll, dann muß dort ein landwirtschaftliches Mustergut errichtet werden. Wir fordern ferner, daß die Arbeiter ihren vollen Lohn erhalten, daß die Zuchthausregeln wegfallen, daß die Leute in Urlaub gehen können und daß eine bessere Verpflegung eingeführt wird, daß außerdem die dort Untergebrachten das Recht bekommen, eine Selbstverwaltung durchzuführen und selbst ihre Arbeit zu kontrollieren.

Unter dem Etat von „Kunst und Wissenschaft“ ist auch wieder eine große Summe eingesetzt, die nichts anderes bedeutet, als eine verschleierte Subvention an die katholische und evangelische Kirche. Wenn wir eben schon auf die Stellung der Sozialdemokraten zum Konkordat hinwiesen, so kommt auch

hier wieder die kirchenfreundliche Stellung der SPD. zum Ausdruck, die nichts dagegen hat, daß man den Ausbau alter vermoderter Kirchen und die Wiederherstellung verfallener Herrgottsfiguren in diesen Kirchen unter der Rubrik „Kunst und Wissenschaft“ auführt. In den letzten Jahren sind mehr als 300 000 RM für diese Zwecke hinausgeworfen worden. Wir können verstehen, daß das Zentrum ein Interesse daran hat, seine Wallfahrtskirchen möglichst auf Kosten des Staates und der Allgemeinheit in einen guten Zustand zu versetzen. Das ist ja bei dieser Organisation gar nicht anders denkbar. Wenn aber die sogenannten „völkerbefreiende“, früher einmal religionsfeindliche Sozialdemokratie sich hinter diese Forderung stellt, so zeigt das die ganze ideologische Versumpfung dieser religiösen Sozialisten. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Es klingt etwas sonderbar, wenn das Zentrum gegen die sogenannten Schmutz- und Schundschriften auftritt. Vor allen Dingen der Landeshauptmann hat sich sehr aufgeregt über das Theaterstück von Martin Lampel: „Revolte im Erziehungshaus“. Diese Wahrheiten, die auf der Bühne dargestellt werden, sind natürlich den Muckern im Zentrum außerordentlich unangenehm. Wir können es verstehen, wenn sie die Staatsgewalt mobilisieren, nachdem ihnen jedes andere Mittel verfaßt ist, es sei denn, daß sie zu dem „unchristlichen“ Mittel greifen, genau so wie die Hasenkreuzler, Stoßtruppen zu organisieren und mit Stinkbomben die Versammlungen zu sprengen, wie sie es in Frankfurt a. M. getan haben. Nachdem die Mittel der Ueberzeugung an den harten Tatsachen gescheitert sind, organisierte man Stoßtruppen, um die Aufführung von HasenclEVERS Komödie: „Ehen werden im Himmel geschlossen“ durch einen Stinkbombentrupp zu sprengen. Ob das wirkliche Ueberzeugungskraft ist, das überlasse ich der Beurteilung der jesuitischen Pfaffen.

Wir stellen gerade an diesem Etat „Kunst und Wissenschaft“ fest, daß die SPD. einen richtigen Gegenseitigkeitsvertrag mit dem Zentrum ausgearbeitet hat, daß die Schwarzkutten zusammen mit den sozialdemokratischen Postenschachern sich an den Futtertrog des Staates drängen wollen. Die Zentrümmer haben es glänzend verstanden, sich in allen Etatspositionen etwas zu sichern. Der größte Teil des Etats ist nichts anderes als eine verschleierte Subvention an die Caritasorganisationen und die vom Zentrum beeinflussten Organisationen. Wenn aber das Zentrum wirklich einmal gegen die Schmutz- und Schundliteratur kämpfen will, dann soll es gegen die Thatfachen von der Art vorgehen, in denen der Jesuitenpater Marianus seine Bolschewistenhebe betreibt und schmutzige Behauptungen gegen die Kommunisten aufstellt. (Zuruf von den Kommunisten: Das ist ihr Verur! Zuruf des Abgeordneten Floßdorf: Das ist

Ihnen wohl unangenehm!) Sicher ist das ihr Beruf; aber sie streiten das immer ab. Sie wollen Vertreter der „reinen Lehre“ sein. Die dreifache Art und Weise, wie hier dieser Jesuitenpater vorgeht, ist aber wirklich etwas, was in erster Linie unter die Rubrik „Schmutz und Schund“ gehört. Wenn die Pfaffen versuchen, durch eine Sturmflut von Gotteslästerungsprozessen die Tatsache zu verwischen, daß die Arbeitermassen in höherem Maße als bisher einsehen, wie wackelig das Gebäude des Zentrums und die religiöse Erziehung der Arbeitermassen geworden ist, so müssen wir doch folgendes dazu sagen: Gerade die Kritik, die an den Bildern von George Grosz geübt wurde, der in sehr trefflicherer Ironie die Gestalt des offiziellen Christus mit Gasmaske und Kommissstiefeln dargestellt hatte, ging von denselben Leuten aus, die während des imperialistischen Krieges im Namen des „dreieinigen Gottes“ die Kanonen und Granaten gesegnet haben. Es wird wohl kein Zentrumspaffe wagen, das abzustreiten. Dieselben Leute schreien heute über „Gotteslästerung“. Sie nehmen heute Vergerniß daran im Auftrage jener Herren, die damals wie heute die Giftgasprozentage berechnen und die im kommenden Krieg an der Rüstungsindustrie verdienen wollen. Es sind dieselben Leute, die 1917 und 1918 berechnet haben, wieviel Hunderttausend Mark sie wohl an jedem Waggon Dörrgemüse und halb verfrorener Kartoffeln, die sie verschoben haben, verdienen konnten. Dabei haben sie nichts gefunden; aber heute finden sie, daß Gott gelästert wird, weil eben die Wahrheit von revolutionären Zeichnern und Künstlern ausgesprochen wurde, die sich nicht an die Gesetze stören, die diese Republik zum Schutze des kapitalistischen Staates aufgestellt hat. Wir sind der Auffassung, daß man von diesen Leuten nicht erwarten kann, daß sie irgend etwas im Interesse der Arbeitermassen tun. Wir erwarten auch nicht von Ihnen und hier vom Provinziallandtag, daß Sie wirklich die Interessen des werktätigen Volkes vertreten.

Wir sagen über die Köpfe dieses Parlaments hinaus den Arbeitern und den Kleinbauern im Rheinland, daß sie von diesem Parlament keine Hilfe erwarten sollen, trotz der schleimigen Staatsreden, die hier vom Zentrum, der Arbeitsgemeinschaft und den Sozialdemokraten gehalten werden, sondern daß sie auf eigene Faust ihre Forderungen durchsetzen müssen. Sie sollen sich verbünden die Arbeiter mit den werktätigen Bauern in allen Städten und Dörfern, um den Kampf für die Forderungen, die wir aufstellen, durchzuführen; denn nur so können sie das erreichen, was sie erreichen müssen, wenn sie ihre Lebenslage verbessern wollen. Nicht die Drohnen und Aktionäre, die von der Not des Volkes reden, während sie selbst im Ueberfluß leben, werden ihnen Hilfe bringen, sondern wir rufen ihnen zu als kommunistische Fraktion im

Auftrage der Führerin des Proletariats, der Kommunistischen Partei:

Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.

Uns aus dem Elend zu erlösen, das können nur wir selber tun.

(Beifall bei den Kommunisten.)

Stellv. Vorsitzender Dr. Saaxen: Das Wort hat der Herr Abgeordneter Dr. Stein.

Abgeordneter Dr. Stein: Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat gestern bei der Schilderung der wirtschaftlichen Lage, die wir ja bei allen unseren Betrachtungen in den Vordergrund stellen müssen, weil sie die Grundlage von allem bildet, hervorgehoben, daß das Bild sich Dunkel in Dunkel male. Er hat ganz zutreffend auf zwei charakteristische Striche hingewiesen: einmal die Katastrophe in der Landwirtschaft, dann die hohe Ziffer der Erwerbslosen.

Meine Damen und Herren! Soweit kann ich dem Herrn Landeshauptmann folgen und ihm zugestehen, daß seine Schilderung zutreffend ist. Aber mit der Schilderung allein, meine Damen und Herren, ist es nicht getan. Es fehlt die Schlussfolgerung, der Hinweis auf das, was in der Vergangenheit verkehrt gemacht worden ist, und es fehlt die Forderung nach einer Aenderung des Kurses, nach neuen Wegen, die die Staatspolitik einzuschlagen hat.

Gewiß, meine Damen und Herren, das Gemälde ist gut gemalt; aber der Verwaltungsbeamte ist kein Maler. Wir verlangen von dem Verwaltungsbeamten, daß er im Leben steht. Er soll seinerseits die Wege weisen, die eingeschlagen werden müssen. Ich darf wohl daran erinnern, daß wir hier im Westen Verwaltungsbeamte gehabt haben — namentlich in der weiteren Vergangenheit — die dieser Aufgabe voll und ganz gewachsen waren. Ich erinnere nur an den Namen eines früheren Oberpräsidenten unserer Nachbarprovinz, Binde.

Meine Damen und Herren! Wenn wir heute nicht mehr gewöhnt sind, von den Verwaltungsbeamten unserer Provinz dasjenige zu hören, was geschehen muß, dann kann man die Ursache dafür nur in dem parlamentarischen System sehen. Leider scheint das parlamentarische System zu verhindern, daß heutzutage noch ein Verwaltungsbeamter sich hinstellen und sagen darf: So muß es gemacht werden, und so muß die Sache geändert werden.

Meine Damen und Herren! Ich will im einzelnen nicht auf das eingehen, was alles hier ausgeführt worden ist; aber einiges muß ich doch hervorheben. Von dem Herrn Landeshauptmann und auch von anderen Rednern ist ausgeführt worden, daß leider unsere Industrie in die Nachbarländer abzuwandern beginne. Da ist die Frage berechtigt: Warum wan-

dert denn die Industrie ab, meine Damen und Herren? Doch nicht etwa deswegen, weil es ihr in Deutschland nicht mehr gefällt oder weil sie eine gewisse Liebhaberei darin findet, eine Fabrik abzubauen und anderswo aufzubauen, sondern die Sache hat tiefere Gründe. Der Redner der Sozialdemokratischen Partei hat einen Appell an den Patriotismus der Unternehmer erlassen, der von dieser Seite sehr merkwürdig berührt. Meine Damen und Herren! Die Sache liegt doch einfach so, daß die Ausgaben und Einnahmen bei diesen Fabriken sich nicht mehr ausgleichen. Infolgedessen geht man in das Ausland, wo man billiger arbeitet, wo die Steuerlasten nicht so hoch sind, wo die Ausgaben für Sozialpolitik sich in vernünftigen Grenzen bewegen. Es ist richtig, daß eine gesunde Wirtschaft allen Gliedern des Volkes Arbeit und Brot bieten muß. Leider ist unsere Wirtschaft heute nicht mehr gesund. Wir alle wissen, wie die Wirtschaft — mag es sich um einen kleinen oder großen Betrieb handeln — mit Steuern überlastet ist, daß die Sozialpolitik Aufwendungen erfordert, die nicht mehr tragbar sind. Wir wissen, daß die Sozialpolitik einerseits dem Arbeiter von dem Bruttolohn soviel wegnimmt, daß er darüber klagt, daß er damit nicht auskommen kann, daß auf der anderen Seite der Unternehmer ebenso berechtigt ist, zu klagen, daß der Bruttolohn, worin auch die Aufwendungen des Unternehmers für die sozialen Beiträge, die er aufzubringen hat, hineinzurechnen sind, ihn konkurrenzunfähig macht. Das sind keine gesunden wirtschaftlichen Verhältnisse mehr. Dann können Sie nicht verlangen, daß die Wirtschaft in der Lage ist, den Gliedern des Volkes Arbeit und Brot zu bieten.

Ich verweise auf die Schiffahrt, die auch hier bereits angeführt wurde. Die Schiffahrt ist besonders durch den strengen Winter betroffen. Aber ein strenger Winter geht vorüber. Was aber nicht vorüber geht, ist die Tatsache, daß die Franzosen und Holländer aus bekannten Gründen billiger arbeiten können als unsere Schiffahrt, und daß sie infolgedessen unsere Schiffahrt aus dem Geschäft hinausgedrängt haben.

Meine Damen und Herren! Einen breiten Rahmen in den Ausführungen sowohl von Verwaltungsseite als auch von den Rednern des Hauses hat die Landwirtschaft eingenommen. Der Herr Landeshauptmann hat mit Recht auf die außerordentlich bedenklichen politischen und sozialen Auswirkungen der Zustände in der Landwirtschaft hingewiesen, einmal auf die Verstärkung der Landflucht in der Landwirtschaft und dann auf die Herabsetzung der Lebenshaltung des Kleinbauern auf einen Zustand, der erheblich schlechter ist als sie der schlechtestgestellte Erwerbslose in der Stadt hat. Dabei müssen wir noch berücksichtigen, daß wir in dem abgelaufenen Jahr günstige Witterungsverhältnisse gehabt haben. Wie es jetzt unter diesen Umständen werden wird, das kann kein Mensch

wissen. Man muß da die schlimmsten Befürchtungen haben.

Meine Damen und Herren! Es ist mit Recht darauf aufmerksam gemacht worden, daß dann, wenn der Landwirtschaft mit Anträgen zu helfen gewesen wäre, sicher die 213 Anträge, die dem Preussischen Landtag in den Fragen der Landwirtschaft vorlagen, ihr wieder zur Blüte verholfen haben müßten. Auch die Hilfe der Provinz ist an und für sich außerordentlich schwach. Es ist ganz charakteristisch, daß, wenn Sie sich einmal die Drucksache Nr. 39 vornehmen — es ist, glaube ich, schon von einem Redner angedeutet worden — der Betrag von 200 000 RM, der im vergangenen Jahr für Zinsverbilligung zur Verfügung gestellt worden ist, sich in Bruchteilen von Prozenten auswirkt und daß damit praktisch überhaupt nichts gemacht werden kann.

Meine Damen und Herren! So ist es mehr oder weniger mit allem, was in dieser Hinsicht und in ähnlichen Beziehungen geschehen ist. Und wenn der Redner der sozialdemokratischen Fraktion hier zahlenmäßig aufführt, was für die Landwirtschaft von der jetzigen Regierung geleistet worden ist und das im Vergleich stellt mit dem, was in der Vorkriegszeit für die Landwirtschaft aufgewendet worden ist, so übersieht er dabei zweierlei. Einmal das Sinken des Geldwertes, daß die Mark also nur noch zwei Drittel von dem wert ist, was sie früher wert war. Zweitens, daß wir damals allerdings dank einer gesunden Wirtschaftspolitik eine Landwirtschaft hatten, die sich mehr oder weniger selbst erhalten konnte, daß infolgedessen natürlich irgendwelche Staatshilfen oder provinzielle Hilfe nicht in heutigem Umfange nötig war.

Meine Damen und Herren! Auch hier ist leider an dem eigentlichen Kernpunkt der Frage vorbeigegangen worden. Zwar ist der Landeshauptmann etwas aus dem Arbeitsgebiet des Malers herausgetreten, und hat gesagt, was die Landwirtschaft brauche, seien erhöhte Preise für die Produkte; er hat uns aber nicht darüber aufgeklärt, wie diese erhöhten Preise herbeizuführen wären.

Meine Damen und Herren! Die Sache ist für jeden, der die Verhältnisse zu übersehen vermag, klar. Daß unsere Landwirtschaft ohne ausreichende Schutzzölle erhalten werden kann, ist ganz ausgeschlossen. Wir haben früher die Schutzzölle gehabt und haben sie noch lange Zeit nötig, und zwar solange noch, wie es immer noch Länder gibt, in denen neuer Boden erschlossen wird, die mit uns konkurrieren können unter Verhältnissen, unter denen wir konkurrenzunfähig werden. Da hat unsere Politik vollständig versagt. Auch unsere Handelspolitik hat die Landwirtschaft vollständig im Stich gelassen. Ich erinnere noch daran, daß gerade in letzter Zeit ein Handelsvertrag mit Jugoslawien abgeschlossen worden ist, durch den eine Reduktion des Maiszolles erfolgt ist, die nichts

weiter bedeutet als Millionengeschenke an eine amerikanische Firma.

Das zweite, was die Landwirtschaft braucht, ist endlich einmal eine Ermäßigung der Steuerlasten. Auch die Steuerlasten stehen heute außer jeglichem Verhältnis zu der Vorkriegszeit. Es ist, da die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte sich nicht in dem Maße erhöht haben, ganz ausgeschlossen, daß die Landwirtschaft diese Steuern tragen kann.

In diesen beiden fehlerhaften Grundsätzen unserer heutigen Politik geht eben die Landwirtschaft vollständig zugrunde.

Nun ist von dem Redner der Sozialdemokratischen Partei ausgeführt worden, daß seine Partei selbstverständlich auch bereit sei, der Landwirtschaft zu helfen. Er ist der Auffassung, daß die Landwirtschaft darunter frantke, daß der Zwischenhandel zuviel wegnehme, so daß der Bauer zu wenig für seine Produkte erhalte. Meine Damen und Herren! Dieses Rezept haben wir schon oft gehört. Daß der Zwischenhandel ausgeschaltet werden kann, glauben Sie doch selbst nicht. Die Sozialdemokraten wollen doch nur an die Stelle des Zwischenhandels die Konsumgenossenschaften setzen. Warum kann der Zwischenhandel heute nicht billiger arbeiten? Lediglich deswegen, weil er mit Steuern so überlastet ist, daß er, um seine Existenz zu finden, genötigt ist, verhältnismäßige Aufschläge zu nehmen. Sorgen Sie dafür, daß wir dazu kommen, daß die Steuerlasten abgebaut werden können. Dann wird sich die Spanne zwischen Erzeugerpreis und Verbraucherpreis von selbst verringern. Wir sind jedenfalls die letzten, die das nicht wünschen würden, sowohl im Interesse der Konsumenten wie der Landwirtschaft.

Meine Damen und Herren! Die Steuerlasten führen mich gleich zu dem städtischen Mittelstand hinüber, der ja neben der Landwirtschaft der meist geschlagene Stand unter den heutigen Verhältnissen ist. Wir bedauern außerordentlich, daß es noch immer nicht gelungen ist, dem Anwachsen der Realsteuerlasten einen wirksamen Hemmschub anzulegen. In manchen Industriegemeinden beträgt die Gemeindegewerbesteuer das Siebenfache der Vorkriegszeit. Daraus kann sich eigentlich ein jeder ausrechnen, woher es kommt, daß es dem Mittelstand so schlecht geht. Auch für den Mittelstand ist der Ruf nach Wiederherstellung der Rentabilität zu erheben.

Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat dann weiter ausgeführt, daß er hoffe, daß der Kampf zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher Wirtschaft endlich zu einer Verständigung gelange, wobei beiden Teilen ihr Recht würde. Wir sind in dieser Hinsicht vollständig der Ansicht des Herrn Landeshauptmanns, möchten aber darauf hinweisen, daß heute, wo die öffentliche Hand andauernd in Gebiete, die der Privatwirtschaft vorbehalten bleiben

möchten, eingreift, wo andererseits die öffentliche Hand andauernd durch gewaltig hohe Steuern jeglicher Vermögens- und Kapitalbildung in der Privatwirtschaft entgegenarbeitet, eine Verständigung außerordentlich schwer ist, und daß vor allen Dingen einmal die Einsicht bei den Vertretern der öffentlichen Hand kommen muß, daß die Sache so nicht weitergehen kann und daß das Steuer ganz energisch herumgeworfen wird.

Meine Damen und Herren! Wir bedauern außerordentlich, daß der Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen, der vor einigen Jahren einen gewissen Anlauf genommen hatte, noch immer nicht weitergekommen ist. Die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen hat, abgesehen von den großen Nachteilen, die für alle Beteiligten damit verbunden sind, auch außerordentlich unerfreuliche Zustände in dem Baugewerbe hervorgerufen, das ja bekanntlich mehr oder weniger von der öffentlichen Hand finanziert wird.

Wenn die Zentrumsparlei den Antrag gestellt hat, Beihilfen für kinderreiche Familien bereitzustellen, so ist dagegen grundsätzlich nichts einzuwenden. Wir möchten aber darauf hinweisen, daß gerade die kinderreichen Familien durch die Wohnungszwangswirtschaft ganz außerordentlich benachteiligt werden. Ueberlegen Sie sich einmal: Wenn Sie vor dem Kriege eine Stiftung gehabt haben, die für kinderreiche Familien vorgesehen war, dann sind im Laufe der Zeit die Kinder erwachsen und weggezogen. Die Familien sind heute nicht mehr kinderreich. Sie können aber nicht mehr die Familien, die heute die Wohnung innehaben, herausbekommen. Daran hindert Sie die Wohnungszwangswirtschaft. Sie haben dann das Refultat, daß die Stiftung, die seinerzeit für kinderreiche vorgesehen war, heute diesen Zwecken gar nicht mehr dienen kann und daß die Leiter der Stiftung froh sein müssen, wenn zufällig eine Wohnung durch Abgang oder sonstwie frei wird und sie einer kinderreichen Familie die ihnen zgedachten Segnungen der Stiftung zuwenden können. (Zuruf des Abgeordneten Floßdorf: So kann man alles begründen.) Das können Sie doch nicht bestreiten. (Zuruf des Abgeordneten Jansen: Das stimmt auch nicht. Weiterer Zuruf des Abgeordneten Jansen: Das ist ein Trugschluß.)

Ehe ich das Gebiet des Mittelstandes verlasse, möchte ich nochmals an die Verwaltung der Provinz die dringliche Bitte richten, dafür zu sorgen, daß auf allen der Provinz gehörigen und der Provinz unterstellten Anstalten darauf gesehen wird, daß dem selbständigen Mittelstand auf dem Lande und in den Städten keine unnötige Konkurrenz gemacht wird. Es gehen uns immer noch Klagen darüber zu.

Meine Damen und Herren! Wenn ich mich nunmehr der Frage der Erwerbslosigkeit zuwende, so ist dem Herrn Landeshauptmann darin zuzustimmen, daß die hohe Zahl der Erwerbslosen im gegenwärtigen Augenblick nicht durch die Jahreszeit bedingt ist, son-

bern vor allen Dingen durch die Konjunktur. Da frage ich aber, meine Damen und Herren: Sind wir denn nicht selbst zum Teil erheblich an dieser Konjunktur schuld? Haben wir nicht durch unsere falsche Wirtschaftspolitik und unsere falsche Steuerpolitik gerade den Zustand herbeigeführt, daß heute sehr vielen Arbeitssuchenden keine Arbeit gewährt werden kann? Worauf läuft es denn hinaus, wenn heute die Industrie abwandert? Doch schließlich nur wieder auf eine weitere Erhöhung der Erwerbslosenzahlen. Schließlich kommt doch auch einmal der Augenblick, wo für die Allgemeinheit nicht mehr die Erwerbslosenfürsorge tragbar ist, und wo das ganze System zusammenbricht.

Der Redner der kommunistischen Fraktion — es war noch ein recht junger Herr — hat einen der ältesten Gäule aus dem kommunistischen Stall aufgezäumt und uns hier vorgeführt. Er hat uns nämlich von der allgemeinen Weltkonjunkturkrise gesprochen. Dabei hat der Herr übersehen, daß in anderen Ländern eine Konjunkturkrise im gegenwärtigen Augenblick eigentlich nicht besteht. Gerade den kapitalistischsten Ländern geht es heutzutage am allerbesten, in erster Linie den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Auch Frankreich und Belgien geht es sehr gut. Das einzige Land, wo es nicht gut geht, ist Deutschland. Daran sind sicher zum Teil die Belastungen durch die Reparationen schuld, zum erheblichen Teil aber auch die falsche Wirtschafts- und Steuerpolitik, die von uns gemacht worden ist. Dann hat aber der Redner der kommunistischen Fraktion, allerdings recht in bezug auf ein Land, nämlich Rußland. Rußland ist wohl dasjenige Land, zu dem er die besten Beziehungen hat. Wenn er sich da erkundigt, wird er feststellen, daß es da wirtschaftlich außerordentlich schlecht geht. Aber Rußland ist heute nicht die Welt und wird es auch hoffentlich nie werden. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Es schreitet aber vorwärts!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hinsichtlich des Haushaltsplanes können wir uns den Erklärungen anschließen, die von den Rednern einiger großen Fraktionen gemacht worden sind. Auch wir müssen anerkennen, daß die Landesverwaltung und besonders der Herr Landeshauptmann sich alle Mühe gegeben haben, den Etat sparsam aufzustellen. Wir bedauern allerdings, daß es trotz dieser Sparsamkeit nicht zu vermeiden war, daß eine gewisse Steigerung der Zahlen vorgekommen ist. Die Zahlen sind Ihnen ja bekannt: 1928 139,8 Millionen, 1929 145,5 Millionen bzw. 130 und 133 Millionen, wenn man die Ueberweisungen innerhalb der Verwaltung berücksichtigt. Wir würden es sehr gerne gesehen haben, wenn es endlich einmal möglich gewesen wäre, angesichts der Reparationsverhandlungen, die nun jetzt begonnen haben, nun wirklich eine Senkung herbeizuführen. Das scheint bei bestem Willen bei den öffentlichen Verwaltungen nicht zu gehen. Wir haben jedes Jahr

darum gebeten und nicht zum mindesten in dem letzten Jahr.

Der Herr Landeshauptmann hat ausgeführt, daß die Zrennfürsorge und der Straßenbau eine Ermäßigung der Provinzialumlage ausgeschlossen erscheinen ließen. Es ist richtig, daß für die Zrennfürsorge größere Ausgaben erforderlich sind, ebenso für den Straßenbau. Es besteht aber doch die Frage, ob selbst, wenn man das berücksichtigt, damit alle Möglichkeiten einer Einsparung erschöpft worden sind.

Wir sind der Auffassung, daß nur dann, wenn man das bestehende System als unabänderlich ansieht, die Verwaltung recht hat, wenn sie behauptet, daß die Sparmöglichkeiten im großen und ganzen als erschöpft anzusehen sind. Da für eine Aenderung dieses Systems heute eine Mehrheit in den Parlamenten nicht zu finden ist, erübrigt es sich, sich weiter darüber auszulassen. Ich möchte aber noch eins hervorheben: Wir müssen uns darüber klar werden, daß schließlich doch einmal eine derartige Katastrophe, wie sie heute in der Landwirtschaft kommt, in der ganzen Wirtschaft kommen kann und mit einer gewissen Sicherheit auch kommen wird, wenn nicht bald Umstellungen in der Wirtschafts- und Steuerpolitik kommen. Die Verhältnisse könnten uns dann doch nötigen, die Fürsorgetätigkeit in einer Weise einzuschränken, die heute niemand wünschen kann.

Unter diesen Voraussetzungen sind wir in der Lage, dem Haushaltsplan zuzustimmen.

Meine Damen und Herren! Von den Einzelheiten des Haushaltsplanes interessiert uns der Straßenbau Bonn—Köln—Düsseldorf. Wir stimmen mit der Verwaltung überein, daß der Bau dieser Autostraße aus wirtschaftlichen Gründen eine Notwendigkeit ist. Wir freuen uns auch, daß die Fortsetzung dieser Straße nach Essen und in das Industriegebiet hinein vorgesehen worden ist. Wir stimmen auch der Verwendung des Mehrertrages der Kraftfahrzeugsteuer für die Verzinsung dieses Betrages zu und sind der Auffassung, daß doch schließlich, wenn man auch mit einer gewissen Unsicherheit in den parlamentarischen Verhältnissen und auch namentlich beim Reichstag rechnen muß, nicht anzunehmen ist, daß man die Fahrzeugsteuer, die doch gerade von den Kraftwagen aufgebracht wird, für die die Straße eine Lebensnotwendigkeit ist, ihrem eigentlichen Zweck entziehen wird. Wir glauben, daß man in dieser Hinsicht trotz gewisser Bedenken den Weg einschlagen kann, den die Verwaltung eingeschlagen hat.

Hinsichtlich des Etats des Hochbaues, bei dem der Umbau des Landeshauses vorgesehen ist, behalten wir uns unsere Stellungnahme noch vor.

In der Fürsorge können wir feststellen, daß wir im großen und ganzen mit den Ausführungen der Verwaltung einverstanden sind. Wir freuen uns insbesondere, daß trotz der erhöhten Aufwendungen, die für die Geisteskranken erforderlich sind, eine neue Anstalt

nicht gebaut werden soll, sondern daß die Verwaltung es fertig bringt, sich mit Umbauten, Umbauten oder dergl. zu behelfen. Wir müssen im dringendsten Interesse des ganzen rheinischen Volkes hoffen, daß diese erschreckende Zunahme der Geisteskranken endlich zu einem Stillstand kommt und daß sich wieder ein Absteigen dieser Zahl einstellt. Damit würde naturgemäß auch eine Entlastung eintreten.

Mit den für die Fürsorgeerziehung aufgestellten Grundsätzen können wir uns nur einverstanden erklären. Ebenso billigen wir innerhalb vernünftiger Grenzen die Aufwendungen für Jugendpflege, Jugendwanderungen und was damit zusammenhängt. Wir warnen allerdings auch davor, die Aufwendungen allzu hoch zu machen. — Zum Schluß möchte ich noch dem Gedanken Ausdruck geben, daß sich auch meine Fraktion mit den Brüdern im besetzten Gebiet einig fühlt und daß sie den dringenden Wunsch hat, daß auch ihnen recht bald die Erlösungstunde schlagen möchte.

Stellv. Vorsitzender Dr. Sa a h e n : Das Wort hat der Herr Abgeordnete Herrmann.

Abgeordneter Herrmann : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Volkswirtschaft gibt es jetzt einige Grundsätze, die immer wieder aufs neue empfohlen werden und von deren Befolgung man das Heil für unsere Wirtschaft erwartet: Sparsamkeit, Rationalisierung, Ausnutzung der Kräfte, Vermeidung jedes Leerlaufes der Maschine. Wenn wir uns in diesem Augenblick hier umsehen, — was für ein abscheulicher Leerlauf einer kostspieligen Maschine! 200 Sitzplätze, die im großen und ganzen unbefetzt sind. Wäre es nicht richtig, wir gewännen den Mut und faßten den Beschluß, auseinanderzugehen (Abgeordneter Dunder: Sehr gut!) und setzten ein Duzend handfester Leute mit der Verwaltung zusammen? Die würden die Sache schon schmeißen. (Zuruf des Abgeordneten Kaiser: Das glaube ich auch!) Ich bin mir aber auch klar, daß das, was von hier aus geredet wird, doch zwecklos ist, selbst wenn das Haus voll besetzt wäre (Sehr richtig! bei den Kommunisten.), und wenn unser Herrgott selbst hierherkäme, so vermöchte er nicht das Abstimmungsergebnis irgendwie zu ändern, weil die Fraktionsbeschlüsse dies nicht zuließe. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Das ist Gotteslästerung!) So erscheint mir das Parlament, ob im Reichstag, im Landtag oder in der Provinz, als ein großes Theater, und man muß als aufrichtiger Vaterlandsfreund den Wunsch haben, daß einer mal hineinschreut und uns auseinanderjagt, wo wir hier doch nur leeres Gerede machen.

Nun lassen Sie mich nach dieser mehr persönlichen Bemerkung zur Sache kommen.

Bei der kurzen Zeit, die uns zur Verfügung steht, sehen wir davon ab, in eine allgemeine Besprechung des Stats einzutreten, sondern beziehen uns auf einen Punkt, von dem noch niemand geredet hat, von dem auch in diesen Tagen wahrscheinlich nicht gesprochen

werden wird, wenn wir es nicht tun. Und doch erscheint uns dieser Punkt so außerordentlich wichtig, ja geradezu grundlegend für unser Rechtsleben, für unser Volksleben, für unsere gesamte Kultur und für unseren Wiederaufstieg.

Meine Damen und Herren! Es ist fast tragisch zu nennen, daß man es der kleinsten Minorität überläßt, für diese wichtige Aufgabe zu kämpfen. Es ist aber auch beinahe symptomatisch für die Zustände, die wir heute in unserem Lande überhaupt haben, wo das Recht vergeblich schreit, gehört zu werden, wo man sich gewaltsam die Ohren zuhält, um nicht die Notsschreie des gequälten Rechtes zu hören. Ich spreche von der Aufwertung. „Idealisten“ sagen die einen, „Utopisten“ die anderen. Ein Narr, der ins Irrenhaus gehört, oder ein Demagoge, den man an die Wand stellen sollte — so ist auch gesagt worden. Wir denken an das, was uns gestern im Gottesdienst nahegelegt worden ist, wo es hieß: Der Abgeordnete ist nur seinem Herrgott verantwortlich (Hört, hört! bei den Kommunisten. Zuruf des Abgeordneten Dunder: Also dann heraus hier!), nicht seinen Wählern, nicht seiner Partei, nicht seiner Fraktion, nur seinem Gewissen und seinem Herrgott. Aus dieser Seelenstimmung heraus rede ich das, was ich zu sagen für meine Pflicht halte.

Wir haben im vorigen Jahr einen Antrag eingebracht, der sich auf eine Neuaufwertung der Provinzial-Anleihen bezog. Wir wünschten, daß nicht eine Aufwertung mit 2½ Prozent stattfindet, wie bei den Kriegsanleihen, sondern daß eine höhere Aufwertung, mindestens bis zu 25 Prozent stattfinden sollte. Der Antrag ist abgelehnt worden. Wir werden ihn in diesem Jahre erneuern. Wenn wir das tun, so tun wir es nicht, um Agitationsstoff für passende Gelegenheiten zu gewinnen, sondern aus Pflichtbewußtsein, aus Gewissensdrang und auch, meine Damen und Herren, weil die Rechtsgrundlage, auf der wir diesmal unseren Antrag aufbauen werden, sich inzwischen geändert und zu unseren Gunsten gestaltet hat. Es ist mir aufgefallen, daß der Herr Landeshauptmann von dieser Sache nicht gesprochen hat und daß auch aus den Unterlagen, die uns zugegangen sind, nirgendwo ersichtlich ist, daß man mit einer Behandlung dieses Gegenstandes hier rechnet.

In Braunschweig ist vor wenigen Wochen eine gerichtliche Entscheidung ergangen, die auch für uns hier Geltung haben muß. Dort hat sich ein Rechtsanwalt dagegen gewehrt, daß die Provinzial-Anleihen wie die Kriegsanleihen behandelt und mit 2½ Prozent aufgewertet würden. Er ist mit seinem Prozeß durchgedrungen und hat in zwei Instanzen, zuletzt am Oberlandesgericht in Braunschweig, den Prozeß gewonnen. Die beklagte Bank ist kostenpflichtig verurteilt worden. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Wozu?) Zur höheren Aufwertung! Interessant ist

die Begründung, die das Oberlandesgericht für dieses Urteil gab. Sie unterscheidet zwischen juristischen Körperschaften und zwischen Anstalten und versteht unter Körperschaften Institute, die eine Fülle von Personen zu einem bestimmten Zweck in sich zusammenfassen, während Anstalten ein Zweckvermögen in ihrem Mittelpunkt haben, niemals aber eine Zusammenfassung von physischen Personen darstellen. So darf die Anstalt, wie die Landesbank eine ist, nicht den Paragraphen der Ablösungsgesetze für sich in Anspruch nehmen, der gestattet, die Anleihen so zu behandeln wie die Kriegsanleihen und Gemeinde-Anleihen; maßgebend ist vielmehr das Aufwertungsgesetz, und das fordert in diesem Fall eine Aufwertung, die Bildung einer Teilungsmasse, die Verteilung dieser Teilungsmasse unter einem Treuhänder usw. Das Urteil hat in weiten Kreisen großes Aufsehen erregt. Auch hier im Rheinland hat sich die Presse eingehend mit ihm befaßt.

Ich habe einen Aufsatz in der Bergwerkszeitung gelesen, der dieses eigenartige Urteil bespricht und sagt, daß es von weittragender Bedeutung ganz besonders für die Rheinprovinz sei; denn die Ablösung der Rheinland-Provinzial-Anleihen, die nun schon auf der Basis einer 2½prozentigen Aufwertung erfolgt sei, könne nicht mehr aufrecht erhalten bleiben. „Die Folgen sind unabsehbar“, heißt es da. „Obwohl die Auslösungsscheine schon ausgegeben sind, muß ganz von vorn angefangen werden. Dieser Wunsch ist berechtigt, denn die Banken haben kein Recht, die ihnen mit 2½ Prozent aufgewerteten Hypotheken einfach in ihr Eigenkapital einzuverleiben.“ — Das ist ein Druckfehler; es muß heißen: 25 Prozent. — Die Hypotheken sind der Bank mit 25 Prozent aufgewertet worden. Die Bank wertet aber ihrerseits die Anleihen nur mit 2½ Prozent bzw. 12½ Prozent auf, steckt also 12½ Prozent für sich in die Tasche. Wenn man bedenkt, daß die Anleihe-Besitzer an sich schon um 75 Prozent betrogen sind, wenn sie nur 25 Prozent bekommen, dann erscheint es doppelt ungerecht und untragbar, daß die Bank weitere 12½ Prozent in die Tasche steckt, die den berechtigten Gläubigern entzogen werden.

Es heißt hier weiter: Sie gehören den Gläubigern der ehemaligen Anleihen. Und nun fährt diese Zeitung, die ja, wie Sie wissen, der Aufwertungs-bewegung nicht nahe steht, verständigerweise fort: „Das Vernünftigste wäre, wenn die Landesbanken von sich aus umgehend Stellung nehmen. Bisher haben sie es nicht getan, damit Prozesse vermieden werden. Einen Ausgleich muß das Reich tragen, das durch Durchführungsverordnungen kurzerhand ohne Prüfung des Sachverhaltes das Aufwertungsgesetz selbst sabotiert.“ (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Die Rheinprovinz hat sie doch ausgegeben!) Die Schuld scheint also an der Reichsregierung zu liegen, die eine falsche Durchführungsverordnung herausgegeben hat.

Um so leichter ist es für uns, meine Damen und Herren, hier Remedur eintreten zu lassen, nachdem das Gericht entschieden hat, daß die Anwendung jener Ablösungsgesetze hier nicht stattfinden dürfe.

Zur selben Zeit schrieb nun die „Kölnische Zeitung“ über diesen Fall. Sie wußte aber merkwürdigerweise zu berichten, daß die Landesbanken sich schon mit einer Eingabe an den Justizminister gewandt hätten, damit er in der dritten und letzten Instanz am Reichsgericht das braunschweigische Urteil abändere. Wenn diese Nachricht der „Kölnischen Zeitung“ zutrifft, dann sehen wir, daß die Provinzialverwaltung in dieser Sache nicht ganz untätig gewesen ist. Ihre Tätigkeit hat sich aber nach unserem Empfinden in verkehrter Richtung vollzogen. Der Gang an den Justizminister ist doch immerhin schon ein ganz verzweifelter Ausweg, wenn es sich um eine rein juristische Frage handelt. Diese juristische Frage ist in zwei Instanzen entschieden, und nun wird der Justizminister gebeten, seinerseits in der dritten Instanz das Urteil abzuändern. So steht in der „Kölnischen Zeitung“ zu lesen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Sie haben es nicht ganz richtig gelesen!) Meine Damen und Herren! Ich weiß es ganz genau, da diese Frage im Augenblick den Gegenstand einer kleinen Anfrage im Parlament bildet. In den nächsten Tagen werden wir von dort die Antwort bekommen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Damit können Sie nicht viel anfangen!) Wir haben hier wieder den unglaublichen Fall, daß sich der Schuldner an den Justizminister wendet und ihm sagt: Sorge dafür, daß das Reichsgericht nur so und so urteilt. Das ist etwas ganz Unerhörtes, meine Damen und Herren! (Zuruf des Abgeordneten Frisch: Ach, wie harmlos!) Sie haben recht, so etwas ist in Deutschland nicht mehr ganz neu. Fragen Sie nur die Richter, die mit der Materie zu tun haben. Es ist noch gar nicht lange her, da hat mir einer der Herren gesagt: In diesen Dingen sind wir nicht unabhängig. Derselbe Herr sagte: Haben Sie nicht gemerkt, wie das Reichsgericht durch Druck von oben mehrfach bestimmt wurde, in der ganzen Aufwertungsfrage gegen seine Ueberzeugung zu entscheiden?

Nach dieser Seite sieht es also recht bedenklich bei uns aus. Wie kann sich eine Behörde mit einem solchen Wunsch an den Justizminister wenden? Sonst heißt es doch immer, in ein schwebendes Verfahren dürfe man nicht eingreifen, der Gerechtigkeit müsse freier Lauf gelassen werden. Warum überläßt man dann den Herrschaften in Braunschweig nicht den Prozeß? Sie mögen ihn in die dritte Instanz bringen, an das Reichsgericht, und das Reichsgericht mag dann endgültig entscheiden. Weshalb bedarf es dazu eines Druckes durch den Justizminister? Ich halte den Weg für verkehrt, wenn ich auch verstehen kann, daß die Landesbank nicht noch einmal mit der Aufwertung von vorne anfangen möchte.

Wenn man aber die ganze Materie in ihrer Tragweite überschaut, dann hat man doch den Eindruck, es lohnte sich, wenn die Verwaltung uns nach dieser Seite eine Vorlage machte auf Grund eines vom Landtag zu fassenden Beschlusses, der eine Neuregelung zur Folge hätte, die man als gerecht ansehen könnte.

Meine Damen und Herren! Es kann ja nun sein, wie es will: Es steht fest, daß unser Volk auf der einen Seite nicht zur Ruhe kommt, ehe nicht diese Dinge eine befriedigende Lösung gefunden haben. Zum anderen steht auch fest, daß die große Vertrauenskrise, die wir heute auf allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens zu verzeichnen haben, wesentlich mit zurückzuführen ist auf den großen Vertrauensbruch, den das Deutsche Reich samt den Ländern und Provinzen am deutschen Volke begangen hat, damals, als es die Eigentumsgeetze aufhob, als es die Verfassung mit Füßen trat, als man heilig beschworene Rechte sträflich vernichtete. Da hat man dem deutschen Volk den Glauben vernichtet, daß bei uns überhaupt noch ein Recht herrscht.

Dieser Tage sagte der Graf Pofadowsky, der ja früher auch bei Ihnen vielfach Ansehen genoß, im Reichstag: Das, was man Aufwertungsgeetze nenne, sei eine künstliche Verkleidung eines gewalttätigen Eingriffs in das Recht. Es sei das ungerechteste und unmoralischste Gesetz, was Deutschland je gehabt habe. Das sagt der 82jährige Greis, der 40 Jahre seines Lebens im Dienste des Kaisers als treuer, verdienstvoller Beamter verbracht hat.

Meine Damen und Herren! Gehen Sie der Vertrauenskrise, die wir heute überall finden, nach; Sie kommen immer wieder auf die eine Wurzel zurück: Kein Vertrauen mehr zu unserer Rechtspflege, kein Vertrauen zu den einzelnen Richtern, kein Vertrauen zur Regierung, kein Vertrauen zu den Parlamenten, am wenigsten Vertrauen zu den Parteien!

Wenn man sagen muß, daß der Parlamentarismus jetzt wirklich am Ende angekommen ist, daß er, wie einer dieser Tage drastisch sagte, in seiner eigenen Tauche erlaufen werde (Heiterkeit), so ist das mit darauf zurückzuführen, meine verehrten Damen und Herren, daß die Grundfesten unseres Staatslebens erschüttert sind. Wir stehen auf unsicherer Erde. Es wankt der Boden, auf dem wir aufbauen wollen. (Abgeordneter Dunder: Sehr richtig!) Ich will nicht das böse Bild von dem Kuhfladen mit der harten Kruste wiederholen, worunter alles weich sei. Aber, meine verehrten Damen und Herren, es steckt darin sehr viel Wahrheit. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: In dem Kuhfladen? Heiterkeit.) Wenn wir nun hier mit helfen wollen, aufzubauen, so lassen Sie uns erst aufräumen mit dem Mist, und ein anständiges Fundament legen. Darauf können wir dann aufbauen, aber nicht auf diesem Sumpfe. Ich möchte daher an den Landtag die ernste Bitte richten, meine Ausführungen

nicht mit Lachen zu erwidern, sich auch nicht durch den Parteistandpunkt das Gewissen einengen oder gar einschläfern zu lassen, sondern unbefangen, der Stimme des eigenen Gewissens folgend, diese Sache zu prüfen.

Wenn ich zum Etat ausführlicher hätte sprechen können, so hätte ich viel Gutes darüber zu sagen gewußt. Ich zweifle auch nicht, daß die Provinzialverwaltung auch in dieser Sache das Rechte will. Es wird sich für sie nur darum handeln, ob die Möglichkeit einer besseren Aufwertung besteht. Diese Möglichkeit besteht tatsächlich. Machen Sie sich klar: Es werden hier ja nicht Opfer von irgend einer Seite verlangt, die nachher unwiderruflich verloren wären, sondern es würde nur ein Ausgleich geschaffen aus der einen Tasche oder Kasse in die andere, und das Volksvermögen bliebe in seinem Bestande dadurch ganz unberührt. Sie wissen ja — ich darf es aber wiederholen —, daß die Inflation nicht das Erdbeben war, von dem Herr Dr. Schacht der Welt was weismachen wollte. Wir wissen ganz genau, daß die Inflation, wenn auch im Anfange aus dem Kriege hervorgewachsen, in ihrer weiteren Entwicklung das Pflegekind böser Kräfte gewesen ist, die es solange gehätschelt und genährt haben, bis sie ihre Zwecke erreicht hatten. Der Erfolg der Inflation war nichts anderes als eine große Vermögensverschiebung, keine Vermögensvernichtung, wie manche Dumme im Lande immer noch glauben. Das, was wir anstreben, ist nichts anderes, als eine Rückverschiebung herbeizuführen, wodurch wiederum nicht die Volkswirtschaft irgendwie geschädigt wird, sondern die vorhandenen Vermögenswerte in anderer, gerechterer und gesunderer Weise verteilt werden.

Ich habe vor einiger Zeit in der „Kölnischen Zeitung“ einen Artikel gelesen, darin war unter anderem ausgeführt, daß Diebstahl das Volksvermögen nicht schädige. Er hätte nur zur Folge, daß die Vermögenswerte in andere Hände übergingen, und wenn der Dieb das gestohlene Gut nicht vergrabe oder vernichte oder ins Ausland schaffe, dann erfahre das Volksvermögen dadurch keinerlei Schädigung. Ich habe diese neue Lehre auf die Aufwertung angewandt und habe auch eine Fortsetzung aus der „Kölnischen Zeitung“ zur Anwendung gebracht. Da war nämlich gesagt, wenn man es recht betrachte, so habe der Diebstahl unter Umständen sogar viel Gutes im Gefolge, insofern, als er Leute, die bis dahin geneigt gewesen seien, sich in den Ruhestand zu versetzen, nötige, nun von neuem zu arbeiten und neue Werte zu erzeugen, die unerzeugt geblieben wären, wenn der Diebstahl nicht stattgefunden hätte. (Zuruf des Abgeordneten Eberle: Also stehlen wir! Heiterkeit.) Wenden wir das auf die Aufwertung an: Das Volksvermögen ist durch sie nicht verringert worden, sondern die Werte sind nur in andere Hände übergegangen. Es ist auch richtig, daß Kräfte, die sich schon selbst abgebaut und

sich in den Alterssessel begeben hatten, wieder anfangen mußten, zu arbeiten. Ich sah alte Leute mit zwei Stöcken nach der Fabrik und dem Kontor gehen. Sie haben neue Werte erzeugt. Wir sehen, Diebstahl verringert also nicht nur das Volksvermögen nicht, sondern er verbessert es sogar, indem er neue Quellen erschließt. Danach könnte man sagen: Diebstahl bewirkt neue Werte, wirkt also kulturfördernd. (Heiterkeit.) Nur schade, daß Moses das nicht wußte, als unser Herrgott ihm die zehn Gebote verkündigte; denn sonst hätte er gesagt: Du sollst stehlen, weil das die Kultur fördert. (Erneute Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. (Ironisches Bravo!) Es ist interessant, nicht wahr, so was hören Sie selten. Es ist ganz gut, daß Sie es einmal hören. Wir werden uns erlauben, einen Antrag in dieser Richtung vorzubringen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Zu stehlen!) Sie merken, daß wir jetzt eine greifbare Rechtsgrundlage haben, und es wird der Verwaltung und dem Landtage nicht so ganz leicht sein, hier dem Rechte neue Schwierigkeiten zu bereiten. Aber schön wäre es, wenn wir es nicht auf dem Wege des Prozesses machen ließen (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Welche Art Diebstahl ist denn die beste?), sondern, wenn wir uns hier entschließen, mit gutem Beispiel voranzugehen und den armen Geschädigten zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Wenn wir hier im Saal einmal eine Scheidung zwischen den Inflationsopfern und den Inflationsgewinnlern vornehmen könnten, dann würde ein ganz merkwürdiges Ergebnis herauskommen. Wer weiß, wie viele in diesem Hause sitzen, die auch Provinzialanleihe hatten und heute da stehen und in den Mond hineingucken, während die Werte, die Deckung für ihre Anleihen, für ihr gutes Geld, boten, noch vorhanden sind. Aber es sind auch Leute unter uns, wie überall, die ein Bombengeschäft bei der Inflation gemacht haben. Und diese wenigen — lassen Sie mich auch das aussprechen — sind heute stärker als all' die andern. Sie sind stärker, weil sie das Geld in Händen haben. Deutschland ist angeblich eine Demokratie. In Wirklichkeit aber ist es auf dem besten Wege zu einer ausgesprochenen Plutokratie. Nun fragt es sich, meine Damen und Herren, wenn Deutschland am Scheidewege steht, wofür es sich entscheiden soll: ob in der Weise, daß der Wille des Volkes etwas gilt und die Gerechtigkeit, wie sie von der Mehrheit des Volkes empfunden und gefordert wird, herrsche, oder ob einige wenige, denen äußere Umstände den Mammon in die Hände gespielt haben, die Herrschaft führen sollen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Durch Diebstahl?) Ich meine, wenn wir unserer alten schönen Tradition gedenken wollten, daß wir früher als gutes, ehrliches und treues Volk gelten wollten, dann dürfte uns auch in dieser Sache die Entscheidung nicht schwer fallen. (Zuruf des Abgeordneten Andres: Der An-

trag auf Abänderung der 10 Gebote muß noch verteilt werden!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine Damen und Herren! Ich kann auch in diesem Jahre, nachdem die Redner sämtlicher Fraktionen gesprochen haben, wiederum mit Befriedigung feststellen, daß von sämtlichen Rednern, mit Ausnahme des Vertreters der Kommunistischen Partei, die allgemeine Richtung und die Grundsätze, nach denen die Provinzialverwaltung und der Provinzialausschuß arbeiten, Ihre Billigung gefunden haben. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Sehr ehrenvoll für die Kommunisten!) Ich buche umso lieber die Anerkennung, daß auch bei der Aufstellung des Haushaltsplans und bei den übrigen Vorlagen die nötige Sparsamkeit gewaltet hat, als auch der Vertreter der Wirtschaftspartei ausdrücklich diese Anerkennung ausgesprochen hat.

Die Kritik, die an Einzelheiten geübt worden ist, hat in einem Punkte eine grundsätzliche Bedeutung, das ist nämlich die Gesamtfinanzgebarung der Provinz. In dieser Hinsicht sind drei Richtungen bei den Darlegungen hervorgetreten. Die erste Richtung vertrat das Zentrum, das im wesentlichen der Art, wie der Haushaltsplan aufgestellt ist, zustimmt, d. h. keine Erhöhung der Provinzialumlage und Belastung des außerordentlichen Haushaltsplans in der Weise, wie es geschehen ist, also in einem ziemlich starken Maße, auf der anderen Seite dann aber auch Verzicht auf eine Tilgung des Defizits des Jahres 1925, da die Mittel dazu nicht ohne Erhöhung der Provinzialumlage zu beschaffen wären. Demgegenüber wünscht der Redner der Arbeitsgemeinschaft, Herr Abgeordneter Wassermeyer, ebenfalls keine Erhöhung der Provinzialumlage, er tritt aber für noch stärkeres Schuldenmachen ein, indem er aus dem ordentlichen Haushaltsplan noch 600 000 RM, die dort für Hochwasserschutzmaßnahmen eingestellt und aus Steuern genommen werden sollen, in den außerordentlichen Haushaltsplan, in die Anleihe, hineingenommen haben will. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Und Deckung des Defizits!) Ich halte diesen Weg grundsätzlich für sehr bedenklich. Zunächst ist Herrn Wassermeyer ein Irrtum unterlaufen. Es handelt sich bei diesen 600 000 RM nicht um das Eindeichungsprojekt Neuwied. Wie Ihnen eine besondere Vorlage darlegt, sind die Kosten dieses Eindeichungsprojekts schon von vornherein in den außerordentlichen Haushaltsplan, also auf Anleihe, genommen. Bei diesen 600 000 RM handelt es sich um Zuschüsse zu den zahlreichen Einzelprojekten, die die ganze Länge des Rheins hinunter alljährlich projektiert, begonnen und dann gemeinsam von Staatsregierung, Gemeinden und Provinzialverwaltung zur Ausführung gebracht werden. Das ist also kein einmaliger Betrag, sondern diese

600 000 RM haben sich schon in den letzten Jahren an dieser Stelle im Haushaltsplan befunden, und sie werden auch in den folgenden Jahren an dieser Stelle im Haushaltsplan erscheinen. Es ist ganz unmöglich, diesen Betrag, der einen gewissen Pauschalbetrag darstellt für das, was die Provinzialverwaltung auf diesem Gebiete tun kann, nunmehr hier heraus und auf Anleihe zu nehmen. Im nächsten Jahre müßte dann hier wieder der Betrag von 600 000 RM erscheinen. Erfreulich wäre es ja, wenn auf diese Weise eine größere Deckung des Defizits vorgenommen werden könnte, aber der Weg dazu ist doch nur eine Verschiebung und Verschleierung, indem auf der anderen Seite die Schuldenlast so viel größer wird. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Umwandlung von kurzfristigen in langfristige Schulden!)

Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Herr Abgeordneter Kuhnen, hat demgegenüber vorgeschlagen, eine Erhöhung der Provinzialumlage vorzunehmen. Ich brauche wohl nicht zu betonen, daß ich in diesem Punkte durchaus mit dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion übereinstimme. Ich habe das im Provinzialausschuß auch dargelegt und ausdrücklich erklärt, was ich auch hier wiederhole, daß ich von diesem Vorschlage, den ich für eine gesunde Finanzgebarung für durchaus förderlich und richtig halte, nur abgesehen habe, weil ich von vornherein wußte, zu diesem Vorschlag eine Mehrheit im Provinziallandtag nicht erzielen zu können.

Dem Herrn Abgeordneten Wassermeyer ist dann noch ein Irrtum insofern unterlaufen, als er aus den Vorlagen entnommen hat, daß in diesem Jahre ein Betrag von 900 000 RM zur Herstellung von Beamtenwohnungen zur Verfügung gestellt werden soll. Das wäre allerdings außerordentlich viel. Es handelt sich aber in diesem Jahre nur um einen Betrag von 260 000 Mark. Die anderen Mittel sind schon in den letzten Landtagen seit vier bis fünf Jahren zur Verfügung gestellt worden. Ueber die Deckung ist damals nichts beschlossen worden. Jetzt wird vorgeschlagen, den Gesamtbetrag in eine Anleihe aufzunehmen. Ich möchte aber auch die Vorlage deshalb wärmstens befürworten, weil tatsächlich durch diese Bewilligung die Provinzialbeamten nicht, wie Herr Abgeordneter Wassermeyer glaubt, besser gestellt werden als andere Beamte, sondern die Mittel im wesentlichen für Wohnungen bei den Provinzialanstalten aufgewendet werden. Es ist aber leider Tatsache, daß die örtlichen Behörden bei den Provinzialanstalten der Ansicht sind, daß für die Provinzialbeamten die Provinz zu sorgen hätte, und daß infolgedessen bei der Zuwendung öffentlicher Mittel seitens der betreffenden Kommunen für Kleinwohnungen die Provinzialbeamten grundsätzlich und überall ausgeschlossen werden mit dem Hinweis: Ihr seid ja Provinzialbeamte und müßt eure Mittel von der Provinz holen. Aus diesem

Grunde sind wir genötigt, hier etwas Außergewöhnliches zu tun.

Nun zu der Frage: Straßenbau. Da hat die Hauptrolle die Straße Bonn—Köln—Düsseldorf—Industriegebiet gespielt. Ich begrüße es, daß die Straße die grundsätzliche Zustimmung der Zentrumsfraktion und der sozialdemokratischen Fraktion gefunden hat. Die Arbeitsgemeinschaft hat der Straße Bonn—Köln ebenfalls zugestimmt, allerdings mit einigen Bedenken. Namentlich hob sie hervor, ein Kostenanschlag läge noch nicht vor. Dem wird aber in der Kommission abgeholfen werden. Dort kann ein ausführlicher Kostenanschlag vorgelegt werden; eine Kostenübersicht ist ja der Vorlage schon beigelegt. Herr Abgeordneter Wassermeyer glaubt dann auch, es müsse hier erst der Erfolg dieses Versuches abgewartet werden. Dazu ist doch zu sagen, daß es nach der technischen und praktischen Seite sich um keinen Versuch handelt. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Beleuchtung!) Es unterliegt keinem Zweifel, daß auf dieser Straße die Autos fahren können, und zwar in außerordentlich bequemer Weise. Wohl ist die Frage der Beleuchtung noch nicht geklärt. Das ist aber eine Frage, die von dem allgemeinen Bau der Straße ganz unabhängig ist und unabhängig davon entschieden werden kann. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Die aber sehr viel Geld kostet!) Ist die Beleuchtung zu teuer — das wird festgestellt —, dann bleibt sie einfach weg. Dann ist gar kein Unterschied zu der sonstigen Landstraße, die bekanntlich auch nicht beleuchtet ist. Es wird jetzt auf einigen Kilometern der neuen Straße versuchsweise festgestellt, ob es möglich ist, mit erträglichen Mitteln eine Beleuchtung durchzuführen. Ist dies möglich, dann wird es gemacht, evtl. haben Sie darüber noch zu bestimmen, sonst bleibt die Beleuchtung eben weg, und dann ist kein Unterschied gegenüber einer sonstigen Landstraße draußen, wo auch eine besondere Beleuchtung nicht vorgesehen ist.

Wesentliche Bedenken sind dann aber geltend gemacht worden gegen die Fortsetzung der Straße über Köln hinaus nach Düsseldorf. Ich gebe durchaus zu, es ist richtig, wenn Sie heute der Vorlage zustimmen und beschließen, den Grunderwerb vorzunehmen, so ist damit grundsätzlich der Bau der Straße beschlossen. Wir mußten Ihnen diesen Vorschlag in diesem Landtage schon machen, weil allmählich durch Bebauung und sonstige Anlage die Trace der Straße versperrt wird und wir hier nicht die Mittel haben, wie im Ruhrfeldungsverband, uns durch Fluchtlinienfestsetzung den Grund und Boden für die Zukunft zu sichern. Infolgedessen mußte hier, wenn wir nicht im nächsten oder übernächsten Jahre für den Grunderwerb weit höhere Mittel aufwenden wollen, schon in diesem Jahre der Grunderwerb vorgesehen werden. Damit ist allerdings grundsätzlich beschlossen, die Straße auch durchzuführen. Der Provinzialausschuß hat geglaubt, Ihnen durch die Vorlage diesen grund-

fäßlichen Antrag auch unterbreiten zu können. Ich habe auch mit Befriedigung festgestellt, daß die Arbeitsgemeinschaft selbst einen Antrag hier eingereicht hat, der mir unter Drucksache Nr. 60 vorliegt, in dem es heißt: „Der Provinziallandtag genehmigt die Verwendung von 10 Millionen RM außerordentlicher Mittel für die in der Vorlage des Provinzialausschusses vorgesehenen Straßenbauzwecke.“ In diesen 10 Millionen ist aber auch der Grunderwerb für die Straße Köln—Düsseldorf enthalten. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Das konnten wir aber nicht wissen, Herr Landeshauptmann!) Wie, das konnten Sie nicht wissen? Das steht doch in der deutlichsten Weise in der Anleihevorlage. (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!) Die Anleihevorlage ist auseinandergezogen in 4 Millionen für die Straße Köln—Bonn, 2,1 Millionen für den Grunderwerb, 3 Millionen für die außerordentliche Straßeninstandsetzung und 1 Million für die Straßen des Ruhrfriedlungsverbandes. Also, Herr Kaiser, wissen konnten Sie das ganz sicher. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sagen Sie nur, Sie haben es nicht gelesen!) Ich darf wohl annehmen, daß auch dieser Antrag mit vollem Ernst und in dem Bewußtsein gestellt ist, hier dem Beschlusse des Provinzialausschusses die Zustimmung auszusprechen. Ich glaube daher, daß auch über die Straße Köln—Düsseldorf sich in dem Ausschuss noch eine Einigung wird erzielen lassen.

Die Zentrumsfraktion will dann in bezug auf diese Straße noch einen Schritt weitergehen durch den Vorschlag, den Provinzialausschuss zu ermächtigen, in diesem Jahre nicht nur den Grunderwerb vorzunehmen, sondern mit dem Bau der Straße schon zu beginnen, wenn die Arbeitslosigkeit zu Beginn des nächsten Winters noch ebenso groß ist wie heute. An sich kann ich diesen Antrag nur begrüßen, denn er stellt ja nur eine Ermächtigung dar, die dem Provinzialausschuss erteilt wird, und es wird Sache des Provinzialausschusses sein, zu beschließen, ob er von dieser Ermächtigung Gebrauch machen will oder nicht.

Mit besonderer Befriedigung stelle ich fest, daß sowohl die Zentrumsfraktion wie auch die Sozialdemokratie dem Antrage auf Vergrößerung des Landeshauptes ihre Zustimmung gegeben haben. Der Redner der Arbeitsgemeinschaft hat ebenfalls anerkannt, daß es notwendig ist, neue Verwaltungsräume zu schaffen. Er wünscht allerdings eine Prüfung, ob diese Schaffung weiterer Verwaltungsräume nicht in anderer Weise, etwa durch Anmietung eines Hauses in einer anderen Gegend der Stadt, möglich wäre. Ich glaube, es dem Ausschuss noch näher darlegen zu können, daß damit nicht nur große verwaltungsmäßige Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten, sondern auch viele besondere Mehrausgaben verbunden sind. Ich denke z. B. an die Boten, die zwischen den Gebäuden ständig hin- und herzugehen haben, ich denke daran, daß eine besondere Bedienung und ein Pförtnerhaus in beiden

Häusern nötig sein werden. Denken Sie an die verhältnismäßig hohen Kosten, die dadurch für Gehälter und Löhne entstehen, und an die Beträge, die sich damit verzinsen und tilgen lassen. Dann, glaube ich, werden auch Sie sich der Einsicht nicht verschließen können, daß der beste Weg, dem Mißstande, den auch Sie anerkennen, diesem Mangel an genügenden Verwaltungsräumen, abzuhelpen, darin besteht, eine Erweiterung des jetzigen Landeshauptes vorzunehmen.

Ich gebe zu, es bestände die Möglichkeit, durch Weglassung des oberen Stockwerks in dem vorgesehenen Bau eine Ersparnis von vielleicht 100 000 bis 150 000 RM zu machen. Ich möchte aber warnen, das zu beschließen, denn, wenn Sie dieses Stockwerk nach zwei, drei oder vier Jahren nachträglich daraufbauen, so wird es natürlich das Dreifache des Betrages kosten, der jetzt dafür aufzuwenden ist. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Im Anschluß an die Besprechung der Straßenverwaltung ist dann von dem Herrn Abgeordneten Raederscheidt der Wunsch ausgesprochen worden, es möge doch nun die Provinzialverwaltung nicht etwa ihr ganzes Augenmerk allein auf die Straße Bonn—Köln—Düsseldorf konzentrieren, sondern auch die übrigen Bezirke der Rheinprovinz nicht außer acht lassen. Ich glaube, daß ich das nur in jeder Weise zusagen kann, denn auch die Beträge, die außerhalb des Betrages für Bonn—Düsseldorf vorgesehen sind, sind auch so bedeutend, daß wir in der Lage sind, davon auch in der übrigen Rheinprovinz nicht nur die vorhandenen Straßen instand zu halten, sondern vor allem auch mit dem Bau von Umgehungsstraßen um die Ortschaften, wie er an vielen Stellen schon in Angriff genommen ist und durchgeführt wird, planmäßig weiterzugehen. Grundsatz muß allerdings bei uns dabei sein, daß wir uns in etwa nach der Stärke des Verkehrs, vor allem des Autoverkehrs richten. Auch hier müssen wir immer wieder den inneren Zusammenhang im Auge behalten, der uns dadurch geboten wird, daß wir das ganze Geld nur durch die Automobilsteuer bekommen und daß deshalb diejenigen, die die Automobilsteuer aufbringen, auch ein Unrecht darauf haben, daß die Straßen, die sie in erster Linie benutzen, auch in der besten Weise instand gesetzt werden und daß die Straßen mit größerem Autoverkehr den Straßen mit geringerem Autoverkehr bei dem Ausbau und der Instandsetzung vorgehen müssen.

Bedenken würde ich dagegen haben, die Frage der Unterstützung oder der Inangriffnahme von Brückenbauten, insbesondere auch über die schiffbaren Ströme, von der Provinzialverwaltung in die Hand zu nehmen, denn das würde finanzielle Konsequenzen von unabsehbarer Bedeutung für uns auslösen.

Wenn vor allem angefaßt dessen, was wir in diesen Tagen an Hochwassergefahren auf dem Rhein vor uns sehen, dann noch der Wunsch ausgesprochen

worden ist, es möchte den Fragen des Hochwasserschutzes eine erhöhte Bedeutung zugewendet werden, so möchte ich auch da vor einer gewissen Nervosität warnen, die durch die Hochwasser der letzten Jahre und durch die diesjährige Gefahr, die hoffentlich vorübergehen wird, eintreten könnte. Gerade auf diesem Gebiete wird außerordentlich viel projektiert und vorgeschlagen. Gerade hier wird man doch immer im Auge halten müssen, ob die großen Kosten, die ein einzelnes Projekt erfordert, auch in richtigem Einklang mit dem wirtschaftlichen Nutzen stehen, der durch die Ausführung dieses Projekts erreicht wird. Es gilt da das, was ich über das Projektmachen im allgemeinen gesagt habe.

Herr Abgeordneter Ruhnen meint nun zwar, wir könnten uns vor solchen Projekten doch nicht schützen. Es wäre hinterher unsere Sache, sie mit der nötigen Sorgfalt zu prüfen und evtl. „Nein“ zu sagen. Des ist allerdings durchaus richtig, soweit es sich um Projekte handelt, die von Privatpersonen und privaten Organisationen kommen. Soweit es sich aber um ein Projektieren bei öffentlichen Stellen handelt, können wir doch von dieser Stelle aus die Bitte aussprechen, mit diesem Projektieren, wodurch überflüssige und nicht erfüllbare Hoffnungen geweckt werden, etwas Zurückhaltung zu üben. Manchmal lassen sich solche Projekte ja ziemlich leicht erledigen. Vor dem vorigen Landtag kam von einer rheinischen Handelskammer ein ausführlich ausgearbeiteter Vorschlag bei mir an, worin dargelegt wurde, Straßenbauprojekte, vor allem Beseitigung von Eisenbahnübergängen, im Betrage von etwa 25 Millionen müßten unbedingt vorgenommen werden. Ich habe darauf zurückgeschrieben, der Provinziallandtag würde wahrscheinlich mit großem Dank diese Anregung begrüßen. Der Dank wäre allerdings noch größer, wenn die Handelskammer zugleich den Beschluß dahin ergänzte, daß sie gerne bereit wäre, namens ihrer Mitglieder die Mehrkosten, die durch die Durchführung dieses Projekts entstehen würden, in der Form von Steuern zu übernehmen. Ich habe darauf keine Antwort mehr bekommen und von der Sache nichts mehr gehört. (Heiterkeit.)

Ich finde es besonders bedauerlich, daß der Vorschlag des Provinzialausschusses, in diesem Jahre 50 000 RM für die Verbesserung der Ausbildung des Nachwuchses im Handwerk zu bewilligen, hier bei verschiedenen Parteien eine unfreundliche Aufnahme gefunden hat. Ich glaube, das ist wohl zum Teil auf die Begründung der Vorlage zurückzuführen. (Sehr richtig! rechts. Zuruf des Abgeordneten Oberle: Das ist wunderbar!) Wenn man sie liest, so könnte man annehmen, alle diese 11 Aufgaben sollten mit Hilfe dieser 50 000 RM durchgeführt werden. Das ist aber in keiner Weise möglich und soll auch in keiner Weise stattfinden. Diese Ausführung der Aufgaben soll nur zeigen, daß eine praktische Verwendung dieses Betrages im Zusammenarbeiten mit den Handwerks-

kammern möglich ist. Infolgedessen heißt es auch hier richtig: „Es erscheint deshalb gerechtfertigt, dem Antrage im Grundsatz zu entsprechen. Wegen der Verwendung und Verteilung der Mittel wird es allerdings noch notwendig sein, mit den Handwerkskammern in Verbindung zu treten.“ So hat es auch der Provinzialausschuß gemeint, und so ist es auch bei der Debatte im Provinzialausschuß zum Ausdruck gekommen: Es soll zunächst der Grundsatz ausgesprochen werden, daß auch hier zur Förderung der Ausbildung im Handwerk etwas geschehen soll, daß nimmeh mit den Handwerkskammern in Verbindung getreten und dann der eine oder andere der vorhandenen Zwecke, an denen wir helfen können, ins Auge gefaßt werden soll. Das ist m. E. eine durchaus billige Forderung des Handwerks. Wenn wir bedenken, wie große Beträge wir im Haushaltsplan zur Förderung der Ausbildung in der Landwirtschaft stehen haben — eine Anzahl Anträge bezieht sich auch auf die Ausbildung von Arbeitern, beispielsweise die Förderung des Besuchs der hiesigen Gewerkschaftsschule, und es sind auch Beträge in dem Haushaltsplan, die zur Erleichterung des Besuchs von Universitäten und Hochschulen durch Minderbemittelte dienen sollen — dann erscheint es durchaus gerechtfertigt, hier einen kleinen Betrag vorzusehen, um auch dem Handwerk in seinen Nöten und Bedrängnissen zu helfen.

Ich komme nun mit einem kurzen Wort auf die Ausführungen des letzten Herrn Redners bezüglich des Braunschweiger Urteils und der Aufwertung der Anleihen der Landesbank. Der Redner hat mit Erfolg die „Deutsche Bergwerkszeitung“ und die „Kölnische Zeitung“ gelesen, allerdings nicht vollständig. (Abgeordneter Dr. Kaiser: Richtig!) Der Artikel in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ ist uns natürlich bekannt. Es hat aber auch schon kurze Zeit darauf eine ganz ausführliche Entgegnung auf diesen Artikel in der Bergwerkszeitung gestanden, in der dargelegt wurde, daß dieses Urteil auf die Landesbanken keine Anwendung finden könne. Ich möchte auf die ausführlichen juristischen Darlegungen an dieser Stelle nicht eingehen, zumal das Urteil noch gar nicht rechtskräftig ist, sondern erst die Entscheidung des Reichsgerichts abgewartet werden muß. Es trifft auch in keiner Weise zu, was in der „Kölnischen Zeitung“ stand, daß etwa Landesbanken sich an den Justizminister gewandt hätten, damit dieser auf das Reichsgericht dahin einwirken sollte, daß sein Urteil nach der einen oder anderen Richtung erginge. Das ist selbstverständlich ausgeschlossen und auch in keiner Weise geschehen.

Im übrigen ist es recht schwierig, eine Aufwertung öffentlicher Anleihen vorzunehmen, wenn nicht gleichzeitig auch die nötigen Steuern, die im vorliegenden Falle ganz gewaltige sein würden, bewilligt werden, aus denen diese Aufwertungskosten gedeckt werden sollen. Wenn wir an die Beratung dieser Steuern

kämen, so würden wir vielleicht von dem Herrn Vordredner und seiner Partei weniger Unterstützung finden. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Er meint, die Landesbank könne das machen!)

Vorsitzender Dr. Farres: Meine Damen und Herren, die erste Rednerliste ist erschöpft. Es bleibt an Redezeit für das Zentrum 40 Minuten, für die Arbeitsgemeinschaft 63 Minuten, für die sozialdemokratische Fraktion 25 Minuten, für die kommunistische Fraktion 21 Minuten, für die Wirtschaftspartei 65 Minuten und für die Volksrechtsparteigruppe 2 Minuten. (Seiterkeit.)

Ich gebe das Wort dem Herrn Abgeordneten Jansen.

Abgeordneter Jansen: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Fürchten Sie nicht, daß ich die ganze Redezeit, die uns noch zur Verfügung steht, ausnützen werde, um Sie noch mit allen möglichen Darlegungen zu ermüden. Wenn ich mir die Reden noch einmal vergegenwärtige, die im Verlaufe des heutigen Tages hier stattgefunden haben, so wäre an sich wohl eine augenblickliche Replik gar nicht notwendig. Es wäre wohl möglich, das, was zu sagen ist, auch bei der Spezialberatung zum Ausdruck zu bringen. Da indessen eine gewisse Arbeitsteilung für die Fraktionsredner stattgefunden hat, so darf man ja der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Worte, die jetzt noch gesprochen werden, die Redezeit, die wir an den letzten Tagen zur Verfügung haben, etwas besser ausnützen lassen werden.

Meine Damen und Herren! Wenn ich an den Tenor denke, den die Reden gehabt haben, so ist uns aufgefallen, daß mit Ausnahme der äußersten Linken, deren Mut wir mehr oder minder gewohnt sind (Seiterkeit), der Ton der anderen Parteien, besonders der Arbeitsgemeinschaft, in diesem Jahre einen anderen Klang hatte als früher. Es fiel uns schon bei der Beratung des Etats im Provinzialausschuß auf, daß man auf der rechten Seite eine gewisse Kühle gegenüber manchen Positionen des Etats zeigte. Aber diese Kühle wurde doch am heutigen Tage nach unserer Auffassung wesentlich verstärkt. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Es ist doch Tauwetter!) Wir wissen eigentlich nicht den tiefsten Grund für diese veränderte Stellungnahme zur Verwaltung zu finden. Wenn ich mir die Klagen oder die einzelnen Auseinandersetzungen betrachte, die der Fraktionsredner, Kollege Wassermeyer, hier vorgebracht hat, wenn ich zum Beispiel daran denke, daß er die Vorlage bezüglich der Erweiterung des Landeshauses ablehnte, dann scheinen mir hier sachliche Gründe eigentlich nicht ausschlaggebend gewesen zu sein. (Oho-Muse rechts, Zuruf des Abgeordneten Dr. Wesenfeld: Sparen!) Daß Sie sich in diesem Jahre als Sparkommissare auführen wollen (Sehr richtig!), das wird uns durch Ihre Art im Aus-

schuß und hier bestätigt. Trotzdem scheint uns dieses Hinstellen als Sparkommissare nicht ganz der inneren Einstellung zu entsprechen. Wenn man zum Beispiel die Erweiterung der Verwaltungsräume im Landeshaushaus ablehnt, um dafür eine gewisse Streusiedlung, eine Auslockerung der Verwaltung vorzunehmen, so widerspricht das doch jedem gesunden Grundsatz der Verwaltung, die sonst zentralisiert und nicht dezentralisiert. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Großindustrie!) Der Herr Landeshauptmann hat schon auf einige Dinge hingewiesen. Die Wirtschaft baut sich heute ihre Bureauhäuser doch nur aus dem Grunde, um Zeit und Geld dabei zu ersparen. In der Wirtschaft scheinen Sie also wirkliche Sparkommissare zu sein. Wenn Sie aber die Auslockerung der Verwaltung empfehlen und dabei bedenken, daß durch diese Methode hier in der Stadt, wo sowieso Wohnungsnot besteht, noch mehr Wohnraum für Verwaltungs- und Bureauzwecke weggenommen wird, wenn Sie weiter bedenken, daß durch die Dezentralisation erhebliche Mehrkosten, auf die der Herr Landeshauptmann bereits hinwies, entstehen, wenn Sie namentlich bedenken, daß diese Mehrkosten hinreichen zur Verzinsung und Amortisation des größten Teils des notwendigen Baukapitals zur Erweiterung des Landeshauses, dann können Sie von einer wirklichen Ersparnis nicht mehr reden.

Ich habe im einzelnen nicht mehr in der Erinnerung, was Herr Kollege Wassermeyer an Positionen abgelehnt hat. Wir wollen nur die Frage stellen, ob auch die Arbeitsgemeinschaft die Verantwortung dafür tragen will, daß wichtige Einrichtungen in der Provinz unterbleiben (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Zum Beispiel?), nicht eingespart, sondern bloß weggelassen werden, weil es Ihrer augenblicklichen Einstellung entspricht. (Abgeordneter Schröder, Essen: Hört, hört!) Wir werden einmal sehen, ob Sie den Mut aufbringen, die Ablehnung all der Positionen, die genannt worden sind, auch wirklich durchzuführen.

Wenn der Herr Kollege Wassermeyer im Zusammenhang mit dem Bau der Straße sogar gesagt hat, die Verwaltung „arbeite ins Blaue hinein“, so scheint mir dieser Ausdruck der Exponent einer Stimmung zu sein, die früher vollständig unbekannt war. Wir möchten doch bitten, daß man auch in Zukunft genau so objektiv wie früher der Verwaltung gegenübertritt, die zweifellos das Vertrauen des ganzen Hauses allzeit genossen hat. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Selbstverständlich, das hat damit doch gar nichts zu tun!)

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Kuhnen hat zum Kapitel Landwirtschaft die einzelnen Positionen des preussischen Etats aufgezählt, die im Verlaufe der letzten Jahre für die Landwirtschaft verausgabt worden sind. Wir haben im vorigen Jahre

genau dieselbe Aufstellung auch hier hören müssen. Es hat doch fast den Anschein, als ob Herr Kollege Kuhnen mit einem weinenden, einem nassen Auge diese großen Summen hier zitiert hätte. Es war in diesem Hause heute der Linken nicht der leiseste Vorwurf gemacht worden, daß sie irgendwie unfreundlich gegen die Landwirtschaft eingestellt sei. Es war also ein Kampf gegen Windmühlen, wenn heute bewiesen werden sollte, daß die Sozialdemokratie doch ein Herz für die Landwirtschaft habe. Wir sind der Auffassung, daß heute die landwirtschaftliche Not so groß ist wie nie, daß wir vor einem Problem stehen, das unbedingt der Lösung harret, und daß keine noch so großen Opfer zu schwer sind, um die Rentabilität der Landwirtschaft im deutschen Vaterlande wieder herzustellen. Wenn Herr Kollege Kuhnen von der Landflucht der Landarbeiter spricht, so ist das gerade ein Symptom für die Armut, die auf dem Lande entstanden ist. Das ist nicht der Zug der Arbeiterschaft zur Stadt an sich, sondern diese Landflucht ist darauf zurückzuführen, daß der Landwirt tatsächlich den Arbeiter nicht mehr so entlohnen kann, wie der Industriearbeiter entlohnt wird. (Sehr richtig! im Zentrum.) Darum muß er eben von seiner Scholle wegziehen und das Heer der Arbeitslosen in der Stadt noch vermehren helfen. Es würde also durchaus korrekt und wirtschaftlich gehandelt sein, wenn man die Not der Landwirtschaft unbedingt anerkennt und Mittel und Wege sucht, um dieser Not endlich Herr zu werden. Meine Damen und Herren! Daß die Summen, die in den letzten 10 Jahren eingesetzt worden sind, selbstverständlicherweise höher sein müssen, als in früheren Jahren, geht schon aus der Geldentwertung hervor, ist aber auch an sich ein Beweis dafür, daß die Not so stark stieg, daß die Parlamente sich der Notwendigkeit einer erhöhten und stärkeren Hilfe gar nicht mehr verschließen konnten. Trotzdem steht heute fest, daß diese Hilfe, so groß sie auch gewesen sein mag, nicht ausgereicht hat, um zu sanieren, daß die Not trotzdem größer geworden ist. Es wäre also in früheren Jahren Pflicht gewesen, eine erhöhte Einsicht zu bezeigen, damit der Notlage der Landwirtschaft rechtzeitig und mit Nachdruck gesteuert werden konnte.

Herr Kollege Kuhnen hat auch selbst besondere Wege zur Rettung der Landwirtschaft nicht vorgeschlagen, denn das eine Mittel, das er bloß zitierte, die Ausschaltung des Zwischenhandels, allein ist nicht das Mittel, das erfolgreich der Landwirtschaft Hilfe bringen kann.

In Verbindung mit diesen wirtschaftlichen Fragen hat dann auch Herr Kollege Kuhnen, genau wie die Rechte es tat, die 50 000 RM zur Hilfe der Handwerker abgelehnt. Der Herr Landeshauptmann hat bereits darauf hingewiesen, daß es unrecht ist, diese Summe abzulehnen und daß vielleicht auch ein Mißverständnis gegenüber dem Antrage aus der Be-

gründung heraus vorgelegen hat. Was die Antragsteller wollen, ist natürlich nicht, erst die Grundlage für eine Hilfe des handwerklichen Nachwuchses zu schaffen, sondern hier kommt bloß das Bestreben zum Ausdruck, neben den ordnungsgemäßen Mitteln, die die Handwerkskammer bereits hat, ergänzend einzutreten, um, genau wie auf anderen Gebieten, wo wir Unterstützung leihen, auch hier dem handwerklichen Nachwuchs unsere helfende Hand zu reichen.

Meine Damen und Herren! Auch die Industrie, unsere Wirtschaft, hat ein starkes Interesse an der Fachausbildung des Handwerks. Wir haben im Rheinland noch 122 000, beinahe 123 000 Handwerksbetriebe. Es steht fest, daß mehr als die Hälfte des Nachwuchses an Facharbeitern für die Industrie aus dem Handwerkerstande hervorgeht. Wenn immer wieder betont wird, daß wir im deutschen Vaterlande nur mehr durch Präzisions- und Qualitätsarbeit hochkommen können, dann ist es notwendig, daß auch wir hier im Rheinland ergänzend eingreifen, um der Industrie einerseits die Facharbeiter zu bringen und andererseits auch dem Handwerk, das auch heute noch einen goldenen Boden haben kann, die Möglichkeit der Existenz durch einen ausgebildeten Nachwuchs zu sichern.

Ich möchte bitten, daß man die Stellung zu diesem Antrage etwas revidiert, und möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Herren von rechts wie von links zu der Auffassung kommen, daß diese 50 000 RM bewilligt werden müssen.

Ich habe es dann auch nicht verstehen können, daß Herr Kollege Kuhnen mit Bezug auf das Nacher Gebiet, wo er von dem Fortzug von fünf Tuchfabriken sprach, den Ausdruck gebrauchte, das sei Mangel an deutscher Gesinnung. (Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Das ist es doch auch!) Man sollte mit diesen sehr kränkenden Vorwürfen außerordentlich vorsichtig sein. (Sehr richtig! rechts.) Meine Damen und Herren! Wenn man als Deutscher irgendwo steht, kränkt einem nichts mehr als der Vorwurf einen Mangel an deutscher Gesinnung zu zeigen. Sie kennen genau meine Einstellung zur Arbeiterschaft, Sie wissen, daß ich ein Freund der Arbeiterschaft und all ihrer Bestrebungen bin. Wenn ich nun hingehen und sagen wollte, daß in Holland in einzelnen Pfarreien 6000, 7000 sogar 8000 deutsche Arbeiter wohnhaft sind, und dann daraus den Schluß ziehen würde: die haben nicht genug deutsche Gesinnung, deshalb sind sie fortgezogen (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Oho, das ist aber ganz etwas anderes!), dann, meine Damen und Herren, würden Sie mir sofort für eine solche Ausdeutung die schwersten Vorwürfe machen. Sie dürfen aber konsequenterweise auch nicht nach der anderen Seite einen solchen unbewiesenen schweren Vorwurf erheben. Die Sachlage ist doch im Nacher Bezirk so, daß nicht bloß diese fünf Tuchfabriken ihren

Sitz verlegt haben, sondern daß in den letzten Jahren rund 70 Betriebe eingegangen sind, und zwar deshalb, weil sie an der äußersten Grenze nicht mehr leistungsfähig waren. (Zuruf des Abg. Ruhnen: Das ist etwas anderes, das ist eine Notlage!) Für die fünf Tuchfabriken, in denen doch wahrscheinlich auch fremdes Kapital investiert ist, stand die Sache einfach so: sie standen vor der Alternative, entweder kaputt zu gehen oder fortzuziehen. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Da sehe ich die Lösung des Wegzugs nach der anderen Seite der Grenze, so sehr ich sie im Interesse des Aachener Gebiets bedauere, doch noch lieber, weil dann doch noch Arbeitsmöglichkeit bleibt und auch nach dem Fortzuge über die deutsche Grenze deutsche Arbeiter dort noch Arbeit finden können; das ist doch besser, als wenn sie in das Heer der Arbeitslosen eintreten müssen. (Sehr richtig! rechts.) Meine Herren, die Lage im Aachener Gebiet ist so außerordentlich traurig, daß wir darüber keine Worte zu verlieren brauchen. Aber wenn Herr Kollege Ruhnen darauf hinwies, so sollte er auch die letzte Konsequenz gezogen haben; das ist die, daß ein verstärkter Appell von hier aus an diejenigen Stellen ergehen muß, die dem Aachener Bezirk endlich einmal helfen sollen. (Bravo! rechts. Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Damit der Profit der Unternehmer wächst.) Es muß einmal klar ausgesprochen werden, daß die Möglichkeit der Hilfe besteht. Die Wege sind zum Teil gewiesen worden, und sie sind klar. Darum sage ich: Richten wir unsere Stimme von hier aus an Reich und Staat, daß sie dafür sorgen, daß Wirtschaft und Arbeiter im Aachener Gebiet bestehen können, daß dort nicht das entsteht, was heute unser Fraktionsredner sagte: ein Raum ohne Volk! (Zustimmung im Zentrum!)

Meine Damen und Herren! Zur kommunalen Neugliederung ist dann von den verschiedensten Seiten, wenn auch nur kurz, etwas gesagt worden. Ich betone zunächst einmal, daß es uns am Herzen liegt, keine Geschichtsfälschung eintreten zu lassen bezüglich des Beschlusses des Rheinischen Provinzialausschusses zur kommunalen Neugliederung. Es ist bekannt, daß nicht das Zentrum allein in der Lage war, diesen Beschluß zu fassen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Es hat bloß keine Courage gehabt!), sondern daß auch andere Parteien mit dem Zentrum zusammengestimmt haben, um diesen Beschluß, so wie er vorliegt, fertigzubringen.

Meine Damen und Herren! Wir stehen auch heute noch zu den Grundsätzen — ich sage: zu den Grundsätzen —, die dort zur kommunalen Neugliederung aufgestellt worden sind. Es ist durchaus falsch, wenn geflüstert die Auffassung propagiert wurde, als ob der Ausschuß generell die Vorlage des Innenministers abgelehnt habe. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Die erste Entschließung lautet doch so!) Abgelehnt wurde im ersten Satze eine theoretische Tendenz. Wir sind grundsätzlich gegen die künstliche Förderung —

betone das Wort: künstlich — von Mammutfädten und Kreisen. (Sehr gut! rechts.) Wo eine organische Entwicklung eintritt, werden und wollen wir sie nicht hemmen; wir legen auch kein Hindernis in den Weg, wenn die Entwicklung einmal so geht. Wir sind aber gegen die künstliche Förderung, und diese schien und scheint uns in der Vorlage zum Ausdruck zu kommen. Darum lehnten wir aus theoretischen Erwägungen heraus in dieser Tendenz zunächst einmal die Vorlage ab, wobei wir aber im selben Satze betonten, daß wir anerkennen, daß eine rein kommunale Menderung augenblicklich vorgenommen werden muß. Der Beschluß hat eine Beschäftigung mit den Einzelproblemen des Gutachtens nicht abgelehnt. Wir haben im Gegenteil die Zeit erbeten, um in Ruhe, entsprechend der Wichtigkeit der Sache, in die Behandlung der Einzelprobleme hineinzugehen. Der Herr Minister hat es nicht für nötig befunden, uns diese Zeit zu gewähren. Darum trifft nicht den Ausschuß die Verantwortung für den Mangel an Einzelurteilen, sondern denjenigen, der die Zeit nicht mehr glaubte geben zu können, um eine solche wichtige Frage mit der entsprechenden Ruhe und Sachlichkeit regeln zu können. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Fragen Sie einmal Herrn Hirtsfieger!)

Es ist nicht richtig, wenn der Herr Minister sagt, daß zwischen seiner Auffassung und der des Ausschusses eine so grundsätzliche Verschiedenheit bestände, indem der Rheinische Provinzialausschuß den höchsten Wert auf die überwiegende Meinung der Bevölkerung lege, während er allein das öffentliche Wohl im Auge habe. Meine Damen und Herren! So steht die Sache nicht. Wer diese Grundsätze durchliest, sieht, daß auch der Ausschuß ganz klar und deutlich das Übergewicht des öffentlichen Wohls über die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung anerkennt. Aber nicht dann, wenn nur behauptet wird, das öffentliche Wohl verlange etwas, kann man die Meinung der Mehrheit einfach unberücksichtigt lassen, sondern erst dann, wenn das öffentliche Wohl erweislich vorliegt, wenn Tatsachen beigebracht werden können, daß aus Gründen des öffentlichen Wohls eine Beachtung der Meinung der Mehrheit der Bevölkerung nicht am Platze ist. Was der Ausschuß wollte, war: es sollte nicht einfach wahllos ohne jede Richtung an die Lösung der einzelnen Probleme herangegangen werden. Wir wollten vielmehr, daß, wenn einmal das Problem gelöst würde, man auch gewisse Grundlinien hätte, um nicht im Zickzackmarsch an die Sache heranzugehen, sondern eine gerade Marschrute einzuschlagen. Wenn der Herr Minister sagen zu müssen glaubt, daß der Ausschuß so kleinlich denke, daß er in erster Linie die Meinung der Bevölkerung beachtet wissen wolle, so sind wir der Auffassung, daß der kommunale Friede ein wesentliches Stück des öffentlichen Wohles ist. (Zustimmung.)

Wenn aber durch eine solche Vorlage der Kampf aller gegen alle entfesselt wird, wenn durch Majori-

fieren niemals mehr Ruhe kommt, sondern der Friede dauernd gestört wird, dann können wir darin eine Förderung des öffentlichen Wohls nicht sehen. Wir sind der Auffassung, daß wenn man den ausgesprochenen Willen der Mehrheit der Bevölkerung Rechnung trägt, dann in vielen Fällen der Friede ohne weiteres kommt und die Bevölkerung auch so einsichtig ist, daß wenn man ihr nachweist, daß die Forderung des öffentlichen Wohl etwas anderes verlangt, sie auch davon zu überzeugen ist, daß man von ihrer Willensmeinung absehen und im Interesse des öffentlichen Wohls eine andere Regelung vornehmen muß.

Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat bereits zur Aufwertung das Notwendige gesagt. Wir werden die Sache, die besprochen worden ist, zweifellos zu prüfen haben. Nur in einem Punkte möchte ich dem Herrn Kollegen Herrmann gegenüber doch eine Bitte aussprechen. Er hat, wenn ich nicht irre, gesagt, ein Oberstaatsanwalt habe ihm mitgeteilt, daß die Richter in dieser Frage nicht unabhängig seien, sondern stark von Richtlinien und vom Druck von oben eingeengt würden, so daß sie ihrer gewissenhaften Überzeugung als Richter nicht mehr folgen könnten. Ich glaube, das war wohl der Sinn dessen, was er gesagt hat; ich möchte nicht absichtlich ihm eine andere Meinung unterlegen. Meine Damen und Herren, wenn das wahr ist, dann wäre es wichtig, daß uns Herr Kollege Herrmann den Mann nennt, der solches gesagt hat. Denn wenn ein solches Urteil über die Unabhängigkeit oder die Abhängigkeit der Rechtspflege von hier aus in die Lande hineingeht, so ist das katastrophal; es wird die Vertrauenskrise so stärken, daß wir fürchten, Herr Kollege Herrmann hat mit dieser Äußerung ohne näheren Beleg seiner Sache keinen Dienst erwiesen. Darum bitte ich in aller Form, er möge uns den Namen des Richters oder des Anwaltes nennen, der sich selbst so beengt und belastet durch Druck von oben in der Freiheit des Urteilspruchs fühlt.

Damit, meine Damen und Herren, bin ich am Schluß. Ueber die Frage der Fürsorgeerziehung möchte ich nicht reden. (Zuruf links: Das ist Ihnen unangenehm!) Nicht, weil es mir unangenehm ist, sondern weil wir noch in den letzten Tagen dieser Woche bei der Spezialberatung zu diesen Fragen Stellung nehmen müssen. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Wir halten es für richtiger, zunächst die einzelnen Dinge, die hier besprochen oder angeklungen wurden, in den Sachausschüssen zu besprechen, damit sie dort klargestellt werden. Dann können wir uns auch hier in ehrlicher Aussprache, hoffentlich sine ira et studio — darüber einigen, was die Verwaltung zu tun hat, um nach dem Rechten zu sehen, wenn irgendwie ein Mangel Ihrerseits nachgewiesen würde. (Beifall im Zentrum.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter von Stedman.

Abgeordneter von Stedman: Meine Damen und Herren, wenn ich als Vertreter meiner Fraktion zu der Lage der Landwirtschaft sprechen soll, dann muß ich in den Vordergrund rücken, daß es nicht das erste Mal ist, daß wir über die Lage der Landwirtschaft in den letzten Jahren hier sprechen. Ich muß feststellen, daß seitens unserer Fraktion seit Jahren warnend die Stimme erhoben wurde, um zu zeigen, wohin uns die verkehrte Wirtschaftspolitik führen muß. (Abgeordneter Dr. Hold: Sehr richtig!) Ich muß weiter feststellen, daß ich mich einer Rede entsinne, die hier vor etwa drei Jahren der Herr Kollege Bollig vom Zentrum gehalten hat, die auch auf mich persönlich einen besonders nachhaltigen Eindruck gemacht hat. In dieser Rede betonte er die Gefahren, die bei Fortsetzung unserer Wirtschaftspolitik der Landwirtschaft drohen. Dem gegenüber muß ich feststellen, daß die Herren von der Linken, von der Sozialdemokratischen Partei, ihr Herz für die Landwirtschaft erst neuerdings entdeckt haben. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Wir haben ein Agrarprogramm, Sie nicht! Heiterkeit.) Wenn Sie früher Ihr landwirtschaftliches Herz entdeckt und auf Ihre Parteifreunde im preussischen Abgeordnetenhaus und im Reichstage eingewirkt hätten, hätten wir vielleicht etwas früher mit der verkehrten Wirtschaftspolitik Schluß gemacht. (Sehr gut! rechts. Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Was Sie unter verkehrter Wirtschaftspolitik verstehen! Gegenruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Herr Hoffmann weiß es.) Wir nähern uns aber bereits dem Gedanken, meine Damen und Herren, daß diese Wirtschaftspolitik verkehrt ist, denn sonst könnte nicht auch von Ihrer Partei bereits die Notlage der Landwirtschaft festgenagelt worden sein. Ich habe von Ihrer Seite heute jedenfalls kein Argument gehört, das in irgend einer Weise anders die Notlage der Landwirtschaft rechtfertigen könnte, als daß wir in einem verkehrten Wirtschaftssystem drin stehen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Welche Mittel schlagen Sie denn vor?)

Nun, meine Damen und Herren, will ich Ihnen kurz die Folgen der verkehrten Wirtschaftspolitik schildern.

Die Bayerische Landwirtschaftliche Hochschule in Hohenheim hat eine Berechnung aufgestellt, was in einer bäuerlichen Wirtschaft an Produkten erzeugt werden kann; sie hat dies in Verkaufswerte umgerechnet, und diese Verkaufswerte dann wieder in den Stundenlohn umgerechnet, den der Bauer, zusammen mit seiner Familie, in Deutschland verdienen kann. Und was ist das Resultat dieser Berechnung? Daß in Deutschland der selbstwirtschaftende Bauer mit seiner Familie einen Stundenlohn erhält, der zwischen 0 und 30 Pfennig schwankt. (Abgeordneter Krawinkel: Hört, hört!) Der Durchschnitt beträgt also 15 Pfennig. Nun bitte ich einmal in Vergleich zu ziehen, wie sich sonst die Lohnkurve in der Arbeiterschaft stellt. Es folgt daraus ohne weiteres, daß der Landwirt, der nicht mit

eigener Hände Kraft arbeitet, alles das, was über diese durchschnittlichen 15 Pfennig hinausgeht, aus eigener Tasche auf die bäuerlichen Produkte noch zuzahlen muß. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr wahr!)

Meine Damen und Herren, damit komme ich sofort auf das Problem, das der sozialdemokratische Redner bezüglich der Landarbeiter angechnitten hat. Meine Damen und Herren, ich weiß genau, daß ich mindestens schon zweimal in diesem Hause an dieser Stelle festgestellt habe, daß wir Landwirte jeden Augenblick bereit sind, höhere Löhne zu zahlen und alles für unsere Landarbeiter zu tun, was überhaupt in unseren Kräften steht, wenn wir die Mittel dazu haben. Aber diese Mittel sind bloß herauszuholen, wenn eine Rentabilität der Landwirtschaft gewährleistet ist. (Zustimmung rechts.) Meine Damen und Herren, wenn Sie die Tatsache betrachten, daß der Stundenlohn für den Bauer und seine Familienangehörigen im Durchschnitt bloß 15 Pfennig beträgt, so ist damit eigentlich alles gesagt, wodurch sich diese furchtbare, katastrophale Lage unserer bäuerlichen Bevölkerung erklären läßt. (Sehr wahr! rechts.) Es muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß die Lebenshaltung des Kleinbauern heute unter der Lebenshaltung und Lebensführung der unterstützten Erwerbslosen liegt. (Zustimmung rechts.)

Meine Damen und Herren! Die zweite Folge, auf die ich nicht näher eingehen will, ist die Zunahme der Verschuldung und — was noch viel wichtiger ist — die Zunahme der Zinsenlast. Das Dritte — auch ein Thema, das heute angeschnitten wurde — ist die verheerende Arbeitslosigkeit. Meine Damen und Herren! Wir können das vom landwirtschaftlichen Standpunkte aus nur so auffassen, daß wir sagen: Die 2½ Millionen Menschen, die heute aus dem Produktionsprozeß des deutschen Volkes ausgeschaltet sind, müssen in den Produktionsprozeß wieder eingeschaltet werden, damit sie auch wieder kaufkräftige Mitglieder des deutschen Volkstörpers werden. (Sehr gut! rechts.)

Aber es läßt sich doch zweifelsohne in diesem Zusammenhang nicht der Gedanke von der Hand weisen, daß es ein Unding ist, wenn auf dem Lande Arbeitermangel herrscht und trotzdem eine Abwanderung nach den Städten stattfindet und dort die Wohlfahrtsetats höher belastet werden. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr wahr!) Meine Damen und Herren! Da kann man, glaube ich, nicht an der Meinung vorbeigehen, daß wir doch — ich will es einmal ganz gelinde ausdrücken — in unserer Fürsorgepolitik und in unserer Sozialpolitik zum mindesten nicht ganz glücklich operieren. (Sehr richtig! rechts. Hört, hört! links.) Meine Damen und Herren! Sie müssen bedenken, daß die gewaltigen Aufwendungen, die für die Sozialpolitik verlangt werden, doch in sehr erheblichem Maße Produktionskapital aus unserer Wirtschaft herausziehen (Sehr wahr! rechts.), ein Produktionskapital, das sogar in

sehr vielen Fällen bis zu einem gewissen Grade in Vermögen thesauriert wird.

Meine Damen und Herren! Wenn ich über diese Arbeiterfrage spreche, so möchte ich in dem Zusammenhang an den Idealismus unserer arbeitenden Bevölkerung appellieren. (Lachen bei den Kommunisten.) Ich möchte meinen, daß, wenn auf dem Lande Arbeitskräfte fehlen, es doch vielleicht ideal gestimmte Arbeiter geben wird, die sagen: Wenn dort Arbeiter fehlen, sind wir bereit, in irgend einer Form von Arbeitskolonnen die Arbeit auf dem Lande zu übernehmen. Ich möchte in diesem Zusammenhang feststellen, daß das Landesarbeitsamt Köln die Erklärung abgegeben hat, daß es bereit ist, die Zusammenstellung und die Ausbildung solcher landwirtschaftlicher Arbeiterkolonnen zu unterstützen. (Abgeordneter Krawinkel: Bravo!)

Meine Damen und Herren! Eine weitere Folge ist die gewaltige Preisschere, in der wir uns befinden, die Preisschere zwischen dem, was der Landwirt für seine Produkte erhält und dem, was er für das, was er braucht, zahlen muß. Ich muß feststellen, daß im Durchschnitt genommen, diese Preisschere um 22 Prozent, bei vielen Artikeln noch weiter, auseinanderklafft.

Der Herr Landeshauptmann hat auf die Notwendigkeit einer Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Produkte hingewiesen. Darüber kann gar kein Zweifel sein, daß alle die bisher angewandten Mittel, die zwar Hilfsmaßnahmen darstellen, die katastrophale Lage der Landwirtschaft nicht ändern können, sondern daß bloß ein höheres Entgelt für die landwirtschaftlichen Produkte dieser katastrophalen Lage abhelfen kann. Ich war, als ich den Herrn Landeshauptmann diesen Gedanken aussprechen hörte, vollkommen darauf gefaßt, daß nun in der Konsumentenschaft, namentlich auch auf der linken Seite dieses Hauses, die Frage auftauchen würde: Was machen denn dann die Konsumenten, wenn durch die Preise für landwirtschaftliche Produkte die gesamte Lebenshaltung verteuert wird? Ich erkenne ohne weiteres an, daß jeden im Erwerbsleben stehenden Menschen und jeden Konsumenten ein gewisses Grausen erfassen muß, wenn er daran denkt, daß die gesamte Lebenshaltung verteuert wird. Ich möchte Ihnen dazu aber folgendes sagen: Es ist durchaus nicht notwendig, daß durch die Maßnahmen, die die Landwirtschaft vorgeschlagen hat, die Preise allgemein verteuert werden. Dazu kann ich Ihnen als Beispiel folgendes sagen: Haben die Konsumenten etwas davon gemerkt, als die Umsatzsteuer um ein halbes Prozent gesenkt wurde? (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Die Senkungen merkt man nie, nur die Erhöhungen!) Ich will Ihnen ein weiteres Beispiel sagen: Haben Sie im vorigen Jahre etwas davon gemerkt, als die Schweinepreise zwischen 45 und 90 RM schwankten? Auch davon hat der Konsument nichts gemerkt. Darum

sagen wir als Landwirte: Es muß uns daran gelegen sein, daß die Preise für landwirtschaftliche Produkte einen gewissen Stillstand auf einer Höhe erreichen, womit der Landwirt rechnen und auskommen kann. (Sehr richtig! rechts.) Der Bauer fragt sich mit Recht: Was bekomme ich für mein Produkt, wenn ich heute etwas säe und dann noch den Kunstdünger in den Acker hineinstecke? Darum wünschen wir, daß eine gewisse Stabilisierung der Preise eintritt, die dem Bauer und dem Konsumenten zugute kommen kann. (Bravo! rechts.)

Meine Damen und Herren! Ich sagte eben schon, mit kleinen Beihilfen ist es nicht getan. Diesen Gedanken muß ich Ihnen mit ein paar Worten weiter ausführen. Die kleinen Mittel, die wir hier immer nennen hören, sind Mittel, die das Reich, der Staat und die Provinz gibt. Wenn diese Mittel in den letzten Jahren eine so starke Steigerung erfahren haben, dann ist eben damit begründet, daß die Notwendigkeit einer gewissen Fürsorge für einen Berufsstand, der sich auf dem absteigenden Ast befindet, besteht. Bisher, vor allen Dingen in der Vorkriegszeit, hat der Staat — und auch die Provinzialverwaltung — es als seine vornehmste Aufgabe betrachtet, den Ständen durch Fürsorge und mit Hilfsmaßnahmen zu helfen, denen es gerade am schlechtesten ging. Diesen Gedanken werden wir auch in Zukunft nicht fallen lassen können. Ich bin der Ueberzeugung, daß neben einer Aenderung unserer Wirtschaftspolitik der größte Teil aller der Maßnahmen, die zugunsten der Landwirtschaft in den letzten Jahren getroffen worden sind, auch in Zukunft fortbestehen muß.

Wir sind, wie unser Fraktionsredner schon gesagt hat, der Provinzialverwaltung, der Landesbank und auch der Landesversicherungsanstalt dankbar, für die Mittel, die sie gegeben haben, um an der Notlage der Landwirtschaft tragen zu helfen. Wir haben noch viele Wünsche, und wir wissen, daß diese Wünsche nicht alle auf einmal erfüllt werden können. Um so dankbarer müssen wir es begrüßen, daß auf zwei Gebieten auf dem Verhandlungswege noch etwas für die Landwirtschaft geschehen kann. Einmal sind in diesem Jahre die Golddiskontbank-Rückzahlungen fällig, und die Landesbank will diese Rückzahlungen übernehmen. Ich darf weiter feststellen, daß die Provinzial-Feuer-Versicherungsanstalt sich bereit erklärt hat, weitere Mittel zu geben, um auf dem Gebiete von Wasserleitungen der bäuerlichen Bevölkerung noch mehr als bisher zu helfen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich auf die Angriffe kommen, die von dem sozialdemokratischen Fraktionsredner gegen den Vorsitzenden der Rheinischen Landwirtschaftskammer hier eingeleitet worden sind. Der Vorsitzende der Rheinischen Landwirtschaftskammer, Freiherr von Lüninck, hat in einer Zuschrift an die „Niederrheinischen Neuesten Nachrichten“ richtig gestellt, was er in seiner Königsberger Rede gesagt

hat. Er hat da zum Ausdruck gebracht, daß er nicht von innerpolitischen Bindungen oder Unfreiheiten gesprochen habe. Er hat vielmehr ausschließlich unter besonderer Bezugnahme auf die Verhältnisse des besetzten Gebietes die außenpolitischen Bindungen und die Knechtung unseres Volkes durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages erörtert. Er hat ausgeführt, daß wir keine Militärhoheit und keine Polizeihochheit mehr hätten und daß unsere Finanzhoheit und unsere Wirtschaftshoheit, unsere Justizhoheit und die Hoheit über unsere Verkehrsverhältnisse wesentlich beeinträchtigt seien, er hat unsere Bindungen verglichen mit der Vertragslage des türkischen Reiches nach dem Freiheitskampf und mit der heutigen Lage des chinesischen Reiches nach Aufhebung der sogenannten ungleichen Verträge. Er hat daran die Feststellung geknüpft, daß unsere außenpolitische Freiheit geringer sei als die der Türken und Chinesen. (Zuruf rechts: Da hat er recht!). Die Angriffe, die gegen den Vorsitzenden der Rheinischen Landwirtschaftskammer erhoben worden sind, kann ich also mit gutem Gewissen im Namen der gesamten rheinischen Landwirtschaft zurückweisen (Bravo! rechts). Ich glaube, Ihnen versichern zu können, daß die Ausführungen, die hier von dem sozialdemokratischen Redner gemacht worden sind, es nicht vermögen, einen Keil in die Reihen der rheinischen Landwirtschaft zu treiben (Beifall rechts).

Vorsitzender Dr. Jares: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Losenhausen.

Abgeordneter Dr. Losenhausen: Meine Damen und Herren, nach der Aufklärung, die der Herr Landeshauptmann gegeben hat, darf ich zunächst ankündigen, daß wir den Antrag in Drucksache 60 zur Drucksache 30 wie folgt abändern werden:

„Der Provinziallandtag genehmigt die Verwendung von 8,2 Millionen Reichsmark außerordentlicher Mittel für die in der Vorlage des Provinzialausschusses vorgesehenen Straßenbauzwecke, unter Streichung der für den Grunderwerb für die neue Kraftwagenstraße von Köln nach Düsseldorf und weitere Vorarbeiten als erste Baurate geforderten 1,8 Millionen Reichsmark.“ (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Jetzt ist der Antrag richtig!)

Meine Damen und Herren! Sowohl Herr Kuhnen als auch der Herr Kollege Kanonikus Jansen haben meinen Fraktionskollegen Dr. Wassermeyer heute als einen „Spardiktator“ bezeichnet. Wenn der Herr Kollege Wassermeyer das wirklich ist, so ist das für ihn in der heutigen Zeit ein Ehrentitel (Zustimmung rechts.) Denn die Stimmung hat sich allerdings etwas verändert. Wenn wir heute das Ringen im Reich um die Herstellung des Etats sehen, wenn wir in Preußen sehen, wie uns dort ein Etat vorgelegt wird, den man als ausbalanciert bezeichnet, der es aber in Wirklichkeit gar nicht ist (Sehr richtig!), wenn wir heute sehen, daß das Institut für Konjunkturforschung uns sagen

muß: Weitere Rückläufigkeit der Konjunktur, vielfach schon unter leichtem Krisenansatz, so wird es doch allmählich einmal Zeit, darüber nachzudenken, wo diese Ausgabenwirtschaft weiter hinführen soll. (Sehr wahr! rechts.) Es wird doch endlich einmal Zeit, daß man scharf unterscheiden lernt zwischen dem, was notwendig ist, und dem, was nur nützlich oder wünschenswert ist. (Sehr gut! rechts.) Gewiß kann man dann auch über den Begriff des Notwendigen noch verschiedener Meinung sein. Aber unterscheiden muß man diesen Begriff schon von den anderen Begriffen. Wir brauchen gar nicht einmal so weit zu gehen, bleiben wir hier in unserem Rheinland. Sehen wir denn nicht das Ringen unserer Städte und Kreise um die Ausbalancierung ihrer Etats? Steht denn die Provinz ganz losgelöst von diesen Städten und Kreisen da? Diese Städte und Kreise stellen der Provinz doch ganz erhebliche Mittel zur Verfügung. Wenn wir dann heute unter dieser veränderten Lage hingegangen sind, uns einmal die Vorlagen genau durchgesehen, uns über den Begriff des unbedingt Notwendigen unterhalten und dann einmal einige Abstriche vorgeschlagen haben, so werden Sie uns dies bei der gegenwärtigen Lage sicherlich nicht übel nehmen können. Meine Damen und Herren! Die andere Stimmung aber, daß wir bei unübersichtlichen Vorlagen stets recht vorsichtige Leute gewesen sind, hat sich durchaus nicht geändert. Hier in diesem Hause sind auch schon Vorlagen behandelt worden, bei denen wir gewaltig in der Minderheit blieben. (Sehr richtig! rechts.) Ich erinnere nur an den Mürburgring. Aber die Arbeitsgemeinschaft hat in der Endinstanz doch recht gehabt. (Sehr richtig! rechts.) Also bitte, etwas vorsichtige Finanzgebarung, namentlich in der heutigen Zeit.

Herr Kollege Herrmann, Ihnen darf ich wohl in meiner Eigenschaft als Richter etwas sagen. — Er ist leider nicht da, es mag ihm gleich gesagt werden. — Herr Herrmann hat heute sicherlich nicht die im Abklingen begriffene Vertrauenskrise der Justiz weiter zum Abklingen gebracht, sondern er hat sie durch seine Ausführungen erneut verschärft. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr wahr!)

Dann muß ich noch ein Wort dem Herrn Kollegen Kühnen sagen. Wo ist er? (Zuruf: Er sitzt da!) Herr Kollege Kühnen, Sie haben heute morgen starke Angriffe gegen einige Industrielle in Aachen gerichtet. Aber so, wie Sie die Dinge darstellen, liegen sie doch nicht. Gewiß ist es bedauerlich, daß es so gekommen ist. Aber es liegt doch an den wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie sich in der letzten Zeit in der Aachener Feintuchindustrie entwickelt haben. Wir wissen doch, daß die Firmen, die da waren, insbesondere Delius, diese früheren großen Weltfirmen, einfach vor der Pleite standen und daß dann ein Konzern gekommen ist, allerdings ein deutscher Konzern, die Norddeutsche Wollkammerei, und diese Firmen dort übernommen

hat. Da diese Norddeutsche Wollkammerei starke Hollandbeziehungen hat, vor allen Dingen auch starke Beziehungen zu holländischen Banken, hat man sich wegen der geringeren Produktionskosten, die in Holland entfallen, dazu entschlossen, diese Betriebe nach dem benachbarten Baals zu legen. (Zuruf des Abgeordneten Kühnen: Das habe ich auch gesagt!) Ich habe schon in meiner kleinen Anfrage, die unter dem Titel „Kauft deutsche Tuche“ etwas Aufsehen erregt hat, diese Sache erörtert. Aber ich möchte doch nicht sehen, daß diese Leute, die früher die führenden Industriellen waren, die heute ihr Vermögen im wesentlichen verloren haben — ich erinnere nur an die arme Witwe Delius — hier in ihrem patriotischen Empfinden herabgeseht werden. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Schon im vorigen Jahre folgte ich meinem verehrten Kollegen von Stedman in der Behandlung der Agrarpolitik. Auch heute möchte ich zu dieser Agrarpolitik wieder einmal Stellung nehmen, nachdem die deutsche Landwirtschaft vor der Tatsache steht, daß sie eine im allgemeinen befriedigende Ernte hinter sich hat und es schon hieß: „Nun habt ihr doch den Erntesegen, und ihr habt das landwirtschaftliche Notprogramm; nun wird eure Schreierei wohl endlich einmal aufhören.“ Das war im Oktober. Im Dezember klang es schon wieder ganz anders; da sprach man auf der ganzen Linie schon wieder von der katastrophalen Notlage der Landwirtschaft. Das ist so geblieben. Eine einzige befriedigende und gute Ernte und eine Reihe befriedigender und guter Ernten können die wirtschaftlichen Verwüstungen, die in der deutschen Landwirtschaft, namentlich in der Nachkriegszeit angerichtet worden sind, nicht wieder gut machen. (Sehr wahr! rechts.) Die Bedingungen müssen geändert werden. (Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Zollpolitik!) Darauf komme ich noch.

Ich habe mir vor einiger Zeit einmal die Mühe gegeben, die Preise des Jahres 1928 mit denen des Jahres 1913 zu vergleichen und weiterhin sie zum Jahre 1927 in Parallele zu setzen, um diese horrenden Preisschwankungen einmal ziffernmäßig erkennen zu können. Da habe ich festgestellt, daß z. B. der Weizen im Jahre 1927 für 1000 Kilo loco Berlin als Höchstnotiz einen Preis von 313,50 RM aufwies, der niedrigste Preis sich aber im selben Jahre auf 228 RM stellte, eine Spanne von fast 90 RM. (Abgeordneter Krawinkel: Hört, hört!) Im Dezember, wo ich diese Feststellungen machte, war der Preis bis auf 210 RM für das gleiche Quantum gesunken und seit Januar dieses Jahres ist es weiter scharf bergab gegangen, und zwar bis zu 26 RM unter der Niedrigstnotiz des Vorjahres. (Abgeordneter Schrover, Hochbale: Hört, hört!) Ich will nur dieses eine Beispiel anführen, weil ich sonst meine Redezeit überschreiten würde. Nun bedenken Sie: Wir stehen jetzt an der 200-RM-Grenze, und der Durchschnittspreis für

diesen Weizen hat 1913 195,20 Mark betragen. (Hört, hört! rechts.) Dann wissen Sie, wie die Kaufkraft unserer Agrarprodukte bei der Relation 1 gegen 1,6 gesunken ist. (Sehr gut! rechts.)

Sehen Sie es sich in anderen Teilen an, z. B. in der Viehwirtschaft. In Berlin hat der Zentner Lebendgewicht bei La Tieren, namentlich im Herbst, wo Futtermittelmangel war und das Fettvieh auch in Mitleidenenschaft gezogen wurde, noch ganze 41 RM. aufgebracht. Das einzige, worauf wir in der letzten Zeit etwas befriedigter blicken konnten, waren die Schweine. Aber, meine Damen und Herren, bei der Schweineproduktion ist die Sache immer etwas gefährlich. Namentlich wenn sie längere Zeit gut geht, dann stürzt sich alles darauf, dann haben wir sehr bald eine Ueberproduktion, und dann fallen natürlich die Preise. Dieser Prozeß wird ganz besonders gefördert, wenn man, wie in diesem Jahre, im Zeichen einer billigen Kartoffelernte steht.

Weiterhin interessieren die rheinische Landwirtschaft — das ist aber nur ihr eigener Organisationsfehler —, die horrenden Schwankungen in den Milchpreisen ab Hof. Während in einigen Städten Milchmangel ist, herrscht in anderen Städten Milchüberfluß. Die Preise schwanken von 16 bis 22 RM. pro Liter in den Abmelkwirtschaften der Rheinprovinz. Ohne die Erziehung großer Milchausgleichstellen wird hier nie Wandel geschaffen werden. Meine Damen und Herren! Wie ist das denn nun eigentlich gekommen? Man muß doch endlich einmal bekennen, daß da wirklich ein Schuldkonto besteht. Wie hat sich diese Sache überhaupt entwickelt? Meine Damen und Herren! Es ist einfach so gekommen, daß nach dem Kriege die Landwirtschaft zunächst viel zu lange in der Papiermarkrechnung geblieben ist. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr wahr!) Als alle anderen Produktionszweige in Deutschland bereits nach Gold und Devisen rechneten, hat man dem deutschen Bauern und Landwirt vorgemacht, daß für seine Produktion diese Goldrechnung unrichtig sei. In schneller Folge kam dann die Umwandlung der Naturallöhne in die Goldlöhne mit Lohnsteigerungen vom Drei- bis Fünffachen des Bisherigen. (Zustimmung rechts.) In gleicher Folge wurden die Goldsteuern geschaffen, die in der ersten Zeit auf den Papiermarkt des deutschen Landbaues umgelegt wurden. Damals, im Jahre 1924, fing die Sache an, im Jahre 1924, als die Preise für unsere Agrarprodukte weit unter den Friedenspreis und fast auf die Hälfte des Weltmarktpreises herabsanken. (Sehr richtig! rechts.) Auch damals immer der Schwindel, daß man sagte: „Das wird wohl eine Folge der gesunkenen Kaufkraft aller Volksschichten nach dem verlorenen Kriege sein.“ Meine Damen und Herren! Mitnichten! Die Kaufkraft des Volkes war bis zum Beginn des englischen Bergarbeiterstreiks überhaupt nicht gesteigert, und trotzdem konnten die Preise für die Agrarprodukte wieder bedeutsam anziehen. Nein, dieser

Preissturz des Jahres 1924 war nichts anderes als ein rücksichtsloser Konkurrenzkampf von 3 Millionen Landwirten und Bauern, die mit diesen neuen Verhältnissen nicht schnell genug fertig wurden und von ihm erdrückt zu einem Ausverkauf geschritten sind, wie ihn die Agrargeschichte noch keines Landes der Erde gesehen hat. Da kommt dann die törichte Idee: Du hast nichts mehr, nun mußt du die Betriebe wieder mit Leihkapital auf die Vorkriegshöhe bringen, mußte intensivieren. Alle Gründe, die damals geltend gemacht wurden, ließen sich hören. Es waren im wesentlichen vaterländische Gründe. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr wahr!) Aber es läßt sich nicht leugnen, daß das der Ruin geworden ist. Intensivierung war damals schließlich gleich Kredit, und Kredit war gleich Intensivierung. Eine Psychose entstand und man sah keine Hemmung dieser Psychose durch die landwirtschaftlichen Führer. Fast allein der Mann, der heute hier verschiedentlich angegriffen worden ist, der Präsident der Landwirtschaftskammer in Bonn, Freiherr v. Lüninck, kann für sich buchen, daß er rechtzeitig gewarnt hat. (Sehr gut! rechts.) Wäre die rheinische Landwirtschaft nur diesem Führer gefolgt, dann säße sie heute nicht so tief in den Schulden. Allein diese Tat eines Freiherrn von Lüninck genügt, um irgendein angenommenes Schuldkonto von gewisser Seite mehr als auszugleichen. (Zuruf des Abgeordneten Rifard: Was hat das denn mit der Hebe gegen den Staat zu tun?) Und keine Hemmung dieser Psychose durch den Staat. Nicht weniger wie 3 Milliarden der neu entstandenen Schuld sind Kredite der Staatsinstitute, wie wir heute wissen, vorwiegend gezahlt aus den Steuerüberschüssen, die man vorher törichterweise aus dem deutschen Landbau herausgezogen hatte und die man ihm nicht etwa als Geschenk, sondern wie es Professor Beckmann einmal ausgedrückt hat, in der Rolle des zeitgemäße Zinsen nehmenden Kaufmanns zurückgab. Meine Damen und Herren! Morphium, aus dem die Patienten sehr bald erwachten, als die Kapitalrückzahlungs- und Zinsfälligkeitstermine in greifbare Nähe rückten. Damals hat man geschworen: Um Simmelswillen keinen Kredit mehr. Da war es schon zu spät, da war der einzelne schon zu schwach geworden. So ist es weitergegangen, erst ausgeprägt im Osten beim Großgrundbesitz, dann übergreifend auf den mittleren und kleinbäuerlichen Besitz in fast gleichmäßiger Linie von Osten nach Westen. So steht die deutsche Landwirtschaft heute da, belastet mit einer Schuld von rund 13 Milliarden. Das macht praktisch aus, daß sie 150 Prozent Zinsen mehr zu tragen hat als in der Vorkriegszeit, wo die Voraussetzungen zum Hereinkommen der Bodenrente für sie noch bedeutend günstiger lagen.

Nun gab man dieser deutschen Landwirtschaft schöne Ratschläge. Wenn die Ratschläge nur zum Teil getaucht hätten, dann wäre heute die deutsche Landwirtschaft schon der beste Produktionszweig in Deutsch-

land. (Sehr richtig! rechts.) Es gibt zunächst Theoretiker, die sagen: Nur Selbsthilfe kann euch nützen. Sie schlagen erstens Rationalisierung nach dem Muster der Industrie vor. Ich weiß nicht, ob die Leute den Begriff „Rationalisierung“ kennen und ihn nicht etwa mit dem der Intensivierung verwechseln. Aber daß es im deutschen Landbau keine Rationalisierung nach dem Muster der Industrie gibt, ist doch eine Selbstverständlichkeit. Natur und Fruchtfolge hindern automatisch die Anwendung neuer Arbeitsmethoden, und darauf kommt es bei der Rationalisierung an. Meine Damen und Herren! Wie kann man zwei Produktionsprozesse miteinander vergleichen, von denen der eine sich in wenigen Betrieben unter schneller Wiederholung gleichartiger Arbeit abspielt, losgelöst vom Klima und von allen Naturereignissen, während der andere sich regelmäßig nur einmal im Jahre in den verschiedenartigsten Betrieben und völlig abhängig von der Natur vollzieht. Meine Damen und Herren! Es läßt sich nicht verkennen, bei dem letzteren Betriebe fehlt für eine durchgreifende Rationalisierung eine Grundvoraussetzung, nämlich die der auf die Minute genauen Berechnung und Bestimmung der Produktion. (Sehr richtig! rechts.) Dann sagt man den Bauern: Ihr müßt standardisieren nach dem Vorbilde des Auslands, das bekanntlich heute zirka 75 Prozent Standardware nach Deutschland einführt. Meine Damen und Herren! Auch da geht es nicht so, auch da sind die Bedingungen vollkommen verschieden. Bezüglich dieser Güter des Auslandes haben wir es zunächst einmal vielfach mit Ländern zu tun, die sich von vornherein durch ihr Klima auf einige wenige Sorten einstellen konnten, Ländern mit landwirtschaftlichem Neubau und wir haben andere Länder, die zwar diese Voraussetzungen nicht haben, sich aber zum mindesten auf wenigere Sorten beschränken konnten. Es ist auch ein Unterschied, ob ein Land Agrarexportland ist oder nicht. Das Agrarexportland ist in der Lage, an den wenigen Grenzübergangsstellen die Ware zu prüfen — eine sehr einfache Kontrolle —, während wir diese Sache im Inlande durchführen müssen, und hier ganz gewaltige Organisationschwierigkeiten zu überwinden haben. Das Ausmaß der Standardisierung, die natürlich zu erstreben ist, wird daher in Deutschland immer begrenzter bleiben.

Meine Damen und Herren! Das Letzte — daran ist natürlich etwas Wichtiges — ist die Schaffung von kaufmännisch geleiteten, großzügig arbeitenden landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften. Durchaus richtig, meine Damen und Herren, aber nicht etwa in der Idee, daß diese landwirtschaftliche Absatzorganisation nun etwa die Preußenkasse bilden soll. (Sehr richtig! rechts.) Damals, als die Landwirte bei der Scheuerkonzerntransaktion sagten, das ist eine vernünftige Idee, da haben wir die erste landwirtschaftliche Absatzorganisation, habe ich ihnen schon gesagt: Kinder, das dicke Ende kommt hinterher. Ich bin froh, daß Herr

Klepper nun bei dem einen jüngsten Angriff auf das Grundeigentum im Osten die Kasse so vorzeitig aus dem Sack gelassen hat, so daß heute die deutschen Landwirte und Bauern genau wissen, worum es sich handelt und den Schwindel nicht mehr mitmachen. Die Mittel sind der Preußenkasse nicht gegeben worden, damit dieses Staatsinstitut selbst die Rolle der Absatzorganisation übernehmen sollte, sondern sie sind gegeben worden, um das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen wieder in den Sattel zu setzen. Im übrigen mögen Sie sich drehen und wenden, wie Sie wollen, Sie lösen das Problem nicht, ohne dem Vorschlage zu folgen, den ich Ihnen im vorigen Jahre in diesem hohen Hause gemacht habe. Sie kommen ohne die von mir vorgeschlagene richtig angelegte Zollpolitik einfach nicht aus. (Sehr richtig! rechts.) Sie muß heute bei der verschärften Lage noch damit verbunden werden, daß ein Druck auf eine Senkung der Kosten der landwirtschaftlichen Bedarfsartikel ausgeübt wird. (Sehr gut! rechts.) Was die deutsche Landwirtschaft nicht will, ist eine Versorgungswirtschaft; sie verlangt nur Staatshilfe, damit sie die Selbsthilfe selbsttätig ankurbeln kann. (Beifall rechts.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter Gerlach: Meine Damen und Herren! Wenn ich hier in der kurzen Zeit, die für meine Fraktion noch an Redezeit verblieben ist, mich mit den Ausführungen beschäftige, die im Laufe der Diskussion sowohl gegen unsere allgemeine Auffassung als auch gegen unseren Redner geltend gemacht worden sind, so kann ich mir die Mühe sparen, auf die Ausführungen des kommunistischen Redners einzugehen. Er hat diesmal wirklich nichts Neues gesagt, denn, daß die Sozialdemokratie so ziemlich an allem schuld ist, was der kommunistischen Partei nicht gefällt, das wissen wir nun schon seit Jahren, zu diesem Zwecke hätte er sich nicht hier oben hinzustellen brauchen. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Man muß schon sagen, die Originalität scheint aus der kommunistischen Partei in dem Augenblicke entwichen zu sein, in dem der Herr Knab aus der Fraktion ausgeschieden ist. (Unruhe bei den Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Die übrigen Redner haben im wesentlichen die Schilderungen unterstrichen, die der Herr Landeshauptmann von den wirtschaftlichen Verhältnissen gegeben hat. Aber, meine Damen und Herren, es muß doch auch hier manches klarer ausgesprochen werden, es muß eine Nutzenanwendung gezogen werden aus dem, was wir täglich im Leben vor uns sehen. Da möchte ich auch nach der erziehlischen Seite hin eine Nutzenanwendung ziehen, die nur ein Redner, allerdings in negativem Sinne, gezogen hat, indem er sagte: Zu Anfang war vielleicht der Krieg an dem Elend schuld, aber heute sind die Dinge doch ganz anders geworden. Nein, meine Damen und Herren,

wir dürfen nicht vergessen, daß alle Not und alles Elend, das wir jetzt beklagen, letzten Endes herkommt von dem verlorenen Kriege, von dem unendlich verlängerten Kriege. (Starker Widerspruch bei den Kommunisten.) Meine Herren von der kommunistischen Fraktion, reden Sie nicht von diesen Dingen, reden Sie vor allen Dingen nicht von Militarismus, denn Sie haben dazu keine Ursache. Sie haben die Rote Armee in Rußland, und Ihre „Flieger“-Abteilungen in jedem Bezirk des deutschen Reiches. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Euer Führer ist ja Kriegsberichterstatler! Laute Zurufe der Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Ueber die wirtschaftliche Seite der Notzeit haben sich dann insbesondere die Redner der Rechten verbreitet. Von ihnen haben wir, und zwar gleich in doppelter Ausfertigung, das Rezept hören können: Wir müssen sparen! Der Herr Kollege Losenhausen hat das eben noch scharf unterstrichen. Mit einer vom Hause vielfach bemerkten Schärfe hat schon Herr Kollege Janßen gegen die Art, wie nun von der rechten Seite hier so eine gewisse Spardiktatur ausgeübt werden soll, Einspruch erhoben. Ich möchte den Herren sagen, daß nicht nur mit Sparen aus der schwierigen Situation herauszukommen ist. Es muß vielmehr den Herren von der Rechten auch gesagt werden, daß alles getan werden muß, um die Notverhältnisse nicht noch zu vergrößern. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Darum richte ich meine Bemerkungen gerade an die Herren von der Rechten, die ja Kreise in ihrer Mitte haben, denen der Standpunkt des Herrn im Hause wichtiger ist als das Wohlergehen weitester Volksgenossen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dem Kollegen von der Rechten — ich glaube, es war Herr Losenhausen — der hier erklärt hat, die Finanzpolitik der Provinz sei nicht losgelöst von der Finanzpolitik der Städte, möchte ich sagen: Er hat durchaus recht; aber er muß auch die Nutzenanwendung daraus ziehen und in seinen Kreisen dafür sorgen, daß nicht infolge dieses Herrn-im-Hause-Standpunktes 220 000 Arbeiter auf die Straße geworfen werden und dadurch den Kommunen ungeheure Lasten erwachsen. (Abgeordnete Fr. Otto macht einen Zuruf.) Ich habe Sie nicht verstanden, verehrte Kollegin; aber Sie mögen sich hier auf die rechte Seite hinübersehen, dann könnte ich Ihre Zwischenrufe zur Unterstützung der Rechten besser verstehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das ist ja lächerlich!) Meine Damen und Herren! Es sind Millionen, die an Unterstützungsempfänger ausgegeben werden. Die Herren, die jetzt davon sprechen, daß die Hoffnungen von der Reparationskommission und von den Verhandlungen in Paris kommen, mögen sich einmal überlegen, wie dieser Schritt, den ich eben hier angedeutet habe, auf das Ausland gewirkt hat. Dieser Schritt sagt doch dem Ausland: Es ist in Deutschland wirtschaftlich noch zu

ertragen, daß große Betriebe mit mehr als 200 000 Arbeiter wochenlang die Produktion einstellen.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhange noch ein Wort zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Janßen. Er hat geglaubt, gegenüber unserem Kollegen Kühnen beweisen zu müssen, daß es dasselbe sei, wenn Unternehmer ihre Betriebe ins Ausland verlegen und wenn Arbeiter zur Aufnahme von Arbeit ins benachbarte Ausland hinauswandern. Unser Kollege Kühnen hat nachgewiesen, und indirekt ist das von Herrn Losenhausen zugegeben worden, daß die Betriebe, die da in Frage kommen, die Nachener Betriebe, ohne zwingenden Grund, nur wegen der verbilligten Produktion, d. h. wegen der geringeren Löhne und der geringeren sozialen Lasten ins Ausland abgewandert sind. Wenn aber Arbeiter in das Ausland gehen, so glauben Sie sicher, daß sie die heimatische Scholle nur dann verlassen, wenn sie der allerbitterste Hunger dazu zwingt.

Meine Damen und Herren! Wenn hier von unproduktiven Ausgaben gesprochen wird, dann müssen wir uns auch fragen, ob nicht an anderen Stellen durch direkte oder indirekte Handlungen der Verwaltung oder des Provinzialausschusses unproduktive Ausgaben gefördert worden sind. Da erinnere ich mich sehr gut, daß auch in früheren Jahren von Rednern der Parteien und der Verwaltung immer wieder zum Ausdruck gebracht worden ist, daß wir im Interesse der Vereinfachung der Verwaltung auf die Verwaltungsreform hinsteuern müssen, daß wir zu einer Vereinfachung der Verwaltung, nicht zuletzt auch durch Zusammenlegungen kommen müssen. Aber wenn irgendwo ein solcher Anfang zur Verwaltungsvereinfachung gemacht werden soll, wenn man alte überlieferte kommunale Grenzen einmal verändern will, dann wackeln plötzlich alle Böpfe, dann werden Schwierigkeiten gemacht und dann kommt ein Beschluß zustande, wie der, den der Provinzialausschuß gefaßt hat, der sich damit selbst bei der kommunalen Neugliederung ausschaltet. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Meine Damen und Herren! Ich bin der Auffassung, es war des Provinzialausschusses nicht würdig, sich in dieser Weise als große Korporation bei der Neugliederung der Kommunalbezirke hier im Industriegebiet auszuschließen. Ich glaube auch — ich zitiere da keinen Sozialdemokraten, sondern einen Zentrumsmann —, daß mit dem Vorgehen der Verwaltung und des Provinzialausschusses denjenigen Kreisen willkommenes Wasser auf die Mühle geleitet worden ist, die immer noch den Gedanken einer Ruhrprovinz nähren.

Meine Damen und Herren! Herr Janßen hat dann in Verbindung mit der Frage der kommunalen Neugliederung zur Verteidigung der Stellung des Zentrums davon gesprochen, daß man sich gegen Mammuthäute wehren müsse. Meine Damen und Herren! Ich erinnere mich aus meiner Tätigkeit als Mitglied des

Provinziallandtages — und ich gehöre, glaube ich, dem Kollegium solange an, wie der Kollege Jansen — daß wir schon häufiger Eingemeindungsfragen und Fragen der kommunalen Neugliederung behandelt haben und daß dabei auch Städte in Frage kamen, die noch größer waren, als die jetzt im Industriegebiet in Betracht kommenden Städte. Ich müßte sehr schlecht aufgepaßt und die Protokolle schlecht gelesen haben; aber ich glaube mich doch zu erinnern, daß Herr Jansen — und auch kein anderes Mitglied der Zentrumsfraktion — in diesen früheren Zeiten jemals das Argument von dem Kampf gegen die Mammutstädte gesprochen hat. Aber wer lebt, wird sehen, und wir warten auf den Augenblick, wo Herr Jansen bei Erörterung der Frage, ob man den Stadt- und Landkreis Köln in Personalunion vereinigen soll, auch aufstehen wird, um gegen die Bildung von Mammutverwaltungen zu reden.

Meine Damen und Herren! Nun ein paar Worte über die Fragen der Landwirtschaft. Unser Fraktionsredner hat ausdrücklich erklärt, daß eine allgemeine Not der Landwirtschaft von uns nicht bestritten wird. Wir sind aber der Auffassung, daß alle die Herren, die hier Vorschläge gemacht haben, auf falschem Wege sind, wenn sie glauben, die Rentabilität der Landwirtschaft dadurch zu erzielen, daß man den Landarbeitern niedrige Löhne gibt, im übrigen aber hohe Preise für die Produkte erzielen möchte. (Zuruf des Abgeordneten von Stedman: Das hat kein Mensch gesagt!) Wenn heute die Landarbeiter abwandern, um, wie Herr Kollege von Stedman meinte, mit der Wohlfahrtsunterstützung in den Städten auszukommen, so ist das doch ein Beweis dafür, wie niedrig und wie zum Existieren unzureichend die Löhne der Landarbeiter inzwischen geworden sind. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Die Wohlfahrtsunterstützung reicht auch nicht aus!) Meine Damen und Herren! Sie sind auf falschem Wege, wenn Sie glauben, dadurch, daß Sie nun gegen die Wohlfahrtspolitik der Städte polemisieren, zu einer Versöhnung zwischen Arbeitern und Bauern beitragen zu können. Die Verbesserung der Lage eines Standes dadurch, daß man die Gesamtlebenshaltung der großen Masse des Volkes verteuert, kann nicht das Ziel einer vernunftgemäßen Politik sein. (Zuruf aus der Arbeitersgemeinschaft: Das wollen wir auch nicht!)

Meine Damen und Herren! Bisher haben Sie auf die Preispolitik den allergrößten Wert gelegt. Der einzig gangbare Weg, der nach unserer Auffassung aus diesen Schwierigkeiten hinausführt, ist der, den unser Kollege Kuhnen schon angedeutet hat, nämlich die Ausschaltung des das Produkt enorm verteuernenden Zwischenhandels. (Abgeordnete Frau Becker: Sehr richtig!) Der Herr Kollege Losenhausen hat eben die Großhandelspreise verlesen und damit bewiesen, daß wir z. B. unter den Großhandelspreisen des Friedens, wenigstens regal, liegen. Er hätte daneben einmal die

Kleinverkaufspreise setzen sollen. Dann hätten wir ein richtiges Bild bekommen, und dieses Bild hätte noch viel mehr dazu beigetragen, die Wichtigkeit unserer Argumentation klar zu legen. (Zuruf des Abgeordneten Schröder, Hochhagen: Davon haben die Bauern aber nichts!) Die Debatte über die Not der Landwirtschaft darf, ebenso wie die nun auch von Herrn Stein inzierte Debatte über die Not des Mittelstandes, nach unserer Auffassung nicht dazu führen, daß zum Nachteil schaffender Erwerbsstände künstlich Existenzen erhalten werden, die wirtschaftlich keine Existenzberechtigung mehr haben. Ich bedauere sehr, daß Herr Kollege Stein nicht da ist. Er hat ja behauptet, die Not des Mittelstandes — und der Zwischenhandel gehört ja dazu — sei durch die Steuern bedingt, die Reich, Land und Gemeinden dem Mittelstande aufbrummen. Meine Damen und Herren! Die Not des Mittelstandes, besonders soweit es sich um Zwischenhändler dabei handelt, hat ihre Ursache in der ungeheuren Vermehrung des Zwischenhandels. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Was soll man denn sagen, wenn man aus den Statistiken der Städte feststellen kann, daß in manchen Großstädten die Zahl der Metzger und Bäcker fast das Doppelte gegenüber der Zahl im Jahre 1913 beträgt, wiewohl die Bevölkerungszahl nur wenig gestiegen ist und auch der Konsum keine Steigerung erfahren hat. Es zehren heute zu viele am Handel. Da liegt die Wurzel des Übels. Solange wir nicht gemeinschaftlich diesem Übel steuern, werden wir sowohl die Debatten über die Not der Landwirtschaft wie auch die Debatten über die allgemeine Lebensmittelnot des gesamten Volkes behalten.

Meine Damen und Herren! Nun tut es mir sehr leid, noch einmal auf das eingehen zu müssen, was Herr Kollege Stedman hier zur Ehrenrettung des Herrn Freiherrn von Lüninck angeführt hat. Herr von Lüninck hat das merkwürdige Pech, sich immer berichtigen zu müssen, wenn er irgendwo einmal öffentlich geredet hat. Aber, meine Damen und Herren, der nachträglich korrigierten Erklärung des Freiherrn von Lüninck, die hier mitgeteilt worden ist, muß ich gegenüberstellen, was die Pressestelle des Oberpräsidiums in Königsberg über die Rede des Herrn Freiherrn von Lüninck amtlich herausgegeben hat. (Zuruf rechts: Das ist falsch!) Das kann nicht falsch sein. Es ist das, was der Vertreter des Oberpräsidenten zu Protokoll gegeben hat als Erklärung dafür, daß er bei dieser Rede des Herrn von Lüninck den Saal verlassen hat. Nach dieser Erklärung des Oberpräsidiums hat Herr von Lüninck wörtlich gesagt: „Die Regierung hat Arbeit und Brot versprochen. Es ist naheliegend, mit Hohn und Spott zu sprechen. Die Zeit ist aber zu ernst dazu. Tatsächlich leben wir im unfreiesten Lande der Welt.“ Die Pressestelle des Oberpräsidiums von Königsberg gibt im Anschluß an diese Ausführungen bekannt, daß der Vertreter des Oberpräsidenten daraufhin die Veranstaltung verlassen hätte. (Abgeordneter

Hoffmann: Hört, hört!) Meine Damen und Herren, das muß doch auf den Herrn Vertreter des Oberpräsidiums im Augenblick sehr deprimierend gewirkt haben, so daß alle nachträglichen Berichtigungsversuche des Herrn Freiherrn von Lüninck dagegen abfallen müssen.

Meine Damen und Herren! Zum Abschluß der Landwirtschaftsdebatte möchte ich noch eins sagen: Wir diskutieren selbstverständlich über die Not aller Bevölkerungsschichten. Aber es will mir manchmal so scheinen, daß doch die Debatte hier, soweit die Landwirtschaft in Frage kommt, im Verhältnis zu der Not anderer Kreise einen etwas sehr breiten Raum einnimmt. (Sehr richtig! links.) Ich möchte doch daran erinnern, daß wir es in der Rheinprovinz mit einer überwiegend industriellen Bevölkerung zu tun haben (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) und daß die Arbeiterschaft in der Rheinprovinz mindestens so stark, wenn nicht stärker, leidet als die Landwirtschaft. Eins muß doch einmal betont werden: Der Arbeiter hat in dem Augenblick, wo er seine Arbeit verliert — und es sind im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Viertelmillion mit ihren Familien — nicht das, was der Landwirt unter allen Umständen hat: ein Dach über dem Kopf und die Lebensmittel zum Leben. (Abgeordneter Dr. Köhler: Unsinn!) Meine Damen und Herren! Daran muß auch gedacht werden. Deshalb hat auch hier die Provinz die Verpflichtung, besonders als Industrie-provinz, nach ihren Kräften und im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu helfen. In diesem Sinne begrüßen wir alle Vorlagen und Anregungen, die hier zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung gemacht worden sind.

Wir sind weiter im Gegensatz zu den Ausführungen des Redners der Wirtschaftspartei der Meinung, daß nicht mit einem Abbau, sondern mit einer Fortführung der provinziellen Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege gerechnet werden muß. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Wir anerkennen durchaus, daß die Verwaltung auch eine Reihe unserer Anregungen heute zu Etatspositionen gemacht hat. Wir werden fortfahren, unsere aus sachlichen Erwägungen entspringenden Anregungen der Provinzialverwaltung weiterzugeben. Wir hoffen, daß wir dadurch zu Besserungen der gegenwärtigen Notlage kommen. Wir werden dann auch zu Besserungen der Verhältnisse kommen, die hier zu Anfang eine Diskussion herausgefordert haben, zu Besserung des Schicksals unserer Jugendlichen, und werden herauskommen aus der Jugendnot.

Meine Damen und Herren, dazu aber noch ein Wort. Im Gegensatz zu mehreren Rednern des Hauses beklagen wir nicht die jetzige Diskussion, die über die Frage der Jugendnot und der Fürsorgeerziehung gepflogen wird. Gewiß wird und ist manchmal in Büchern usw. über das Ziel hinausgeschossen worden. Gewiß sind manche Behauptungen, insbesondere auch in dem Buche von Lampel, leichtfertig aufgestellt worden.

(Abgeordneter Dr. Carl: Sehr richtig!) Aber, meine Damen und Herren, das gibt noch niemanden das Recht, nun in Bausch und Bogen alles gutzuheißen, was geschieht und dabei gewissermaßen das Kind mit dem Bade auszuschütten. Wir waren sehr erfreut, daß Herr Raederscheidt einen wesentlich anderen Ton als Pädagoge gefunden hat, als wir ihn gelegentlich bei früheren Debatten über die Fürsorgeerziehung zu hören gewohnt sind. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr gut!) Hier wird schon einmal näher auf die Frage der Jugendnot eingegangen. Nun, meine Damen und Herren, muß ich schon sagen: Wenn wir die Debatten aufmerksam verfolgen, wenn wir insbesondere auch das Stück von Lampel „Revolte im Erziehungs-haus“, das ich wesentlich anders bewerte als einige Redner hier und auch anders bewerte als das Buch von Lampel, einmal gesehen haben, dann wissen wir, wo eigentlich der Schaden zu suchen ist, da nämlich, wo wir ihn wiederholt aufgezeigt haben, bei den p r i v a t e n Erziehungs-anstalten. Meine Damen und Herren! Es liegt doch auch so nahe, daß die privaten Anstalten mit ihren geringen Mitteln sowohl an Personal wie an den notwendigen Einrichtungen sparen. Dann ergeben sich Dinge, wie sie in jenem vielfach zitierten und kritisierten Theaterstück aufgezeigt worden sind. Nach meiner Auffassung hat die Kritik der öffentlichen Meinung viel zu viel Abwehr erfahren. Und wenn sich Landesjugendämter dagegen wehren, so habe ich das eigentlich niemals verstanden, weil die Landesjugendämter z. B. in Lampels Stück immer wieder als regelnde, aufsichtführende Behörden geschildert werden.

Wir sind der Auffassung, daß die Fürsorgeerziehung zweifellos nicht mehr das ist, was sie früher war, das Besserungen eingetreten sind, das aber noch manches zu verbessern ist. Diese Verbesserungen werden am zweckmäßigsten dadurch erreicht, daß nur öffentliche Fürsorgeerziehungsanstalten belegt werden, deren Tore frei offenstehen für die gewählten Vertreter des Volkes, hier des Rheinischen Provinziallandtages und auch sonst derjenigen Körperschaften, die für die Anstalten zuständig sind. In diesem Zusammenhange werden wir noch mit Anträgen kommen. Wir sind insbesondere der Auffassung, daß doch einmal daran gedacht werden muß, die schon so lange geforderte und noch immer nicht errichtete Fürsorgeanstalt für die weibliche Jugend zu schaffen.

Meine Damen und Herren, das ist es, worauf es der sozialdemokratischen Fraktion ankommt: Linderung der allgemeinen Volksnot, Zusammenfassung aller Kräfte, auch auf parlamentarischem Gebiet zur Besserung der Lage der unteren Bevölkerungsschichten. Wir haben diese Politik getrieben, solange wir hier in diesem Hause sind, und wir haben die freudige Genug-tuung, daß diese Politik auch von den weitesten Kreisen der Bevölkerung anerkannt wird. Das beweist trotz aller Angriffe, die insbesondere von der äußersten

Linken kommen, der fortgesetzte Siegeszug der deutschen Sozialdemokratie. (Beifall bei den Sozialdemokraten, Unruhe bei den Kommunisten.)

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Dunder**.

Abgeordneter **Dunder**: Meine Damen und Herren! Der langen Reden kurzer Sinn, die von den meisten Rednern hier gehalten wurden, war: Wir möchten gerne all den notleidenden werktätigen Schichten in Stadt und Land helfen; aber wir können und dürfen nicht helfen. Denn, wenn Sie den Willen haben, etwas für diejenigen, für die Sie hier gesprochen haben, zu tun, so ist das sehr leicht möglich. Es ist ein müßiges Spiel, sich hierher zu stellen und stundenlang über die Not der verschiedensten Schichten der werktätigen Bevölkerung zu sprechen. Aber wenn es sich darum handelt, nun auch den Worten die Taten folgen zu lassen, dann kneifen die Herrschaften gewöhnlich. (Abgeordneter **Kohl**: Sehr richtig!)

Vor allen Dingen möchte ich auf eins hinweisen: Wenn wir uns bei einer ganzen Reihe von wichtigen Beratungen, die hier in diesem Hause gepflogen werden, die leeren Bänke ansehen und das Interesse beobachten, mit dem den Verhandlungen gefolgt wird, dann muß man sagen: Es wäre wünschenswert, wenn die ganze notleidende Landwirtschaft und auch die übrigen notleidenden Werktätigen sich diesen Laden einmal ansehen könnten; sie würden dann ein anderes Urteil über ihre „hohen“ Volksvertreter fällen (Sehr gut! bei den Kommunisten.), als das Urteil, das sie auf Grund der Berichte fällen, die die bürgerlichen Pressevertreter im Interesse ihrer Auftraggeber der Öffentlichkeit unterbreiten. (Zustimmung bei den Kommunisten.)

Der Herr Oberpräsident hat gestern in seiner Eröffnungsrede erklärt, daß wir zugrunde gehen, wenn wir der Landwirtschaft nicht helfen. Er sieht das drohende Gespenst, das sich schon einmal bemerkbar gemacht hat, nicht nur in der Landwirtschaft, sondern er sieht, daß der kleine Bauer, daß auch der Mittelbauer allmählich anfängt zu denken und Fühlung zu nehmen mit dem ebenso im Dreck und in elenden Verhältnissen lebenden Stadtproletarier, und er weiß, daß, wenn einmal dieses Bündnis auf den Plan tritt, dann die Herrschaft derjenigen Kreise, die auch der Herr Oberpräsident vertritt, ins Wanken gerät und eventuell beseitigt werden kann.

Ich möchte nur einige Beispiele aus unserem Etat anführen. Wenn man der notleidenden Landwirtschaft, worüber heute soviel geredet wird, helfen will, dann sind Wege genug gegeben. Nicht Reden, sondern Taten sollen beweisen. Ich nehme nur vier Positionen des Etats, um zu beweisen, wo und wie man sparen kann. Ich bin mir allerdings dessen bewußt, daß man nachher sagen wird: Die Kommunisten sind gegen Kunst und Wissenschaft, die Kommunisten sind gegen die

Förderung gewerblicher Zwecke, die Kommunisten sind gegen Museen usw. Nein, meine Damen und Herren, das Argument zieht heute nicht mehr. Die Kommunisten erklären ganz offen: Solange breitere Schichten der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land in den elendigsten Verhältnissen haufen, müssen solche nebensächlichen Dinge zurückstehen vor der wichtigeren Aufgabe, diesen Kreisen zu helfen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Ich nehme den Etat für Kunst und Wissenschaft, der einen Zuschuß von 596 500 RM erfordert. Ich setze ab die sog. zwangsläufigen Ausgaben an Gehältern für die Beamten, für die Erhaltung der Gebäude, die profane Denkmalspflege usw., mit 117 912 RM, dann bleibt ein ersparter Zuschuß von 478 588 RM. Für die Provinzialmuseen wird ein Zuschuß von 330 000 RM verlangt. Ich setze hier ebenfalls die sog. zwangsläufigen Ausgaben mit 99 430 RM ab; dann verbleibt eine Ersparnismöglichkeit von 230 570 RM. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Ich setze ab den Gesamtetat für die gewerblichen Zwecke, der einen Zuschuß von 319 000 RM erfordert — Zuschüsse an technische Hochschulen, sonstige Hochschulen usw. —, der in Zeiten, wo man sich das erlauben kann, angebracht wäre. Aber heute sind dies Ausgaben, die weggeworfen werden, weil infolge der weiteren Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung alle Studien, alle technischen und sonstigen hohen Kenntnisse nicht mehr in dem Maße angewandt werden können, wie es in der Vergangenheit der Fall war, weil durch die Konzentration die ganze Leitung von Riesenbetrieben und Konzernen in die Hand einiger weniger Personen gelegt wird. Das wären 319 000 RM.

Auch bei dem Etat „Verschiedenes“, der einen Zuschuß von 2 566 400 RM erfordert, hat man bei gutem Willen eine Ersparnismöglichkeit von 500 000 RM. Ich will die Positionen nicht im einzelnen aufführen. Es sind darin eine ganze Anzahl Ausgaben enthalten, die auch unsere Zustimmung finden. Aber es ist möglich, auch dort 500 000 RM abzusetzen, so daß allein bei diesen vier Etats, die ich angeführt habe, eine Ersparnismöglichkeit von 1 528 158 RM gegeben ist. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Wenn wir diesen Betrag als Darlehen oder aber zur Zinsverbilligung für die notleidende Landwirtschaft verwenden, so können Sie sich selbst ausrechnen, wieviel Hunderte von Betrieben damit erspart werden können, die unter die Kategorie fallen, von der Sie sagten, daß sie nicht mehr aufrecht zu erhalten sei.

Dann, meine Damen und Herren, hat der Herr Oberpräsident gestern bei seiner Eröffnungsrede, als er diese Notlage behandelte, von den Festlichkeiten gesprochen, die eingeschränkt werden müßten. Ich glaube, es wäre schon besser, wenn er diesen Appell an seine eigenen Freunde gerichtet hätte. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wir haben gerade die Zeit des „Rötkch

mer jet“ hinter uns liegen. Gerade das Zentrum, dem er angehört, ist der eifrigste Förderer der karnevalistischen Veranstaltungen, und auch die anderen bürgerlichen Parteien glauben, so in jedem Jahre der Arbeiterschaft einen altrömischen Popanz vorsehen zu können, womit sie die Arbeiterhirne zu umnebeln glauben. Diesen Appell soll man also zuerst an diejenigen richten, die nicht nur einmal im Jahre Karneval feiern, sondern alle Augenblicke irgendwo solche Veranstaltungen machen, in den Bars, in Diefen usw., und nicht bloß in der Provinziallandtagsitzung diesen Appell als eine schöne Geste nach außen hin von sich geben.

Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat erklärt, daß die Fürsorgeerziehung beibehalten werden müsse, weil sie eine „segnreiche“ Einrichtung sei. Dazu ist zu bemerken: Die Fürsorgeerziehung ist keine segensreiche Einrichtung, sondern sie ist die zwangsläufige Folge der Verwahrlosung der Jugend durch die heute bestehenden Verhältnisse. Diese Verhältnisse, die durch Ihre privatkapitalistische Wirtschaftsweise erzeugt werden, sind auch die Erzeuger der Fürsorgeerziehung (Abgeordneter Wohl: Sehr gut!); Sie lassen den Armen schuldig werden und übergeben ihn dann der Pein. (Abgeordneter Wohl: Sehr gut!) Wenn durch die elenden Wohnungsverhältnisse, durch die Arbeitslosigkeit, durch die Verbitterung der Arbeiterschaft wegen des Betruges, der an ihr in der Nachkriegszeit begangen wurde, und durch eine ganze Reihe anderer Umstände — ich erinnere nur daran, daß in den Arbeiterfamilien die Kinderzahl in den meisten Fällen stärker ist als in den Familien der Beamten und Angestellten und bei der Bourgeoisie überhaupt — sich gerade in den Arbeiterfamilien gewisse Vorkommnisse ereignen, verhängen Sie über die Kinder die Fuchtel der Fürsorge. Diese armen, unschuldigen Kinder haben das nicht verschuldet, sondern sie müssen hier eine Last tragen, deren Urheber die Bourgeoisie ist. Und dann will man noch von einer „segnreichen“ Einrichtung sprechen, wenn die Kinder in einer Fürsorgeerziehungsanstalt untergebracht sind.

Ueber die Behandlung will ich kein Wort mehr sagen. Einer meiner Fraktionsfreunde hat heute bereits Ausführungen darüber gemacht. Ich möchte nur daran anknüpfen, daß ein Abgeordneter sagte, man solle nicht immer so herumkritisieren, wenn da oder dort in der Fürsorge einmal ein Fall passiere. Ja, wenn alle Fälle, die sich ereignen, an die Öffentlichkeit kämen, würden es nicht mehr Einzelfälle sein, sondern dann würden diese Uebergriffe, die uns zu Ohren kommen, den Regelfall bedeuten.

Der Herr Landeshauptmann und der Provinziallandtag haben alle Ursache, den Wunsch der kommunistischen Fraktion abzulehnen, den Abgeordneten einen Ausweis auszuhändigen, der ihm die Möglichkeit gibt, unangemeldet die Anstalten zu besuchen. Der Ausspruch des Landeshauptmanns, daß ein Besuch in der

Anstalt ihm willkommen sei, ist nur ein fauler Zauber, weil nach einer vorhergehenden Anmeldung der Betreffende, der die Anstalt betritt, alles in Ordnung findet. Die Zöglinge sind eingeschüchtert, man hat ihnen geraten, immer nur das Beste zu sagen, die Räume sind fein aufgeräumt usw. Das ist der Grund, weshalb man nicht den Abgeordneten die Möglichkeit gibt, unangemeldet die Anstalten zu betreten.

Sie schlagen auf der anderen Seite vor, der Fürsorgeerziehung vorzubeugen. Was schlagen Sie dazu vor? Wandern und Ausbau des Jugendherbergnetzes. Schön, auch wir sind für das Wandern der Jugend, auch wir sind für den Ausbau des Jugendherbergnetzes. Aber das sind Palliativmittelchen — ich habe das durch einen Zwischenruf schon zum Ausdruck gebracht —, die bei weitem nicht alle diejenigen erfassen, um die es sich handelt. Der Sohn eines langjährigen Erwerbslosen, der Sohn eines Wohlfahrtsunterstützungsempfängers kann keine Wanderung antreten, weil er nicht die Möglichkeit hat, sich die Lebensmittel mitzunehmen, weil er von seinen Eltern nicht einmal die paar Pfennige bekommen kann, die erforderlich sind, um die Uebernachtung in den Jugendherbergen zu bezahlen. Es wird erst der siegreichen werktätigen Bevölkerung möglich sein, diese elenden Zustände abzuändern. (Abgeordneter Wohl: Sehr richtig!)

Sie schlagen die Bekämpfung von Schmutz und Schund vor. Schauen Sie sich die bürgerlichen illustrierten Zeitungen an; kein Mensch nimmt Anstoß an diesen dreckigen, erbärmlichen Karikaturen und Bildern, die darin enthalten sind. Aber wenn eine proletarische Zeitschrift, wie beispielsweise der „Eulenspiegel“, einen Bischof mit einer Frauensperson abbildet — es handelte sich hier um den polnischen Bischof Skowalki oder so ähnlich —, der drei Jahre Zuchthaus bekommen hat, weil er sich nachgewiesenermaßen wiederholt an Mädchen vergriff —, dann nimmt ein katholischer Priester in Deutschland Anlaß, diese Zeitschrift unter die Anklage der Gotteslästerung zu stellen, und der verantwortliche Redakteur und der Verleger dieser Zeitschrift werden wegen Gotteslästerung bestraft. (Zuruf aus dem Zentrum: Was geht uns denn Polen an? Glocke des Vorsitzenden.) Ich habe schon gesagt, daß ein katholischer Geistlicher auf Grund dieser Abbildung einen Prozeß gegen diese Zeitschrift anstrengte und die Verleger wegen Gotteslästerung bestraft wurden. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Saßen: Was geht das denn uns an?) Ich will daran nur zeigen, wie Ihre Bekämpfung von Schmutz und Schund aussieht. Wir als Proletarier haben unsere eigene Kunst, die wir pflegen. (Lachen rechts und in der Mitte. Zuruf: Die ist auch danach!) Wir lehnen Ihre bürgerliche Kunst natürlich ab.

Meine Damen und Herren! Ein Wort zur kommunalen Neugliederung. Herr Pfarrer Janßen hat

heute morgen davon gesprochen, daß man bei der Behandlung der kommunalen Neugliederung keine Geschichtsfälschung vornehmen soll. Ich möchte ihn darauf aufmerksam machen, daß er unrichtig wiedergegeben hat, wie die Verhandlungen über die Eingemeindungen im Provinzialausschuß waren, also er eine Geschichtsfälschung begangen hat. Er sagte, das Zentrum hatte die Mehrheit und es war daher in der Lage, den zuletzt gefaßten Beschluß, der auch mit den Stimmen anderer Parteien gefaßt wurde, durchzuführen. Wir haben im Provinzialausschuß darauf hingewiesen, daß das Zentrum nicht den Mut aufbringt, allein die Verantwortung für eine solche Stellungnahme zu übernehmen. Die Entschließung des Zentrums, die zuerst vorgelegt wurde, lautet in ihrem entscheidenden Absatz folgendermaßen:

„Die Vorlage des Ministers soll das gesamte in Betracht kommende Gebiet einer kommunalen Neugliederung unterziehen. Die unverkennbare Tendenz der Vorlage ist, die Schaffung und das Wachstum von Großstädten auf Kosten der mittleren und der kleineren Städte und der Landkreise zu begünstigen. Diese Tendenz hält der Provinzialausschuß für falsch und lehnt daher die Vorlage, die als ein Ganzes ihm zur Begutachtung unterbreitet wird, ab.“

In dem später gefaßten Beschluß, also der abgeänderten Zentrumsentschließung, heißt es an dieser Stelle nur:

„Die Tendenz der Vorlage ist, die Schaffung und das Wachstum der Großstädte auf Kosten der kleineren Städte und der Landkreise zu begünstigen. Diese Tendenz hält der Ausschuß für falsch und er spricht sich daher gegen die Vorlage aus.“

Also nicht ablehnen, sondern sich nur dagegen aussprechen. Ich habe schon erklärt, daß das Zentrum sich an einer klaren Stellungnahme vorbeidrückt auf Grund der Klippeninteressen, die im Zentrum vorhanden sind, die in der Großstadt den einen Flügel für die Eingemeindung eintreten lassen, während der Flügel auf dem Lande die Eingemeindung ablehnt und sich für die Erhaltung der reaktionären Kreise, der Landratsämter usw. einsetzt, weil die meisten dieser Pfriünde mit ihren Anhängern besetzt sind.

Noch ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Gerlach. Herr Gerlach glaubte der Kommunistischen Partei eins auszuwischen zu können, als meine Fraktionskollegin Fräulein Otto ihm einen Zwischenruf machte, während er sich mit der rechten Seite des Hauses befaßte. Die Sozialdemokratische Partei hat gar keine Ursache, den Versuch zu machen — hier in diesem Hause ist das möglich —, bei der schaffenden werktätigen Bevölkerung den Nachweis zu führen, daß sie an den heutigen Zuständen nicht schuld

sei. Die Sozialdemokratische Partei ist die allein Schuldige gegenüber dem Proletariat. Sie ist schuld, daß sich heute die Arbeiterschaft und mit ihr eine ganze Reihe anderer werktätiger Schichten in Stadt und Land in diesen elenden Verhältnissen befindet. Sie hat am 9. November 1918 die Revolution verraten. (Zustimmung bei den Kommunisten.) Hätte die Sozialdemokratische Partei nach den Grundsätzen, die in der Vorkriegszeit die alten marxistischen Vorkämpfer aufgestellt hatten, am 9. November gehandelt, dann säßen Sie, meine Damen und Herren von der rechten Seite des Hauses nicht hier im Provinziallandtag und wir brauchten uns nicht mehr darüber zu unterhalten, wie das Proletariat aus diesem Dilemma herauskommt. Es ist für die Arbeiter kein Stolz, wenn die Sozialdemokraten erklären — für denjenigen, der es erklärt hat, mag es ein Stolz sein —, daß die völkerbefreiende Sozialdemokratie trotz aller Schikanen und trotz aller Anwürfe der Kommunisten vorwärts marschiert.

Ja, sie marschiert vorwärts auf Kosten der Preisgabe ihrer ehemaligen Grundsätze, sie marschiert vorwärts, gestützt auf die Krücken der Bourgeoisie. Sie marschiert vorwärts, gestützt auf ihre Kuhhandeleien mit den bürgerlichen Parteien, sie marschiert, gestützt auf das kapitalistische System!

Wir Kommunisten erklären aber ganz offen: Auch die Sozialdemokratische Partei wird im Orkus verschwinden zusammen mit den bürgerlichen Parteien, mit denen die Arbeiterschaft aufräumen wird. Erst die Arbeiterschaft selbst wird sich den Staat und die Gesellschaftsordnung schaffen, die der breiten Masse der werktätigen Bevölkerung erlaubt, so zu leben, wie es menschenwürdig ist. Dieser Zustand wird eintreten, wenn auf allen Zinnen nur die Sowjetfahne weht. (Lauter Beifall bei den Kommunisten.)

Stellv. Vorsitzender Oberle: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wisler.

Abgeordneter Wisler: Meine Damen und Herren! Nach den sehr erschöpfenden Darlegungen des Herrn Vorredners bleibt mir nicht viel zu sagen übrig. Ich darf mich wohl auf einige kurze Bemerkungen beschränken.

Zunächst habe ich das Bedürfnis, den Ausführungen meiner Herren Vorredner von der Kommunistischen Partei einige Worte hinzuzufügen, um zu erkennen zu geben, wie sehr wir von ihrer Auffassung abrücken.

Im Gegensatz zu dieser Anschauung möchten wir betonen, daß wir die Fürsorgeerziehung in der Art, wie wir sie hier erkennen, als etwas durchaus Begrüßens- und Lobenswertes bezeichnen. (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Ihre Kinder hocken nicht in diesen Buchthäusern!)

Stellv. Vorsitzender Oberle: Herr Abgeordneter Nohl, ich möchte Sie dringend ersuchen, die Zwischenrufe endlich einmal zu unterlassen.

Abgeordneter Witzler (fortfahrend): Die Erziehungsmethoden, die man in den Fürsorgeerziehungsanstalten anwendet, sind das Ergebnis langjähriger Erfahrungen. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Das Prügeln der Kinder!) Auf jeden Fall sind die Ergebnisse dieser Erziehungsmethode andere und bessere als diejenigen Erziehungsmethoden, die in Rußland zu diesem gräßlichen Kinderelend führten. (Erregte Zurufe der Kommunisten.) Meine Herren von der Linken, Sie haben vielleicht einmal davon reden hören, welches erschütternde Elend dort unter den russischen Kindern, unter den Produkten der kommunistischen Kindererziehung herrscht. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Machen Sie sich doch nicht lächerlich!) Diesen Dingen brauche ich wohl nichts hinzuzufügen. Die Ergebnisse unserer Kindererziehung können sich dagegen wohl sehen lassen. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Sie wollen wohl Anstaltsdirektor werden?) Es scheint, meine Herren, daß Sie es doch nicht so gut verstehen wie wir, gegenteilige Ansichten zu hören; wir haben Sie doch eben sehr ruhig und ohne derartige störende Zurufe angehört. (Zuruf des Abgeordneten Wietscher: Dann müssen Sie nicht so ein Blech reden!)

Der Herr Landeshauptmann hat in seinen Ausführungen — ich will nur ganz kurz darauf eingehen — von den Gegensätzen gesprochen, die nun einmal unvermeidlicherweise zwischen der Privatwirtschaft und der Wirtschaft der öffentlichen Hand beständen. Aber diese beiden Wirtschaftsmethoden müßten wohl oder übel nebeneinander auszukommen suchen. Das ist selbstverständlich durchaus zutreffend. Aber für uns ist es doch sehr zweifelhaft, wie die Privatwirtschaft das eigentlich machen soll, neben der Wirtschaft der öffentlichen Hand so glatt auszukommen (Unruhe links. Vorsitzender Dr. Jarres: Ich möchte um etwas Ruhe bitten!), nachdem die öffentliche Wirtschaft doch das Bestreben zeigt, die Privatwirtschaft aufzufressen. Das Rezept mutet uns an wie der Ratschlag, den man dem Hasen gab, er möchte doch sehen, daß er mit dem Fuchs gut auskomme.

Zu der Eingemeindung, meine Damen und Herren, habe ich nur ein paar Worte zu sagen. Die Auffassung, die der Provinzialausschuß zum Ausdruck gebracht hat, ist auch im großen und ganzen die unsrige. Soweit das natürliche Wachstum der Gemeinden und das wirtschaftliche Bedürfnis eine Eingemeindung oder eine Anlehnung an eine größere Stadtgemeinde erfordern und soweit die Bevölkerung dieser Anlehnung oder Eingemeindung zustimmt, werden wir nichts dagegen einzuwenden haben. Aber gegen die Bildung ganz unmotivierter Großstädte müssen wir uns selbstverständlich, ebenso wie die Herren Kollegen von den anderen Fraktionen, aussprechen. Wir haben dafür außer den bereits gehörten Gründen auch noch andere. Welcher Art diese Gründe sind, läßt sich leicht erkennen, wenn wir die Äußerung registrieren, die vor kurzem

einer der Herren kommunistischen Provinziallandtagsabgeordneten in der Presse von sich gegeben hat. Da war die Rede davon, daß die Linksparteien die Bildung von Großstädten deshalb unter allen Umständen begrüßen und begünstigen müßten, weil in den Großstadtgebilden sich die Verbearbeit für die radikalen Theorien viel leichter abwickeln lasse, weil hier eine viel brauchbarere Basis für eine große, starke Fraktion in den Stadtverordnetenkollegien geschaffen würde. Man kann daraus genau erkennen, wohin der Hase laufen soll. (Zuruf des Abgeordneten Wietscher: Sind Sie bange, Ihre Hausbesitzerinteressen gingen dabei flöten?) Meine Herren! Wer bange ist, wird sich ja herausstellen, wenn wir den letzten Kampf kämpfen. Meine Damen und Herren! Wir sind auf jeden Fall nicht bange. (Zurufe bei den Kommunisten: Dann kommen Sie an den Laternenpfahl! Dann kriechen Sie ins Mauselloch!) Ich wiederhole die Mahnung, die ich vorhin schon an Sie richtete: Wir können das, was Sie hier ausführen, sehr gut schweigend anhören; Sie scheinen das nicht zu können. (Zuruf des Abgeordneten Wietscher: Reden Sie nicht so ein Blech, dann hören wir Sie auch an!) Ich überlasse das Urteil über einen derartigen Zwischenruf der Versammlung. (Weiterkeit.) Jeder stellt sich auf das Bildungsniveau, dem er angehört. (Zuruf des Abgeordneten Wietscher: Das haben Sie als Hausbesitzer und Agrarier bewiesen!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich bitte nochmals um Ruhe. Die anderen Herren haben ausreden können; ich bitte, auch den Herrn Abgeordneten Witzler auszusprechen zu lassen.

Abgeordneter Witzler (fortfahrend): Es ist heute sehr viel über die Landwirtschaft gesprochen worden, und Sie werden nicht das Bedürfnis haben, noch mehr davon zu hören. Auf welchem Standpunkt wir stehen, hat Herr Dr. Stein heute morgen schon angedeutet. Aber eine Bemerkung möchte ich mir doch nicht schenken: Die Landflucht wird nicht allein begünstigt durch die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern auch durch die Erwerbslosenfürsorge. (Abgeordneter Dr. Gold: Richtig!) Meine Damen und Herren! Die Erwerbslosenfürsorge wie überhaupt die ganze Wohlfahrts-gesetzgebung hat nach unserer Ansicht Formen angenommen, die für unsere Wirtschaft nicht mehr tragbar erscheinen oder wenigstens zu den allergrößten Bedenken Anlaß geben. (Zuruf: Aber die Mietpreiserhöhungen verteidigen Sie!) Sie haben jedenfalls keine Häuser, die Sie unter dem Selbstkostenpreis an Ihre Mieter abgeben müssen. Meine Damen und Herren! Bilder wie das folgende sollen nach den mir gewordenen Berichten gar keine Seltenheit sein: Wenn man in einem kleinen Dorfe beispielsweise ein paar alte Kleinbauern, Mann und Frau, vom Felde heimkehren sieht, die sich auf ihren Spaten und ihren Rechen stützen, und sieht gleichzeitig vielleicht eine Gruppe junger Erwerbsloser, die an der Ecke Zigaretten

rauchend stehen, dann wird man doch recht nachdenklich (Sehr richtig! rechts.) und fragt sich: Wie ist es möglich, daß diese jungen Leute, die kräftig genug wären, den Alten die Arbeit abzunehmen, dort stehen und die Zeit totschlagen (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Unerhört!), und die Alten wissen nicht vor Sorge, woher sie das Geld nehmen sollen, um ihren Verpflichtungen nachzukommen, und müssen, krumm von der Arbeit, nach Hause wandern und dabei derartige Bilder in sich aufnehmen. Meine Damen und Herren! Etwas derartiges ist nichts anderes als ein Spiegelbild der heutigen Zeit, und es wirkt niederschmetternd auf jeden, der leidenschaftslos und objektiv die Dinge betrachtet. Die Aufwendungen für die öffentliche Wohlfahrt sind derartig, daß man sagen muß: Das ist eine Ueberspannung, wie sie unsere Wirtschaft nicht ertragen kann.

Wenn Sie es genauer wissen wollen, meine Herren von der Linken, dann bitte ich Sie, einmal festzustellen, welchen Umfang die Thesaurierung öffentlicher Gelder allein in den letzten fünf Jahren angenommen hat. Allein die verschiedenen Versicherungszweige — Krankenversicherung, Alters- und Invalidenversicherung, Unfallversicherung, Angestelltenversicherung — sollen nach zuverlässigen Zusammenstellungen in den letzten fünf Jahren 5 Milliarden Vermögen aufgehäuft haben, dank der Reichszuschüsse, die diese Wohlfahrtszweige zu erlangen wußten. (Zuruf des Abgeordneten Wietscher: Reden Sie auch einmal von den Ueberschüssen der Hausbesitzer! Zuruf des Abgeordneten Pikard: Wollen Sie nicht auch einmal die Gehälter der Generaldirektoren verlesen, das wäre besser!) Jedenfalls haben die Herren, die von den Ueberschüssen der Hausbesitzer reden, keine Vorstellung davon, wie groß die Sorgen der armen, geplagten Hausbesitzer sind. (Lachen links.) Die Hausbesitzer, die Sie im Auge haben, sind die wenigen Glücklichen, die schon in Friedenszeiten ihre Häuser zu sehr günstigen Preisen haben vermieten können. Das ist das Bäckerduzend, das man in jeder Großstadt an den fünf Fingern her zählen kann. Aber diese Leute repräsentieren den deutschen Hausbesitzerstand nicht. (Zuruf des Abgeordneten Wietscher: Sie bestehen das Prädikat als Komiker mit „Gut“!)

Man hat ferner Ausgaben für Unterrichtszwecke für die heranwachsende Handwerkerjugend im Betrage von 50 000 RM in den Etat eingestellt. Wir begrüßen die Einstellung dieser Summe in den Etat. Wir lehnen sie nicht ab. Aber wir fügen hinzu: Wir möchten wünschen, daß die Reichsverdingungsordnung in dem Sinne Anerkennung finden möchte, daß die Vergütung namentlich der öffentlichen Aufträge an das Handwerk zu angemessenen Preisen stattfindet und nicht, wie bisher, zu den billigsten Preisen.

Es ist unzutreffend, was heute hier auch erklärt wurde, daß das Wigilieren nach den sog. Schwarz-

arbeitern wirklich zu tabeln sei, weil der betr. Erwerbslose sich ein paar Pfennige nebenher verdient hätte. Meine Herren! Die Sache ist schon etwas anders, wenn z. B. das Malergewerbe, wie man aus einzelnen Städten hört, feststellen muß, daß die laufenden Arbeiten dieses Gewerbes bis zu 50 Prozent von Schwarzarbeitern hergestellt werden. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Furchtbar!) Meine Damen und Herren! Das registriert das Handwerk, das registrieren die Meister, die das wissen müssen. Das ist nicht bloß mit ein paar Pfennigen abgetan, da liegt ein großer Krebschaden. So sehr wir es begrüßen, daß dem Handwerk auf die oben angedeutete Weise geholfen werden soll, so sehr möchten wir aber auch wünschen, daß dem Handwerk namentlich öffentliche Aufträge zu angemessenen Preisen zugänglich gemacht werden. (Zuruf des Abg. Wietscher: Was meinen Sie wohl, was Ihnen geschähe, wenn Sie das in einer öffentlichen Versammlung der Erwerbslosen sagen würden?)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Wigler. (Heiterkeit.)

Abgeordneter Wigler: Was Ihnen passiert, wenn Sie etwas von dem, was Sie hier sagen, in einer Versammlung von uns ausführen, das habe ich Sie ja auch nicht gefragt. (Zuruf des Abg. Wietscher: Ich komme zu Ihnen in die Hausbesitzerversammlungen, laden Sie mich nur ein, ich habe den Mut dazu!) Das soll uns freuen.

Ich habe noch eine Bitte auszusprechen. Wir haben aus dem Etat ersehen, daß die Landesbank auch Darlehen gewährt, namentlich an kleine Gewerbetreibende und auch an Landwirte. Wir haben uns aber erzählen lassen, daß die Landesbank bei der Auszahlung dieser hypothekarisch sicherzustellenden Darlehen bis zu 9 Prozent Damno abzieht, also fast 10 Prozent der Summe für irgendwelche Berechnungen oder irgendwelche Vergütungen beansprucht. Das würde also bei einer Darlehenssumme von 5000 RM allein 450 RM Verlust für den Betroffenen bedeuten, der ein solches Darlehen empfängt. Wir haben, weil uns ein ganz besonderer Fall hier vorschwebt, die Absicht, die Direktion der Landesbank und den Herrn Landesbankhauptmann zu bitten, doch einmal Erwägungen darüber anzustellen, ob es nicht möglich ist, in besonders gelagerten, selbstverständlich zu untersuchenden Einzelfällen da, wo die wirtschaftliche Notlage des Betroffenen es wirklich wünschenswert erscheinen läßt, sich mit einem geringeren Abzuge oder einer geringeren Vermittlungsgebühr zu begnügen. (Zuruf des Abgeordneten Wietscher: Es ist ja niemand mehr da!) Dann haben wir doch Leute, die es übermitteln können, lassen Sie doch diese Bemerkungen. (Lachen links.) Wissen Sie, was Fritz Reuter mal gesagt hat?: Dummheit lacht. (Zuruf des Abgeordneten Wietscher: Das kann man bei Ihnen feststellen! Zuruf des Abgeordneten Schröder, Essen: Sehen Sie, der Vorsitzende lacht!)

Ich komme nun zu dem Straßenbau, namentlich in kleinen Gemeinden, die von Provinzialstraßen durchschnitten werden. Es gibt Provinzialstraßen, die, obwohl sie die Gemeinden nach verschiedenen Richtungen durchschneiden, vollständig auf Kosten der Provinz erhalten werden. Die Anwohner dieser Provinzialstraßen leiden im Sommer unter der Staubplage und im Winter und bei regnerischem Wetter unter der Schlammplage. Wenn die Kraftwagen diese Straßen passieren, dann ist die Staubentwicklung im Sommer so außerordentlich stark, daß die Bewohner der zum Teil sehr engen Dorfstraßen erheblich mehr leiden als die Bewohner der großen Städte, und im Winter ist es mit dem Schlamm ähnlich. Wir bitten deshalb die Provinzialverwaltung, erwägen zu wollen, ob es sich nicht ermöglichen läßt, eine stärkere und zweckmäßigere Befestigung der Straßendecken auf Kosten der Provinz herbeizuführen, so daß wenigstens die schlimmsten Uebelstände auf dem Gebiete aufhören.

Zum Schluß wiederhole ich eine Bitte, die wir schon vor Jahren an dieser Stelle ausgesprochen haben. Wir haben damals gebeten, die Provinzialverwaltung möge sich doch einmal entschließen, eine Vermögensaufstellung der Provinz dem Haushaltsplan hinzuzufügen. Bisher ist dieser Bitte nicht entsprochen worden. Ich erlaube mir deshalb, diese Bitte zu wiederholen. Falls mehr Schulden da sein sollten als Vermögenswerte, bitte ich, darüber ganz offen ein Bekenntnis abzulegen. (Ironischer Beifall links.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Herrmann.

Abgeordneter Herrmann: Meine Damen und Herren! Es ist mir gesagt worden, daß meine Ausführungen über unsere Rechtspflege und über die von mir behauptete Abhängigkeit der Richter Anstoß erregt haben. Es ist von zwei Seiten dagegen Einspruch erhoben worden, erfreulicherweise einmal von Seiten der Kirche und zum andern von Seiten des Richterstandes, also von zwei Seiten, die an sich berufen und vielleicht auch verpflichtet sind, über die Integrität unserer Rechtspflege und auch der Richter zu wachen. Trotzdem habe ich den Eindruck, daß die beiden Herren von einer gewissen Weltfremdheit oder, milder ausgedrückt, von einem Optimismus erfüllt sind, der sich mit den Tatsachen nicht begründen läßt.

Ich könnte es mir sehr leicht machen, die Abhängigkeit unserer Richter zu beweisen und Sie auf die Verhandlungen des Juristenkongresses hinweisen, wo als eine der Kardinalforderungen die Forderung aufgestellt worden ist, daß die Unabhängigkeit der Richter wieder hergestellt werden müsse. Also, meine Damen und Herren, die Richter selbst haben dort diese Forderung erhoben. Besser kann man nicht beweisen, daß die Unabhängigkeit der Gerichte tatsächlich heute nicht besteht.

Aber ich will Ihnen auch einige praktische Beweise bringen. Als im Jahre 1923 die Reichsregierung sich anschickte, die dritte Steuernotverordnung zu schaffen, hat der Richterverein am Reichsgericht eine Eingabe an den Reichsjustizminister gerichtet und ihn beschworen, die geplante Gesetzgebung nicht zur Ausführung zu bringen, weil durch sie Treu und Glauben im Lande zerstört würden. Das war ein ganz außergewöhnlicher Schritt. Er wird in der Geschichte des deutschen Juristenstandes ewig ein Ehrenblatt bleiben. Und was geschah? Es kam der erwartete Druck von oben, und die Richter verstummten. Einige wenige, die den Mut dazu hatten, sind offen weiter für die Sache eingetreten: Dr. Lobe, Dr. Zeiler und andere.

Ein zweites Beispiel: Als das Reichsgericht im November 1923 das Urteil herausbrachte, daß Mark nicht gleich Mark sei, sondern daß Goldmark . . .

Vorsitzender Dr. Jarres (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter, Ihrer Gruppe standen noch zwei Minuten Redezeit zu.  $3\frac{1}{2}$  Minuten sind Ihnen jetzt schon zugestanden. Ich muß bitten, nun zu schließen.

Abgeordneter Herrmann: Dann darf ich noch den Schlußsatz sagen: Der Präsident des Reichsgerichts, Herr Dr. Simons, selbst hat das Wort geprägt, daß bei den heutigen Zuständen der Richter nicht mehr Recht sprechen könne, sondern gezwungen sei, mehr oder minder Unrecht zu sprechen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Floßdorf.

Abgeordneter Floßdorf: Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete der Kommunistischen Partei hat eben von einer Interesselosigkeit gegenüber dem parlamentarischen System im Hinblick auf die Leere des Hauses gesprochen. Ich möchte nicht von Interesselosigkeit sprechen, sondern lieber sagen, daß das Haus bei diesen Etatsreden sich manchmal aus Mitleid für das parlamentarische System leert. Man weiß ja gar nicht mehr, ob es sich hier noch um Parlamentarismus oder um ein Komödientenspiel handelt, das sich hier zuweilen abspielt. (Zuruf: Restauration!)

Herr Abgeordneter Gerlach hat die Zentrumsparterie angegriffen und auch Vorwürfe gegen den Provinzialausschuß erhoben. Ich habe nicht die Pflicht, den Ausschuß hier zu verteidigen. Ich bedaure zunächst, daß die Etatsredner dann verschwinden, wenn sie Personen angegriffen haben. Das ist m. E. ein Mangel im parlamentarischen System. Es wäre jedenfalls zweckmäßiger, daß solche Etatsredner auch nach diesen Angriffen noch dablieben, um wenigstens auch dasjenige zu hören, was man ihnen zu sagen hat.

Herr Gerlach fragt, ob der Herr Abgeordnete Jansen, ob überhaupt das Zentrum zusammen gegen Eingemeindungspläne der Stadt Köln stimme oder ge-

stimmt habe. Er hat diese Frage mit der früheren Eingemeindungsvorlage von Köln in Zusammenhang gebracht. Da möchte ich Herrn Gerlach auch in seiner Abwesenheit sagen: Damals haben auch andere Leute hier im Provinziallandtag gefessen, die sich der Dinge noch genau erinnern und genau wissen, daß es eine Tatsache ist, daß damals über die Eingemeindungsfrage von Worringen die Zentrumsparlei des Provinziallandtags sehr geteilter Meinung war und in der verschiedensten Weise abgestimmt hat. Die Zentrumsparlei stimmt in solchen Fällen aus Zweckmäßigkeitsgründen. Sie hat damals zum Teil aus Zweckmäßigkeitsgründen gegen die Eingemeindung Worringens gestimmt, genau so, wie sie heute zu der Vorlage des Ministers aus Zweckmäßigkeitsgründen eine andere Haltung eingenommen hat. Anders dagegen liegt es bei der Partei, der der Herr Abgeordnete Gerlach angehört. Es ist für uns ganz offenkundig, daß damals die Sozialdemokratische Partei aus rein parteipolitischen Gründen restlos für die Eingemeindung gestimmt hat, genau so wie sie heute aus rein parteipolitischen Gründen mit der Vorlage ihres sozialdemokratischen Ministers, des preußischen Innenministers, einverstanden ist. (Inzwischen hat Herr Abgeordneter Gerlach den Saal wieder betreten.)

Jedenfalls, Herr Gerlach, ist Ihnen bekannt, daß man auch in Ihrer Partei nicht vollständig einverstanden ist mit dem, was der Herr Minister gemacht hat. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Doch, damit sind wir sehr einverstanden!) Auch mit dem diktatorischen Vorgehen, daß er hier im Bezirk angewandt hat? Und, wenn das nicht der Fall ist, so nehmen wir in der Zentrumsfraktion für uns in Anspruch, daß wir nach wie vor aus Zweckmäßigkeitsgründen unter Umständen selbst auch einmal gegen unsere eigenen Parteifreunde stimmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Damit ist die Rednerliste erschöpft. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Erörterung.

Zwischenzeitlich sind folgende weitere Anträge eingegangen:

Antrag der R P D.-Fraktion, die Reichsregierung um Ausdehnung der Krisenfürsorge zu ersuchen. Es wird Ueberweisung an den Sachausschuß I vorgeschlagen.

Antrag der R P D.-Fraktion, den Klöstern vom guten Hirten keine Böglinge mehr zu überweisen. Zu überweisen an Sachausschuß II.

Antrag derselben Fraktion, die Reichsregierung zu ersuchen, Personen über 50 Jahre nicht mehr als Korrigenden in Zwangsarbeitsanstalten unterzubringen. Ueberweisung an Sachausschuß III.

Antrag derselben Fraktion auf Beseitigung der Uniformierung der Beamten und Angestellten der Provinzial-Arbeitsanstalt, jedoch unter Be-

lassung des Bekleidungs-geldes. Ueberweisung an Sachausschuß III.

Antrag derselben Fraktion, betr. Ausbau der landwirtschaftlichen Abteilung der Provinzial-Arbeitsanstalt und Einsetzung einer Summe von 500 000 RM in den Haushaltsplan. Ueberweisung an Sachausschuß III.

Antrag derselben Fraktion auf Entlohnung aller Zinsassen der Provinzial-Arbeitsanstalt zu Tariflohn. Ueberweisung an Sachausschuß III.

Antrag derselben Fraktion, die Reichsregierung zu ersuchen, in den gesetzlichen Bestimmungen den Passus, betr. Ueberweisung von Personen an die Landespolizeibehörde wegen Nichtbeschaffung eines Unterkommens, zu streichen. Ueberweisung an Sachausschuß III.

Antrag derselben Fraktion, die Reichsregierung zu ersuchen, gesetzliche Bestimmungen, betr. Verbot der Ueberweisung Erwerbsloser an die Landespolizeibehörde durch Gemeinden und Stadtverwaltungen, zu erlassen. Ueberweisung an Sachausschuß III.

Antrag derselben Fraktion, den in der Heil- und Pflegeanstalt Bedburg-Hau in der Kartonagenabteilung beschäftigten Kranken eine ausreichende Entlohnung zu zahlen. Ueberweisung an Sachausschuß III.

Antrag derselben Fraktion, betr. Zusammenfassung des neu zu bildenden Beirats der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen. Sachausschuß III.

Antrag derselben Fraktion, betr. Hochwasserschutzmaßnahmen. Sachausschuß I.

Eventualantrag derselben Fraktion, betr. die Durchführung der Fürsorgeerziehung. Sachausschuß II.

Antrag derselben Fraktion, betr. Unterstützung der kleinen Winzer. Sachausschuß V und I.

Antrag derselben Fraktion, betr. Zinsverbilligungsaktion für die Kleinbauern. Sachausschuß V und I.

Antrag derselben Fraktion, betr. Errichtung von gemeindlichen Saatgütern. Sachausschuß V und I.

Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Ankauf des Hartrathschen Weinbergs „Trierer Reuberg“. Sachausschuß V und I.

Zu den Anträgen der kommunistischen Fraktion hat der Provinzialausschuß bereits Stellung genommen.

Meine Damen und Herren, die Sachausschüsse tagen wie folgt:

Der Sachausschuß V sollte heute nachmittag um 5 Uhr beginnen. Er tagt sofort im Anschluß an das Plenum in Zimmer 3.

TOMI IV. PART. X.  
CONSTANTINENSIS CONCILII  
DE BENEDICTO XIII. PAPA  
DE PAPA I. DE DELECTO  
THEODERICUS VRIE

in Hist. Concilii Const.

AD CÆSAREM SIGISMUNDUM

supr. Tomo I. Parte I. f. 187.

*Maledictus ille Benedictus [Petrus de Luna] cui non poterit dici, Ingredere benedicte Domini, cur foris stas? Sed rumore crudelissimo illi acclamabitur: Egredere maledicte Diaboli, cur intus stas? Dignum enim est & justum, ut, qui toti Christianæ religioni maledicit, exeat foris, condemnatus, & Episcopatum illius accipiat alter, illo de sede sua cathedrali dejecto.*

Idem, l. c. f. 205.

*Rebellio, dolositas, & astutia, atque callida prudentia hujus maledicti Benedicti mundum sic resonant per universum, ut etiam pueri & adolescentes illius incredibilem testentur pertinaciam, & rebellionem fateantur. Hic est vir ille impiissimus, à spiritu Diabólico deceptus, qui egressus decepit Achab. Huic asistet iniquissima Jeshabel, sensualitas videlicet, dominantans rationem. Per sacrum generale Concilium maledictus deponeris, & recipies pro benedictione maledictionem.*

S. A. 1699.  
d. 27. Febr.

Gerfon, Legatus Gallus,

d. 17. Jan.  
A. 1417.

*Die Domin. 17. Jan. die S. Anthonii, A. 1417.*  
 Pro concione inter alia de Autoritate Concilii graviter disseruit,  
 Et de causa Johannis Parvi excusata amare est conquestus.

Habetur hæc oratio Operum ejus Tomo I. Autoritatem Concilii inter alia illustrare fategit his verbis: *Habet licet summus Pontifex plenitudinem potestatis Ecclesiastica, subjective, ordinative, regulative & suppletive, super singulos de Ecclesia: Nihilominus habet Ecclesia synodaliter congregata plenitudinem potestatis, etiam super Papam, ordinative, regulative, & suppletive. Quæ verba quomodo sint accipienda Tractatus quidam nuper editus pandit, qui prodiet in publicum (Vid. inf. d. 6. Febr.) magis ad examinationem quam determinationem, magisque ad elucidationem veritatis, quam ostentationem vanitatis. Quamvis ultra multiplicare sermones quid opus est super ea veritate, cujus decisio clarissima solidissimaque facta est per hoc sacrum Concilium. Cui non licet obniti, nec ipsam in argumenta deducere. Quoniam disputationum & argumentationum & evasionum frivolarum nullus unquam est finis. Sed casus assiduus in errores absurdos, insanos & impios. Vere & graviter Ecclesiastes intonuit: Quia cito non profertur contra malos (Joh. Parvi) sententia, filii hominum absque ullo timore perpetrant mala. Numquid non ideo sacra hujus Synodi Constantiensis impugnantur judicia, quæ sic habent: Primo declarat, quod ipsa in Spiritu sancto legitime congregata, generale Concilium faciens, & Ecclesiam catholicam militantem representans, potestatem à Christo immediate habet, cui quilibet, cujuscunque status vel dignitatis, etiam si Papalis existat, obedire tenetur in his, quæ pertinent ad fidem & extirpationem dicti schismatis, ac generalem reformationem Ecclesiæ Dei in capite & in membris. Item declarat, quod quicumque cujuscunque, status vel dignitatis, etiam si Papalis existat, qui mandatis, statutis seu ordinationibus aut præceptis hujus sanctæ Synodi & cujuscunque alterius Concilii generalis legitime congregati, super præmissis, seu ad ea pertinentibus, factis vel faciendis, obedire contumaciter contempserit, nisi resipuerit, condignæ poenitentiae subiciatur & debite puniatur, etiam ad alia juris subsidia, si opus fuerit, recurrendo. Huic veritati, fundata supra peram sacre scripture, quisquis à proposito detrahit, cadit in hæresin jam damnatam, quam nullus unquam Theologus, maxime Parisiensis, & Sanctus asseruit. Vidi nuper S. Thomam & Bonaventuram hic: Reliquorum libros non habeo: Dant supremam & plenam summo Pontifici potestatem Ecclesiasticam. Recte procul dubio. Sed hoc faciant in comparatione ad fideles singulos & particulares Ecclesias. Dum etiam comparatio faciendâ fuisset ad auctoritatem Ecclesiæ synodaliter congregata, subjecissent Papam & usum potestatis suæ eidem Ecclesiæ tanquam matri suæ, cujus legem dimitti non debere tradit sapiens, tanquam præterea regula vel legi directivæ & regulativæ infallibiliter, cui se submittere tenetur omnis frater peccabilis de Ecclesia. Cujus auctoritatem & judicia si non audierit frater quilibet, etiam Papa, qui nobiscum dicit Pater noster, audiatur quid jusserit omni catholico Christiano: Sit tibi, inquit, sicut Ethnicus & publicanus, i. e. excommunicatus.*

Posthæc non sine vehèmenti stomacho invehus est hac oratione Gerfon in illos Concilii Patres, qui ferale negotium Johannis Parvi dissimularent, excusarent, nec ad curatum examen revocari vellent. Quos corruptos judices apertius jam vellicat & pungit. Attendant, inquit, obsecro, precor & obtestor in spiritu lenitatis, attendant exemplum S. Anthonii profunda cogitatione, qui constituti sunt habere curam gregis dominici, habere sublimitatem simul cum obligatione pastoralis officii: Quis salutem animarum, qui pacem regnorum, qui pullulantium assidue errorum extirpationem, qui catholice veritatis elucidationem querunt.

Qui præterea robur, decus & honorem hujus sacrosanctæ synodi cupiunt integrum servare, capiunt ab hæresibus (Johannis Parvi) in sinu suo quotidie nascentibus obviare. Provideant celeriter, ne Pontifices sui, ne doctores & vocem habentes, vel de ignorantia, si resciant, vel de culpabili vecordia & acceptione personarum, si negligant, arguantur. Urge.

Quem actum scenicum, verbis *Dacherii*, spectatoris, oculati testis, ob novitatem facinoris, hic declinare fas fuerit: *Am 24ten tag des Monats Januarii, das vvar auff Timotheus tag, da luden die Bischöff aus Engeland, der Bischoff Salisburgenst, der Bischoff von Londen, und demnach funff Bischoff von Engeland, alle Räht zu Cosniz und sonst viel ehrbar Bürger daselbst, in Burchart Walters Haus, das man vorzeiten nennt zu dem Burgthor, itzt zu dem gulden Schwert, allernächst bey S. Laurenz. Und gab ihnen fast ein köstlich mahl, ie 3. Gericht nach einander, jedes Gericht besonder mit 8. Essen: Die trug man allweg eins mahl dar, deren allweg vwaren 4. verguld oder versilbert. In dem mahl, zwvischen dem Essen, so machten sie solch bild und geberd, als unser Frau ihr Kind unsern Hern und auch Gott gebahr, mit fast kostlichen Tuchern und Gevvand. Und Joseph stelten sie zu ihr. Und die heiligen 3. Könige, als die unser Frauen die Opfer brachten. Und hatten gemacht einen lauteren guldenen Stern, der ging vor ihnen, an einem kleinen eisern Drat. Und machten König Herodem, vwie er den drey Königen nachsandt, und vwie er die Kindlein ertodtet. Das machten sie alles mit gar kostlichen Gevvand, und mit grossen guldenen und Silbernen Gurteln, und machten das mit grofter Gezierd, und mit grosser Demuht.*

Quale comœdia genus mox Cæsari præsentî, proximo die Dominico multo splendiduis obtulerunt iidem Angli. Vid. infra.

Tantoque lubentius ac sollicitius hoc Anglorum scitum & laudabile facinus notavimus, quanto major illis, utpote primis autoribus, ex novo profusus hoc in Germania instituto debetur gloria: Quantoque memorabilius, in ipso Concilii splendore, hoc genus *ludi sacri* esse subnatum, *Constantiæq;*, germanico cœlo, primùm hoc sidus illatum.

Non negabimus quidem *Johanni Reuchlino Phorcensi*, illustri ejusdem seculi Jcto & Philologo, hanc gloriam, quod sub finem illius seculi, 1497. prid. Cal. Februarii, Heidelbergæ in ædibus Principis *Johannis Camerarii Dalburgii*, Vangionum Episcopi, comœdiam latinam primus in Germania agi curaverit, more Poetarum Romanorum, ligata oratione, modulisque Musicis adhibitis. Eam sane gratiam Principis impetravit, ut actores studiosi non solum lautæ adtorentur mensæ, sed & annuli nummique aurei, munificentissime à Principe illis donarentur. Quæ comœdia prima Reuchliniana Scenicorum Progymnasmatum nomine in lucem mox prodiit, sæpius dein recensita.

Cujus Prologus gloriam Reuchlino ex novo hoc instituto partam non celat his inter alia verbis:

Optat poeta placere paucis versibus.

Sat esse adeptum gloriæ arbitratus est,

Si autore se Germaniæ schola luserit

Græcanicis & Rhomuleis lusibus.

Nec tacet hanc primam gloriam Sebastianus Brandt Jctus.

Accipe, Vangionum Præsul venerande, Joannis

Capnionis nostri Comica dulciloqui.

Quo duce Germanos comœdia prisca revifit,

Et meruit foccis Rhenus inire novis &c.

Ceterum, sic Reuchlino debetur gloria inter Germanos prima comœdiarum, quæ pedibus Romanis incederent. Ast Anglis laudatis prior omnino debetur gratia, ex actu scenico, diu ante Reuchlinum, eodem tamen seculo, Constantiæ in Concilio primum per eos instituto. Et memorabile, eodem plane mense Januario, imo eodem plane die, Anglos & Reuchlinum suos celebrasse lufus, pridie nempe Cal. Febr. Angli siquidem, bis eodem hoc mense hunc lufum repetierunt, 8. Calend. & pridie Calend. Febr. Ut Reuchlinum Anglos in oculis habuisse fere appareat.

illius effusa. Qui carerent equis, pedibus usi. Cæteri in templo Cathedrali adventum ejus præstolari constituerant, itidem dein obviam ituri, si propius ad urbem accessisset. Verum quod differetur in meridiem Cæsaris adventus, solutus tantisper cætus. Donec circa meridiem signo campanis dato, Cæsare adventante, universi iterum affluerent in Cathedrali templum, pari habitu ornati. Hinc, præsentem cruce, inter religionis ornamenta, in sacris processionibus quas vocant adhiberi ac publice ostentari populoque præferri solita, interque fulminantes faces, à toto numerosissimoque clero Petrusium Cæsari obviam itum. Ad pontem igitur urbis subsistens Imperator, à senatu Constantiensi sub pretiosissimo auroque resplendente umbraculo, à quatuor senatoribus portato, exceptus, à clero cinctus, comites proximos sub umbraculo nactus est Johannem Patriarcham Antiochenum, qui dextrum latus clauderet, & Johannem Ostiensem Cardinalem Vicecancellarium, à sinistris, nec non Ludovicum Bavarum, Electorem, & Fridericum Burggravium, qui sub eodem aureo tecto præirent.

Hoc ordine, in infinita comitantium ac gratulantium turba ad fores templi Cathedralis deductus, unà cum suis quatuor laudatis comitibus sub aureo tegmine in genua provolutus, preces ad Deum fudit, salutis Ecclesiæ amore inflammatus. In templi cathedralis sacrum progressus theatrum, in reliquo festi apparatu assurgentem mox vidit Robertum Archiepiscopum Sarisburiensem, emendandæ Ecclesiæ studio flagrantissimum. Qui sermone latino, in hæc verba: *Erit magnus coram Domino*, Cæsari, de Ecclesia præ omnibus aliis Imperatoribus meritissimo, gratulatus, animum ad reliqua concilii negotia pari ardore & successu perficienda addidit. Divinisque laudibus hæc sacra finita.

Quo deinceps studio & infracto labore, ad Benedicti XIII. Papæ, præfate Papatum tenentis, remotionem fuerit progressus Cæsar, quove ardore reformationem status ecclesiastici promovere allaboraverit, ex sequentibus abunde elucescet.

Ceterum in Comitatu Cæsaris redeuntis exitit Archiepiscopus Gnezensis, qui concilii jussu comes itineris semper extiterat. Qui, ex MSCtis referente Schelstratenno, attulit libellum Johannis à Falkenberg, quem acceperat à Doctoribus & studiosis Parisiensibus, dum eos Lutetia ad convivium exceperat. (In quo actum, teste Gerfone in Dial. Apol. de occidendis omnibus Polonis, absque lege vel ordine, ipsis nec auditis nec defensis.) Effecit autem idem Archiepiscopus, ut Jo. à Falkenberg in tetrum carcerem detruderetur, ejusque libellus famosus in Vladislauum regem & omne Polonum nomen (instinctu Cruciferorum, judice Cromero) conscriptus, à quatuor nationibus & collegio Cardinalium damnaretur, & statueretur, quod censurari deberet in sessione publica. Ceterum, Polonos sub ipsum concilii finem vehementer conquestos esse coram Papa Martino V. librum istum Falkenbergii non fuisse publice damnatum, ex Actis constabit.

d. 31. Jan.  
A. 1417.

Episcopi Anglorum, in Concilio præsentés,  
Cæsarem, Ludovicum Bavarum,  
ceterosque Principes,  
splendido exceperunt convivio,  
comædiâ sacra sub prandio exhibita.

Die Domin. 31. Jan. A. 1417.

Convivii splendorem, magnumque apparatus, cum actu scenico, de Maria, Magis Orientis, ac Herode, exemplo superiori, ab Anglorum Episcopis Constantiæ in Concilio instructum, delineavit Dacher.

Gerfon

## SESSIO GENERALIS XXVII.

in templo Cathedrali,

Præsente Cæsare Sigismundo.

Præside Johanne Ostiensi, Cardinale, Vice-Cancellario

d. 20 Febr.

A. 1417.

die Saturni, 20. Febr. A. 1417.

In causa præcipue Tridentina.

In MSC, Vindobon. Dorr. Sessio hæc refertur ad 1. Martii

In MSC.

Vind.

Dorr.

**S**essio continuationis Friderici Ducis Austriae, Anno M CCCC XVII. primâ die mensis Martii, fuit sessio publica, in qua fuit relatio facta, quod Dominus Fridericus, Dux Austriae non paruit processibus sacri concilii, & accusata fuit sua contumacia, &c.

Item in eadem sessione fuit decretum monitorium contra Ludovicum, Ducem Bavariae, filium olim Ducis Stephani, ex parte Abbatum & monasterii Casariensis ecclesiae Eucharistensis & Frisingensis. Et iudices dati fuerunt in eadem sessione, qui partibus iustitiam ministrarent, quas partes dictus Dux graviter & lamentabiliter offenderat, Romanorum Rege Sigismundo presente & hac petente.

In MSC.

Wölf.

In MSC. Wolfenb. Sessio XXVII. in causa Tridentina. Anno à N. D. 1416. Indictione decima, die vero Sabbati, 20. mensis Februarii, fuit celebrata sessio generalis in majori Ecclesia Constantiensi, Præsidente in eadem reverendissimo Patre Domino Johanne Episcopo Ostiense, S. R. E. Cardinali & Vice-Cancellario. Fuitque peractum officium Missae per Reverendissimum patrem Johannem Patriarcham Antiochenum. Et ipso officio Missae expleto, legebantur litaniae ac aliae devotae Orationes, more aliarum Sessionum. His vero peractis fuit accusata contumacia Friderici Ducis Austriae, & aliorum in Monitorio nominatorum. Et deinde Reverendus Pater Dominus Marinus, Episcopus Aprutinus, in causa Commissariis in huiusmodi causa, legit quandam relationis papyri schedulam tenoris infra scripti. Relatio facta per Commissarios in causa Tridentina seu super executione Montorii. Sacrosancta &c. Vid. infr.

In MSC.

Bransv.

& Lips.

**A**nno, indictione, quibus supra (in I. ipl. Anno à nativitate Domini 1417. indictione decima,) die Sabbati XX. mensis Februar. fuit celebrata Constantiae in ecclesia majori, mane hora tertiaria ad hoc deputata, sessio generalis. Et pro ejus introitu more solito fuit celebratum officium missae per reverendissimum patrem, Dominum Johannem Patriarcham Antiochenum. Quo celebrato juxta ritum aliarum sessionum fuit peractum officium litaniarum per reverendissimum patrem, Dn. Johannem episcopum Ostiensem, Vice-Cancellarium curiae Romanae, ipsi synodo præsidentem, cum introitu: Exaudi nos Domine, litanis, hymnis, collectis, & orationibus, ad huiusmodi officium requisitis.

Præsentibus ibidem ultra prædictum Dominum Johannem Episcopum Ostiensem ac Vice-Cancellarium, reverendis patribus, Dominis Antonio Bononiensi, Gabriele Senensi, Angelo Veronensi, Thoma Tricaricensi, Guillermo S. Marci, Antonio de Chalanco, Petro de Fuxo, Presbyteris, Amadao Saluciarum, Raynaldo de Branchatiis, Ottone de Columna, Lucido de Comite, & Francisco Florentino, diaconis Cardinalibus, aliisque Dominorum Regum, videlicet Romani & Hungariae &c. Franciae, Angliae, Arragoniae, Navarrae, Norwegiae, Daniae, Sveciae & Poloniae, nec non Principum, Ducum, Baronum, Archiepiscoporum, Episcoporum, universitatum studiorum, & Communicatum Ambassiatoribus, & aliis in numero copioso.

Et antequam fuisset per synodum si- ve concilium Constantiense ad aliquem actum processum, surrexit venerabilis vir, Augustinus de Pisis, sacri confistorii advocatus, & proposuit, qualiter reve- rendus

J. U. Doctores, successive approbarunt ipsam relationem factam & pronunciatam per ipsos, per os dicti Domini *Marrini, Episcopi Aprutini*, & dixerunt eam ita esse concordatam per eos, & in hoc nemine discrepante.

Et ulterius, ex quo ipsa synodus statim ad declarationem pœnarum in monitorio contentarum procedere non volebat: Idcirco sæpè fatus Mag. *Johannes de Scribanis* procurator & promotor, nominibus, quibus supra, dictos citatos ulterius citari mandari per dictam audientiam literarum contradictarum, nec non procuratorem ipsius dictæ partis sibi adversæ per cursorem, ad certum peremptorium terminum competentem per ipsam synodum debitâ cum instantia postulavit.

Quam quidem citationem eadem synodus ipsi Magistro *Johanni de Scribanis*, Procuratori & promotori, per

Citatio Friderici Austriaci pridie facta, nunc per Jo. de Scribanis commemorata.

In MSC.  
Brunsv.  
& Lips.

**M**Andant reverendissimi, reverendique in Christo Patres, ac venerabiles & circumspècti viri, Domini Commissarii, per sacrosanctam synodum Constantiensem pro causa & partibus infra scriptis specialiter deputati, citari peremptoriè in audientia literarum contradictarum Romanæ Curia, & citant, ut moris est, illustrem Principem, Dominum *Fridericum, Ducem Austria*, & occupatores & detentores civitatis, castrorum, terrarum, jurium, & rerum ecclesiæ Tridentinæ, & alios in monitorio, de quo inferius fit mentio, contentos, omnesque alios & singulos, sua communiter vel divisim interesse putantes, & eorum procuratores, si qui in Romana Curia & civitate Constantiensi fuerint, pro eisdem, quatenus *die crastina*, quæ erit *die Sabbathi, XX. mensis Februarii*, compareant coram sancta synodo Constantiensi & deputatis in ecclesia majori Constantiensi, manè, hora octava, qua sessio publica teneri solet, si ipsa die crastina sessio publica sive congregatio tenebitur: alioquin *proxima die immediate sequente*, quâ dicta sacrosancta Constantiensis synodus, seu congregatio generalis ejusdem synodi, manè

quemcunque sedis apostolicæ curso-rem, qui super hoc fuerit requisitus, ad proximam sessionem peremptoriè fieri voluit atque mandavit. Et hoc per responsum prælibati Domini *Johanni, Episcopi Ostiensi*, Cardinalis Vivariensis, qui nomine dictæ synodi respondit: *Placet.*

Quò responsò, prædicta synodus de omnibus prædictis protestatis, relatis & approbatis, mandavit fieri instrumentum & *instrumenta*, per notarios sedis apostolicæ & ceteros Notarios & scribas, ad instantiam & petitionem Magistri *Johannis de Scribanis*, procuratoris & promotoris prædicti.

Tenores verò dictæ citationis pergamini audientia contradictarum schedulæ, nec non relationum publicarum, ac petitionum papyri schedulæ, de quibus supra fit mentio, sequuntur, & sunt tales:

horâ sessionum publicarum, sive congregationum generalium, ad jura reddendum fuerit in eadem ecclesia Constantiensi congregata: Ad audiendum relationem deliberatam, per ipsos Commissarios ipsi synodo faciendam, juxta commissionem eis per eandem synodum factam; Et ulterius ad videndum & audiendum ferri sententiam, seu se declarari incidisse pœnas in monitorio alias decreto per synodum sanctam Constantiensem prædictam, dictumque monitorium debere currere marte suo, si & quatenus eadem synodus Constantiensis ad ipsam sententiam, sive declarationem faciendam, fuerit deliberata, alioqui prima die tunc immediate sequente, qua dictam synodum pro sessione, sive generali congregatione, hora & loco prædictis fuerit congregata, in causa & causis vertentibus, & verti & esse sperantur, inter dictos citatos ex una, & reverendum patrem, Dominum *Georgium, episcopum Tridentinum*, de & super ecclesia Tridentina, spoliatione, que ipsius episcopi, ac bonorum, castrorum, terrarum, jurium, jurisdictionum & rerum eorundem, & aliis in causa & causis hujusmodi deductis, & eorum occasione

ordinationes, edicta, decreta, & sententia &c. ejusdem synodi, & legebat quandam *commissionem*, sive supplicationis deputationis ceterorum Commissariorum per concilium pergameni schedulam, alias per singulas nationes concordatam, in qua petuntur dari Commissarii in causa, quæ verti spectetur inter venerabiles & religiosos viros, Dominos *Abbatem & monachos* ac conventum monasterii *Casariensis Augustensis dioceseos*, ex una, & illustrem Principem, *Ludovicum Ducem Bavaria*, natum quondam *Stephani Ducis Bavaria*, de & super spoliatione, rapinis, executionibus, impositionibus, scuris, & aliis molestiis & angariis, ipsi monasterio, Abbati, conventui, & monachis monasterii prædicti per eundem *Ludovicum Ducem* factis, illatis, & impositis, parte ex altera.

Qua schedula sive commissione lecta, & ejus tenore, præfata synodus etiam approbavit per os reverendissimi patris, Domini *Johannis Episcopi Ostiensis*, & Vice-Cancellarii, per verbum placet: Nec non ad requisitionem magistri *Johannis*

de *Scribanis*, procuratoris & promotoris prædicti, mandavit fieri super præmissis, relationibus, accusationibus, electionibus, & approbationibus, unum vel plura fieri publicum & publica instrumentum & instrumenta, per Notarios sedis apostolicæ, & Notarios atque Scribas ad hoc deputatos.

Demum venerabilis & circumspectus vir, Dominus *Augustinus de Lance*, de *Pisis*, Advocatus prædictus, proposuit, qualiter vacante ecclesia *Massanensi* reverendus pater, Dominus N. per capitulum ecclesiæ *Massanensis* canonicè sit electus ad ecclesiam eandem, & sic petens ipsius electionem per synodum confirmari &c. Et in casu, quo non, protestatur de diligentia facta per eum super requisitione prædicta. Præsentibus super prædictis Dominis Cardinalibus, Prælatibus, Ambassiatoribus &c pro testibus infra scriptis.

Tenor verò dictæ *commissionis*, sive supplicationis pergameni schedulæ, de qua supra sit mentio, sequitur & est talis:

Deputatio Commissariorum in causa Augustensi Monasterii Casariensis. Per Petrum de Limburga prælecta.

In *MSC. Brunsv. ac Lips.* SACROSANCTA & generalis synodus Constantiensis, universalem ecclesiam representans, in spiritu sancto legitime congregata, specialiter deputat, ordinat, & eligit Commissarios infra scriptos, videlicet venerabiles fratres, *Johannem Patriarcham Antiochenum*, & *Johannem Episcopum Lubucensem*, ac dilectos ecclesiæ filios, *Casparem Abbatem Pervinum*, *Gundisalvum*, Archidiaconum Ecclesiæ *Burgensis*, decretorum Doctores, & *Robertum Apelton*, Canonicum ecclesiæ *Eboracensis*, ad recipiendum informationem summariam de & super querelis, dilectorum ecclesiæ filiorum, *Johannis*, *Abbatis*, & conventus monasterii *Casariensis*, *Cisterciensis ordinis*, *Augustensis dioceseos*, occasione invasionum, molestationum, exactionum, talliarum, impositionum, injuriarum, & aliorum damnorum, & gravaminum quorumcunque, ipsis per dilectum ecclesiæ filium

Nobilem *Ludovicum*, quondam *Stephani Ducis Bavaria* natum, *Ducem Bavaria*, & ipsius nomine ac mandato, & suos fautores, & adherentes, illatorum & factorum, cum potestate citandi testes quoscunque, in Romana Curia & extra ad effectum, ut cognita per dictos deputatos, aut majorem partem ipsorum fama & veritate de præmissis, & quod tutus ad prædictum Principem & sibi adherentes non pateat accessus, possint deputati prædicti, sub bulla concilii, & ipsius nomine, legitime decernere monitorium, ipsumque valere, ac si in publica sessione decretum foret, & lectum, cum citatione, per edictum publicum, in locis & partibus vicinis publicandum & affigendum, in forma debita & consueta, & ad ulteriora procedere, justitia mediante punire, ac si cognitio dictæ veritatis iterum esset in publica sessione notificata, & monitorium ibidem decre-

rio contentas, & ipsum esse perjurum publicè, & privatum omni honore, & inhabilem, & privatum consortio omni Principum, usque ad secundam generationem, masculini generis. Et omnes sui jurati subditi fuerunt absoluti à juramentis eorum fidelitatis, & homagii: Romanorum Rege Sigismundo presente & hoc petente. Item quod ipse & sui geniti usq; ad secundam generationem masculini sunt privati omni honore, statu, feudo &c. & omnes sibi adhaerentes, & eum foventes eadem poena sunt condemnati. Conf. Dacherius.

In MSC.  
Wolfsenb.

In MSC. Wolfsenb. Sessio XXVIII. in causa Tridentina.

Die Mercurii, tertia mensis Martii, fuit sessio generalis in majori ecclesia Constantiensi solemniter celebrata: Presidente in eadem Domino Johanne, Episcopo Ostiensi. Fuit celebratum in ea officium missae cum introitu: Dum sanctificatus fuero &c. per reverendissimum patrem Dominum Johannem Patriarcham Antiochenum. Et praedicto officio completo, supervenit ibidem Serenissimus Princeps Dominus Sigismundus, Romanorum & Ungariae Rex, cum suis Nobilibus. Deinde vero legebantur litaniae & alia orationes, quae in sessionibus legi solent. Praedicta vero peractis, accusata prius contumacia Domini Friderici, Ducis Austriae, & aliorum non audientium se declarari incidisse poenas in Monitorio contentas: Reverendus pater Dominus Nicolaus Episcopus Merseburgensis in contumaciam dictorum, Ducis Austriae & aliorum, pronuntiavit, eosdem incidisse in poenas contentas in Monitorio, prout in scheda, quam legebat de verbo ad verbum, cuius tenor inferius est insertus, continetur. Et veniendo in eadem scheda ad insertionem Monitorii, propter perplexitatem & laborem Dominus Petrus de Lamburga, alias de Polonia, legebat Monitorium alias decretum. Et eo finito, Dominus Nicolaus, Episcopus praefatus, continuavit lecturam declarationis usque ad finem.

Declaratio in causa Tridentina. Vid. infra.

Lectis autem his, Reverendissimus D. Episcopus Ostiensis Cardinalis Vivariensis juxta consensum & voluntatem omnium nationum, & alias propter discordiam nationum quoad ordinem, respondit pro vice praesenti, per verbum, placet.

In MSC.  
Brunsv.  
& Lipf.

Anno, indictione, quibus supra, die vero Mercurii, III. mensis Martii, fuit celebrata sessio generalis, loco, & hora, quibus supra.

Dominis Cardinalibus nondum supervenientibus, fuit inceptum & cantatum officium missae, cum introitu: Dum sanctificatus fuero, & evangelio: Si quis diligit me, sermonem meum servabit. Quod officium missae fuit celebratum per reverendissimum patrem, Dominum Johannem Patriarcham Antiochenum.

Quò celebratò, supervenit ibidem Serenissimus Princeps, Sigismundus, Romanorum & Ungariae Rex &c. cum suis nobilibus, videlicet Friderico, Burgravio Norimbergensi, magno comite de Hungaria, Brunone de Schala, & aliis nobilibus, Comitibus, Baronibus, militibus, in numero copioso.

Quibus existentibus, intrarunt locum sessionis reverendissimi patres, Domini Johannes Ostiensis, Vivariensis, Jordanus Albanensis Ursinus, & Angelus Pestrinus Landensis, Episcopi, Antonius Bo-

noniensis, Franciscus Venetiarum, Johannes Ragusinus, Gabriel Senensis, Alamannus Pisanus, Antonius Aquilegensis, Angelus Veranensis, Branda Piacentinus, Petrus Cameracensis, Guilielmus S. Marci, Thomas Tricaricensis, Antonius de Chalanco, & Petrus de Fuxis, Presbyteri, Amadeus Saluciarum, Rynaldus de Branchatis, Ludovicus de Flisco, Otto de Columna, Lucidus de Comite, & Franciscus Florentinus, Diaconi Cardinales.

Quibus praesentibus & aliis praedictis, fuit inceptum officium litaniarum, cum introitu: Exaudi nos Domine, Evangelio, Hoc est praeceptum meum &c. hymno, Veni Creator Spiritus, & aliis collectis, orationibus ad hoc requisitis.

Quibus officio missae & litaniarum peractis, levavit se in medium venerabilis vir, Dominus Simon de Teramo, sacri consistorii ac reverendi in Christo patris, & Domini Domini Georgii, Episcopi Tridentini, in causa, vertente inter ipsum Dominum Episcopum, ex una, & illustrem Principem, Fridericum Ducem Austriae, de & super civitate, ecclesia

dem schedula committebatur in fine executio brachii secularis serenissimo Principi Sigismundo, Romanorum & Ungariae Regi &c.

Qua quidem declarationis schedula lecta, & quia in fine ipsius schedulae fuerunt posita verba haec: *Sede apostolica vacante*, surrexit venerabilis & circumspectus vir, Dominus *Wilhelmus de Ludena*, unus de *Ambasiatoribus Arragonum Regis*, & protestabatur nomine Regis & regnorum &c. quod in illam particulam, *sede apostolica vacante*, non consentiret, cum non teneretur hodie, apostolicam sedem vacare: Sed in singula alia bene consentiret in eadem schedula expressa & lecta, per verbum *placet*.

Dominus vero *Ostiensis Cardinalis Vivariensis*, tanquam *presidens*, juxta *consensum & voluntatem omnium nationum*, & alias propter discordiam nationum quo ad ordinem, ad lecta respondendo, respondit *pro vice praesentis* ad omnia supradicta lecta & protestata, per verbum *placet*.

His quidem dictis definitis, atque protestatis, levarunt se venerabiles viri, Domini *Augustinus de Lance*, de *Pisis*, nomine Regis Romanorum praesentis, & *Simon de Theramo*, facti consistorii Advocati. Et ipsi, *Augustinus* nomine Domini Regis Romani, *Simon* vero nomine Georgii episcopi Tridentini, petierunt, & quilibet eorum, nominibus, quibus supra, petiit fieri unum, vel duo aut plura, publicum seu publica instrumentum & *instrumenta*.

Quibus quidem instrumentis petitis, surrexerunt *Ambasiatores*, ut dicitur, *Francorum Regis*, & per os Magistri *Johannis Campani*, procuratoris asserti ipsius Regis Francorum, legebant certas protestationes in scriptis. Et post aliquam lecturam fuit factus unus sibilus in concilio per supposita concilii. Et talis tumultus, sive pulsatio, propter verba contumeliosa, quae, ut dicitur, fuerunt prolata per dictos assertos Ambasiatores & procuratores versus supposita singularia concilii, cum apparuerunt multis inhonesta eorum protestata, ita quod dictus *Johannes* praenimiam tumultuatione le-

cturam suam finire non potuit. Videns idem *Johannes Campani*, lecturam suam sive protestationem finire non posse, protestatus verbaliter, ut in dicta schedula continetur, cujus tenor sequitur inferius, & petiit sibi fieri tot, quot necessaria fuerint, fieri publica *instrumenta* per Notarios ibidem praesentes, tam concilii, quam alios Notarios publicos.

Protestatione namque facta, serenissimus Princeps, *Sigismundus*, *Romanorum & Ungariae &c. Rex*, primo per os venerabilis viri, Domini *Augustini de Lance de Pisis*, Advocati Consistorialis praedicti, & subsequenter ore proprio protestatus fuit de hujusmodi *lectura inuisitata per nationes & concilium*, tendente & vergente in magnum dedecus concilii & in dissolutionem ejusdem. Et sicut alias prius conclusum & statutum sit, quod nullus aliquid proponat in publicis sessionibus, quod vergat in concilii praedicti, publicavit omnibus praesentibus de his providere, quod non fiant de cetero, & praesertim talia, quae sunt impedimenta unionis ecclesiae Dei, sicut protestatio jam per dictum *Joh. Campani* lecta.

Nihilominus petiit consilium a concilio, quid ipse Dominus *Rex*, tanquam *Advocatus Concilii Constantiensis & ecclesiae sanctae Dei*, in similibus actibus, & etiam praesentis facturus sit, ad finem & effectum, quod similes insolentia de cetero non fiant. Cum *Rex* non velit, ut debet, quicquam facere nisi de mandato & ordinatione ipsius concilii: Ad cujus mandatum ipse Dominus *Rex* semper obtulit se esse paratum, & praesertim in concernentibus unionem ecclesiae Dei.

Super quibus ipse Dominus *Rex* pro se, *Augustinus*, tanquam *Advocatus & procurator Regis praedicti*, *Henricus vero de Piro & Johannes de Scribanis*, ut promotores & procuratores concilii praefati, petierunt, & quilibet eorum nomine quo supra, petiit sibi fieri unum vel plura publicum & publica instrumentum & *instrumenta* &c. Praesentibus ibidem supra dictis Dominis, Cardinalibus, nobilibus, & aliis praesentibus infra scriptis.

Duce, qui tunc in hac civitate Constantiensi aderat, auditisque suis defensionibus, per suos Advocatos & procuratores, tam *in sessionibus publicis, quam aliis congregationibus* constitutos, & deputatos ad eandem causam, qui jura & juramenta partium receperunt, hinc inde producta, cum instaret dictus Georgius Episc., literas monitorias contra praefatum Fridericum Ducem, & alios occupatores & detentores, nec non Vassallos, Nobiles, Capitaneos, Officiarios & subditos ecclesiae & civitatis, & aliorum bonorum praedictorum, concedi, ipsosque sub poenis juris & constitutionis divinae memoriae Caroli IV. contra tales facinorosos & sacrilegos edita, & aliis gravioribus, requiri & moneri, pro restitutione dictae

ecclesiae & bonorum praedictorum, ac plenaria satisfactione, quapropter & alias sibi de opportuno remedio provideri: Eadem sacrosancta synodus, super notorietate & aliis servatis servandis, in causa hujusmodi certiorata, ad plenum, eandem notorietatem, & facti evidentiam, & alia in ipsa causa agitata, attendens, volens indemnitati ecclesiae providere, nec minus animarum saluti dicti Ducis & aliorum occupatorum, & detentorum, nec non Vassallorum, nobilium, Capitaneorum, Officiariorum, & subditorum praedictorum, consulere, praehabita deliberatione matura, XI. Kl. Decembr. sequentis ejusdem anni, monitorium decrevit, in forma, cujus tenor talis est:

#### Decretum Monitorii in causa Tridentina.

Per Petrum de Lymburga lectum.

In MSC.  
Brunf.  
& Lipsf.

Sacrosancta & generalis synodus Constantiensis universis & singulis Christi fidelibus salutem, & Dei omnipotentis benedictionem.

Gravem querelam venerabilis fratris nostri Episcopi Tridentini accepimus, continentem, quod illustris Princeps Fridericus, Dux Austriae, ipsum, in canonica possessione ecclesiae & civitatis Tridentinae, ac oppidorum, castrorum, terrarum, villarum, & locorum, juriumque & aliorum bonorum, immobilium & mobilium, ad eandem ecclesiam & ipsum episcopum pertinentium, alias XVI. annis pacifice existentem, ecclesiam, civitate, oppidis, castris, terris, villis & locis, ac juribus & bonis hujusmodi temere & de facto spoliasset, eaque IX. annis citra detinisset, & adhuc detineret occupatas, & occupata, fructus, redditus & proventus sublevando, & percipiendo ex eisdem, ac ipsum cepisset, & carceribus mancipatum affecisset pluribus gravioribus violentiis & injuriis: Propter quae anathematis, sacrilegii & alias poenas, a jure contra talia perpetrantes promulgatas, incurrisset: Quibus inforduisset per longa tempora, & inforderet de praesenti: Nonnullasque promissiones, & etiam certa juramenta & literas, tempore suae captivitatis, & ante, seu post, *in praesudicium libertatis ecclesiasticae*, dictaeque ec-

clesiae Tridentinae damnum non modicum, ab eodem Episcopo incussionibus & metu extorsisset: Et ulterius idem Fridericus Dux, nuper, dum inter Serenissimum Principem, Sigismundum Romanorum & Hungariae Regem, ac ipsum Fridericum Ducem, post executionem justitiae, contra eundem Fridericum per dictum Romanum Regem factam, *submissionis tractatus* firmaretur, se juramenti vinculo astrinxisset, quod si quae personae, tam ecclesiasticae, quam seculares, dicto Regi de ipso Friderico Duce conquererentur, & ab ipso sibi peterent justitiae complementum ministrari: Ipse Fridericus Dux stare deberet ordinationi dicti Regis, & faceret, quae Rex ipse diceret, & ordinaret: Quodque licet Rex ipse, dicto Georgio Episcopo, de praemissis graviter coram eodem conquerente, decrevisset & ordinasset, quod ipse Fridericus Dux ecclesiam, civitatem, oppida, castra, terras, villas, loca & jura, & bona hujusmodi, quibus ipsum Georgium Episcopum notorie spoliaverat, notorieque detineret occupatas & occupata, eisdem Georgio restitueret, ipsumque permitteret eorum possessione impolite uti & gaudere: Nihilominus idem Fridericus Dux, pro parte dicti Episcopi interpellatus, ac sufficienter requisitus, hoc facere non curasset hactenus, nec cura-

bit accessus, alioquin per edictum publicum in audientia publica literarum contradictarum, nec non cathedralis & sancti Stephani Constantiensis, ac locis circumvicinis, videlicet Aquilegenſi, Saltzburgenſi, Frisingenſi, Auguſtenſi, Brixinenſi, Curienſi, Feltrenſi & Veronenſi eccleſiis affigendum, & inibi publicandum, ex parte noſtra Fridericum Ducem, ac alios occupatores, & detentores ſupradictos requirant & moneant, quos nos etiam tenore præſentium ſic requirimus & monemus: *Ipsique* Friderico Duci in virtute ſanctæ obedientiæ & *ſub* anathemate ſacrilegii, privationis omnium bonorum feudalium, quæ ab eccleſia vel Imperio obtinet, & inhabilitationis ſui & filiorum ſuorum maſculorum ad obtinenda tam feoda (feuda) quam officia & beneficia, uſque ad ſecundam generationem, ac honoris & famæ ac communionis & conſilii Principum, quas ipſum Fridericum Ducem, juxta conſtitutionem divæ memoriæ Caroli IV. contra tales facinorofos & ſacrilegos editam, & à ſede apoſtolica canonizatam & approbatam, quinimò & perjurii ratione juramenti, in manibus Regis Romanorum per ipſum Ducem præſtiti: Et aliis ſecularibus perſonis ſub excommunicationis & privationis bonorum feudalium (in Lipſ. feudalium) quas ipſas perſonas ſeculares ſupradictas: Nec non eccleſiaſticis perſonis ſub dicta excommunicationis & privationis omnium bonorum eccleſiaſticorum, & inhabilitationis ad illa, & quæcunque alia impoſterum obtinenda, ac ſuſpenſionis à divinis quoad capitula, nomine interdicti, quoad omnia territoria prædicti Friderici, ac ceteros occupatores & detentores, cenſuris & pœnis, quas eccleſiaſticas perſonas ſi in præmiſſis deliquerint, ſeu alter eorum deliquerit, ac mandatis & monitionibus noſtris non paruerint, ſeu non paruerit, incurrere volumus ipſo factò, & quas in ipſis ex nunc, prout ex tunc, & ex tunc, prout ex nunc, canonicâ monitione præmiſſa ferimus in his ſcriptis, niſi mandatis hujusmodi obediverint, diſtrictè præcipiendo *mandent*, ſeu alter eorum mandet, qui-

bus nos etiam tenore præſentium ſic mandamus, quatenus ipſe Fridericus Dux, & alii forſan occupatores & detentores hujusmodi, infra xxx. dierum ſpatium, quorum dierum decem pro primo, decem pro ſecundo, & reliquos decem dies pro tertio & peremptorio termino, ac canonica monitione, eis & eorum cuilibet assignamus, ab occupationibus & detentionibus eccleſiæ, civitatis, oppidorum, caſtrorum, terrarum & locorum, nec non jurium & bonorum prædictorum, etiam illorum, quæ, ante & ex poſt factam ſpoliationem, ad ipſam eccleſiam Tridentinam pertinent, penitus & omnino deſiſtant, & eorum quilibet deſiſtat, & ipſi Georgio episcopo, aut procuratori ſeu procuratoribus ſuis ejus nomine, poſſeſſionem corporalem, realem, & actualem civitatis & oppidorum, caſtrorum, terrarum, locorum, nec non jurium & bonorum prædictorum, efficaciter & ſine dolo & fraude reſtituant, & reſtitui faciant & permittant, & eorum quilibet reſtituat, & reſtitui faciat & permittat, ipſe quoque *Fridericus Dux* dicto Georgio episcopo de præceptis hujusmodi ſatiſfaciat: Invocato etiam ad hoc ſi opus fuerit, auxilio brachii ſecularis: Vaſalli quoque & nobiles, Officiarii, capitanei & ſubditi, tam eccleſiaſtici quam ſeculares, ſupradicti, infra ſex dies poſt lecturam & publicationem & affixionem præſentium, nec non lapſum dierum triginta dierum terminum immediatè ſequentium, quorum ſex dierum duos pro primo, duos pro ſecundo, & reliquos duos dies pro tertio & peremptorio termino, eis & eorum cuilibet per ſimile edictum assignamus, & assignari præcipimus, & mandamus, præſato Georgio, episcopo, tanquam eorum vero Domino, & non ipſi Friderico, Duci, ſeu alteri cuicunque, in omnibus, prout alias conſueverunt facere, & tenentur: Non obſtantibus quibuscunque juramentis in contrarium, forſan præſtitis, à quibus eos, ut præmittitur, abſolvimus: Efficaciter pareât, obediant & intendant, & eorum quilibet pareat, obediat, & intendat. Et inſuper in caſu, in quo præſatus Fridericus

## Continuatio declarationis, per Nicolaum Episcopum Merseburgensem absoluta.

Post hac de anno Domini M. CCCC  
*In MSC. XVI.* Cum jam dictus Fridericus Dux  
*Brunsv. & Lips.* perantea de hac civitate Constantiensi recessisset, ipsa synodo inconsulta, præfatumque monitorium, in ejus præsentia, & suorum Advocatorum & procuratorum præsentia decretum, propter quandam tractatum concordie, quæ sperabatur, ut in actis causæ plene constet, in ejus personam legitimam non potuerit habere executionem, per edictum, secundum formam monitorii antedicti: Et quia per eandem sanctam synodum constituti fuerunt Commissarii, tam de sacro collegio reverendissimorum patrum Dominorum sanctæ Romanæ ecclesiæ cardinalium, quam de nationibus singulis, ad cognoscendum, videndum, & examinandum, an dictum monitorium esset debite executum: Dictisque Commissariis referentibus, ex reproductis constare, dictum monitorium fuisse debite & in locis deputatis executum: Constetque notorie, dudum Fridericum Ducem & alios occupatores & detentores, nec non Vasallos, nobiles, Capitaneos, Officiarios, & subditos supradictos, nullatenus præceptis in dicto monitorio contentis paruisse, sed eundem Fridericum Ducem ac alios occupatores & detentores supradictos dictam ecclesiam Tridentinam, civitatem, terras, oppida, villas, ac alia jura & bona prædicta tenere indebite, & contumaciter occupatas & occupata contra sententiam & præceptum præfati serenissimi Regis Romanorum, cui juri jurando stare promisit, de qua & ejus obligatione constat publicis documentis: Idem volens præfata synodus tantam inobedientiam & rebellionem notoriam ulcisci, cum apostolo, ne tanta facti perversitas transeat præsumptoribus in exemplum, per hanc sententiam, quam fert in his scriptis, pronunciat, decernit, & declarat, dictum Fridericum Ducem Austria anathematis & sacrilegii vinculis innodatum, perjuriique reatum,

nec non pœnas privationis & inhabilitationis, in constitutione Carolina prædicta contentas, eundemque Fridericum Ducem, ac alios occupatores, & detentores, tam ecclesiasticos, quam seculares, Vasallos, nobiles, Capitaneos, Officiarios, & subditos inobedientes & rebelles, ecclesiæ & civitatis Tridentinæ, ac oppidorum, castrorum, terrarum, villarum, & locorum, nec non jurium & bonorum prædictæ ecclesiæ, cujuscunque status, gradus, conditionis, dignitatis & præminentie, etiam si Ducalis fuerit, in pœnas, censuras, & sententias, alias in dicto monitorio comprehensas & expressas, incidisse, ipsiusque Friderici Ducis Austria, ac aliorum occupatorum & detentorum, Vasallorum, nobilium, Capitaneorum, officiariorum, & subditorum prædictorum civitates, oppida, castra, terras, villas & alia loca quæcunque ecclesiastico supposita interdico. Unde eadem sacrosancta synodus universos & singulos venerabiles fratres, Patriarchas, Archiepiscopos & episcopos, & dilectos ecclesiæ filios, Abbates, Priores, Præpositos, Decanos, Thesaurarios & canonicos, Archidiaconos, scholasticos, cantores, Thesaurarios & canonicos, tam cathedralium quam collegiatarum, parochialiumque ecclesiarum rectores, & loca tenentes eorum, ceterosque Presbyteros, curatos & non curatos, Clericos, Notarios, Alembelliones publicos, per Italiam, Alemanniam, ac alias ubilibet constitutos, & eorum quemlibet in solidum, ad quem, vel ad quos præsentis literæ pervenerint, tenore præsentium requiritur, atque monet, primo, secundo, tertio, & peremptorio terminis, communiter & divisim, eis & eorum cuilibet in virtute sanctæ obedientie, & sub excommunicationis pœna lata sententia, districte præcipiendo mandat, quatenus statim visis præsentibus dictum Fridericum Ducem Austria, anathematis & sacrilegii vinculis innodatum, perjuriique reatum

Lamberti de Stipite, Jcti, Monachi Benedictini,  
Legati Constantiensis Concilii,

Epistola Dertusiæ Constantiam perscripta d. 22. Jan.  
ad Johannem Ostiensem, Cardinalem Vivariensem,

d. 7 Mart.  
A. 1417.

*De fati citati Paniscolæ Papæ Benedicti 13.  
hoc tempore Constantiam perlata;  
in sequenti Sessione oblata.*

In MSC.  
Vindobon.  
Dorr.

Lambertus de Stipite, monachus Ord.  
S. Benedicti. Reverendissime Pater.  
Post humilem recommendationem, cum  
promittitudine famulandi sedulo præo-  
ptatam. De præfeti non scribo Serenissi-  
mo Romanorum Regi, quia nescio an  
sit in Constantia, an non. Sed vestræ R. P.  
aliqua scribo latius pro consolatione,  
cum tamen omnimoda vestri benigna  
supportatione.

Et primò in solo verbo regio, sc. Ar-  
ragoniæ, sine salvo conductu Petri de  
Luna, ac sine comitatu armigerorum,  
Magister Bernhardus, Anglicus, & ego, A-  
lamannus, personaliter intravimus Pani-  
scolam: Notetis: Est castrum, in quo  
habitat Petrus de Luna, in mari situm:  
Habentes nobiscum tres Notarios aposto-  
licos, quos nobiscum de Constantia duxera-  
mus, etiam unum ex parte Regis Arra-  
gonum, duos milites & alios scutiferos  
& personas honestas, pro testibus. Et  
in introitu villæ Paniscolæ reperimus  
Dominum Redigonem, nepotem Petri  
de Luna, associatum bene cum ducentis  
armigeris satis armatis. Qui lato ani-  
mo, ut apparebat, nos suscepit. Et qui-  
dam, vocatus Simon Salvatoris, Doctor, ve-  
nit obviam nobis per medium millia-  
re: Notetis, Italicum: Tractans, ut vel-  
lemus retrocedere usque ad crastinum:  
Quia Dominus suus volebat nos ampli-  
us honorare. Renuimus ista, ita, quod  
contra suam voluntatem intravimus,  
ut præscripsi. Isti diaboli videntur sal-  
vari, & quando possunt materiam unio-  
nis differre? Et per horam, R. P. quan-  
ta fuit nobis gloria, quando vidimus i-  
stum Petrum de Luna in tanto timore  
positum, quod propter duos monachos  
inermes fecit tales armatos, ut osten-  
deret suam potentiam & magnificentiam.  
Ipse bene poterat plus timere,  
quando Deus & omnis homo erit con-

tra eum, & jam quasi sunt. Confunda-  
tur ejus malitia. Dat. XXI. Jan. die Agnetis.

In crastino nostri introitus, statim post  
octavam horam, comparuimus in Pani-  
scola. Ubi reperimus ipsum Petrum de  
Luna cum tribus Cardinalibus suis &  
aliis Episcopis, clericis & laicis, usque  
ad numerum CCC virorum utriusque  
sexus. Et inclinatione facta, sine geneste-  
xione, more monachorum, facto tummo  
silentio, ego incepti exordiri factum no-  
strum: Et alta & intelligibili voce, pro-  
ut in citatione continebatur, nihil o-  
mittendo. Unde iste homo tantam im-  
patientiam habebat, quando eum nomi-  
nabam schismaticum & hæreticum, quod  
non poterat continere. Imo dicebat:  
Non est verum, item: Non est sic, item:  
Mentiuntur. Ipso sic citato per me, &  
Notariis rogatis & requisitis super con-  
fectione instrumentorum &c. M. Bern-  
hardus voluit sibi legere citationem, sed  
habuit pro lecta, ex quo erat ejusdem  
tenoris. Deinde ipse Dominus Bern-  
hardus citavit eum illo modo, sicut fece-  
ram, in latino. Sed quia ibidem erant  
milites & aliæ personæ seculares, lati-  
num non intelligentes, ipse Dn. Bern-  
hardus intelligibili voce eum citavit de  
verbo ad verbum in vulgari, sicut fece-  
rat in Latino. Unde ipse Petrus de Lu-  
na satis confusus propter singulos dis-  
cumbentes, rogatis & requisitis Nota-  
riis, ipse Petrus de Luna respondebat in Gal-  
lico & Latino, quod quia materia erat  
magna & ardua, idè sententialiter non  
poterat ibidem respondere, sed habita  
deliberatione cum suis Cardinalibus, in  
brevis responderet. Quò dictò, ad ju-  
stificationem suam dixit se quatuor di-  
cturum, quamvis nisi tria diceret, quia  
adè commotus erat in loquendo, quod  
quartum dimisit incassum. Incepit pri-  
mum ab exemplo cujusdam abbatis, de  
quo

xit: *non, non, non do vobis istud responsum;* Sed habita deliberatione cum Cardinalibus meis, infra paucos dies dabo vobis responsum. Et ita debetis expectare, juxta formam citationis in fine. Et ita requisivit Notarios, ne clauderent instrumenta, donec fecisset responsum. Iterum recepi instrumentum super illa responsione incerta, & dixi, nos velle recedere. Institit ipse deceptor, ut, ubi vellemus manere? Ad finem, quod nos corrumperet. Ipse verò magis est obstinatus, quàm unquam fuit. Nec uno modò dispositus est ad bonum, sed ad mala quæque paratus. Et ad convincendum ejus pertinaciam, dimisimus apud eum Secretarium Domini Regis Arragonum. Quia consuetudo est pristina, quod Secretarii vel Notarii Regis non claudunt instrumenta, facta in talibus actis, usque post triduum.

Et ita recessimus, & *venimus de sero in civitatem Dertusensem, ubi est Dominus Rex Arragonum.* Et expectato Notario Regis per tres dies, intendimus recedere & venire ad Constantiam, Deo propitiante.

Et postquam venimus Avinionem, rogavimus Dominum Camerarium, ut mitteret post nos curforem, ut certum redderemus sacrum concilium de nostra executione. Plura alia referemus, cum Constantiam per Dei gratiam veniemus.

Finaliter, quanquam dicatur: *Iste Petrus de Luna est in posse Regis Arragonum,* & quamquam habeat forte castrum & armigeros, armigeri sunt homines desperati, & qui prodigia sua exposuerunt: Nihilominus cum Rex voluerit, nullus ibidem remanebit. Et ita festinetur ad ejus ejectionem, quâ dignus est. *Scriptum d. XXII. Januar. in civitate Dertusensi, per me Lambertum de Stipite, monachum ordinis S. Benedicti, dioceseos Leodiensis, executorem prædictorum.*

Executio citationis prædictæ in præsentia Petri de Luna facta fuit in villa Paniscola, ipsò die Vincentii Martyris, qui fuit xxii. mensis Januarii, & dicti executores statuerunt sibi terminum respondendi LXX. dierum in Constantia, qui terminus erit prima die mensis Aprilis.

## SESSIO GENERALIS XXIX.

in templo Cathedrali,

Præsidente Cardinale Ostiensi,

die Luna, 8. Martii, A. 1417.

Accusata contumacia Petri de Luna.

In MSC. Vindobonensi Dorriano hoc Sessionis argumentum.

In MSC.  
Vind.  
Dorr.

**S**essio executionis citationis facta contra Petrum de Luna, Anno, quò supra, XV (VIII.) die mensis Martii, fuit sessio publica in loco consueto. In qua quidem sessione fuerunt præsentata litera executionis citationis contra Petrum de Luna per Ambasiatores concilii, missos ad Petrum de Luna cum citatione, quæ fideliter & realiter per ipsos facta fuit & per sacrum concilium approbata executio.

Et fuit accusata contumacia dicti Petri de Luna. Et duo Cardinales Diaconi, duo episcopi, & duo Proto-Notarii fuerunt missi ad fores ecclesie, petentes dictum Petrum de Luna vel ejus procuratores. Et nemo comparuit.

Et in eadem sessione fuit statutus sibi terminus LXX. dierum à die executionis ad respondendum &c.

In MSC.  
Lips.

Prologus brevis in MSC. Lips. in medio Actorum. Anno & indictione, quibus supra, die vero Lunæ, octava mensis Martii, hora octava vel quasi, post mediam noctem, Constantiæ in loco sessionis solito fuit tenta, & solenniter, ut moris est, celebrata sessio generalis sacrosanctæ synodi Constantiensis, in qua sessione omnia acta & ordinata in processu inquisitionis contra Petrum de Luna, Benedictum XIII à nonnullis nuncupatum plenius continentur, & ideo hic inscripti sunt propter brevitatem ommissa.

per edictum sub certis comparitionis terminis, ut in eo latius continetur, *decrevisset*. Et quia ipsa citatio in præsentem civitate Constantiensi per edictum primò executà, & illius *executionis terminus in præsentem cadit diem*, quæ est *VIII. mensis Martii*: Quare quandam *citationis bullam ipsius sanctæ synodi, verà bullà plumbeà in cordula canabis,*

more Romanæ Curia, *bullatam, sanam, & integram*, una cum instrumento executionis, ejusdem citationis, primò in civitate Constantiensi, ut prædicitur, factæ, factò, realiter & in scriptis obtulit, repræsentavit, & produxit.

Quorum, bullæ citationis, & instrumenti executionis ejusdem, sequuntur tenores, & sunt tales:

Citatio Petri de Luna, denuo producta per Ardecinum Advocatum.

In MSC.  
Brunsv.  
Lipf.  
& Gorb.

Sacrofancta & generalis synodus Constantiensis universis & singulis venerabilibus fratribus, Patriarchis, Archiepiscopis & Episcopis, ac dilectis ecclesiæ filiis, Abbatibus, Prioribus, Præpositis, Decanis, Archidiaconis, tam cathedralium quàm collegiatarum Canonicis, parochialiumque ac conventualium & regularium ecclesiarum rectoribus, ceterisque viris ecclesiasticis, nec non Notariis, & Tabellionibus publicis quibuscunque, ac aliis Christi fidelibus ubilibet constitutis, & cuilibet eorum in solidum, ad quos præsentis nostræ literæ pervenerint, salutem & Dei omnipotentis benedictionem.

Clamat sancta fidelium mater ecclesia, sponsa Christi, clamat Christiani populi multitudo, clamaverunt à jam multis annis ad Dominum, cum per hoc vigens diuturnis temporibus schisma pestiferum tribularentur, nec in totum adhuc exaudivit eos. Attendunt enim, quantum per hoc infaustum pestiferumque schisma & divisionis vulnus nefandum est universalis ecclesiæ calamitas, quàm inveterata scissura, quàm lethalis infirmitas, quàm postremò graves & propè casum ruinæ. Jam proh dolor, in vita, in moribus, in statu & honestate cleri, jam in libertatibus suis, & quod gravius in cultu Dei, & officio ecclesiastico, quodque gravissimum, in religione & fide Christiana deformatur ecclesia. Insurrexerunt, & pullulant in diversis regionibus horrendæ hæreses, à tempore hujus pernitiosissimi schismatis, & nisi eidem ecclesiæ de unico summo pastore & in-

dubitato Christi vicario provideatur celeriter, & protinus per providentiam cum Dei auxilio præfatis occurratur, periculis, & tam gravibus universalis Ecclesiæ morbis competens adhibeatur medela, pertimescendum est, ne labatur, prout jam pene lapsus est omnis decor ejus, deturque universis gentibus in contemptum, & status ejus, sic jam esse incepit, in opprobrium, & conculcationem, ex quibus ecclesia Dei, & fidelis populus Christianus prædicti grave scandalum patiantur: Et quod, licet Dominus Benedictus Papa XIII. à XXII. annis, circa, sic in sua obedientia nuncupatus, præ cæteris istud schisma, quod ante ejusdem Benedicti electionem jam XVI. annis ipso existente Cardinale duraverat, tollere totis viribus, etiam usque ad exponendum animam pro grege Dominico teneretur & teneatur: Licet etiam eidem Benedicto Ecclesiæ prædictæ calamitates, scissuræ, & alia pericula & scandala præmissa incognita non fuerint, nec sint, sed eidem & toti populo Christiano notoria, ipseque præmissis calamitatibus, scissuris, periculis & scandalis obviare, ac prædictum totum schisma præsens tollere poterit, & adhuc posset: Attento maxime, quod Johannes Papa XXIII. sic in sua obedientia nuncupatus, à suo papatu, tam per illius ejectionem canonicam, quam per suam renunciationem, amotus sit, & Gregorius XII. sic in sua obedientia nuncupatus, sponte renunciavit, solo ipso Benedicto pro Papa postmodum se gerente, super quod & in quo principaliter totum pondus pestiferi schismatis & factas illud submovendi, à quo præmissa

tius Ecclesiæ hujusmodi toties iteratis precibus, requisitionibus & monitionibus, contra propria juramenta recufatis & spretis, & minime exauditis, in præfatisque Ecclesiæ ipsius calamitatibus, scandalis atque periculis non compatiens, nec providens, & à loco *Perpiniani*, ad quem præfati Reges & Principes & legati pro præmissis conveniant, cum armata manu recessit, & ad *Colliberum*, portum maris, ubi suas galeas armatas habebat, se transtulit. In quo loco existens fuit adhuc de prædictis requisitus pro parte oratorum Regum Castellæ, Arragonum & Navarræ, ac Principum prædictorum. Quam requisitionem pro tunc non exaudivit, sed in longum protraxit, nec etiam postea exaudivit. Et de dicto loco recedens, in invictissimo *Paniscole* castro *Dertulensis* diocæseos, ubi ad eum non est tutus accessus, se recludit. Ubi ex parte præfati Regis Arragonum de præmissa cessione fienda pro pace ecclesiæ fuit iterum & tertio requisitus, & iterum recufavit, & suo posse præfatum tam inveteratum schisma nutrit & fovet, & impedimenta, quæcunque potest, præstitit & præstat, per quæ etiam turbatur & scandalizatur, læditur & periclitatur status universalis Ecclesiæ prædictæ, diuque jam fuit turbatus & scandalizatus, & læsus. Quod etiam scandalum tantum est, quod, attento ipsius universalis Ecclesiæ præfati statu, nulla ratione potest de congregatione fidelium removeri, nisi ipso cedente, præmortuo vel ejecto, etiamsi haberet verum jus in papatu.

Ex quibus idem *Benedictus* apparuit & apparet fuisse & esse *fautor & nutritor* inveterati *schismatis* prædicti, atque *schismaticus & hæreticus* esse censendus. Et super his criminibus fuit & est publice ac diutius diffamatus, taliter, quod sine scandalo Ecclesiæ dissimulari non potest, nec sine periculo tolerari. Super quibus clamore valido clamat & conqueritur præfatus populus Christianus, & præmissa, quæ in facto consistunt, notoria reputat atque vera.

Convenientes igitur in unum more solito canonice convocati, atque repræ-

sentantes ipsam universalem Ecclesiam, confidentes in Domino, quod, qui in nobis cœpit opus bonum, *duobus* jam auxiliante ipsius gratia *remotis impedimentis*, & ipse perficiet, & exurgens miseretur Sion, quia tempus miserendi ejus venit: Contra tertium, videlicet *Benedictum* dictum, diu expectatum, sed adhuc minime ad cor revertentem, decrevimus super præmissis omnibus & singulis fore summarie & de plano per nos *procedendum*. Propter quod summarie & simpliciter *mandamus* per nonnullos venerabiles fratres & dilectos Ecclesiæ filios, Cardinales sanctæ Romanæ Ecclesiæ, & Prælatos alios, ac alios tam sacre paginæ quam utriusque juris Professores commissarios nostros ad hoc electos & specialiter deputatos, *inquiri*, informationemque recipi. Quam legitime receptam, iustissimum referri in publica sessione nostra. Quæ plane audita & discussa, mature decrevimus, atque digesto consilio, in & lumen, per præmissis, ut in notoriis, saltem, quantum ad effectum præsentis iudicii pertinet, *procedendum* fore, præfatumque *Benedictum*, si forsan, attempta natura præfati processus notorii, citandus minime juris rigore servato veniret, *citandum* fore, ad cautelam, in hoc iudicium citationis articulo rigori juris indulgendo. Non intendentes per hoc modo quovis formam notorii processus, seu ejus ordinem omittere seu relaxare, & judicialis seu ordinarii processus eligere seu exquirere formam.

Et quia eundem *Benedictum* fecisse & facere, quo minus ad personam suam pateat tutus accessus, super his recepta summaria & legitima informatione, reperimus, nos specialiter & ex certa scientia, eundem *citari* decrevimus *per edictum publicum*, ad instar edictorum in publico prætorio positorum: *Citationemque* ipsam ad audientiam publicam literarum ejusdem sacrosanctæ concilii, quam vicem & effectum sacrosanctæ curiæ & audientiæ literarum decrevimus & decernimus obtinere, *publice fiendam*, vobisque omnibus & singulis & cuilibet vestrum, qui super hoc

num ipsarum relationem faciatis, & debite præsentetis. Datum Constantia, IV. Cal. Decembris, Anno à nativitate Do-

mini, millesimo, quadringentesimo, sexto decimo, in nostra publica sessione.

Instrumentum Executionis citationis Petri de Luna, factæ Constantiæ in variis locis publicis die 28. Nov. A. 1416. per Ardecinum de Novaria lectum & productum.

In MSC.  
Brunsv.  
Lips. &  
Goth.

IN nomine Domini Amen. Per hoc præsens publicum instrumentum cunctis pateat evidenter, quod anno à Nativitate Domini MCCCCXVI. indictione IX. die XXVIII. mensis Novembris, apostolicâ sede vacante, horâ ad hoc specialiter deputatâ, in nostrorum Notariorum publicorum, & testimonium infrascriptorum ad hoc specialiter vocatorum & rogatorum præsentia, venerabilis vir, Magister Michael Bolosonis, sacrosanctæ & generalis synodi Constantiensis sessionarius, habens & tenens in manibus suis quasdam literas citatorias, verâ bullâ plumbea ipsius sanctæ synodi in cordula cannabis, more Romanæ Curia, impendente, bullatas, sanas, & integras, non vitiatas, non cancellatas, neque in aliqua sui parte suspectas, sed omni prorsus vitio & suspitione carentes, contra & adversus Dominum Benedictum Papam XIII. in sua obedientia nuncupatum, à dictâ sancta synodo emissas, reverendo Patri & Domino Domino Jacobo de Camplo Electo Pennensi, auditori audientiæ publicæ literarum contradictarum, locumtenenti ex parte dictæ sacrae synodi, ad legendum, publicandum, & exequendum in audientia publica literarum contradictarum antedicta, tradidit, atque præsentavit.

Quarum quidem literarum citatoriarum tenor sic incipit: Sacrosancta & generalis &c. & sic finit: Datum Constantia IV. Kl. Decembris &c. A. 1416. in nostra publica sessione.

Quas quidem literas citatorias idem Dominus Jacobus Electus & locumtenens de manibus ipsius Michaelis Bolosonis sessionarii, cum ea, quâ decuit, reverentia, recepit, easque in continenti in ecclesia S. Stephani Constantiensis, in qua audientia literarum contradictarum prædicta teneri solet, & pro tunc tenebatur, honorabili viro, Magistro Ambrosio Fidelis, li-

terarum contradictarum scriptori, & pro tunc dictæ audientiæ publicæ literarum contradictarum lectori, ad legendum, publicandum & executioni debite demandandum tradidit atque dedit.

Qui quidem Magister Ambrosius lector mox dictas literas citatorias alta & intelligibili voce de verbo ad verbum legit, & publicavit.

De quibus lectura & publicatione venerabiles viri, Magistri Johannes de Scribanis, & Henricus de Piro, promotores, & procuratores causarum & negotiorum dictæ sanctæ synodi, sibi per nos Notarios publicos infrascriptos unum vel plura, publicum seu publica fieri petierunt instrumentum & instrumenta.

Præsentibus ibidem discretis viris, Magistris Johanne Trich, (Strich, Trecht) Gerardo de Werdena, Petro Ortenberg, Nicolao Wurt, Henrico Hengel, Conrado Baldevvini, & Johanne Carpentarti, in Romana Curia, & in dicta audientia contradictarum procuratoribus, & quam pluribus aliis testibus fide dignis ad præmissa vocatis specialiter, & rogatis.

Paulò post, hora XI. dicta diei vel quassu, Nos Fridericus & Giseleerus, Notarii infra scripti, dictas literas citatorias ad valvas dictæ ecclesie S. Stephani, pro audientia causarum apostolica specialiter deputatâ, affiximus. Et ibidem per spatium unius horæ extensas dimissimus. Rogati, & requisiti per dictos magistris, Johannem de Scribanis, & Henricum de Piro, promotores & procuratores, nomine, quò supra, ut de hujusmodi affixione unum vel plura publicum seu publica, conficeremus instrumentum & instrumenta. Præsentibus ibidem discretis viris, Magistro Johanne Ginardi, literarum apostolicarum scriptore, & dictæ synodi Notario, Henrico Huynadel, Colino Robini, Johanne St-

rendique patres & Domini, Domini *Cardinalis S. R. E.* ac *Episcopi*, deputati prædicti, nec non *Jacobus Rodini*, & *Thomas Polton*, sedis apostolicæ Proto-Notarii, *Gumpertus Fabri*, *Giselerius Boven-ten*, *Cynus de Lombardis*, *Johannes Axel*, *Bartholomæus de Ernastis*, (*Arnestis*) *Johannes Ginardi*, *Vincentius de Rino*, *Guilielmus de Porcellis*, *Antonius de Casadavallis*, dictæ sanctæ synodi & hujusmodi causæ Notarii & Scribæ: Una cum discreto viro *Francisco de Mediolano*, sedis prædictæ cursore, & præcon, loco sessionis exeuntes, ad valvas principales hujus majoris ecclesiæ Constantiensis ivērunt & accesserunt.

Ubi *Franciscus de Mediolano*, cursor & præco præfatus, alta voce proclamavit *trina vice* hæc verba, vel saltem eis similia in effectu: *Est hic Dominus Benedictus XIII. sic in sua obedientia nuncupatus? Aut aliquis pro eo? Qui velit pro eo comparere coram hoc sacro concilio, in causa schismatis & hereseos, contra eum mota?*

Super qua vocatione trina, ut dicitur, facta, præfati Dominus *Ardecinus Advocatus*, *Johannes de Scribanis*, *Henricus de Piro*, promotores & procuratores, nomine, quod supra, à nobis hujusmodi causæ notariis & scribis prædictis petierunt ad futuram rei memoriam unum & plura, publicum & publica, confici instrumenta.

Præsentibus ibidem venerabilibus & honorabilibus viris, Dominis *Petro de Lymburga*, (*Lamburga*) *Decretorum Doctore*, *Raphaele de Bossis* ac *Johanne Cor-*

Ordinatio, per Stephanum Episcopum Dolensem lecta, super Contumacia Petri de Luna.

*In MSC. Brunsv. Lips. & Goth.* HÆc sacrosancta synodus, præmissa, proposita & petita per advocatum Consistorialem, admittit, si & in quantum sint admittenda de jure. Et mandat Notariis ejusdem synodi & causæ præsentis, proposita, petita & producta hujusmodi, atque vocationem & relationem præmissas, & quod idem Dominus Benedictus sic vocatus, & sufficienter expectat, minime comparuit, nec comparet, redigi inter acta, & de præmissis fieri instrumenta publica, quotquot fuerint oportuna, ut eadem synodus super præmissis deliberet, judicet & decernat, prout de jure fuerit faciendum. Quam

*dinerii*, (*Cordurerii*) literarum apostolicarum scriptoribus, testibus ad præmissa vocatis specialiter & rogatis.

Deinde Dominis *Cardinalibus*, *Episcopis*, *Proto-Notariis*, & *Notariis*, aliisque prædictis ad sua redeuntibus, R. P. Dominus *Franciscus Cardinalis Florentinus* retulit huic sanctæ synodo, præfatum *Petrum de Luna*, per cursorem & præconem *trina vice*, alta voce, ut præmittitur fore *vocatum*. Sed nec ipse, nec alius pro eo, ibidem comparuit, nec respondit.

Super quibus, vocatione & relatione, prælibatus Dominus *Ardecinus*, Advocatus, à Proto-Notariis & Notariis hujus sanctæ synodi fieri petiit unum vel plura publicum seu publica instrumenta,

Insuper omnia & singula præmissa per præsentis causæ & præfate synodi Notarios, atque scribas prædictos, apud acta hujusmodi causæ & præfate synodi scribi & registrari: Nec non Dominum *Petrum de Luna*, Benedictum XIII. in sua obedientia nuncupatum, *contumacem reputari*, per sanctam synodum prædictam, instantanter requisivit.

Quibus sic factis, R. P. D. Episcopus *Dolensis* ambonem publicationis sapè fatum ascendens, de mandato hujus synodi, sibi super hoc expresse facto, quandam *schedulam* papyri, publice alta & intelligibili voce de verbo ad verbum perlegit, cujus tenor sequitur, & est talis:

deliberationem dicta synodus sibi retinet faciendam, quando sibi visum fuerit opportunum.

Qua *schedula*, sive *decreto*, lecto, per reverendissimum patrem, Dominum *Johannem Episcopum Ostiensem*, Romanæ Ecclesiæ *Cardinalem* & *Vice-Cancellarium*, ac hujus sessionis præsentem, responsum fuit nomine hujus sanctæ synodi: *Placet*.

Super quibus omnibus & singulis præmissis, actis, lectis, decretis, & ordinatis, Dominus *Ardecinus*, Advocatus prædictus, à Dominis *Proto-Notariis*, *Notariis*que hujus sanctæ synodi, & præsentis

ragonum bene fecisse, ipsam subtrahendo obedientiam Petro de Luna, eò quod dat & dedit impedimentum unionis sanctæ matris ecclesiæ.

In MSC. Wölfenb. In MSC. Wölfenbuttelensi. Sessio XXX, in qua concilium approbat subtractionem obedientiam factam per Regem Arragonum ipsi Petro de Luna.

Die Mercurii X. supra dicti mensis Martii fuit sessio generalis in majori ecclesiæ Constantiensi solenniter celebrata. In qua quidem sessione reverendus pater Dominus Stephanus Episcopus Cephaludensis officium missæ de sancto Spiritu devotè decantavit. Et reverendissimus in Christo Pater, Dominus Johannes, Episcopus Ostiensis S. R. E. Cardinalis & Vice-Cancellarius hujusmodi sessioni præsedit. Interfuit & serenissimus Princeps Dominus Sigismundus, Romanorum & Ungaria Rex cum multis sibi assistantibus Principibus. Et lectus litanis & aliis devotis orationibus cum evangelio: Dixit Jesus discipulis suis, quomodo oportet semper orare ut non deficiant &c. Nuncii & Oratores concilii, qui fuerant per concilium ad hoc deputati, fecerunt relationem per organum Domini Bernardi de Plancha, Decretorum Doctoris, quomodo in castro Paniscolæ, Dertusensis dioceseos, cum favore & auxilio illustrissimi Principis, Domini Alphonsi Regis Arragonum, fuerunt, & Petrum de Luna Benedictum XIII. in sua obedientia nuncupatum in propria persona apprehenderunt, ac quod ipsum citaverunt juxta formam & tenorem citatorii ab ipso concilio decreti, ipseque Petrus de Luna responsum dederat, prout hæc in ipsis instrumentis per dictum Dominum Bernardum exhibitis, ac de verbo ad verbum per lectis plenius continebatur. Promotores vero concilii petierunt apud acta registrari. Post hæc autem venerabilis vir Dominus Petrus de Lamburga in decretis Licentiatus quandam decreti scedulam perlegit tenoris subsequentis: Vid. infr.

In MSC. Brunsv. Lips. & Goth. Die Mercurii, X. supradicti mensis Martii, hora octava, post mediam noctem, in Ecclesiâ majori Constantiensi, in loco solito Sessionis & ad hoc deputato, fuit generalis sacrosanctæ Synodi Constantiensis prædictæ sessio solenniter celebrata.

Pro cujus sessionis introductione reverendus pater, Dominus Episcopus Cephaludensis missam de sancto Spiritu devotè decantavit.

Quâ decantata, reverendissimi in Christo patres & Domini, sanctæ Romanæ ecclesiæ Cardinales ac Episcopi, ceterique, ad quos pertinuit, mitras capitibus suis imponentes, cappas pluviales, ut moris est, induerunt. Reverendissimus in Christo pater & Dominus, Johannes, miseratione divina Episcopus Ostiensis, S. R. E. Cardinalis, & Vice-Cancellarius, hujusmodi sessioni præsedit.

Deinde ante & in principio officii devotionis soliti, serenissimus Princeps & Dominus, Dominus Sigismundus, Romanorum & Ungaria Rex, multis sibi adstantibus Principibus, & secum introeuntibus, dictum locum sessionis solitum introivit.

Subsequenter solennitatibus, orationibus, litanis, ac evangelio isto, scilicet: In illo tempore dixit Jesus discipulis suis,

quomodo oportet semper orare, ut non deficiant &c. devotè factis, lectis, & peractis, venerabilibus, & magnæ prudentiæ & scientiæ viri, Domini Lambertus de Stipite, Bernardus de Plancha, Decretorum Doctores, Emericus de Archis, Jacobus de Cerretanis, ad exequendum citationem, per ipsam sanctam synodum contra Petrum de Luna decretam, & idem sacrum concilium, oratores, & nuncii destinati, jam reversi, & ambonem publicationis solitum prædictum ascenderunt. Dominus Bernardus de Phanchea, prædictus, de consensu suorum cooperatorum, assumpto sibi themate isto: Et nunc Reges intelligite, erudimini qui judicatis terram &c. multis gratam & fructuosam fecit sermonis propositionem.

Quâ facta, fecit relationem, quomodo citatorium, contra Petrum de Luna exequendum, à dicta synodo receperant, iterque arripuerant. Et quomodo ipsi cum favore & auxilio illustrissimi Principis, Domini Domini Alphonsi, Arragonum Regis, idem citatorium executi extiterant, dictumque Petrum de Luna, Benedictum XIII. in sua obedientia nuncupatum, in propria persona apprehenderant & citaverant juxta formam & tenorem citatorii superius decreti.

maverunt à jam multis annis ad Dominum, cum per hoc vigens tam diuturnis temporibus schisma pestiferum tribularentur. Nec in totum adhuc exaudivit eos. Attendunt enim, quanta per hoc infauftum pestiferumque schisma, & divisionis vulnus infandum, est universalis ecclesia calamitas, quam inveterata scissura, quam lethalis infirmitas, quam postremo graves & prope casum ruina. Jam proh dolor in vita, in moribus, in statu & honestate cleri, jam in libertatibus suis, & quod gravius est, in cultu Dei & officio ecclesiastico, quodq; gravissimum, in religione & fide Christiana jam deformatur ecclesia. Insurrexerunt & pullulant in diversis regionibus horrenda hæreses à tempore hujus perniciosissimi schismatis. Et nisi eidem ecclesia de unico summo pastore & indubitato Christi Vicario provideatur celeriter, per cujus providentiam cum Dei auxilio præfatis occurratur periculis, & tam gravibus universalis ecclesia morbis competens adhibeatur medela, peritescendum est, ne labatur, prout jam pene lapsus est, omnis decus ejus, deturq; universis gentibus in contemptum, & status ejus sit, ut jam esse incipit, in opprobrium & conculcationem. Ex quibus ecclesia Dei & fidelis populus Christianus prædicti grave scandalum patiuntur. Et quod, licet Dominus Benedictus Papa 13. à viginti duobus annis præteritis, citra, sic in sua obedientia nuncupatus, istud schisma, quod ante ejusdem Benedicti electionem jam sedecim annis, ipso existente Cardinale, duraverat, tollere totis viribus etiam usque ad exponendum animam pro grege Dominico teneretur & teneatur: Licet etiam eidem Benedicto ecclesia prædicta calamitates, scissura & alia pericula & scandala præmissa incognita non fuerint nec sint, sed eidem & toti populo Christiano notoria, ipsiq; præmissis calamitatibus, scissuris, periculis & scandalis obviare, & prædictum totum schisma præsens tollere potuerit & adhuc posset: Attento maxime, quod Johannes Papa XXIII. sic in sua obedientia nuncupatus, à suo Papatu tam per illius ejectionem canonicam, quam per suam renunciationem amotus sit, & Gregorius XII. sic in sua obedientia nuncupatus, sponte renunciavit, solo ipso Benedicto pro Papa postmodum se gerente, super quem & in quo principaliter totum pondus dicti pestiferi schismatis & factas illud submovendi, & à quo præmissa omnia mala & pericula proveniunt & perdurant, consistit & constat adhuc: Licet insuper idem Benedictus existens Cardinalis ante ipsius electionem ad tollendum dictum schisma viam renunciationis mutua contendentium de Papatu laudaverit, approbaverit & dixerit, esse utiliore & faciliore, & juraverit solenniter cum aliis Cardinalibus ipsius obedientia, imminente electione summi Pontificis in sua obedientia per eos fienda. Quod si ipsum contingeret in Papam assumi prout fuit assumtus, ipse unionem ecclesie sine excusatione, dilatione & machinatione quibuscunque, diligenter prosequeretur per omnes vias accommodatas, etiam usque ad cessionem Papatus inclusive, si præfatis Cardinalibus, qui tunc erant, vel eorum majori parti videretur expedire. Ipseque assumtus in Papam idem juravit, & postea dictis Cardinalibus vel eorum majori parti, imo omnium præter unum visum fuerit expedire, quod ipse unionem ecclesie prosequeretur per viam mutua cessionis, & quod illam offerret. Et hoc eidem Benedicto per eos in Papam assumto extitit postmodum declaratum, & dicta purificata conditio, Fuitq; deinde ex parte charissimi ecclesie filii, Caroli, Francorum Regis, per suos solennes Legatos, clara memoria, Duces Bituricensis & Burgundia, patruos, & Aurelianensem, fratrem dicti Regis, & alios plures ad eum propter hoc destinatos, nec non zelatores pacis ecclesie Cardinales præfati Benedicti nominati, & postmodum ex parte dicti Francie, nec non charissimorum ecclesie filiorum, Anglia & Castella Regum, per suos alios solennes Legatos, & deinde specialiter & singulariter ex parte charissimi ecclesie filii Wenceslai Bohemia, tunc Romanorum Regis, & consequenter per alios plures cum magna devotione & humilitate supplicatum, & etiam in vim præstiti per eum juramenti requisitus, quatenus vellet prosequi unionem ecclesie per viam mutua cessionis suæ & alterius contendentis cum eo de Papatu, apud quem similiter prosequi habebant in mandatis, & intendebant, qua via fuerat, fuit & est ab omnibus Christi fidelibus, maxime à Principibus, Prelatis ac Universitatibus generalium studiorum atq; Doctoribus & prudentibus viris diversarum obedientiarum prædictarum, aut à majori parte earundem approbata, &

missorum summarie & simpliciter mandamus per nonnullos venerabiles fratres ac dilectos ecclesia filios Cardinales, ac alios Pralatos, & alios tam sacra pagina quam utriusque juris Professores, Commissarios nostros ad hoc electos & specialiter deputatos, inquiri, informationemque recipi. Quam legitime receptam referri iussimus in publica sessione nostra. Quam plene audita & discussa, mature decrevimus atque digesto consilio, in & super praeiudicis, ut in notoriis, saltem quantum ad effectum praesentis iudicii pertinet, procedendum fore, praefatumque Benedictum, & si forsan attentata natura praefati processus notorii citandus minime juris rigore servato veniret, citandum fore ad cautelam, in hoc duntaxat citationis articulo rigori juris indulgendo, non intendentes per hoc modo quovis formam notorii processus seu eius ordinem omittere, seu relaxare, & iudicialis seu ordinarii processus eligere seu exquirere formam. Et quia eundem Benedictum fecisse & facere, quo minus ad personam suam pateat tutus accessus, super his recepta summaria & legitima informatione, reperimus, nos specialiter & ex certa scientia eundem Benedictum citari decrevimus per edictum publicum, ad instar edictorum in albo Pratorio positorum, citationemque ipsam in audientia publica literarum ejusdem sacri concilii, quam vicem & effectum apostolica Curia & audientia apostolica literarum decernimus & decrevimus obtinere, publice faciendam: Vobisque omnibus & singulis & cuilibet vestrum, qui super his exequendis fueritis requisiti & fuerit requisitus, in virtute sanctae obedientiae praecipimus & mandamus, quatenus vigore praesentium literarum nostrarum per vos vel alium seu alios citetis publice praefatum Dominum Benedictum: Quem etiam nos earundem literarum tenore citamus: Ipsasque nostras literas publice legatis vel legi faciatis in audientia literarum praedicta, ac valvis majoris Constantiensis ecclesiae affigatis vel affigi faciatis. Insuperque ex superabundanti ad personam ejusdem Benedicti, si ad ipsum tutus nobis vel alicui vestrum requisitus vel requisito fuerit tunc forsan accessus, alioquin in ecclesia Dertusensi & in valvis ecclesiarum majoris villa S. Matthaei aut villa seu castris Cenaria ejusdem Dertusensis dioeceseos, aut in aliis locis circumvicinis, quae ad hoc idoneae decernimus, in ipsorum locorum ecclesiis inter ipsa missarum

solennia easdem nostras literas alta & intelligibili voce publice legatis aut legi faciatis, eundemque Benedictum per vos seu alium seu alios citetis peremptorie, ac uno edicto peremptorio pro omnibus, quem etiam eodem modo per easdem citamus, ad comparandum personaliter in ecclesia Cathedrali Constantia in loco sessionis nostrae, ad diem videlicet centesimam a die lectionis earundem literarum nostrarum in audientia literarum praedicta, vel ad diem septuagesimam a die citationis factae ad personam suam, vel ad valvas domicilii sui, si, ut praemittitur, ita fieri contingat. Alioquin a die citationis factae & publicatae in ecclesia Dertusensi praedicta, quem terminum pro primo, secundo & tertio peremptorio terminis assignamus, ad videndum & audiendum super praemissis omnibus & singulis, & maxime super crimine schismatis & haereseos praedictorum, tanquam super notoriis aut alias procedi ad omnes & singulos actus & articulos iudicii seu causa huiusmodi usque ad sententiam definitivam inclusive, ipsamque sententiam proferri videndum & audiendum, prout juris fuerit, & prout utilitati praedicta universalis Ecclesiae visum fuerit expedire: Intimantes eidem & publice, prout etiam nos per easdem literas intimamus, quod si venerit siue non, nos etiam in ipsius absentia divina repleta praesentia contra eum super omnibus & singulis praemissis usque ad sententiam definitivam inclusive, procedemus, prout ad utilitatem ipsius universalis ecclesiae, mediante iustitia, videbitur faciendum. Volumus autem & mandamus, quatenus easdem nostras literas, quas duplicandas mandamus & decernimus, in valvis ecclesiae Dertusensis majoris praedictae affigatis vel affigi faciatis, & affixas dimittatis per duas horas & deinde loco dictarum nostrarum sic affixarum copiam illarum sub signo alicujus publici Notarii ejusdem originalibus literis receptis affigatis, vel affigi faciatis, & affixam dimittatis, quatenus toties & in tot locis facta earundem literarum & citationis publicatio omnis ignorantia & tergiversationis locum excludat, & decernentes, quod huiusmodi citationes, factae in audientia praefatarum, nec non in ecclesia Dertusensi praefatis, cum affixionibus ad valvas ecclesiarum praedictarum, ut praemittitur, & alterius ipsa-

Et idcirco ego Bernhardus de Plan-  
 cha, sacrista sanctæ crucis Burdegalen-  
 sis, ordinis S. Benedicti, Decretorum D.  
 mandatis ipsius sacrosanctæ synodi o-  
 bedire volens, Vos, Dominum Benedi-  
 ctum Papam XIII. sic in vestra obedi-  
 entia nuncupatum, prius lectâ coram  
 vobis præsentî citatione, alta & intelli-  
 gibili voce publicè cito, peremptoriè, ac  
 uno edicto peremptorio pro omnibus,  
 ad comparandum personaliter in ec-  
 clesia Cathedrali Constantiæ in loco  
 sessionis ipsius sacrosanctæ synodi, ad  
 diem videlicet septuagesimam à die  
 præsentis citationis, quam nunc facio:  
 Quem terminum pro primo, secundo  
 & tertio peremptoriis terminis assigno,  
 ad videndum & audiendum super præ-  
 missis omnibus & singulis, & maxime  
 super crimine schismatis & hæreseos  
 prædictorum tanquam super notoriis,  
 aut aliàs procedi per eandem sacro-  
 sanctam synodum ad omnes & singulos  
 actus & articulos iudicum seu causæ  
 huiusmodi, usque ad definitivam sen-  
 tentiam inclusivè, ipsamque sententiam  
 proferri videndum & audiendum, prout  
 juris fuerit, & prout utilitati prædictæ  
 universalis ecclesiæ visum fuerit expe-  
 dire. Intimando vobis & publicè, prout  
 etiam per easdem literas intimatur,  
 quod sive veneritis, sive non, per ean-  
 dem sacrosanctam synodum, vestrâ  
 absentia divina repleta præsentia, con-  
 tra vos super omnibus & singulis præ-  
 missis per eandem sacrosanctam syno-  
 dum usque ad sententiam definitivam  
 inclusivè procedetur, prout ad utilita-  
 tem ipsius universalis ecclesiæ, medi-  
 ante iustitia, videbitur faciendum, ut  
 hæc in supradicta nunc lecta vobis ci-  
 tatione latius continentur. Et insuper  
 requiro & rogo omnes & singulos Pro-  
 to-Notarios, Notarios ac Tabelliones  
 hic adstantes, quatenus de prædictis om-  
 nibus & singulis conficiant unum vel  
 plura, & tot, quot fuerint opportuna,  
 instrumentum vel instrumenta, con-  
 junctim vel divisim.

Legit insuper confestim post præ-  
 missa dictus Dominus Bernardus quan-  
 dam aliam papyri schedulam scriptam  
 tenoris præsentis :

Molt reverent paire. Justa causa es,  
 que los, qui sont appellates per testi-  
 moniis, fieri certificate del fayt, sobre  
 lo qual han testificat, com aci ara ca-  
 nellis, que ventura non intendere lo  
 latine, los quales se deve prene pro te-  
 stimonio, majorment, com siam acure-  
 mes per lo mot clar senior Roy d' A-  
 ragon & tres cretire & una sancta &  
 mont haute columpna dla unione de  
 sancta Mayre scloya, al qual han referri  
 nostre execution, perso en langa ma-  
 ternal a lor intelligible entende & re-  
 tournar ma executione. Jo. Bernart de  
 la Plana, Secretari de saincte cros de  
 Bordeu del orde de sanct Benesit, Do-  
 ctor en decret, par vertut de la bulla  
 present del sanct Concilii general de  
 Constança, vos, mos reverent paire  
 mos per Bensit Papa XIII. appellat  
 en vestra obedientia, citi, & peremptorio  
 riment, & una citation peremptorio  
 per totas autras citations, que vous  
 comparistats personnelment en l'agley-  
 sa cathedral de Constança, en lo loch  
 de la Session del sanct Concilii, a se-  
 tanta jorii da quest jorii present, lo  
 quale terme pour lo prem, segont, tert  
 terme peremptori, vos assigni, sobre  
 les causes concengudes en la dicta bul-  
 la, & majorment sobre le crim de  
 cisma & de heregia, & de veser & pro-  
 cedir ausit ausi a toutes & singles actes &  
 articles de intimament encroy, a la sen-  
 tença diffinitiva, & veser & ausir donar  
 la dicta sentença, sego que sera vist la  
 sedor de droit & a utilitat de lagley-  
 sa universal: Denuncia a vos, sobre dit mon  
 Reverent paire, que si vos anats a Con-  
 stances & noyanats non contrefiant  
 vestra absença, sera procedit contra  
 Vos par lo sanct Concilii soubre la  
 causas totas desus dictas, & a donnar  
 sentença diffinitiva, ainsi com sera util  
 alla universal eglise meiansan iustitia, &  
 de toutes aquestes causas & castunna  
 dolor vos protonotarios, notarios alli  
 presentes & castum de vous requiri,  
 fara un & dos instrument, a tant com  
 sera necessares & toutes persones de  
 quelque dignitat a condition que sian  
 requeri per testimoniis tant com sera  
 necessar.

Quibus

serentes se nuncios congregationis Constantiensis, quam generalem vocant synodum, presentata, respondet per modum, qui sequitur. Protestando tamen, quod per quacunq; seu qualiacunque facta vel facienda, dicta seu dicenda, sub quacunque forma, non intendit dictam congregationem, aut ejus praesens citationem approbare, nec citationem ipsam quomodolibet exaudire, aut ei, quemcunque seu qualemcunque (valorem) vigorem, tanquam à Notariis nullam potestatem habentibus emanatam, quoquomodo tribuere seu prestare. Imò ipsam & alia quacunq; facta seu facienda, ordinata seu ordinanda, contra ipsum & Romanam ecclesiam, cum sint de facto praesumpta per eos, pronunciavit, decrevit & declaravit, pronunciat, decernit & declarat, cassa, irrita, & nulla, ipso jure.

Et de his etiam est solenniter protestatus. Et primò, cum dicitur in pratensa citatione, quod clamat sancta mater ecclesia, clamatq; Christiani populi multitudo &c. Idem Dominus noster Papa respondet: Quod nedum clamat vera, quae apud ipsum est, sed etiam ingemiscit, Ecclesia, dum à nonnullis, capitis assistentiâ, velut membra praecisa à corpore, destituitis, sub clypeo vasta multitudinis, sacrosancta & generalis synodi nomine rapitur, & plurimis turbationum fluctibus agitur: Cum ut à sanctis apostolis est definitum, sacrosancta generalis synodus absq; autoritate Romani Pontificis non valeat congregari. Permaximè, cum praedictus Dominus noster Papa à portu Veneris citra convocaverit generale concilium, quod in Perpiniano celebrare incepit.

Deinde ad id, quod in dicta narratione asseritur, videlicet, quod ipse totum schisma praesens tollere potuit & adhuc posset, & quod super ipsum & in ipso totum pondus dicti schismatis & facultas illud submovendi consistit, respondet Dominus noster Papa, quod diligenter attentis viis & practiis, utique rationabilibus atque justis, per ipsum à tempore suae assumptionis apertis & oblatis, ad unionem ecclesiae consequendam potuisset ipse, divina mediante gratia, atq; posset dictum schisma tollere, si dicta via seu practica acceptata & non impedita fuissent. Sed injusta denegatio dictarum viarum & practicarum, & impedimenta sibi praestita, ipsum impediverunt & perturbaverunt dare pacem & unionem ecclesiae

& sedare schisma praesatum, prout etiam nunc impediunt & perturbant.

Quibus consideratis, liquidum est videre, quod super dictum Dominum nostrum, & in ipso non consistit totum pondus dicti schismatis, neque illud submovendi facultas.

Super eo vero, quod dicitur, quod idem Dominus noster Papa, existens Cardinalis, ante ipsius electionem ad tollendum dictum schisma viam renunciationis mutuae contententium de Papatu laudaverit, approbaverit, & dixerit, esse utiliore & faciliore, idem Dominus noster Papa respondet, quod viam renunciationis ipse nec ante suam electionem nec post unquam reprobarit seu refutavit, sed ut eam utiliore & faciliore dicit & reputavit aliis viis ordinariis, & aliis à sanctis Patribus in Ecclesia practicatis.

Cum autem subjungitur de scheda petri cum aliis Cardinalibus in conclavi jurata, Respondet, se juramentum praedictum non violasse, imò potius observasse à principio suae assumptionis, citra, offerendo, instando & pro viribus prosequendo modos vias, & practicas justas & rationabiles, viam renunciationis etiam includentes, ut constat authenticis documentis.

Consequenter ad id, quod de requisitione dudum facta ex parte Regis Francorum, & etiam Castellae, Angliae & Bohemiae serenissimorum Regum, dicitur, Idem Dominus noster Papa respondet, quod Rex Bohemiae eundem Dominum nostrum super praedicta via nullatenus requisivit. Imò viam ipsam renunciationis eidem Domino nostro Papa, ut constat, per suas literas, & alias dissuavit. Cui dissuasioni idem Dominus noster Papa nullatenus acquiescens, ceteris Dominis Regibus supra dictis aut aliis quibusvis Principibus seu personis, nec viam renunciationis mutuae denegavit, nec ad illam solam, aliis omnibus exclusis, se ut ab aliquibus petebatur, simpliciter se adstrinxit. Sed dum omnes vias rationabiles & accommodatas obtulit, praedictam viam renunciationis etiam non exclusit, sed incluserit.

Amplius vero, cum dicitur, quod idem Dominus noster Papa promisit, juravit, & vovit pro unione ecclesiae cedere Papati, altero, cum eo de Papatu contentente, cedente, mortuo vel ejecto &c.

præstitit, aut præstat, nec procuravit aut procurat contra ecclesiæ unionem. Et propterea nec *schismaticus* nec *hæreticus*, ut ipsi asserunt, est censendus; sed impedimenta unionis schismatumque ac subschismatum nutrimenta illis debent rationabiliter imputari, qui viam justitiæ & unitatis ac alias utiles & accommodas, in similibus casibus à sanctis patribus prædicatas, abjecerunt, & viam oblatam cessionis multipliciter impediverunt & impediunt, non acceptantes dictas prácticas vel alteram earum, per eum apertas, vel [nec] aliam rationabilem aperientes, per quam vel quas potuerit Christianitas desiderata pace gaudere.

Subsequenter *super recessu Perpiniani, & ad Paniscolæ castrum accessu, prædicatis*, Idem Dominus noster Papa respondet, quod cum dictus Dominus Sigismundus & alii, qui erant ibi pro congregatione Constantiensi, de Perpiniano, ruptis tractatibus recessissent, videns idem Dominus noster Papa, quod non poterat ibidem in agendis proficere, & ex certis aliis causis, quas omittit dicere de præsentibus, tutius, quo valuit se in ecclesiam Dei posuit in securo, ut melius & liberius, quid inde super negotiis ecclesiæ deberet agere, provideret.

Et cum dicitur, quod *ad prædictum castrum Paniscolæ non tutus accessus*, respondet, quod contrarium magistra rerum experientia manifestat, cum nec per suos steterit aut stet, quin quicumque volentes, pacificè tutè possint ad dictum castrum venire. Hi enim, qui præsentis citationis literas præsentarunt, fuerunt benignè recepti, in magna libertate & securitate patienter auditi, & cum voluerunt, recesserunt libere & secure.

Ceterum *cum dicatur*, quod scandalum tantum est, quod, attento ipsius universalis ecclesiæ statu præsentibus, nulla ratione potest de congregatione fidelium removeri, nisi prædicto Domino nostro Papa cedente, mortuo, vel ejecto, etiamsi haberet verum jus in Papatu &c. Respondet idem Dominus noster Papa, quod licet prædicta careant substantia veritatis, nihilominus tamen

ipse, ut verus pastor ecclesiæ turbationi compatiens, fuit & est paratus viam renunciationis prosequi, præcedentibus prácticis, per eum, ut dicitur, datis, vel aliqua earum, aut aliqua alia rationabili ad dictam unionem ecclesiæ consequendam.

Item ad id, quod asseritur, Dominum nostrum Papam esse diffamatum de schismatis crimine, seu fautoria ejusdem &c. Respondet, quod apud bonos & graves non fuit nec est de prædictis criminibus diffamatus, licet æmulus & inimicus sui & ecclesiæ schismatici & hæretici, quorum multi per eum reputant se offensos, vel quia eorum excessus repressit, vel quia suis inordinatis ambitionibus non fatisfecit, conati fuerunt & conantur contra Deum & veritatem notoriam sibi detrahere, & ipsum pro viribus diffamare.

Postremo, *cum in præsentis citatione contineatur*, quod convenientes in unum, canonicè convocati, & repræsentantes ipsam universalem ecclesiam, decreverunt &c. Respondet idem Dominus noster Papa, quod prædicti congregati in Constantia non sunt generalis synodus, nec universalem ecclesiam repræsentant, cum sint excommunicati, & omnibus ecclesiasticis dignitatibus, gradibus, autoritate & jurisdictione privati, & per consequens nullas partes judicii potuerunt assumere, neque possunt, sicut nec etiam jurisdictionem aliquam exercere. Præcipue, cum minor in majorem, & permaxime in Papam, quem nec juris autoritas, nec citationis debitum, nec alicujus obligationis necessitas, ad hoc ardeant, actum imperiosum exercere non possit. Quod bene claruit Theodorici Regis temporibus, dum patres, à Principe pro concilio convocati, eidem catholice suggesterunt, Papam, & non alium, etiam cum de sua causa agitur, & cum accusaretur de hæresi, debere synodum convocare. Et in sacro Chalcedonensi concilio, dum in condemnatione Dioscori Patriarchæ Alexandrini, propter hoc, quod Papam judicare præsumserat, priorum scelerum maculas, scilicet fautoria hæresis iniquitatem, Dioscorus ipse

*In MSC. Lips. & Goth.* **T**enor viarum & practicarum, per eundem Dominum nostrum Papam oblatarum, & quas offert etiam de presenti, de quibus supra fit mentio, sequitur, & est talis:

*Cum per Serenissimum &c.* Vide supra in *Aelis Casaris & Legatorum Concilii Constantiensis in Hispania, de cessione Benedicti 13. Tomo II. Parte XVIII. cap. II. f. 486.*

Tenor vero predictae scedulae, per dictum Episcopum Zamorensem traditae, talis est:

*Nos, tales & tales &c. Ambasiatores & nuntii &c.* Vid. sup. *Tomo II. Parte XVIII. Cap. I. f. 486.*

Alia practica, concessa in *Paniscola* per dictum nostrum Papam.

Cujus tenor in sui forma talis est.

*In MSC. Lips. & Goth.* **U**bi aliqua ex dictis practicis per eos nullatenus acceptetur, ad magis exonerandum conscientiam nostram, & ut Deus & mundus cognoscant, quod non stetit nec stat per nos, quin unio vera in Dei Ecclesia habeatur, & Deus in extremo judicio requirat de manibus illorum, qui turbarunt seu impedierunt, & turbant seu impediunt pacem Ecclesiae: Parati sumus renunciare juri nostro verissimo, quod in papatu habemus, si illi, qui in parte alia dicunt se esse Cardinales, & alii de Congregatione Constantensi, sublato per prius impedimento Pisano, juxta formam praemissae scedulae, de mandato dicti Domini Sigismundi per supra dictum Dominum Episcopum Zamorensem nobis traditae, acceptaverint practicam sequentem, videlicet: Quod per nos, cum consensu venerabilium fratrum nostrorum sanctae Romanae Ecclesiae Cardinalium, & etiam approbante sacro Concilio, quod continuatur, ubicunque nos fuerimus, eligantur certae personae, & per illos, qui in alia parte dicunt se Cardinales, cum consensu dictae congregationis eligantur totidem personae vel plures, si plures voluerint. Quae omnes personae sic electae habeant convenire (conveniant) in uno loco securo, & intrare (intrent) conclave sub tuta & fidelicustodia. Quas personas nos, de pleni-

datae ad sedandum schisma.

*Prima Practica sequitur super via renunciationis, aperta per Dnum nostrum Papam Benedictum, ad instantiam illustrissimi Principis Domini Sigismundi Ro. Regis, cum protestatione tamen, quam semper fecit idem Dominus noster Papa, quod nullam &c.* Vid. sup. *Tomo II. Parte XVIII. cap. 3. f. 487. 488. seqq.*

Additio facta ad Practicam supra proxime: *Et pro breviori expeditione dicti negotii ad Dei servitium & animarum salutem &c.* Vid. sup. *Tomo II. Parte XVIII. cap. V. f. 499.*

tudine potestatis tollendo processus & sententias, quantum ad actum electionis requiritur, habilitamus (habilitabimus) meliori modo, & forma, quibus poterimus, in quantum claves Ecclesiae se extendunt. Quibus omnibus per nos cum consensu dictorum sacrae Romanae Ecclesiae Cardinalium, & approbatione nostri sacri concilii, dabitur potestas eligendi summum Pontificem post cessionem nostram. Sic, quod illud, quod omnes vel major pars personarum cujuslibet partis faciat, sit firmum & validum. Et si personae, electae per illos vocatos Cardinales, & alios partis adversae, acceptaverint simpliciter potestatem, per nos eis, ut supra continetur, concessam, procedant omnes simul, facta cessione notata, quae fieri habeat, & non ante quam dictae personae omnes essent clausae in conclavi sub tuta & sufficienti custodia, & juraverint, & alias se obligaverint, & aliam se obligaverint, ut procedere fideliter cum effectu in negotio, prout fuerit concordatum. Si autem dictae personae alterius (adversae) partis acceptaverint potestatem per se & in quantum, quod tunc publice vel secretae, quod, in quantum personae alterius partis innituntur potestati (Ecclesiae) catholicae, in tantum cum ipsis intendat procedere & simul eligere. In quantum autem innituntur

Instrumentum Executionis, factæ in persona Benedicti Papæ per Lambertum de Stipite & Bernhardum de Plancha in castro Paniscolæ.

In MSC.  
Lipf. &  
Goth.

**I**N nomine Domini Amen. Per hoc præfens publicum instrumentum cunctis pateat evidenter, quod anno à nativitate Domini *MCCCC XVII.* in dictione decima, die vero *Jovis. XXI. mensis Januarii*, de mane ante meridiem, infra octavam & undecimam horas, venerabilibus & circumspèctis viris, Dominis *Lamberto de Stipite*, Priori conventuali Prioratus de Bertreia, ordinis Cluniacensis, Leodiensis dioceseos, & *Bernhardo de Plancha*, sacrista monasterii sanctæ Crucis Burdegalensis, ordinis S. Benedicti, decretorum Doëtoribus, à sancta & generali synodo Constantiensi ad infra scripta faciendum nunciis, una cum aliis venerabilibus & circumspèctis viris, Dominis, *Emerico de Arcis*, Priore S. Benigni Augustensis, Licentiatò in decretis, & *Jacobo de Cerretanis*, Cantore *Taurinensi*, *Jurisperito in Dertusa*, ex ordinatione illustrissimi Principis, Domini Alphonfi, D. G. Arragonum & Sicilia Regis, ad cautelam & securitatem remanentibus, specialiter deputatis, in castro seu loco de Paniscola, Dertufenfis dioceseos, coram Domino Benedicto Papa XIII. sic in sua obedientia nuncupato, pro tunc in quadam aula dicti castri in sua sede ad dandum publicam audientiam sedente, ubi cum eo tunc fuerunt præfentes & astantes sui, inter alios videlicet, *Carolus S. Georgii* ad velum aureum, *Alphonsus S. Eustachii*, & *Petrus S. Angeli*, Diaconi Cardinales, & *Gingo Flandini*, Proto-Notarius, *Guilielmus Vasionensis*, *Didacus Carthaginensis*, *Rodericus Grennensis*, (Gremienfis) Episcopi, *Petrus Comollis*, Subdiaconus, *Franciscus Romra*, Secretarius, *Fr. Petrus de Podiolo*, Monachus, *Franciscus de Randa*, Donatus monasterii Porcellis, ordinis Carthusiensium, frater *Rodericus de Luna*, Commendator *Montiffoni*, ordinis S. Johannis Hierosolymitani, *Exemenus Dahe*, Auditor, *Carobius Garfiæ*, *Julianus de Lola*, clericus cameræ dicti Benedicti, & *Simon*

Salvatoris, Decretorum Doëtor, familiares ejusdem Benedicti, aliaque copiosa & magna populi multitudo, in nostro- rum Notariorum publicorum testiumque infra scriptorum ad hoc vocatorum specialiter & rogatorum præfentia personaliter constituti iidem Domini *Lambertus & Bernardus*, communiter & divisim, animo & intentione exequentis nomine & pro parte ipsius sacrosanctæ synodi, literas citatorias, veris bullis plumbeis ejusdem sacrosanctæ synodi bullatas, sanas & integras, non viciatas, non cancellatas, nec in aliqua parte, ut prima facie apparebat, suspectas, per ipsam sacrosanctam synodum contra dictum Benedictum decretas, fulminatas, in eorum manibus tenentes & habentes, ac uterque eorum habens & tenens, ipse Dominus *Lambertus* præmisit talia verba in effectu:

*Reverendissime Pater. Anno Domini MCCCC XVI. d. 5. mensis Decembris in civitate Constantiensi, Moguntinensis provincie, in domo fratrum minorum, per reverendos Patres, Dominos Præsidentes unium nationum sacrosancti generalis concilii Constantiensi, in præfentia deputatorum & Notariorum, hoc præfens mandatum fuit mihi exhibitum, cum præcepto & mandato, ut facerem sequentia: Primo, hoc præfens citatorium vobis legerem, secundo, ut illud exquerer.*

Quantum ad primum, incepit legere dictas literas citatorias, quas publice alta & intelligibili voce de verbo ad verbum continuavit, taliter, quod Benedictio hujusmodi ad auditum dicti Benedicti & aliorum in dicta aula existentium, & circa lecturam hujusmodi diligenter advertentium, poterat verifimiliter pervenire. Quarum quidem literarum tenor sequitur & est talis:

*Sacrosancta & generalis synodus Constantiensi universis & singulis venerabilibus fratribus, Patriarchis, Archiepiscopis & episcopis, ac dilectis ecclesie filiis, Abbatibus, Prioribus, Præpositis, Decanis, Archidiaconis*

Christi fidelibus, maxime a Principibus & Prælatibus ac Universitatibus universaliter generalium studiorum atq; Doctoribus & prudentibus viris diversarum obedientiarum prædictarum, aut a majori parte eorundem approbata, & in tam diuturnis temporibus nulla alia accommodata, secunda, efficax & facilis ad tollendum schisma præfens, attentis difficultatibus in jure & in facto, potuit reperiri, reputatumque fuit & est a doctissimis viris & peritis divini & humani juris, quod idem Benedictus pro dicta unione ipsius ecclesie, & tollendo ejusdem ecclesie scandalo & schismate, suo Papatui cedere tenebatur & teneatur: Licet insuper idem Benedictus aliquorum devotus instantia Deo & ecclesie promiserit, juraverit & voverit pro unione ecclesie cedere Papatui, altero de Papatu cum eo contendente, cedente, mortuo vel ejecto, & Johannes XXIII. ejectus fuerit & cesserit, atque Gregorius præfatus cesserit, ut præfertur, fueritque idem Benedictus post hæc omnia, nullò pro Papa se gerente, nisi ipso, ex parte Principum sua obedientia, nec non universorum ferè fidelium solenniter per charissimum ecclesie filium Sigismundum, Romanorum, qui propter hoc ad eum personaliter accessit, & clara memoria Ferdinandum, Arragonum, Reges, atq; nonnullos alios Principes & Dominos sua obedientia apud eum personaliter propter hoc existentes, nec non Legatos Francia, Anglia & Castella prædictorum, nec non charissimi ecclesie filii, Caroli Navarra Regum, atque generalis concilii Constantiensis, provincie Moguntinensis, sic per obedientias dictorum Johannis & Gregorii tunc nuncupati cum magna devotione, humilitate & instantia sapius requisitus, quatenus, præmissis attentis, cum non esset humanitus possibile, dictas alias obedientias ad suam obedientiam reduci, & in eo principaliter consistebat pondus schismatis & facultas illud tollendi, vellet dare pacem ecclesie & schisma tollere per suam de suo Papatu cessionem, i. renunciationem, ad quod tenebatur jure divino pariter & humano, præsertim cum nulla alia via sedandi schismatis prædicti per tot prudentium ingenia & labores tam diuturnis temporibus potuerat ad hoc accommodata, ut præmittitur, reperiri. Idem tamen Benedictus, tantorum Regum ac Principum, quinimò ferè totius ecclesie hujusmodi toties itgratis precibus,

requisitionibus & admonitionibus contra præfata juramenta recusatis & spretis, & minime exauditis, præfatisq; ipsius Ecclesie calamitatibus, scandalis, & periculis non compatens, nec providens, de loco Perpiniæ, ad quem præfati Reges & Principes ac legati pro præmissis convenerant, cum armata manu recessit, & ad Coqueliberum, portum maris, ubi suas galceas armatas habebat, se transtulit. In quo loco existens fuit ad huc de prædictis requisitus pro parte Oratorum Regum, Castella, Arragonum & Navarra, ac Principum prædictorum, quam requisitionem pro tunc non exaudivit, sed in longum protraxit, nec etiam post exaudivit, & de dicto loco recedens in munitissimo Paniscola castro Dertusensis, diucessos, ubi ad eum non est tutus accessus, se reclusit, ubi ex parte præfati Regis Arragonum de præmissa cessione fienda pro parte ecclesie fuit iterum & tertio requisitus, & iterum recusavit, & suo posse præfatum tam inveteratum schisma nutrire & fovet, & impedimenta, quacumque potest, præstitit & præstat, procuravit atque procurat, ne ad prædictam unionem perveniri possit, quæ omnia schisma & hæresim inferne seu inferre censentur, per quæ etiam turbatur, scandalizatur, leditur & periclitatur status universalis ecclesie prædictæ, & in quo jam fuit turbatus, scandalizatus & laesus, quod etiam scandalum tantum est, quod attentio ipsius universalis ecclesie statu præfati, nulla ratione potest de fidelium congregatione removeri, nisi ipso cedente, præmortuo vel ejecto, etiamsi haberet verum jus in Papatu. Ex quibus idem Benedictus apparuit & apparet fuisse & esse fautor & nutritor inveterati schismatis prædicti, atque schismaticus & hereticus esse censendus, & super his criminibus fuit & est publicè & diutius diffamatus, taliter, quod sine scandalo ecclesie dissimulari non potest, nec sine periculo tolerari. Super quibus clamore populido clamat & conqueritur præfatus populus Christianus, & præmissa, quæ in facto consistunt, notoria reputat atque vera. Convocati igitur in unum more solito canonicè convocati ac representantes ipsam universalem ecclesiam, confidentes in Domino, quod qui incepit in nobis opus bonum, ipsius donatus jam, auxiliante gratia, remotis impedimentis, & ipse perficiet & exurgens miserabitur Sion, quia tempus miserendæ

toties & in tot locis facta earundem literarum & citationis publicatio omnis ignorantia & tergiversationis locum excludat, decernentes, quod hujusmodi citationes, facta in audientia literarum, nec non in ecclesia Dertusensi, cum affixionibus ad valvas ecclesiarum predictarum, ut premititur, & alterius ipsarum, & qualibet earundem citationum, sic valeant, & eundem ardeant post lapsum terminorum ipsarum citationum & cujuslibet earundem, ac si ad propriam ipsius personam citatus extitisset, & eidem nostra litera presentata & lecta extitissent, omnes & singulos Reges, Principes & Dominos temporales, & precipue charissimum ecclesia filium Alphonsum Regem Arragonum, omnesque secularem & temporalem potestatem exercentes, quocumque nomine sive titulo nuncupentur, requirimus in fide Christi & Dei, vosque nihilominus ex parte nostra requiratis, quatenus vobis & vestrum cuilibet in exequendis premisis prebeant auxilium, consilium & favorem, vosque & vestrum quemlibet ab omni impedimento vel impedimentis contra premissa omnia & singula, quantum in eis erit, protegant & defendant, mandantes vobis & vestrum singulis, prout ad quemlibet pertinebit, quatenus nobis in nostra sessione generali de gestis per vos & responsis fideliter sub publicis instrumentis infra terminos citationum ipsarum relationem faciatis & debite presentetis. Datum Constantie, IV. Cal. Decembr. anno à nativitate Domini MCCCC XVI. in nostra publica sessione.

Dumque ipsius citationis lectura fieret, ut præfertur, & fieret mentio de schismate & de hæresi prædicti Benedicti, ipse movendo caput semper respondebat: *Non est verum, vel, falsum est.* Et semel respondebat: *mentiuntur.*

Præfatisque literis citatoriis, ut præmittitur, lectis, dictus Dominus Lambertus ad executionem earundem literarum procedens, quandam papyri schedulam etiam alta & intelligibili voce legit hujusmodi sub tenore: Et idcirco ego Lambertus de Stipite, Prior conventualis de Bertreia, ordinis Cluniacensis, Leodiensis dioceseos, Decretorum Doctor, mandatis ipsius sacrosanctæ synodi obedire volens, vos Dominum Benedictum Papam XIII. sic in vestra obedientia nuncupatum, prius

lecta coram vobis præsentis citatione alta & intelligibili voce publicè citato peremptoriè, ac uno edicto peremptorio pro omnibus, ad comparandum personaliter in ecclesia Cathedrali Constantiensium loco sessionis ipsius sacrosanctæ synodi, ad diem videlicet septuagesimam à die præsentis citationis, quam nunc facio, quemque terminum primo, secundo & tertio peremptoriis terminis assigno, ad videndum & audiendum super præmissis omnibus & singulis & maximè super crimine schismatis & hæresis prædictorum, tanquam super notoriis, aut aliàs procedi per eandem sacrosanctam synodum ad omnes & singulos actus & articulos iudicii seu causæ hujusmodi, usque ad sententiam definitivam inclusivè, ipsamque sententiam proferri videndum & audiendum, prout juris fuerit, & prout utilitati prædictæ universalis ecclesiæ visum fuerit expedire, intimando vobis & publicè, prout etiam per easdem literas intimatur, quod, si veneritis, si non, per eandem sacrosanctam synodum, vestra absentia divina repleta præsentia, contra vos super omnibus & singulis præmissis per eandem sacrosanctam synodum usque sententiam definitivam inclusivè procedetur, prout ad utilitatem ipsius universalis ecclesiæ, mediante iusticiâ, videbitur faciendum, ut hæc in supra dicta vobis lecta citatione latius continentur. Et insuper rogo & requiro omnes & singulos Protonotarios, Notarios & Tabelliones, hic astantes, quatenus de præmissis omnibus & singulis conficiant unum vel plura, & tot, quot fuerint opportuna, instrumentum vel instrumenta, conjunctim & divisim.

Quibus sic peractis, præfatus Dominus Bernhardus ad similem executionem intendens, & præmittens verba infra scripta, videlicet: Reverendissime Pater, Par commissio huic recitata per Dominum & collegam meum, extitit mihi facta. Quapropter ut filius obedientiæ parere volens mandatis sacrosanctæ synodi, intendo procedere ad eandem, seu similia, ad quæ dictus collega meus per ordinem processit. Hujus-

Lips. requisitionem de clausura) instrumentorum non admittebat, imò contradicebat. Præsertim cum responsum dicti Benedicti incertitudinem temporis propter verbum, *breve*, contineret. Et requirebat, ut supra.

Tuncque prædictus Dominus Lambertus, requisitionibus & rogationibus de instrumentis fiendis super præmissis in dictis schedulis contentis inhærens, requisivit & rogavit, ut supra, fuitque protestatus, quod cum responsum dicti Benedicti, sic, ut præmittitur, datum, esset incertum, ipsum præstolari non intendebant, sed post prandium recedere.

Et super his ac omnibus aliis præmissis iteratò, ut supra, petiit instrumenta.

Tuncque in continenti ipse Benedictus dixit, se præmissa per eum prolata non dedisse pro responso; sed infra paucos dies vellet dare sufficiens responsum.

Super quibus omnibus & singulis prædicti Domini Lambertus & Bernardus conjunctim & divisim petierunt, & uterque eorum petiit, sibi fieri à nobis Notariis infra scriptis & quolibet nostrum unum vel plura publica instrumenta, tot, quot fuerint opportuna.

Et sic præfati Domini Lambertus & Bernardus, inclinatis capitibus, ab inde recesserunt, proferente Domino Lamberto hæc verba: *Dominus sit vobiscum, quia Dominus nobiscum est.*

Acta fuerunt hæc anno, indictione, die, mense, hora, & loco, quibus supra. Præsentibus ibidem strenuis Dominis, Raymundo Xatinar & Ludovico de Pontionibus, militibus, ac honorabilibus & honestis viris, Guilielmo Raymundi Call, & Berengario de Villa Leonis, Domicellis, Johanne Leopart, cive Barchinonæ, nec non M. Meinhardo Crukenberch, literarum apostolicarum scriptore, & Johanne Frevats, clerico Leodiensis dioceseos, & aliis quàm pluribus testibus fide dignis ad præmissa vocatis specialiter & rogatis.

Et ego Theodericus Bathensœn, literarum apostolicarum scriptor, clericus Leodiensis dioceseos, publicus Apostolica & Imperiali autoritatibus Nota-

rius, quia præmissis omnibus & singulis dum sic, ut præmittitur, fierent & agerentur, una cum Dominis Johanne & Meinhardo, Notariis infra scriptis ac testibus, & aliis superius nominatis, interfui, ideo hoc præsens publicum instrumentum per eosdem Notarios & me in notam receptum exinde confecimus. Quod manu mea propria scripsi, signoque & nomine meis consuetis signavi, rogatus & requisitus, in fidem & testimonium omnium & singulorum præmissorum.

Et me Johanne de Tempore, clerico Meldensis dioceseos, publica Apostolica & imperiali autoritatibus Notario, qui de præmissis, per me una cum honorabili M. Theodorico, Notario præscripto, in notam sumtis, præsens publicum instrumentum, inde confectum, signo, quo actibus instrumentatis una cum nomine & subscriptione meis uti consuevi, (in Lips. uti consuetis) signavi, in fidem & testimonium veritatis præmissorum requisitus.

Et ego Meinhardus Crukenberch, literarum Apostolicarum scriptor, clericus Mindensis dioceseos, publicus imperiali autoritate Notarius, quia præmissis omnibus & singulis, dum sic, ut præmittitur, fierent & agerentur, una cum honorabilibus Magistris Theodorico & Johanne, Notariis præscriptis, testibusque & aliis superius nominatis, interfui, ideoque hoc præsens publicum instrumentum per eosdem Notarios & me in notam receptum exinde confecimus, quod signo & nomine meis consuetis signavi, rogatus & requisitus ad fidem & testimonium veritatis omnium & singulorum præmissorum.

Post quorum quidem instrumentorum lectionem & relationem, ut præmittitur, factas, M. Henricus de Piro & Johannes de Scribanis, promotores & procuratores hujus sanctæ synodi de præmissis relatione & lectione ac omnibus aliis & singulis, nomine, quò supra, sibi fieri petierunt à Dominis Prorogatoriis & Notariis hujus sanctæ synodi publicum & publica instrumenta, præmissaque instrumenta & ipsam relationem apud acta registrari.

Præsentibus ibidem reverendissimis in Christi

XIV. Cal. Junii Pontificatus nostri anno 13. declarat, nullatenus apprehendere casum regie ordinationis prædictæ: Consequenter Reges ipsos (Ferdinandum & Alphonsum) dictam ordinationem condendo, promulgando, observando, vel observari faciendõ, etiam alios observatores ejusdem, contra dictam constitutionem in aliquo non venisse: Ipsaque sibi, & in quantum Regie ordinationi præfatæ, in casu præmissis factæ & promulgatæ, aut observationibus ejus quomodolibet obviaret, tanquam impeditivam in hac parte unionis Ecclesie, inveteratiquæ scismatis nutritivam, omniaq; inde secuta, decernit & pronunciat, nullius fuisse aut esse roboris, efficacis vel momenti.

Hac in  
Lips. qui-  
dem codi-  
ce compa-  
rent, sed  
videntur  
nisiq; su-  
persua,  
vel ad su-  
perius de-  
cretum  
pertine-  
bunt.

(De quibus, Præsidentis, Cardinalis videlicet Ostiensis, nomine totius hujus sacri concilii, ut procurator ejusdem, ac etiam Reverendus in sacra pagina Philippus de Medalia Magister, pro Serenissimo Arragonum Rege, sui & vice aliorum ejusdem Domini Regis Coambassiatorum ibidem præsentium, petierunt à singulis sanctæ sedis Apostolicæ protonotariis & aliis notariis singularum nationum hujus sacri concilii sibi retineri publica instrumenta ad futuram rei memoriam.)

Qua quidem schedula lecta, Reverendissimus in Christo Pater & Dominus Dominus Johannes, miseratione divina sanctæ Romanæ Ecclesiæ Cardinalis & Vice-Cancellarius, hujusque sessionis præsident, nomine totius synodi respondit: Placet.

Super quibus omnibus & singulis præmissis Magister Henricus de Piro, promotor & procurator prædictus nomine procuratorio, quo supra, ac etiam egregius in sacra pagina Magister Philippus de Medalia pro Serenissimo Domino Rege Arragonum à protonotariis & notariis dictæ synodi sibi fieri petierunt unum vel plura, publicum vel publica instrumenta, ad futuram rei memoriæ. Præsentibus Reverendissimis Patribus in Christo ac Dominis, Dominis Johannibus Ostiensis, de Ubinis, Bononiensis, Veneriarum, Ragusino, Aquilegensi, Senensi, Pisano, Veronensi, Cameracensi, Tricaricensi, Placentino, sancti Marci, de Chalanco, de Fuceo, Salutiarum, de Brancatis, de Flisco, de Columna, de Comitibus, Florentino, sanctæ Romanæ Ecclesiæ Cardinalibus, ac Regum, Principum, Dominorum Prælatorum, Collegiorum & studiorum Ambassadoribus, aliisque Christi fidelibus in multitudine copiosa,

### Capitulum Provinciale Benedictinorum Concilii jussu hæctenus celebratum, nunc finitum

d. 19. Mar.  
A. 1417.

in Monasterio Petrusiano,  
die Veneris, 19. Martii, A. 1417.

In reformationem Ordinis Benedictini hoc collimaverat Capitulum, nuper die 28. Febr. inchoatum. Quo de Dacherius. Qui & religiosam eorundem Monachorum processionem Constantiæ nunc institutam & Reformationem publicam memorat. Conf. Tom. I. Parte XXVI.

Petrus de Alliaco Cardinalis Cameracensis  
solenni Oratione graviter conquestus est

d. 23. Mart.  
A. 1417.

De causa Johannis Parvi, in grande Ecclesiæ & reipublicæ  
detrimentum à quibusdam excusata.

Die Domin. Latere, 23. Martii, A. 1417.

Superioris anni mense Majo Novem assertiones Johannis Parvi, urgente Galiorum Rege per Gersonem Concilio propositæ, quæ solenniter condemnarentur. Defensorem mox invenerunt Martinum Atrabatensem Episcopum, qui Ducis Burgundiæ & Johannis Parvi tueretur causam. Divisi in partes Concilii Patres diu mul-

ipsis fratribus obviam declinaverunt, ubi magnus Magister ordinis prædicti cum suis Consiliariis ad tentoria Regis, in propinquo, ad jactum sagitta, in navibus se recollegit. Ubi ipse Rex cetera capitula ad pacem perpetuam tendentia ipsi Magistro obtulit. Qua refutata fuerunt. Quæ de re sine conclusiva recesserunt. Supplicans idem Rex in eisdem literis, quod si qua pars pro defensione regni sui & suorum contingeret attentare, quod dictum concilium haberet ipsum excusatum. Significans etiam in eisdem literis pro novis consolatoriis die XVIII. mensis Octobris proxime præteriti duo millia nobilium in regno Sameyarum fore baptizatos, salvo ceteris ignobilibus &c. viris & mulieribus &c.

In MSC.

Wolf.

In MSC. Wolfenb. Sessio tricesima prima. Die Mercurii ultimâ supra dicti mensis Martii, in ecclesia Constantiensi celebrata fuit sessio generalis. Et in eadem sessione fuit dictum officium missæ de Spiritu sancto per reverendum Patrem Dominum Martinum Episcopum Aprutinum. Reverendissimus vero Pater Dominus Johannes Episcopus Ostiensis S. R. E. Cardinalis hujusmodi sessioni præsidebat. Letaniis autem & aliis orationibus consuetis expletis per ipsum Dominum Presidentem more solito in pontificalibus indutum, legébantur per Dominum Antonium, Episcopum Concordiensem & Petrum de Polonia successivè ea, quæ sequuntur.

In MSC.  
Lips.

**D**ie Mercurii, ultima suprædicti mensis Martii, in Ecclesia Constantiensi, & in loco sessionis, mane hora tertiæ vel quasi, fuit per synodum Constantiensem tentata & celebrata sessio publica. Præsentibus ibidem Reverendissimis in Christo Patribus & Dominis, miseratione divina Johanne Ostiensi vulgariter Vivariensi, Angelo Pnestrino, Episcopis, Laudensi, Antonio Bononiensi, Gabriele Senensi, Angelo Veronensi, Thoma Tricaricensi, Guilelmo Sancti Marci, Antonio de Chalanco, Simone Remensi, Presbyteris, Amadeo Salutarum, Ludovico de Flisco, & Lucido de Comite, Diaconis Cardinalibus, nec non Serenissimorum Illustrissimorumque Principum, Franciæ, Angliæ, Arragoniæ, Sicilia, Cypri, Daciæ, Sveciæ, Norwegiæ, & Poloniæ Regum, ac Navarræ &c. Comitum, Fuxi, Clivensis, & universitatum studiorum, & communitatum Ambassiatoribus.

Pro cujus introitu fuit celebratum officium missæ, per reverendam Patrem, Dominum Marinum Episcopum Aprutinensem, de Spiritu Sancto.

Quo officio missæ finito, antequam fuerat processum ad ulteriora, levavit se in medium Venerabilis & circumspectus vir Dominus Ardecinus de Novaria, sacri Consistorii advocatus, & proposuit, qualiter ad præfens vacaret decanatus Ecclesiæ Lugdunensis, immediate Ecclesiæ Romanæ subiectus, nec non Abbatia N. in civitate Neapolitana

similiter ipsi Romanæ Ecclesiæ immediate subiecta, ex quo ipsum Concilium sive synodus usque modo non voluit se intramittere de provisionibus Ecclesiarum & beneficiorum quorumcunque, Ecclesiæ Romanæ subiectorum, quæ propter protestatum fuit nomine dictarum Ecclesiarum, quod non currat tempus contra hujusmodi provisiones fiendas.

Qua quidem protestatione facta & instrumentis petitis per eundem Dominum Ardecinum, fuit in choatum officium litaniarum more solito, & peractum per Reverendissimum Patrem Dominum Johannem, Episcopum Ostiensem, Cardinalem Vivariensem, quam seniore de collegio Cardinalium, cum hymnis, Evangeliiis, antiphoniis, requisitis ad hujusmodi officium.

Quo officio litaniarum completo, de mandato & voluntate ipsius Synodi ascenderunt ambenem prædictum Reverendi Patres, Domini Thomas Politi, protonotarius de Angliâ, tanquam Ambassiator Regis Angliæ, & procurator, & Antonius, Episcopus Concordiensis nomine ipsius synodi. Præfatus Dominus Thomas protonotarius & procurator Regis Angliæ nomine ipsius & sui & omnium Ambassiatorum ipsius Regis, & procuratorum, protestatus fuit, ut in quodam quaternario papyreo, quem ibidem produxit, qui propter ejus prolixitatem non fuit lectus, & cujus tenor inferius est infer-

Qua

*Emonenſis* nationis Italicae Episcopi, loco Dominorum *Ulrici Verdenſis*, *Patritii Cortagenſis*, & *Lazari Ezimenſis* Episcoporum, in causa fidei de regno Bohemiae.

Qua deputatione sive surrogatione facta, fuit deputatus, sive surrogatus in una alia causa fidei de regno Bohemiae Reverendus Pater, Dominus *Hieronymus Electus Ariminensis*, loco bonae memoriae Domini *Bartholomaei*, Episcopi *Alexandrini* in Lombardia.

Quarum protestationum, decretorum & literarum, de quibus supra fit mentio, tenores inferius sunt descripti.

Ad quorum approbationem Reverendus Pater, *Dohannes Johannes Episcopus Ostienſis*, nomine totius synodi pro hac vice potestatem habens, respondebat, placet.

Super quibus venerabiles viri Magister *Henricus de Piro* & *Johannes de Scribanis*, petierunt sibi fieri unum vel plura instrumenta à Dominis protonotariis,

Protestatio Anglicorum per *Thomam Polton* exhibita etsi non lecta, De suo in *Constantiensi Concilio nationis & suffragii jure*, contra *Gallorum Protestationem*, nuper hoc mense die 7. Martii propositam.

Ut insuper veritas & justitia &c. Vid. Tom. V.

Monitorium contra Comitem Virtutum per *Anthonium Episcopum Concordiensem* lectum.

In MSC. Lips. & Wölfenb.  
UNIVERSIS & singulis Christi fidelibus &c. Salutem &c. Dudum cum ad audientiam nostram pervenerit, fama publica referente, quod nobilis vir *Philippus Comes Virtutum*, nonnullique alii in hac parte Commissarii & Officarii sui, ipsius mandato & consensu, ac ratum & gratum habendo, contra venerabilem fratrem *Albertum Episcopum Astensem*, patrem & pastorem animarum suarum, cui obedientiam & reverentiam debitas & devotas facere tenebantur, & qui una nobiscum in hoc sacro sancto Concilio generali onera humiliter supportavit, ac de speciali licentia nostra ad suam se transtulit Astenſem Ecclesiam, nulla sumta occasione justa, sed temerarie & injuste, in dictum Dominum Episcopum vi armata, ausu sacrilego, manus injicendo violentas, eundem ignominiose ad castrum, quod *Vetus* dicitur, diceceseos Astenſis, perduxerunt, ibi

& aliis notariis, sive scribis ad hoc deputatis: Praesentibus dictis Dominis pro testibus infraſcriptis.

Quibus omnibus factis de licentia ipsius synodi saepe dictus *Petrus de Polonia* legebat certam bullam missivam, directam Concilio *Constantiensi* per Regem *Poloniae*, & Ducem *Witoldum*, in qua litera excusabant se de pace non facta inter eos & ordinem *Teutonicorum*, ut in eadem litera &c.

Tenores vero dictarum protestationum *Anglicorum*, monitorii contra Comitem *Virtutum*, decreti contra liberos famosos, literae missivae Comitis *Virtutum*, decreti ecclesiae *Bajonenſis*, perinde decreti ad *Marchiam Anconitanam*, decreti surrogationis *judicium* in causa fidei, decreti deputationis *Ariminensis* in causa fidei alia, & literae missivae Regis *Poloniae*, sequuntur & sunt tales.

que carceribus manciparunt, & detinuerunt, prout detinent etiam carceratum de praesenti: *Sacrilegium* & excommunicationem, aliasque censuras Ecclesiasticas & poenas, juris & constitutionis provinciae *Mediolanensis* ecclesiae, cujus dicta ecclesia *Astenſis* suffraganea existit, circa hoc editas & proclatas, ac in partibus per ordinarios declaratas, damnabiliter incurrendo: Nos de tantis tamque gravibus excessibus, ut supra fertur, nobis relatis, qui inter cetera ad *universalis Ecclesiae reformationem* sumus hic congregati, ad quos, super quibuscunque quaestionibus, si quas attentare volebat contra Episcopum praefatum, haberi poterat recursus, non im merito dolentes, & volentes super his inquirere veritatem, ipso Comite, ut dicebatur, procurante per suos nuncios, *Venerabilibus* fratribus *Papiensi* & *Novariensi* Episcopis dari concessimus in man-

tem Astensem, ac communitatem, & terras, dominia, & loca ad dictam civitatem spectantia & pertinentia, interdicti sententias incurrisse, dictumque Comitem ejusque Commissarios, Officiales, & ipsius personam, excommunicationis sententiam eadem autoritate incidisse declarent, Ecclesiam vero, ac etiam civitatem & communitatem, ac terras, dominia, & loca prædictis & prædicto Ecclesiastico subjacere interdicto, juxta constitutionem *Viennensis Concilii*, quæ incipit: *Si quis suadendo*, vocatis vocandis, in eorumque Papiensi & Novariensi & aliis quibuscunque Ecclesiis, tam cathedralibus, quam collegiatis universis, infra missarum solennia, aliisque Ecclesiis, ad divina audiendum populo ibidem congregato, publice, per se, vel alios denuncient & evitent, ac ab aliis ita denunciari & evitari faciant & permittant, tam diu, donec à nobis, vel futuro Romano Pontifice aliud desuper habuerint in mandatis.

Et si, quod absit, prædictas pœnas interdicti & excommunicationis dictus *Philippus Comes*, Commissarii & Officiales prædicti, animis sustinuerint induratis, ad omnes alias, spirituales & temporales, autoritate præsentium procedere valeant, quibuscunque aliis pœ-

nis, eis à jure vel ab homine occasione prædicta ibidem illatis & inferendis, in suo robore permaneris. Nec ab aliquo absolutionis beneficium, nisi a futuro Romano Pontifice, vel à nobis, præterquam in mortis articulo, valeant obtinere.

Nihilominus volentes, & hac sacra synodali autoritate decernentes, quod hujusmodi nostræ literæ, modo & forma præmissis executæ, dictos sic requisiti & monitos, & quemlibet eorum arctent taliter & astringant, ac perinde valeant, plenamque obtineant roboris firmitatem, ac si eisdem, & eorum cui-libet in propria persona lectæ & insinuatae fuerint, ac præsentialiter publicatae. Non obstante, quod eidem *Philippo Comiti*, vel quibusvis aliis, communiter vel divisim, à sede Apostolica indultum existat, quod interdicti, suspendendi, vel excommunicari non possint per literas Apostolicas, non facientes plenam & expressam, ac de verbo ad verbum de indulto hujusmodi mentionem. Contradictores, censura, simili appellatione postposita, compescendo: Non obstantibus constitutionibus, seu aliis editis in contrarium quibuscunque. Datum *Constantiæ* II. Cal. Aprilis Anno à nativitate Domini M cccc xvii. Indictione X, Apostolica sede vacante.

#### Decretum super reintegratione Ecclesiæ Bajonensis.

In MSC.  
Lips.  
& Wolf.

SANCTA synodus &c. attendens ad reformationem & reintegrationem universalis, & etiam omnium Cathedralium Ecclesiarum, quæ schismate præsentem durante habebant vel habent Episcopos diversarum obedientiarum, per quos ipsæ cathedrales Ecclesiæ monstruose in capite & in membris videbantur & videntur gubernari, statuit & ordinat, quod *Ecclesia Bajonensis*, quæ etiam duos simul per plures annos habuit Episcopos, & inter alios bonæ memoriæ *Petrum*, qui fuit de obedientia *Balthazaris*, tunc *Johannis Papæ* xxiii in sua obedientia nuncupati, noviter defunctum, & superstitem venerabilem fratrem *Guilelmum*, hic præsentem, qui fuit creatus per *Petrum de Luna* Benedictum xiii in ejus obedientia nuncu-

patum, deinceps per eundem *Guilelmum Episcopum* regatur, ut verus Episcopus ipsius Ecclesiæ, nec non Episcopatus Bajonensis unicus censeatur, & illi clerus & populus civitatis & dioceseos Bajonensis in omnibus consuetis, licitis & honestis, ut eorum vero Episcopo & Pastori obediant, & ipse eos vice versa benigne pertractet, prout ad ejus pontificiale officium pertinet, de consuetudine vel de jure: Inhibentes nihilominus venerabili capitulo ipsius Ecclesiæ, ne ad electionem alicujus loco ipsius defuncti Episcopi procedant, prout etiam juxta quædam capitula dudum per oratores nostros ex una parte, & quosdam alios, tunc de obedientia præfati *Petri* existentes, in regno *Arragoniæ* fuit conclusum, & quæ quidem capitula per

mus vero Pater Dominus Episcopus Ostiensis S. R. E. Cardinalis & Vice-Cancellarius indu-  
tus Pontificalibus huiusmodi sessione presedit. Et demum litanis ac aliis orationibus con-  
suetis cum debita solennitate completis, instantibus promotoribus concilii fuit accusata  
contumacia Petri de Luna per Dominum Ardecinum Advocatum. Et juxta petitionem  
ipsius dictus Dnus Johannes Episcopus Ostiensis huiusmodi sessione presidens nomine concilii  
deputavit reverendissimos Patres & Dominos, Ottonem de Columna & Lucidum de Comi-  
tibus, Diaconos Cardinales, tunc in ordine Cardinalium postremos, reverendosq; patres Fel-  
tensem & Merseburgensem Episcopos. Quibus dedit in mandatis, ut ipsi cum Petro de  
Luna ad valvas ecclesie juxta mores antiquos vocarent, & ipsi synodo vocationem referrent.

Qui quidem Domini deputati, una cum Jacobo Rodini & Thoma Polton Proto-  
Notariis apostolica sedis & huiusmodi causa notariis, ac Francisco de Mediolano  
apostolica sedis cursore, locum sessionis exeuntes accesserunt ad valvas ejusdem eccle-  
siae. Et presatus Franciscus cursor ipsum Petrum de Luna alta voce vocavit sub his  
verbis: Est hic Dominus Petrus de Luna Benedictus XIII. in sua obedientia nominatus  
vel aliquis pro eo, qui compareat, responsurus coram sacro concilio in causa schismatis & ha-  
eresis contra ipsum mota? Cumq; nec ipse Petrus nec aliquis pro eo comparuisset aut respon-  
sum dedisset, dicta vocatione trina vice facta, ipsius synodi promotores & una cum eis Ben-  
dictus de Gindoletis de Perusio, Camera apostolica clericus, nomine hujus sanctae synodi su-  
per huiusmodi vocatione & non comparitione & non responsione petierunt instrumentum &  
instrumenta. Quibus sic peractis, Cardinalis de Columna, unus ex deputatis praemissis  
commissionem eis factam a dicto concilio adimplevisse, dictumq; Petrum de Luna modo pra-  
missum per cursorem trina vice vocasse, nec ipsum Petrum vel aliquem pro eo ibidem com-  
paruisse aut responsum dedisse, dicta sanctae synodo retulit. Et deinde Franciscus de Medio-  
lano cursor presatus de praemissa vocatione fecit relationem. His sic peractis, Dominus  
Ardecinus Advocatus praedictus vocationem & relationem huiusmodi petiit inter alia cau-  
sa registrari. Et deinceps reproducta bulla citationis alias contra ipsum Petrum de Luna  
decreta & executata, Dominus Bernardus de Plancha, unus ex executoribus dictae citatio-  
nis, per concilium deputatis, de his, quae circa saepe dictae citationis executionem fecisset, fe-  
cit relationem, dicens in effectu, quod ab ipso concilio receperant ipse & collega sui in man-  
datis, ut Petrum de Luna Benedictum XIII. in sua obedientia nuncupatum citarent juxta  
formam & tenorem literarum citatoriarum. Quas quidem literas citatorias jam iterum  
& de novo, facto & in scriptis reproductit, adjungens, quod nuper vigore illarum literarum  
ipse & egregius vir Lambertus de Stipite suus collega, ad castrum Paniscola, Deribusensis  
dioceseos, accesserunt, & eundem Dominum Benedictum a sibi obedientibus sic nominatum  
personaliter apprehensum, praesentibus pluribus suis Cardinalibus & aliis Praelatis clericis  
ac hominum multitudine copiosa, secundum formam & tenorem literarum citatoriarum ad  
personam suam citarunt, easque de verbo ad verbum in sua praesentia legerunt, ipsiq;  
& contenta in eisdem executionis demandarunt, prout in quodam executionis instrumentum  
publico, etiam die relationis alias per eum & suos collegas facta exhibito, dixit plenius con-  
tineri, quod instrumentum iterum facto reproductit. Et de post publico idem executionis  
instrumentum fuit lectum & sufficienter per testes recognitum. Qua omnia praemissa Do-  
minus Ardecinus Advocatus petiit inter alia registrari, & presati Petri de Luna, sic, ut  
praemittitur, citati contumaciam accusavit, ipsumq; cum nec in primo termino, qui erat  
octava die Martii, nec etiam in praesenti termino comparuit, contumacem reputari, & in  
causa huiusmodi ad ulteriora procedi, per ipsam synodum instantissime postulavit. His  
successive, ut praemittitur, factis, reverendissimus pater Dominus Johannes Ostiensis hu-  
jusmodi Sessionis Praesidens, fecit legi quoddam decretum per reverendum patrem Dominum  
Stephanum Episcopum Dolensem, tenoris sequentis Vid. infr.

In MSC.  
Brunsv.  
Lips. &  
Goth.

Qua cedula lecta, Reverendissimus Pater Dominus Ostiensis Praesidens, nomine hujus  
sanctae synodi super dicta cedula & contentis in ea respondit per verbum placet.  
A Nno, & indictione, quibus supra, die octava post mediam noctem, Constan-  
vero Jovis, I, mensis Aprilis, hora octava, in ecclesia majori, in loco sessionis soli-

aliquis pro eo comparuisset, & verbum responsum dedisset, Magistri *Henricus de Piro*, & *Johannes de Scribanis*, procuratores prædicti, egregiusque vir, Dominus *Benedictus de Gundelactis de Perusio*, Camerae apostolicæ clericus, nominibus hujus sanctæ synodi & Camerae apostolicæ prædictorum super hujusmodi vocatione trina vice facta non comparitione & non responsione, à nobis præsentis causæ Notariis atque scribis sibi unum vel plura, publicum seu publica fieri petierunt *instrumenta*.

Præsentibus ibidem videntibus & audientibus honorandis & discretis Viris, Magistro *Gvilielmo Hasberti*, artium & Med. Mag. *Simone Northow*, in decretis baccalaureo, Norwicensi, *Bertrando de Seella*, clerico Cameracensis dioceseos, & diversis aliis testibus fide dignis, ad præmissa vocatis specialiter, & rogatis.

Quibus sic factis, Domini *Cardinales*, *Episcopi*, & *Proto Notarii*, unâ cum Notariis & cursoribus prædictis, locum sessionis prædictum reversi introiverunt, & ad loca ipsorum solita se posuerunt.

Tunc Dominus *Cardinalis de Columna*, de consensu suorum collegarum, ut præmittitur, deputatorum, commissionem eis à dicto concilio factam adimplevisse, dictumque Petrum de Luna modo præmissis per cursorem trinâ vice vocasse: Nec ipsum Petrum de Luna, vel aliquem pro eo ibidem comparuisse, aut responsum dedisse, huic sacro concilio duxit referendum.

Deinde Dominus *Franciscus de Mediolano* cursor præfatus de præmissa vocatione per eum facta fecit relationem.

Hic sic peractis, Dominus *Ardieinus Advocatus* prædictus, istam vocationem, & relationem, ut præmittitur, factam, inter acta hujusmodi causæ & sacri concilii petiit registrari.

Et ad probandam citationem, decretam contra dictum Dominum Petrum de Luna, bullam citationis sive literas bullâ plumbea ipsius sanctæ synodi bullatas, sanas & integras, ac ad probandum, facta & inscriptis representavit, prout superius apud acta hujusmodi causæ est regratiata,

Ac etiam ad probandam ejusdem citationis executionem, egregium virum, Dominum *Benedictum de Planchea*, (Planchea) Decretorum D. unum de executoribus dictæ citationis, per ipsum concilium deputatis, similiter exhibuit, & produxit, sibi que, ut referret, quæ circa hujusmodi citationis executionem fecisset, & acta & facta essent, mandari per dictam sanctam synodum instanter postulavit.

Et tunc Dominus *Johannes*, *Episcopus Ostiensis S. R. E.*, *Cardinales* & *Vice-Cancellarium*, hujusque sessionis præfatus, dicto Domino *Bernhardo de Planchea*, producto & præfatus, ut de præmissis relationem huic sanctæ synodo faceret, nomine ejusdem sanctæ synodi mandandum duxit, & mandavit.

Qui quidem Dominus *Bernhardus de Planchea*, executor prædictus [productus] præfatus, hujusmodi mandato nomine dictæ sanctæ synodi in se sponte suscepto, assistentibus sibi honorabilibus viris, *Emerico de Archie*, & *Jacobo de Corvetanis*, conunciis & Ambassiatoribus suis ad exequendum citationem prædictam, in Ambone publicationis sæpè dicto existens, huic reculit sanctæ synodo in effectu, Qualiter ab ipso sacro concilio receperant, ipse & collegæ sui, in mandatis, ut dictum Dominum Petrum de Luna, in sua obedientia Benedictum XIII. nuncupatum, citarentur juxta formam & tenorem literarum citatoriarum, die suæ relationis alias factæ productarum, ubi plenius continetur.

Quas quidem literas jam iterum & de novo, facta, realiter, & in scriptis exhibuit & produxit, prout superius sunt apud acta præsentis causæ de verbo ad verbum conscriptæ. Adjungens, quod nuper volens mandatis dictæ sanctæ synodi libenter, ut teneretur obedire, vigore illarum literarum ipse & egregius vir, *Lambertus de Scipio*, suus collega, ad castrum Panicolæ, Dertusensis dioceseos, accesserunt, & ibidem Dominum Benedictum XIII. à sua obedientia nominatum, personaliter apprehensum, præsentibus pluribus suis Cardinalibus, ac aliis Præfatis, clericis,

scopus Dolensis mandato hujusmodi libenter obtemperans, dictam schedulam publice alta & intelligibili voce de verbo ad verbum perlegit in ambone publi-

blicationis consueto, & ad publicationem negotiorum concilii deputato. Cujus *schedula* tenor sequitur & est talis.

Decretum de Contumacia Petri de Luna, & inquisitione in eum definita, per Stephanum Episcopum Dolensem lectum.

In MSC.  
Brunsv.  
Lipf. &  
Goth.

Hæc sacrosancta synodus generalis, auditis & consideratis præmissis, relatis, propositis, productis & petitis, præfatum Benedictum sic in sua obedientia nuncupatum, legitime citatum, vocatum & expectatum, non comparentem, & qui nec VIII. Martii, ad quam etiam citatus extiterat, comparuit, pronunciat, reputat, & declarat contumacem, decernitque in ejus contumaciam, ejus absentia, Dei repleta præsentia, non obstante, in causa hujusmodi ulterius etiam usque ad definitivam sententiam fore procedendum. Volens autem in eadem causa mature, & cum summa gravitate procedere, committit dilectissimis ecclesie filiis, *Gwillelmo* tituli *S. Marci*, Presbytero, & *Francisco*, sanctorum *Cosmæ & Damiani*, S. R. E. Cardinalibus, atque *Johanni Electo Patriarchæ Constantinopolitano*, nec non venerabilibus fratribus *Roberto Sarisburiensi*, *Johanni Lichfeldensi* & *Stephano Dolensi*, Episcopis, ac dilectis ecclesie filiis, *Gwillelmo Pulchrinepotis*, Franciæ, *Johanni de Podomitis*, Generali ordinis prædicatorum, in obedientia Petri de Luna, Benedicti XIII. in sua obedientia nominati, in sacra pagina, *Michaeli de Navers*, utriusque Juris, Arragonum, & *Johanni de Liedena*, legum, Navarræ, Regum illustrium oratoribus, *Jacobo Electo Pennensi*, *Hermanno Dverch*, sedis apostolicæ Proto-Notariis, *Roberto Abbatu Cluniacensi*, *Nicolao Vordis*, utriusque juris, *Petro Nardi*, *Henrico Fleckel*, decretorum, sedis apostolicæ Capellanis, ac auditoribus causarum apostolici palatii, & *Johanni Wellus*, Decretorum, Doctoribus, Quatenus ipsi, vel eorum major pars, examinent articulos, quos offerri contigerit coram dicta synodo, vel coram dictis Commissariis; Et eis examinatis, super illis, qui ipsis, vel eorum majori parti admittendi videbuntur, de

quibus articulorum receptione, & eorundem admissione præfata synodus dictis Commissariis, vel eorum majori parti, plenam confert & committit potestatem: Ipsi aut duo ex ipsis, ad minus, super articulis prædictis, & aliis offerendis, ac eorum veritate & notorietate, testes, & alia probationum genera recipiant, jurari faciant, & examinent diligenter. Ita, quod occupantium conditio melior non existat, neque per aliquorum inchoationem aliorum derogetur potestati. Sed duobus aut pluribus, negotium hujusmodi examinationis & receptionis testium inchoationis, ceteri & quilibet duo, sive bini ex illis, etiam seorsum & separatim, ac eodem, vel diversis temporibus, testes & alia probationum genera etiam super articulis ab aliis inchoatis recipere, examinare, ac mandatum hujusmodi exequi valeant, testiumque attestationes & probationes alias vel eorum effectum eidem sacre synodo fideliter referant, ut exinde eadem sancta synodus super præmissis procedat, decernat & judicet, prout secundum Deum, justitiam & æquitatem fuerit faciendum. Mandat insuper & committit eadem sancta synodus præfatis Commissariis, & duobus, ut præmittitur ex illis, quatenus ad dies, horas & loca, oportunos, eundem Benedictum, sic, ut præmittitur, nuncupatum, citent, aut citari faciant peremptorie publice citari ipsis in loco prædicto, ad videndum etiam recipi, produci, & jurare testes & alia probationum genera, in causa hujusmodi, quatenus opus erit, cum potestate citandi & cogendi testes præfatos quoscunque, si qui forsitan à dicta depositione se subtraxerint. Prodicta depositione se subtraxerint. Prodictatur etiam eadem S. Synodus, quod per quoscunque, actus, ordinem seu terminos judicarios, observatos vel observandos

ambonem, super quo Ambasiatæ & aliæ publicationes fieri solent.

Et antequam processissent ad aliquem actum, prodixerunt duas literas credentiæ Regis & reginæ Castellæ & Legionis.

Quibus literis credentialibus per venerabilem virum, Dominum *Petrum de Lamburga* de mandato concilii lectis, prælibati Domini Ambasiatores per organum reverendi patris, Domini *Didaci*, *Episcopi Conchensis*, exposuerunt ambasiatam eorum, per unum sermonem, pulchre *recommendantem concilium* de diligentia & *continuatione concilii*. Deinde recommendantes Dominum Regem Castellæ & ejus matrem ad honorem & debitum statum concilii: Offerentes se & eorum regna concilio prælibato: Promittentes insuper eorum producere mandata, dummodo adveniret tempus huic concilio uniendo.

Oblationibus & sermone factis, reverendissimus in Christo pater & Dominus, Dominus *Johannes Episcopus Ostiensis* & Vice-Cancellarius Romanæ curiæ, de mandato concilii respondebat ad exposita & proposita dictorum Dominorum Ambasiatorum, concludendo, *concilium esse dispositum & congregatum, ut fieret unio in ecclesia Dei*, & propter hoc expectasset concilium adventum eorum, desiderio magno desiderans, quod ipsi

*Schelstratenus in Comp. Chronol. p. 58.* desiderio Castellanorum pro unione concilianda, hodie publice proposito, additum per illos fuisse ait, *se primum informari debere de aliquibus concernentibus statum Concilii.*

concurrere debeant cum ipso ad dictam unionem diu in ecclesia Dei desideratam plenarie faciendam: Acceptans eosdem Ambasiatores nomine ipsius concilii humiliter & benigne: Offerendo eis omnem viam justam & rationabilem, ut se uniant, & quod ex dicta unione possit sequi unio perfecta in Ecclesia Dei, diuturnis temporibus à cuncto populo Christiano desiderata.

Quibus factis, reverendus pater, Dominus *Johannes Episcopus Ostiensis* prædictus nomine totius concilii pro hac vice mandavit fieri de prædictis unum vel plura publicum seu publica instrumentum & *instrumenta*, ad requisitionem Magistri *Henrici de Piro*, promotoris dicti concilii, per sedis apostolicæ Notarios, ac Notarios, atque scribas concilii. Præsentibus ibidem reverendissimis patribus, S. R. E. Cardinalibus: Exceptis ab eisdem Dominis *Angelo*, *episcopo Penestrino*, *Laudensi*, *Placentino*, & *Florentino*, *Cardinalibus*: Illustrissimorum Principum, Romanorum ac Ungariæ, ac Croatia, Dalmatiæ & c. Francorum, Angliæ, Navarræ, Cypri, Neapolitani, Arragoniæ, Norwegiæ, Daciæ, Sveciæ, ac Poloniæ Regum Ambasiatoribus, ceterorumque Principum, Prælatorum, Universitatum studiorum, nunciis & procuratoribus in numero copioso, testibus ad præmissa vocatis.

desiderio Castellanorum pro unione concilianda, hodie publice proposito, additum per illos fuisse ait, *se primum informari debere de aliquibus concernentibus statum Concilii.*

d. 3. Apr.  
A. 1417.

### Imperator Sigismundus Constantiâ Cellas in vicinia divertit

*eodem die Sabbati 3. April. Vigilia Palm. A. 1417.*

*Dacherius* ideo Cæsarem Cellas digressum ait, ut Clerus tanto liberius facris, imminentibus feriis, vacare posset. Finito itaque festo Paschatis, feriâ tertiâ, Constantiam reversus. Modo non sub illo prætextu Cæsar spatium meditandi quæsi verit, in rebus magni momenti. In quibus utique, negotium Castellanorum, Austriaci, & Friderici Burggravi Noribergensis, quem proxime Imperii Electorem creaturus erat.

d. 4. Apr.  
A. 1417.

### Solennia, processione ac consecrationibus facta per quinque Nationes, cunctosque Concilii Patres

*Die Dominica Palmarum, 4. April. A. 1417.*

Celebritatem descripsit *Dacherius*, maxime, quod, cum templum Cathedrale omnes non caperet, per diversa templa sese partitæ sint nationes, in quibus sacra

**Multis ceremoniis, ignibus maximè & facibus  
Paschalibus inaugurandis, sacra iterum facta.**

d. 10. Apr.  
A. 1417.

Die Sabb. 10. April. Vigilia Pasch. A. 1417.

*Dacherius* horum rituum sacrorum testis. Memoratque obiter idem, *hec i-  
pso die* in infinito hominum cœtu Constantiæ collecto, eam hæc cum copiam  
Constantiæ extitisse, ut per omnes urbis vicos denunciaretur, paucis nummulis  
permultos, eosque bonos ac lapidos vilissimo pretio emi à quocunque posse.

d. 11. Apr.  
A. 1417.

**Processione solenni Clerus celebriorem  
fecit diem Paschalem.**

Die Domin. Festo Pasch. 11. Apr. A. 1417.

*Dacherius* vidit & descripsit.

d. 3. Apr.  
A. 1417.

**Cæsar Sigismundus Cellis Constantiam rediit**

Die Martis, feria 3. Pasch. 13. Apr. A. 1417.

Finitis cleri multis longisque celebritatibus, Constantiam reversus Cæsar.

d. 13. Apr.  
A. 1417.

**Tres Baviaræ Duces, Wilhelmus, Ernestus, Henricus, Constan-  
tiam ingressi.**

Eodem die Martis, 13. April. A. 1417.

Honorifice excepti, obviam procedentibus Magnatibus. *Dacherio* teste.  
Quorum alter *Henricus* postea lethaliter patrualem Ludovicum, Baviaræ Ducem,  
Mortaniæ Comitem, Constantiæ vulneravit, urbe mox elapsus. Saluti tamen  
Ludovicus restitutus coram Cæsare & novo Papa Martino V. causam contra  
Henricum egit. Vid. infra.

d. 15. Apr.  
A. 1417.

**Fridericus, Marchio Misniæ, Senior,  
magna cum pompa Constantiæ exceptus.**

Die Jovis, 15. April. feria quinta Pasch. A. 1417.

Multo ministrorum ac nobilium comitatu stipatus hic Princeps, Constan-  
tiam magno cum splendore ingressus, obviam euntibus Cæsare Sigismundo,  
Rudolpho Duce Saxoniarum, Electore, Ludovico Bavaro, Electore, Friderico Burg-  
gravio Norimbergensi, Electoratus Candidato, quarto abhinc die creando, tri-  
bus aliis Baviaræ Ducibus supra nominatis, Ludovico Duce Brigenfi Silesio, aliis-  
que Magnatibus permultis. Aulicorum ac Ministrorum arma & supellectilem  
auro & argento resplenduisse refert *Dacherius*. Quocum consentit *Engelshim* in  
Chronico: *Fridericus Marchio Misnensis inter alios nobiles & potentes intravit Constan-  
tiam cum 500. equis phaleratis, habens in Comitatu circa X. Comites. Erant omnes, Do-  
mini cum servis, auro vel argento aut armis valde venusti.*

Inter omnes sane Principes, Constantiæ præsentibus, neminem ait *Dacherius*  
majori Ministrorum, ex splendido vestitu, decore fuisse illustratum, qui præ o-  
mnibus populi applausum mereretur.

Venerat hoc animo Constantiam, ut solenni ritu à Cæsare investiretur, su-  
asque ditiones à Cæsaris manu acciperet, quibus accenseri volebat certa Oppida  
Bohemiarum, armis sibi subjecta. Quod cum à Cæsare petiisset, investituram ne-  
quaquam denegavit Cæsar, ast Bohemica oppida subjugata tribuere detrectavit,  
omniq; studio declinare allaboravit, additis rationibus. Quod indigne ferens  
magnanimus hic princeps, Cæsari alias percharus, subito Constantiam investi-  
turamque desideratam die 12. Maji reliquit, non sine stomacho. Vid. infr.

Eamque interim gratiam incius hic Princeps, & nil minus auguratus, apud  
Cæsarem tandem inivit, ut à Concilio, Rudolpho, Saxoniarum Electore, defuncto, Fri-  
dericum hunc *Saxoniarum Electorem* crearet successoremque definiret.

FRIDE-

promotor & procurator prædictus, nomine procuratorio, quò supra, & supradictam commissionem, Dominis Commissariis factam in hac causa, repetiit, & reproduxit.

Et nihilominus Dominum *Petrum de Luna*, Benedictum XIII. in sua obedientia nominatum, citari mandari, ad recipiendum, & dari videndum nonnullas positiones & articulos in hujusmodi causa per audientiam literarum contradictarum curiæ Romanæ, nec non in valvis majoris ecclesiæ Constantiensis prædictæ, per Dominos Commissarios præfatos, nec non omnes alios sua communiter vel divisim interesse putantes debita cum instantia postulavit.

Quàm quidem citationem Domini Commissarii prædicti dicto Magistro Henrico de Piro, promotori & procuratori instanti & petenti decreverunt atque concesserunt, eamque, ut petita extitit, ad diem sabbathi proximè futu-

ram, qua eisdem Dominos Commissarios vel majorem partem eorum Constantiæ in ecclesia majori, in loco sessionis solito ad hoc deputato, manè horâ tertiarum, ad jura reddendum pro tribunali sedere contigerit, per audientiam publicam literarum contradictarum Romanæ curiæ, nec non in valvis seu portis dictæ majoris ecclesiæ prædictis peremptoriè fieri voluerunt, atque mandarunt, volentesque & decernentes, quòd citationes in valvis in hujusmodi causa exequendæ, reverendissimi Patris, & Domini, Domini *Guiljelmi tituli S. Marci*, Cardinalis, & egregii viri, Domini *Michaelis Naveris*, U. J. D. sigillis, & aliæ citationes, per audientiam prædictam exequendæ, signeto reverendi patris, Domini *Jacobi Electi Pennensis*, dictæ audientie auditoris & locumtenentis, & in hac causa cum aliis suis collegis Commissariorum, sigillentur, & muniantur ad majoris roboris firmitatem.

Formula  
mandati  
Vid. infr.  
d. 24. Ap.

*d. 23. Ap. A. 1417.* Petrus de Luna Benedictus 13. publice in valvis Ecclesiarum citatus ad inquisitionis processum, in craftinum.

*Die Veneris, 23. Apr. A. 1417.*

Decreta heri citatio. Publicata hæc hodie. Id quod postridie, *d. 24.* in congregatione Commissariorum distincte recensitum.

*d. 24. Ap. A. 1417.*

Congregatio Commissariorum in Inquisitione contra Petrum de Luna, in templo Cathedrali,

*die Sabbati 24. April. A. 1417.*

Articuli contra eum producti.

*In MSC. Brunsv. Lips. & Goth.*

**D***ie Sabbati, XXIV. supradicti mensis Aprilis*, discretus vir, *Jacobus Deno-*no, sedis apostolicæ cursor, retulit nobis præsentis causæ Notariis, atque scribis prædictis, Constantiæ in ecclesia majori, in loco sessionis solito, paulo ante horam tertiam, seu horam septimam horologii, ante meridiem, se de ipsorum Dominorum Commissariorum mandato, super hoc sibi, ut asseruit, facto, & ad supradicti Magistri Henrici de Piro, promotoris & procuratoris, instantiam, heri de mane, infra missarum solennia, quandam citationem in papyro scriptam, sigillisque reverendissimi patris, Domini *Guiljelmi*, tituli *S. Marci*

Cardinalis, & egregii viri Domini *Michaelis de Naveris*, prædictorum, sigillatam, valvis ecclesiæ Majoris Constantiensis affixisse, eamque ibidem debite, ut moris est, fuisse executam, prout & quemadmodum idem cursor ab eisdem Dominis Commissariis dixit se superius habuisse & recepisse specialiter in mandatis.

Adveniente hora *tertia*, (tertiarum) sive horologii *septima*, pro hora audientie præsentis causæ deputata, comparuit in judicio coram Dominis Commissariis præfatis, Constantiæ, in ecclesia majori, & loco sessionis solito ad hoc specialiter deputato, ad jura reddendum pro

fatisfacere curantes, licet diutius & sufficienter expectatos, *reputaverunt*, pro ut erant, quoad actum & terminum hujusmodi, exigente justitia, *contumaces*. Et in eorum contumaciam supra dictos positiones & *articulos*, ad probandum in civitate Constantiensi vel alibi, ubi sacrum concilium generale Constantiense fuerit, in quantum fuit de jure, *admissibiles*, admittendos duxerunt, & admiserunt.

Qua quidem admissione, sicut præmittitur, facta, Magister *Henricus de Piro* promotor & procurator prædictus, adhuc ibidem præsens & judicialiter comparens, eosdem citatos *ulterius citari* mandare ad videndum & audiendum produci testes super dictis articulis supra admissis, ac alia probationum genera produci videndum & audiendum, ac ad dandum interrogatoria, juxta & secundum quæ supradictos testes producendos interrogari seu examinari voluerint, per audientiam publicam literarum contradictarum Romanæ Curie, & ad valvas majoris ecclesiæ Constantiensis ad certum peremptorium terminum competentem per Dominos iudices & Commissarios præfatos debita cum instantia postulavit.

Quam quidem citationem Domini Commissarii præfati dicto Magistro Henrico de Piro procuratori & promotori instanti & petenti decreverunt, atque concesserunt: Eamque ad produci, recipi, & jurare videndum, *ad diem Luna* proxime futuram, quæ eosdem Dominos Commissarios Constantiæ in ecclesia majori hora tertiarum ad jura reddendum in loco solito pro tribunali sedere contigerit: Ac etiam ad dicendum & excipiendum in & contra dictos testes, & eorum dicta, ad eandem diem, nec non ad dandum interrogatoria *ad diem Luna*, & sequentem immediate prædictam, ac pro aliis testibus in posterum inducendum, & producendum, ad receptionem, & produci immediate sequentes dies, per audientiam publicam literarum contradictarum Romanæ Curie, & ad valvas majoris ecclesiæ supradictas, peremptorie fieri voluerunt, & mandarunt, decreverunt, ordinaverunt, & assignarunt.

Tenores vero dictarum citationum schedularum, nec non positionum & articulorum, unde supra fit mentio, sequuntur & sunt tales:

Formula mandati, de hesternâ citatione Petri de Luna, die 22. April. facti.

**M**andant reverendissimi in Christo patres, & Domini, Domini iudices & Commissarii, per sacrosanctum generale Constantiense concilium ad infra scripta specialiter deputati, in audientia publica literarum contradictarum Romana Curie citari, & citant Dominum Petrum de Luna, Benedictum XIII. in sua obedientia nuncupatum, omnesque alios & singulos sua interesse putantes, quatenus die Sabbati proxime futura mane hora VII. compareant in ecclesia Constantiensi, in loco sessionis, quo eosdem, vel majorem partem ex ipsis Dominis iudicibus pro

tribunali sedere contigerit, ad videndum, duci & sibi exponi articulos, sive capitulas, super quibus in causa & causis hujusmodi inquisitionis contra eundem Dominum Petrum Benedictum XIII. nuncupatum, idem sacrum concilium procedere intendit & procedit, juxta & secundum formam citationis de super decreta & executæ. Alioquin in causa & causis hujusmodi ad ulteriora procedetur, dictorum citatorum contumacia seu absentia in aliquo non obstante. Datum Constantiæ XXII. die mensis Aprilis, anno à natiuitate Domini MCCCC XVII. indictione X.

Citatio in valvis Ecclesiarum, heri die 23. Aprilis facta ad producendum articulos.

**N**os iudices & Commissarii, per sacrosanctam generalem synodum Constantiensem ad infra scripta specialiter deputati, peremptorie, in valvis

ecclesiæ majoris Constantiensis citari mandamus, & tenore præsentium citamus Dominum Petrum de Luna, Benedictum XIII. in sua obedientia nuncupatum

Item quod præfatis temporibus inter Reges, & Principes, Prælatos, Doctores, & alios sapientes, etiam in studiis generalibus, & in curia, contententium de Papatu, sæpe tractatum & consultum fuit, *quibus modis* posset tolli illud schisma pestiferum, seu ecclesiæ scissura. Et multi per diversos Reges & Principes, Prælatos, & Doctores, labores adhibiti, nullaque via plenè sedativa schismatis humano ingenio potuit à longis temporibus, citra, nec potest inveniri de præfatis, per quam possit tolli schisma hujusmodi, & ecclesiæ Dei uniri, nisi via cessionis mutue omniumque contententium de Papatu, obstantibus difficultatibus pluribus, in facto & in jure consistentibus, imminetibus in aliis visis, atque diversitate & divisione regnorum & provinciarum in maximas partes. Et hoc est notorium & verum.

Item & quod à dictis temporibus fuit deliberatum, visum, & judicatum doctrinaliter, fuit & conclusum, per dictos Doctores, & in studiis generalibus, præsertim Parisiensi, Bononiensi & aliis, quod, attentis difficultatibus prædictis & divisione ac scissura ecclesiæ in maximas partes, dictus Dominus Petrus de Luna, altero cedente, imo omnes contententes de papatu, pro unione Ecclesiæ & tollendo tam periculoso tamque scandaloso schismate, cedere suo præfatis papatu jure divino & humano tenebantur.

Quæ conclusio extitit approbata, & maxime per notabiliores & famosiores Doctores, & Theologos & Juristas, in ecclesiæ Dei pro tempore existentes.

Item, quod attentis difficultatibus prædictis in facto & in jure, & divisione regnorum & provinciarum in diversas obedientias, diuturnitate schismatis seu scissuræ ecclesiæ, fuit visum, deliberatum & conclusum, ante annos IX, aut X, etiam per contententes de Papatu & suos Cardinales & Curiales, nec non in studiis generalibus, & per plures congregationes Prælatorum & Doctorum, comprobantibus etiam Regibus & Principibus, & per majorem partem cleri & populi Christiani, quod *via cessionis mutue omnium contententium de Papatu* erat & est faciliior, & brevior, utilior, & ma-

xime pacificativa conscientiarum Christi fidelium. Imo nulla alia reperta, & quæ posset habere executionem ad tollendum plene schisma prædictum & Dei ecclesiæ uniendam, nisi mutue cessionis prædictæ. Et hoc fuit & est verum atque notorium.

Item, quod idem Benedictus, sic, ut præmittitur, nuncupatus, existens Cardinalis in obedientia Clementis VII. sic in sua obedientia nuncupati, circa annum Domini MCCCXCI. per eundem Dominum Clementem sic vocatum fuit missus legatus seu nuncius, ut ita dicatur, apostolicus, ad serenissimum Regem, & regnum Franciæ. (regni Franciæ) In qua legatione seu nunciacione stetit ferè triennium in civitate Parisiensi, & aliis locis dicti regni. Quo tempore durante, cum sæpe coram eo tractaretur de via unionis ecclesiæ per ipsum & plures Principes, Prælatos & Doctores, & alios sapientes, (sufficientes personas) ipse *viam mutue cessionis contententium de Papatu* pluries laudavit, & approbavit, dixitque, quod nulla erat alia via, per quam possit uniri ecclesiæ Dei & schisma tolli, nisi illa. Et hoc fuit & est verum atque notorium.

Item quod ex hoc tunc tanta dicti Domini Petri de Luna, vocati, ut præfertur, Benedicti XII. fama invaluit, qualiter bonum unionis diligeret, viam cessionis intrepide laudaret, hancque constanti animo persvaderet, adeo, quod multorum mentibus irrepit, si dictus Petrus de Luna esset Papa, certe quod voce prædicabat opere adimpleret. Et sic fuit & est verum.

Item, quod ipse reversus de dicta legatione, & post obitum dicti Clementis, sic, ut præmittitur, nuncupati, cum in civitate Avinionensi, in palatio apostolico, anno Domini MCCCXCIV. in mense Septembri, Cardinales illius obedientiæ essent pro electione futuri Papæ in conclavi congregati, ipse Petrus de Luna, tunc Cardinalis, ceterique Cardinales omnes & singuli, qui erant numero XXII. juravit & jurarunt solenniter tactis sacrosanctis evangelis Dei, se & illum, quemcunque ex illis in Papam eligerent, si quem ex eis eligi con-

milites, nobiles & Doctores ad ipsum Dominum Petrum de Luna in Avinione residentem destinavit, palam, publicè & notoriè.

Item, quòd ante dicti Domini Duces & alii Ambassiatores solennes pro parte dicti Domini Regis Franciæ, ut præmittitur, destinati, & ejus nomine, anno & loco proximè dictis præfato Domino Petro de Luna humiliter & devotè, flexis genibus, & proni in terram, post sinceras & debitas recommendationes cum magna devotione supplicarunt, quatenus per viscera misericordiæ Domini nostri Jesu Christi dignaretur ecclesiæ sanctæ Dei & ejusdem miseris, calamitatibus, & ærumnis compati & misereri, atque viam cessionis offerre, casu, quo alius contendens cum eo de Papatu similiter cederet, & ut exinde unicus Christi Vicarius assumeretur. Et sic fuit & est verum, publicum, & notorium.

Item, quòd omnes reverendissimi in Christo patres, & Domini, qui illum elegerant in Papam, Cardinales, præter unum, vel saltem eorum major pars, tempore proximè dicto, tantorum Principum, Nobilium, Prælatorum & Doctorum devotione compuncti, eidem Domino Petro de Luna seriòse & reverenter exposuerunt, quod ipsis & eorum cuilibet pro ecclesiâ sanctâ Dei expedire videbatur, ut ipse Dominus Petrus de Luna, Benedictus nuncupatus, cessionem & renunciationem sui Papatus offerret, & unionem ecclesiæ prosequeretur per viam cessionis, casu & sub conditione, quibus contendens ante dictus suo papatui, quem hinc inde contendentes prætendebant, similiter cedere & renunciare vellet. Et sic fuit, & est verum, publicum & notorium.

Item, quòd antedictus Petrus de Luna, supplicationibus, precibus, & requisitionibus proximè dictis obauditis & penitus spretis, illas expressè, verbis & factis, eisdem temere & in grave damnum & ecclesiæ Dei scandalum recusavit, & contradixit, perjuriùm incurrendo. Sicque, ut prædicitur, fuit & est verum notorium, publicum & ma-

nifestum, atque de præmissis fuit & est publica vox & fama.

Item quòd communis opinio, rumor indubius, reputatio ac publica vox & fama, fuit & est, quòd supradicti Dni Duces, Cardinales, Prælati, nobiles atque Doctores, loco & tempore, proximè dictis, præfatum Dominum Petrum de Luna etiam in vim præstiti per ipsum in antedicto conclavi & extra, juramenti, post varias devotas supplicationes requisiverunt, ut præfertur: Quòdque ipse Dominus Petrus expressè tam verbis, quàm factis viam cessionis casu prædicto recusaverit, & contradixerit. Et sic fuit & est verum.

Item quòd præmissa omnia & singula fuerunt & sunt vera, publica & notoria, atque de eis, & eorum quolibet, fuit, & est publica vox & fama.

Item ponunt, & probare intendunt promotores ante dicti, quòd post præmissa illustrissimi Principes, Domini Francorum Rex iterato, nec non Angliæ & Castellæ Reges, sperantes in Deum, quòd supradictus Dominus Petrus de Luna, tantorum Principum precibus etiam multiplicatis permotus, pacem ecclesiæ universali largiretur, eidem Domino Petro de Luna dixerit per suos solennes Legatos, ipsumque rogari, exhortari & requiri fecerunt, quatenus ecclesiâ sanctam Dei tantis afflictam miseris vellet consolari & unire, viamque mutue cessionis & renunciationis acceptare & offerre, cum id faciliter facere poterat, attento etiam, quòd ad id juramento adstrictus tenebatur. Sicque ut prædicitur, fuit & est dictum, tentum, creditum & communiter reputatum, diciturque & tenetur communiter & reputatur, atque fuit & est verum, publicum & notorium, & publica vox & fama.

Item, quòd idem Dominus Petrus de Luna, obstinatus & induratus, nullatenus flecti potuit, aut moveri. Quinimò id facere, per expressum recusavit. Et quòd deterius est, tempore proximè dicto supradictam viam cessionis, quam toties etiam juramento approbavit, & quæ à Christi fidelibus, maxime Principibus & Prælati, & viris doctis appro-

quod dudum, anno Domini M CCCC I. in mense Martio, præfatus Petrus de Luna, Benedictus, ut præmittitur, nuncupatus, in palatio apostolico Avinionensi ad instantiam serenissimi Principis Domini Caroli, Francorum Regis, atque claræ memoriæ, Domini Ludovici, Ducis Aurelianensis, illustris fratris ejusdem Regis, qui ad eundem Petrum, Benedictum dictum, pro Papa tunc se gerentem, suos Legatos & nuncios propter hoc transmiserant, promisit coram pluribus personis insignibus, atque publicis Notariis, quod altero contendente cum eo de Papatu cedente, mortuo vel ejecto, ipse Petrus pro Papa se gerens renunciaret papatui, ad finem, quod eligeretur unus verus pastor & vicarius Jesu Christi, nihilque facere, vel procurare, per quod unio ecclesiæ valeat retardari, vel via mutuæ cessionis quomodolibet impediri, & renunciavit omnibus protestationibus per eum in contrarium factis.

Item ponunt & probare intendunt, quod postmodum, quondam Dominus Bonifacius Papa IX. sic in sua obedientia nuncupatus, dudum de anno Domini M CCCC IV. & in mense Octobri ejusdem anni, sicut Domino placuit, fuit in urbe Romana, in qua tunc cum sua curia residebat, vita functus. Et sic fuit & est verum.

Item quod reverendissimi in Christo patres, & Domini, Domini Cardinales, tunc Romæ, & sub obedientia dicti quondam Bonifacii existentes, post hoc, videlicet de anno & mense proxime dictis, Dominum Cosmatum Cardinalem Bononiesem in summum Romanum Ponticem elegerunt, qui deinde de mense Novembri immediate sequente exitit Roma coronatus, & Innocentius VII. à sibi obedientibus nuncupatus. Et sic fuit & est verum, publicum & notorium.

Item quod dictus Dominus Innocentius, dum Romæ in conclavi extiterat, una cum aliis Cardinalibus juravit, vivit & promisit, quod si in Romanum Ponticem eligeretur, & Dominus Petrus de Luna, vel forsitan ejus successor, pro bono pacis & unionis ecclesiæ, suo, quem prætendebat, Papatui, re-

nunciare vellet, paratus esset, similiter juri quod ipse Innocentius per electionem ad Papatum in Papatu haberet, vel habiturus esset, cedere, cum effectu. Et sic fuit & est verum, publicum & notorium.

Item quod hujusmodi Domini Innocentii votum & promissum per totam Christianitatem etiam usque ad aures Petri de Luna, atque Principum in sua obedientia existentium devenerunt palam, publice & notorie.

Item quod deinde supradictus Dominus Innocentius, antequam hujusmodi mutuæ cessionis de Papatu contendendum adimpleretur, de anno Domini M CCCC VI. & de mense Decembris ejusdem anni, in urbe Romana diem vitæ suæ clausit extremum, nec tunc cessit dictus Dominus P. de Luna. Et sic fuit & est verum, publicum & notorium.

Item quod mors supra dicti quondam Domini Innocentii de mense Decembris, anni Domini M CCCC VI. supradicti, ad præfati Domini Petri de Luna indubitata notitia venit, palam, publice, & notorie, nec tamen cessit suo prætense Papatui, ut est notorium.

Item, quod præmissa omnia & singula fuerunt, & sunt vera, publica & notoria, atque de eis, & eorum quolibet fuit & est publica vox & fama.

Item quod postquam idem Dominus Petrus, dictus, ut præmittitur, Benedictus, toties de unione ecclesiæ per viam mutuæ cessionis exitit requisitus, ipsa fraudulenter procuravit apud aliquos Prælatos, & illis mandavit, ad suam excusationem de recusatione illius vice cessionis, quod scriberent, & sibi mitterent schedulas, per quas disvaderent sibi viam mutuæ cessionis, & ad hoc al-legarent rationes, quas possent.

Item ponunt, & probare intendunt, quod deinde, anno Domini M CCCC VI. post xxiv. diem mensis Novembris, & ante xxiv. diem mensis Decembris ejusdem anni, reverendissimus in Christo Pater, & Dominus Dominus Angelus tunc Cardinalis, fuit in obedientia dicti Domini Innocentii, in urbe Romana & in

executionem eorum, quæ pro pramissis agenda restant & fienda, de loco conventionis personalis, nostri scilicet & dicti Angeli, & tempore & numero personarum, ab utraque parte ad conventionem hujusmodi ducendarum, & de aliis circumstantiis ad rem hanc pertinentibus inter nos & venerabiles fratres nostros, sanctæ Romanae ecclesie Cardinales, cum nunciis dicti Angeli & sui prateni collegii, illorum scilicet, qui apud partem suam Cardinales nuncupantur, sic facta seu conclusa, concordata, inserta (in Goth. in certo) brevi termino præstante Domino exequenda, prout in publicis instrumentis plenius continetur: Tamen præfati iniquitatis filii nos & dictos fratres nostros nituntur totis conatibus modisq; exquisitis & illicitis ac quibusdam fraudibus & sueatis coloribus in hac salubri prosecutione & executione dictæ unionis impedire, & sub quodam unionis simulato zelo ecclesie vincula contemnentem, non absque temeritatis audacia stabilem firmamque Christiana fidei compagine rescindere moliantur, ac se à nostra & Romana ecclesie obedientia temerè subtrahendo, à nobis, quod de jure non licet, de facto ad defensionem sui erroris, appellationes varias interponunt. Nos autem licet aliquamdiu cum patientia tolerando pramissa dissimulaverimus, ut saltem timor Dei & pœna, jam contra tales à nobis & sacris canonibus inflicta, eos ad pœnitentiam provocarent, & facerent ad sinum pia matris redire; Videmus tamen, eos adhuc in majoris præsumptionis audaciam proflire. Quàm obrem zelus fidei & fervor compassionis animarum merito nos inducunt, ut contra istorum audaciam, tanquam (quasi) publicam pestem per apostolica provisionis remedium occurramus. Idcirco habitâ super bis deliberatione maturâ, hac constitutione perpetuè duratura, in omnes & singulos, qui præfatam ecclesie unionem scienter, seu personam nostram, vel personas venerabilium fratrum nostrorum, S. R. E. Cardinalium, in executione præmissorum per nos oblatorum, & concordatorum cum dicto Angelo, & cum suis nunciis, impedi verunt & turbaverunt, vel à nobis, seu successoribus nostris, Romanis Pontificibus canonicè intrantibus, appellare præsumserint, seu ab ipsa nostra vel ipsorum successorum nostrorum, Romanorum Pontificum, canonicè intrantium, obedientia recæ-

serint, ac se subtraxerint, vel in pramissis subtractione aut appellatione perseveraverint, seu perstiterint, seu eis in pramissis impedimentis, appellationibus, subtractionibus, vel perturbationibus, per se vel alium seu alios, quavis occasione, seu colore quasito, de-derint auxilium, consilium vel favorem, & qui pertinaciter asseruerint, illos, qui pramissa committunt, per nostras sententias non ligari, cuiuscumq; status, gradus, dignitatis vel conditionis existant, etiamsi Cardinalatus, Patriarchali, Archiepiscopali, episcopali, regali, aut quacumque ecclesiastica vel mundana præfulgeant dignitate, ex nunc, auctoritate apostolica excommunicationis sententiam promulgamus, à qua nullus, præterquam à Romano Pontifice, nisi duntaxat in mortis articulo, possit absolutionis beneficium obtinere. Et si forsitan eorum aliquem in mortis articulo à dicta sententia absoluta duxerit, volumus, & auctoritate prædicta duximus declarandum, quod taliter absolutus, si quam cito commode poterit, post resumptam reconvalescentiam se coram apostolica sede obmiserit præsentare, mandatum ipsius humiliter recepturus & satisfactorius, præ iustitia suadebit, in eandem excommunicationis sententiam reincidat eo ipso. Quam quidem sententiam superius per nos latam, si per XX. [in Lips. XXX.] dies sustinerit animo indurato, si laicus quicumque, & cuiuscumq; status, gradus, conditionis, vel dignitatis, etiam de superius nominatis, Principes, vel alia persona secularis fuerit, terras, villas, civitates ac castra, & loca quacunq; qua obtinet & obtinebit, ecclesiastico supponimus interdicto. Si vero universitas fuerit similiter ecclesiastico subjaceat interdicto, quia merito beneficia plerumq; propter ingratitudines revocantur, supradictos omnes & singulos ex eis, tam clericos quam laicos, seu ipsis super præmissis quomodolibet adherentes, aut præstantes consilium, auxilium vel favorem, ut præfertur, si per XX. dies, distet XX. immediate sequentes, sententia sustinerint ante dictas, eosdem omnibus & immunitatibus, gratiis, libertatibus, & immunitatibus, realibus & personalibus, ipsis communiter & divisim sub quacunq; forma vel expressione verborum ab apostolica sede concessis, dictosq; clericos, & personarum vel ecclesiasticis, dignitatibus, personarum, & officiis, cum cura, vel sine cura, etiamsi ar-

Cardinalem, pluresque alios Episcopos, doctores, & cum illis misit etiam universitas Parisiensis legatos ad prosequendum viam cessionis mutuae apud ambos contententes. Qui hoc fuerunt profecuti diligenter apud ambos. Et hoc est notorium & verum, & super hoc fuit & est fama communis.

Item & quod idem Petrus vocatus Benedictus, ut praemittitur, anno Domini M CCCC VI. in Massilia existens, iterum solenniter coram pluribus Cardinalibus, & aliis Legatis Regis Franciae promisit prosequi unionem ecclesiae per viam cessionis praeter omnibus aliis viis. Et hoc est verum & notorium.

Item quod non obstantibus praemissis juramentis & promissionibus & requisitionibus, ipse per fraudes, dolos & machinationes, & per diversas ambassiatas, missas ad dictum dominum vocatum Gregorium, sine consensu & consilio Cardinalium suorum, & per collusiones per internuncios factas cum dicto vocato Gregorio, fecit, quod ille recessit ad unam partem, & ipse Petrus ad alteram, & ita procuravit, quod dicta cessio non fieret, illamque, per diversa media & difficultates conveniendi in unum, atque securitatum per eum petitarum, evasit, neque unquam veraciter, diligenter, neque efficaciter illam viam profecutus, sed refugit ut potuit. Et hoc est verum, & notorium, & super hoc est fama communis.

Item dicunt, & probare intendunt dicti profecutores & ministri, quod ipse Dominus Petrus, vocatus, ut praemittitur Benedictus, postquam dissolutus fuit tractatus conventionis inter ipsum & dictum Dominum Gregorium, convocato, ut pendebat, generali concilio in *Perpiniano*, ad dictum *Perpinianum* accessit, & congregavit ibidem concilium, quod vocavit generale. In quo plures Cardinales, Praelati & doctores comparuerunt.

Item, quod in eodem concilio idem vocatus, ut praemittitur, Benedictus, dicto concilio sedens exposuit quaedam, quae dicebat se fecisse pro unionem ecclesiae consequenda. Petiitque a dicto concilio, quatenus consuleretur

sibi, & deliberaretur, quid ulterius per eum aut alias videretur agendum pro eadem unionem efficaciter consequenda.

Item & quod tunc per idem concilium fuerint deputati certi Praelati & Doctores, usque ad numerum XXVIII. vel circa, ad deliberandum super praemissis petitis & expositis per eundem Dominum, vocatum Benedictum. Et tandem ex eis fuerint electi XVI. ad illam materiam specialiter consultandum. Et hoc fuit, & est verum, publicum & notorium.

Item & quod ex illis XVI. sic deputatis, XV. deliberarunt & concluderunt inter se, quod pro unionem ecclesiae dictus Dominus Petrus, vocatus, ut praemittitur Benedictus, iret vel mitteret procuratores irrevocabiles, cum plena potestate, Pisces, ubi aliud concilium congregabatur pro unionem ecclesiae, ad renunciandum Papatui, sponte (pure) & libere, dicto vocato in sua obedientia Gregorio cedente, mortuo vel ejecto, aut illius dicti Gregorii successoribus mortuis vel ejectis, Et de hoc fecerunt unam schedulam & scripturam praemissa continentem, & eidem Domino Benedicto porrigendam, & in concilio publicandam. In qua schedula XV. concordaverunt, & XVI. noluit consentire

Item, quod dicta schedula, continens deliberationem praedictam, fuit eidem Domino Petro ut praemittitur Benedicto praesentata, & contenta in illa exposita. Ipse autem respondit, quod contenta in dicta schedula non faceret. Et quod bene sciebat, quod illi deputati XVI. non erant omnes concordantes. Et cum diceretur sibi, quod omnes in hoc erant concordantes, praeter unum, dixit, quod ille melius dicebat, & sentiebat, quam ceteri. Et finaliter nullo modo voluit illi deliberationi consentire.

Item & quod, post praemissa, quod idem Dominus Benedictus scivisset, quod reverendissimus in Christo pater Dominus Cardinalis de Chalanco fuisset unus de illis XV. & timeret, quod illa deliberatio publicaretur in concilio, prohibuit sibi in virtute obedientiae, ne in concilio loqueretur, praesertim de illa mate-

ta dignitatis recognoscens, hujusmodi *ejectionem* atque *depositionem*, per dictum sacrum concilium factas, tanquam justas & sanctas & canonicas, laudavit, & approbavit, atque in eandem depositionem factam annuit & consensit. Et nihilominus post hujusmodi depositionem, ad majorem cautelam, etiam si quid juris sibi remansisset, pure & simpliciter *cessit & renunciavit*. Et sic fuit & est verum publicum & notorium.

Item quod post depositionem, *ejectionem*, & ad cautelam, *renunciationem*, sic, ut præmittitur, factas, supradictus reverendissimus in Christo pater, Dominus *Angelus Corario*, olim in sua obedientia *Gregorius XII.* nuncupatus, fidei zelo ductus, ac laceratæ ecclesiæ compatiens, volens, quantum in eo erat, pacem dare ecclesiæ Dei, nuper anno Domini M CCCC XV. supradicti, & in mense *Julii* ejusdem anni, in præsentis sacro concilio & in publica sessione, per præsens sacrum concilium generale in ecclesia majori Constantiensi solenniter celebrata, per suos solennes procuratores, legatos & oratores, sufficiens ad id mandatum habentes, *Papam sui suo*, quem tenebat, omnique suo juri, oneri, & honori, sibi quomodolibet competentibus in eodem, pure & simpliciter *cessit* solenniter & renunciavit. Et sic fuit & est verum, publicum, & notorium.

Item, quod præmissa omnia & singula fuerunt & sunt vera, publica & notoria, atque de ipsis, & eorum quolibet fuit & est publica vox & fama.

Item ponunt & probare intendunt, quod post præmissa, & eodem anno proxime dicto, supradictum generale Constantiense concilium, considerans, residuam partem impedimentorum unionis perficiendæ in supradicto Domino Petro de Luna consistere, serenissimum & invictissimum Principem, Dominum *Sigismundum*, Romanorum & Ungariæ &c. *Regem* semper augustum, una cum nonnullis Dominis Archiepiscopis, episcopis, abbatibus, doctoribus, & Prælati, solennibus legatis ad dictum Dominum Petrum de Luna, atque ad conveniendum cum illustri Principe Fer-

dinando, tunc Arragonum Rege, ex conventionem eorundem Regum, & ad præmissa sibi intimandum, nec non ad tractandum, rogandum, & exhortandum, requirendum dictum Dominum Petrum de Luna, quatenus pacem ecclesiæ dare, & cedere suo prætenso Patri vellet, misit & destinavit. Et sic fuit & est verum, publicum & notorium.

Item, quod supradicti Domini, *Romanorum Rex, & Ambasiatores*, hujusmodi legationem & Ambasiatam devote amplectentes, se ad regnum Arragoniæ & dictum Dominum Petrum de Luna anno proxime dicto cum literis munimentis, & scripturis authenticis, pro præmissorum certificatione fienda, transtulerunt palam, publice & notorie.

Item quod serenissimus *Romanorum & Ungariæ &c. Rex & Ambasiatores* supradicti, una cum illustrissimo Principe Domino Ferdinando, tunc Rege Arragonum, & nobilibus Principibus Armeniaci & Fuxi Comitibus, atque Legatis solennibus illustrissimorum Principum, Dominorum Franciæ, Angliæ, Castellæ & Navarræ regum, anno prædicto in *Perpiniano* cum supradicto Domino Petro de Luna conveniunt, Et sic fuit & est verum, publicum & notorium.

Item, quod supradicti, Dominus *Romanorum Rex & Ambasiatores* concilii Constantiensis atque Regum Franciæ & Angliæ, prænominatum Petrum de Luna, Benedictum XIII. nec non Dominum Regem Arragonum, ceterosque Principes & oratores antedictos, in *Perpiniano*, ut præmittitur, congregatos, de depositione & ejectione, ac ad cautelam *renunciatione Papatus*, quem Dominus Balthasar de Cossa, olim Papa Johannes XXIII. nec non per supradictum Reverendissimum patrem, Dominum Angelum de Corario, olim in sua obedientia *Gregorium XII.* nuncupatum, de cessione sui Papatus, quem antea, ut præmittitur, prætendebat, factis, per literas hujusmodi sub bulla sacri Constantiensis concilii, nec non literas & scripturas autenticas, atque publica documenta, & munimenta, etiam ma-

antiquati, & nimium, pro dolor, radicati, & affectionis sancta unionis ecclesie, diutius praestolata, noviter sic devenum, seu dedulum in statum, quod ille Angelus de Corario, qui se Gregorium XII. intitulabat, renunciavit pure & liberè Papatui, & cuicunq; juri, quod in eo sibi pretendebat competere & habere, & aliqua alia fecit, quantum in eo fuit, ad facilitatem & dispositionem praenominatae sacrae unionis habenda. Etiam ille Balthasar de Cossa, Johannes XXIII. in sua obedientia nuncupatus, nihilominus à pratenso papatu, in quo se jus habere dicebat, realiter fuit ejectus, & etiam eidem renunciavit. Serenissimusque Princeps, Sigismundus, Romanorum Rex, personaliter, nec non plures alii Principes & Reges Christiani, & magna pars Christianitatis, per suos solennes Oratores & nuncios venerunt ad hanc villam Perpiniani, petentes instantissimè Eandem vestram sanctitatem, quatenus renunciare dignaremini Papatui & omni juri vobis competenti in eo, pro dicta unione habenda: Allegantes, ad id vestram S. multipliciter teneri. Et propterea, ut Sanctitas V. non ignoret, praemissi, per spatium duorum mensium, vel circa, hic moram trahentes, nil clarum & efficax ab Eadem Sanctitate Vestra, ut asserunt, obtinere valentes, scandalizati & vacui recesserunt. Verùm, beatissime pater, cum gravissima pericula & scandala, permaxime universalia, non solum temporalia, sed etiam spiritualia, quod deterius est, sint in mora hujusmodi renunciationis per V.S. fienda, ut ex praemissis & aliis deprehenditur manifestè: Pro tanto Dei servitio, & bono pralibatae unionis habenda, nec non pro tantorum evitacione periculorum & scandalorum, supplicat S. V. humiliter & devotè humilis filius vester Ferdinandus, Rex Arragonum, & Sicilia &c. Et nihilominus obsecrat per viscera misericordiae Jesu Christi, & etiam solenniter & reverenter requirit S. V. quatenus dignemini dictam renunciationem facere pure & liberè, sine dilationibus, ad quam, praemissis attentis & aliis attendendis, tenemini, utroque jure, divino pariter & humano. Et hoc est notorium.

Quæ requisitio pro parte Domini Regis Arragonum fuit facta per illustrem Principem, Dominum Alphonsum, primogenitum dicti Domini Regis Ferdi-

nandi, & Principem Geronda, nunc vero Arragonum Regem, & per Comites Armaniaci & Fuxi, personaliter, & per Ambassiatores & Legatos aliorum Regum praedictorum. Et hoc fuit & est notorium.

Item, quod post praemissas requisitiones idem Dominus Petrus, dictus Benedictus, indignatus ex hoc, recessit de Perpiniano cum armatis, & quasi cum uno [quodam] exercitu, ad locum & portum maris Colliberi. Ubi cum aliquamdiu stetit, praefatus Dominus Rex Arragonum, Ferdinandus, iterum misit ad eum suos Oratores & legatos solennes, & etiam cum illis accesserunt legati, & procuratores Regum Castellae, Navarrae, & Comites Armeniaci & Fuxi &c. & iterum per eosdem oratores fuit requisitus de praemissis, & alius, prout in schedula infra scripta continetur, quæ fuit sibi praesentata, & lecta, cujus tenor talis est:

Beatissime pater. Supplicationi, & requisitioni, factis, & oblatis die IX. presentis mensis V. S. sub hac forma: Beatissime pater, cum negotium extirpationis schismatis &c. respondit Eadem Sanctitas, die XII. dicti mensis sub hac forma: Ut appareat venerabilis processus, &c. Verùm, sancte pater, urgentibus causis & motivis, in dictis supplicatione & requisitione expressis, via paratur opportunius, quam à die orti schismatis usque nunc, ad proseguendam (consequendam) ecclesiae unionem. Nam facta per Sanctitatem Vestram cassione, de qua extitit supplicatum, speratur verosimiliter, quod in concilio generali universalis ecclesiae, quod in brevi, dante Domino, congregabitur, providebitur sanctae matri ecclesiae per eos, ad quos pertineat, de unico, indubitato, ac universali pastore, forte per aliquam de praedictis jam apertis, vel per alias, aut aliter, prout in eodem concilio, per eos, ad quos pertinebit, dirigente sacro spiritu, dirigetur & disponetur, & ordinabitur, cum aliter nequeat in praedictis legitime provideri, extirparique speratur schisma persistens, & sic obviabitur scandalis & divisionibus, ob dictum schisma usque nunc pullulatis, & qua timentur oriri imposterum: Idem de renunciationis remedio occurratur: Idem circa, beatissime Pater, Raymundus de Plano Bonae

per eos, ad quos pertineat, de salvo conductu, & securitatibus, tam V. S. suo casu, quam etiam suo casu dictarum, persona seu personarum. Hac quidem sunt utilia & opportuna, ac etiam accommodata tractari in negotio dictae unionis, & quietativa conscientiarum omnium, signanter eorum, qui sunt de nostra obedientia. Et sic etiam facta fuere per Commissarios dicti olim vocati Gregorii, habentes ad id posse legitimum, tempore, quo procurator ipsius Gregorii nomine ejusdem renunciavit pratenso juri, quod idem Gregorius in Papatu se habere dicebat. Et iterum etiam predicta sic fieri supplicant, obsecrant, & reverenter requirunt. Alias enim protestantur de omni jure universalis ecclesiae & alterius cujuscumque. Et hoc fuit & est notorium.

Cui requisitioni, quantum concernit renunciationem, nihil aliud voluit respondere, nisi quod dicebat, se in Perpiniano respondisse. Ad alia vero nihil nisi frivolum respondit & ineptum. Et hoc fuit & est notorium.

Item & quod paulo post praemissam requisitionem idem Dominus Petrus, dictus Benedictus, licet de Cocolibero, & per mare ad unum angulum terrae, ad castrum munitissimum (in Lips. & Goth. invictissimum) Paniscolae se recepit, cum suis armatis. Ubi adhuc dicitur residere. Et hoc est notorium (& verum.)

Consequenter ex parte dicti Regis Arragoniae fuit idem Dominus Petrus in castro praedicto Paniscolae, & iterum requisitus secundum formam scripturae sibi praesentatae, & lectae, cujus tenor talis est:

Beatissime ( Sanctissime & beatissime ) pater. Pro parte non solum serenissimi Regis Arragonum, sed etiam illustrissimorum Regum Castelle & Navarrae, & Comitum Armaniaci & Fuxi, fuerunt praesentata V. S. sub diversis Calendariis & temporibus, & in diversis locis, primo, [prima] in villa Perpiniani, & alia & secunda in villa Coquiliberi post recessum vestrum a dicta villa Perpiniani, dua supplicationes & reverentiales requisitiones, quarum series & tenor per ordinem sic se habent: Sanctissime ac beatissime pater. Cum negotium extirpationis schis-

matiss &c. Et secunda Beatissime pater: Supplicatione & requisitione factis, & oblati &c. Et ad dictas supplicationes & requisitiones eadem S. V. respondit sub diversis Calendariis in villa & loco ante dictis. Quarum responsionum series sequitur, prout infra. Prima Ut appareat veritas processus &c. Secunda: Cum per ultimam schedulam &c. Verum, Pater beatissime, cum responsiones V. S. facta detegant in aperto cuilibet intuenti, quod E. S. non renunciavit, nec renunciare curavit Papatui, nec formas seu practicas electionis futuri Pontificis relinquere vult ordinationi & dispositioni concilii generalis universalis ecclesiae breviter congregandi, ad quod de jure pertinet dicta electio, quod cum spiritu sancti adjuvatorio disponet, & ordinabit de practica electione jam dictam, nec alia adimpleverit V. S. qua in dictis requisitionibus continentur, quod etiam aperte detexit recessus subitus sine causa rationabili, cum reverentia loquendo S. V. Quia ubi praecesserant fides & guidatica dicti serenissimi Regis Arragonum, & etiam sine guidaticis, ubi dicti Domini Regis erat praesentia, & in sua obedientia E. S. qua nunc usq. tuta, defensa, & prout voluit, ibidem cum omnimoda libertate permansit, timere non debuit, imo nec de sinistro aliquo dubitare, nec cum fidei coloribus, semper cum reverentia V. S. loquendo, veritate victrice omni praedicante contrarium, rem se aliter habere poterit demonstrari. Ideo Raymundus Xatinar milos, & Petrus Basselis Legum Doctor, Consiliarius, Ambasciatoris & procuratores dicti Domini Regis Arragonum, vestra intimant sanctitati, quod ob non factam renunciationem supradictam, quam etiam E. S. V. facere debuit, de jure divinopariter & humano, & eam offerre nudo verbo non fuit sufficiens, & ob non implementum aliorum, qua supplicata & requisita fuerunt dictos Reges & Principes, licet invitos, cum sciant se reddituros rationem pro ecclesiae quam Christo tuendam susceperunt, quia si ve angeatur pax & disciplina ecclesiae per dictos Principes, sive solvatur, ille ab eis rationem exigit, qui eorum potestati ecclesiam tradidit committendam, vigentem, (urgentem) zelo fidei, & necessitatis opportunitate, perveniendi ad unitatem universalis ecclesiae, qua ab initio producti schismatis usq. nunc.

modernus eandem subtractionem, per patrem suum Ferdinandum olim serenissimum Regem, ut præmittitur, factam, confirmans, approbans & observans, se per suos solennes legatos & procuratores, ad hoc potestatem habentes, se pro se ac regnis & dominiis suis, cum eadem sancta Constantiensi synodo univit. Et vocatione generali facta ex duabus obedientiis olim Johannis & Gregorii prædictorum, ac Regis Arragonum pro se ac regnis suis & dominiis, est unum generale concilium constitutum, & procedi voluerunt contra eundem Dominum Benedictum ad illius canonicam ejectionem. Et hoc est notorium.

Item, quòd pari forma *Rex Navarrae*, convocato magno consilio (concilio) regni sui, videlicet episcoporum, Abbatum, capitulorum, procerum, nobilium, & communitatum, tribus videlicet statibus regni sui, ut est moris in regno, in rebus arduis decernendis, ex causis eisdem prædictis, sc. regnum suum, dictique status, cleri, nobilium, & totius populi, à dicti Benedicti sic vocati obedientia recesserunt, & illius obedientiæ se subtraxerunt. Et est notorium.

Item quòd eadem sancta synodus, post unionem dicti serenissimi Regis Arragonum, etiam vigore *conventionum*, dudum habitaram de anno Domini M cccc xv. inter serenissimum Dominum Dominum *Sigismundum Romanorum Regem* & Legatos sacri concilii, ac Legatos serenissimorum Regum, Castellæ, Arragonum & Navarrae, ac comitis Fuxi, ex altera parte, & postea per eosdem Dominos Reges Arragonum & Navarrae, & per dictum Comitem Fuxi approbatarum, eadem sancta synodus, unitis legatis dicti Domini Regis Arragonum, prosequens unionem ecclesiæ, consideransque, quòd, attento, quòd idem Dominus Petrus, vocatus Benedictus, toties & tam pertinaciter recusaverat, & recusabat cedere, & quòd nullam aliam viam videbat, per quam ecclesia posset uniri, quàm per dicti Petri vocati Benedicti à suo Papatu ejectionem, decrevit contra eundem vocatum Bene-

dictum, & ad illius ejectionem prædictam fore procedendum, (in Goth. & super hoc contra eum etiam in causa schismatis & hæresis fore procedendum,) contra illum citationem personalem decrevit, prout in hujus causæ actis continetur. Et hoc est notorium.

Item similiter illustris Comes Fuxi, pro suis terris & Dominiis, in quibus eidem Benedicto obedebatur, à sua obedientia propter dictas causas recessit, & se ab eadem obedientia subtraxit. Et hoc est notorium.

Et quòd subsequenter serenissimus Rex Navarrae, & illustris Comes Fuxi, clerusque, proceres & nobiles dicti regni, Comitatus & Dominiorum, ac per suos solennes legatos & procuratores, ad hoc specialem potestatem habentes, se cum eodem sacro concilio univerunt, & cum aliis qui prius aderant, unum generale concilium constituerunt, & è converso concilium univit se ipsis. Et sic procedi voluerunt contra eundem Dominum Benedictum ad illius canonicam ejectionem. Et hoc est notorium.

Item, quòd post præmissas uniones eidem sacrosanctæ synodo factas, dicta citatio ad personam ejusdem Domini dicti Benedicti, etiam post unionem dicti Benedicti, Regis Navarrae, & Comitis Fuxi, pluriumque nobilium ac populi prædictorum, fuit legitimè executà, prout etiam ex productis (prædictis) & relictis coram eodem sacro concilio constat & apparet. Et hoc est notorium.

Item dicunt & probare intendunt dicti promotores, proscutores & ministri, quòd idem Petrus, vocatus, ut præmittitur, Benedictus, citatione hujusmodi intellectu & audità, ac contra eum executà, in sua pertinacia & duritia fovendi schismatis, & contra unionem ecclesiæ sanctæ Dei perseverans & intendere eidem unioni ecclesiæ manifeste recusans, dixit & asseruit tam verbo publicè & notoriè, quàm in scriptis, quòd non intendebat, nec intendit præfatum sacrum generale Constantiense concilium, quòd vocabat congregationem Constantiensem, quòd tamen fuit & est ex tot obedientiis, tot regnis

nis debitum, nec alicujus obligationis necessitas ad hoc arctant, actum imperiosum exercere non possunt Ex quibus assertionibus, qui & quales errores sequantur, & quot & quales contineant dictæ assertiones, judicet ipsum sacrum concilium. Præmissaque notoria sunt & vera.

Item, quod in ipsa responsione dicti Petri, vocati Benedicti, & in instrumento, de illius mandato & voluntate super illa responsione confecto, & eidem sacro concilio producto & exhibito, & apud Notarios ejusdem sacri concilii & causæ existente, plures alii errores, & contumeliæ, ac blasphemias continentur, prout ex illius inspectione poterit apparere.

Item dicunt, proponunt, & probare intendunt, quod divisio ecclesiæ universalis in tam magnas partes adedò firmata est, & quælibet pars in sua credulitate de Papatu ita solidata, quod, etiam attentis promissionibus & juramentis, factis per dictum Dominum Petrum de cessione fienda, requisitionibus sibi factis, & recusationibus, cavillationibus, & diffugiis per eum quæsitis, impossibile est humanitus, aut saltem reputatur, & communiter creditur, quod nunquam pars sibi non obediens, quæ est major in decuplo totius populi Christiani, ad illius obedientiam trahi nec adduci possit, etiamsi verum jus haberet, nec hodie, à multis jam annis posset ecclesia judicare, utrum jus habuerit vel non, deficientibus necessariis ad hoc probationibus factis, & obstantibus difficultatibus in jure, in tam magnas partes opinionibus divisis & firmatis, & per consequens schisma, vel schissura ista ecclesiæ tolli non posset, neque potest, nisi per suam cessionem: Et per consequens cedere tenetur: Et si non vult, prout non vult, nec voluit, debet, & potest propter scandalum pro pace & statu universalis ecclesiæ à suo prætenso Papatu amoveri, etiamsi non esset schismaticus, nec hæreticus, aut alias criminofus.

Ex quibus omnibus & singulis propositis & articulatis, tam conjunctim quam divisim, constare & apparere potest, eundem Petrum de Luna, Benedi-

ctum XIII. ut præmittitur, nuncupatum, & ex sua tam diuturna tarditate, repugnantia, pertinacia, & recusatione uniendi ecclesiam, fuga, responsionibus constitutione & assertionibus, incorrigibilitate, scandalo, notoriis, & aliis prædictis, & præsertim, cum post depositionem Johannis olim xxiii. ac ejusdem Domini vocati Gregorii renunciationem, totum pondus schismatis fuisse & esse supra dictum Petrum dictum Benedictum, noscatur, & in sua potestate fuisse, & esse, tollere schisma, & unire ecclesiam per suam cessionem: Quod facere toties & tam pertinaciter recusavit, & recusat: Et aliis præmissis fuisse & esse nutritorem & fautorem schismatis inveterati, tanquam gravis & scandalosa scissuræ & divisionis ecclesiæ, jam fere XL. annis pacis & unionis ecclesiæ turbatorem, & impeditorem perjurum, ipsamque ecclesiam sic divisam, & quam unire potest, in tantum & tam notorium scandalum populi Christiani & ipsius ecclesiæ, in divisione tenet, per quæ turbatur universalis ecclesiæ status, & scandalizatur, in quibus indurate incorrigibilis & pertinaciter perseverat: Quare perjurum, scandalizator universalis ecclesiæ, schismaticus, & hæreticus incorrigibilis, est censendus, & ab ecclesia Dei iusto iudicio præcisus, aut saltem à suo prætenso Papatu amovendus.

Quare petunt persecutores & ministri præfati per hanc sanctam synodum & ejus definitivam sententiam pronunciari, decerni, & declarari, prædictum Dominum Petrum de Luna, Benedictum XIII. à nonnullis nominatum, fuisse & esse se perjurum, universalis ecclesiæ scandalizatorem, fautorem & nutritorem inveterati schismatis seu inveteratæ scissuræ, & unionis ecclesiæ sanctæ Dei impeditorem, & turbatorem schismaticum, hæreticum à fide devium, & articuli fidei, Unam sanctam ecclesiam, violatorem pertinacem cum scandalo ecclesiæ Dei, incorrigibilem, notorium & manifestum, & propterea omni titulo, gradu, honore, & dignitate se reddidisse indignum, & à Deo ejusdem & præcisum, & omni jure, eidem in Papatu & summo Pontificio ac Romana ecclesia quomodolibet competentem ipsam

nem *Tricht*, (Tach) Canonicum Ecclesie B. Mariae Trajectensis :

*Clemens Grossi* Dn. *Petrum* Episc. *Olorensem* juniorem, *Nicolaum de Wolloma*, Canonicum *Uratilaviensem*, & clericum *Camerae*, *Gualterum* Priorem conventus *Rhodi*, *Johannem de Patro*, literarum apostolicarum scriptorem, *Rudolphum*, Licentiatum in decretis, *Matthaeum Rodel* in Theologia Professum.

Nec non *Jacobus Meinhardi*, *Joh. de Fabrica*, legum Doctorem, *Johan. de Boscho*, & *Bertrandum*, episcopum *Apaminarum*, personaliter apprehensos, ut & tanquam testes ad jurandum de perhibendo testimonium in hujusmodi causa veritati super articulis ultimis, supra in hujusmodi causa oblatis, Ad primam diem juridicam, qua eosdem Dominos iudices & Commissarios, *Constantiae*, in loco sessionis ad hoc specialiter electo, ad jura reddendum hora tertiarum pro tribunali sedere contigerit, videlicet ad diem praesentem, prout & quemadmodum iidem cursores ab eisdem Dominis iudicibus & Commissariis dixerunt, & quilibet eorum dixit se specialiter habuisse & recepisse in mandatis.

Subsequenter advenientes hora septima sive tertiarum praesentis diei, discretus vir, *Gosfridus Dorsten*, sedis apostolicae praedictae cursor, retulit in iudicio coram Dnis iudicibus & Commissariis praefatis, *Constantiae*, in loco sessionis solito, in ecclesia majori ad hoc specialiter electo, ad jura reddendum pro tribunali sedentibus, & nobis, praesentis causae notariis, atque Scribis praedictis, se de ipsorum Dominorum iudicum & Commissariorum mandato, sibi super hoc, ut asseruit, facto, & ad supradicti Magistri *Henrici de Piro* promotoris & procuratoris instantia, *beri* quandam citationis papyri schedulam, sigillis reverendissimi patris, Domini *Guilhelmi Cardinalis S. Marci*, & *Michaelis Navers*, Commissariorum, munitam & signatam, valvis seu portis ecclesiae majoris *Constantiensis* publice affixisse, eamque inibi debita executioni, ut moris est, demandasse infra missarum solennia: Prout & quemadmodum idem cursor ab eisdem Dominis iudicibus & Commissariis dixit su-

perius se habuisse & recepisse specialiter in mandatis.

Post cujus quidem cursoris relationem comparuit in iudicio coram Dominis iudicibus & Commissariis praefatis, ad huc, prout ubi supra, ad jura reddendum in loco suo solito & consueto pro tribunali sedentibus, Magister *Henricus de Piro*, promotor & procurator praedictus, nomine procuratorio, quo supra, & quasdam citationes, unam videlicet pergameni a Dominis Commissariis praedictis emanatam, de eorumque voluntate & mandato in audientia publica literarum contradictarum *Romanae curiae* positam, lectam, & ab intraligantam, sigilloque ipsius audientiae a tergo, ut moris est, sigillatam, aliasque debite executam, & aliam papyri schedulas, in valvis Ecclesiae Majoris *Constantiensis* debita executioni demandatam, facto, realiter & in scriptis infra scriptorum tenorum praesentavit.

Citatorumque in eis contentorum, non comparentium, neque testes in hujusmodi causa produci, recipi & jurare videre, nec interrogatoria pro eorundem testium producendorum examinatione dare curantium, contumaciam accusavit, ipsosque contumaces ad abundantem cautelam, eosdem citatos ad valvas ecclesiae praedictae per aliquos Dominos ex Commissariis praedictis, ut moris est, vocari ad actus praesentes per Dominos Commissarios iudices praefatos debita cum instantia postulavit.

Et tunc Domini iudices & Commissarii praefati ad dicti *M. Henrici de Piro* procuratoris instantiam, venerabiles viros Dominos *Henricum Fleckel* & *Petrum Nardi*, facti palatii apostolici causarum auditors, collegas suos, ad vocandum dictos citatos ad valvas ecclesiae praedictae una cum Notariis & cursoribus, ut moris est & fuit ab antiquo, deputandos duxerunt & deputaverunt.

Qui quidem Domini *Henricus Fleckel* & *Petrus Nardi*, deputati, una cum praesentis causae Notariis atque scribis praedictis, & discreto viro *Gosfrido Dorsten* sedis apostolicae cursore, locum audientiae

& Petrum, non comparentes, neque hujusmodi diei termino in aliquo satisfacere curantes, licet diutius & usque ad horam debitam sufficienter expectatos, reputarunt meritò, prout erant, quo ad actum & terminum hujusmodi, exigente justitia, contumaces.

Et in eorum contumaciam præpetitâ citationem promotori instanti & petenti decreverunt, atque concesserunt, eamque, ut petita extitit, ad primam diem juridicam proximè futuram, quâ eosdem Commissarios in loco suo solito manè hora tertiarum ad jura reddendum pro tribunali sedere contigerit, per quemcunque sedis apostolicæ cursorem, qui super hoc requisitus fuerit, peremptoriè fieri voluerunt, atque mandarunt.

His, sic, ut præmittitur, peractis, Magistro Henrico de Piro, promotore & procuratore prædicto, instante & petente, Domini judices & Commissarii præfati reverendis patribus Dominis, Roberto episcopo Sarisburiensi, & Hermanno Duvverch, apostolicæ sedis Proto-Notario, collegis suis, ab illustrissimo Principe, Domino Sigismundo, Romanorum &c. Rege, reverendisque patribus Dominis Johan-

ne, Archiepiscopo Rigensi, & Ottobono, dictæ sedis Proto-Notario, testibus, citandis, ut solitum reciperent juramentum, committendum duxerunt, & commiserunt.

Subsequenter Dominis Commissariis recedentibus, solum præfatis Roberto Episcopo Sarisburiensi, & Hermanno Duvverg remanentibus, accesserunt locum audientiae solitum serenissimus Princeps, Dominus Sigismundus Rex, & Ottobonus, præfati, & se fore citatos ad perhibendum testimonium veritati in hujusmodi causa per certum apostolicæ sedis cursorem dixerunt & allegarunt. Et ideo ad satisfaciendum citationi, & parendum mandatis ibi venissent, & se Commissariis præsentarent.

Tunc Domini Robertus Sarisburiensis & Hermannus Duvverg, præfati, juxta commissionem eis supra factam, à dictis Dominis Rege & Ottobone ad sancta Dei evangelia, de dicendo in hujusmodi causa veritatem super articulis sæpe factis in hujusmodi causa productis, solitum receperunt juramentum.

Tenores vero dictarum citationum papyri & pergameni schedularum, unde supra fit mentio, sequuntur:

Forma hodierni Mandati de citatione Petri de Luna, hodie sub congregatione repetita.

**M**andant Domini Judices & Commissarii, per sacrosanctam & generalem synodum Constantiensem ad infra scripta specialiter deputati, citari peremptorie in audientia publica literarum contradictarum Romana Curia, ut moris est, & citant, Dominum Petrum de Luna, Benedictum XIII. in sua obedientia nuncupatum, omnesque, alios & singulos, sua conjunctim (communiter) vel divisim interesse putantes, quatenus hodie hora septima vel circa, ante meridiem, quâ ipsos Dominos Judices, vel duos ex eis, in ecclesia Constantiensi in loco sessionis publicæ pro tribunali sedere contigerit, compareant in judicio, legitime coram eis, ad videndum & audiendum produci, recipi, & jurare admitti testes super articulis & capitulis prædictis & admis-

sis, aliæque probationum genera, producendas & producenda, per totam diem hodiernam, ac alios dies & horas competentes & opportunas, nec non ad dandum interrogatoria, hodie & cras per totum diem, & successive pro aliis testibus adducendis, diebus, quibus admitti fuerint, & sequenti, si qua dare voluerint pro examinatione testium eorundem in causa & causis, in quibus contra eundem Petrum, Benedictum nuncupatum, dicta sancta synodus intendit procedere & procedit. Alioquin in causa & causis hujusmodi ulterius, prout justum fuerit, procedetur, dictorum citatorum absentia seu contumacia in aliquo non obstante. Datum Constantia, die XXVI. mensis Aprilis, anno à N. D. MCCCC. XVII. indictione X.

Citatio

Hertzog Hans von Bayern von Munchen den Gilgen, an stat seines Vettern Herzog Ludwigs, und der Canzler las ihm den Brieff vor, und schwur und kniet, &c.

*In MSC. Vind. Dorr.* Johannes Dörre in Actis Concilii MSCtis, Codice Vindobon. hunc quoque solennem actum, quem spectavit, his depinxit verbis: *In eadem civitate Constantiensi de post decem diebus elapsis* (ab investitura Friderici Brandenburgensis Electoris, vid. supr. 18. April.) *scilicet feria quarta, qua fuit XXVIII. mensis Aprilis &c. Dominus Romanorum Rex fecit Comitem de Clevis Ducem Marchie. Etiam presentibus multis Principibus secularibus & spiritualibus. Et insignia Ducatus dedit sibi, ense, vestes, vexilla &c.*

*In MSC. Salem.* In MCS. Salemitano: *Solenmitate publica in foro publico, Comes Adolphus de Clevis ex Comite in Ducem sublimatur, prestito ad hoc juramento solito.*

Religiosæ processionis magna admodum  
celebritas instituta  
per universum clerum,  
præsente Cæsare, Electoribus,  
multisque Principibus.

d. 30. Ap.  
A. 1417.

die Ven. 30. Ap. A. 1417.

Dacherii verbis delineasse juverit. Am Freitag nach S. Marcus Tag, Anno Domini M CCCC XVII. da begingen die Cardinal, die Erzbischöffe, die Bischoff, die Weibischoff, die Apte, die Prælaten, die Probste, die Schulen, die gelerten Leut, und alle Pfaffheit zu Costenz, gen Petershausen, und wieder einher zu den Predigern in das Gotshaus und in das Munster. Und giengen damit drey Patriarchen, xxv. Cardinal, 33. Erzbischoff, 172. rechter Bischoff, 80. Weibischöff, all Apt, Prælaten, Pröbste, Auditores, die Schulen, alle gelehrt Leut und alle Pfaffheit, unser Herr der Römische König, 3. Churfürsten, 23. Herzoge, 5. gefürstete Grafen, und ob 50. rechter Graffen, und viel andere Herren, Ritter und Knecht.

d. 6. Maji  
A. 1417.

Congregatio Commissariorum,  
In Episcopali Palatio,

die Jovis, 6. Maji, A. 1417.

In inquisitione contra Petrum de Lunā.

*In MSC. Brunsv. & Lips.*

Anno, & indictione, quibus supra, die vero Jovis VI. mensis Maji, constitutus coram Dominis iudicibus & Commissariis præfatis, Constantiæ in palatio episcopali, in aula majori, hora vespere, vel quasi, ad infra scripta specialiter congregatis, M. Henricus de Piro promotor & procurator prædictus, nomine procuratorio, quod supra. Et nonnullos positiones & articulos additionales, probationes materiarum hujusmodi causæ, scilicet schismatis & hæresis, facto, realiter, & in scriptis infra scripti tenoris obtulit, atque produxit, quos ad probandos se & dictam sanctam synodum admitti per Dominos iudices & Commissarios præfatos, debita cum instantia postulavit.

Et tunc Domini iudices & Commissarii præfati supra dictos positiones & articulos additionales ad probandum in prædicta sacro sancta synodo infra xv. dies proxime & immediate sequentes admittendos duxerunt, & admiserunt.

Quibus articulis sic admittis, discretus vir, Jacobus Meynhardi, sedis apostolicæ cursor, retulit Dominis iudicibus & Commissariis præfatis, adhuc, prout ubi supra congregatis, & nobis præsentis causæ Notariis, atque scribis prædictis, se de ipsorum Dominorum iudicum & Commissariorum mandato, sibi super hoc, ut asseruit, facto, & ad suprascripti Magistri Henrici de Piro promotoris & procuratoris instantiam, hodie mane per-

Articuli novi in Inquisitione contra Petrum  
de Luna producti.

PRImò, quòd dudum, anno Domini  
M CCCC VIII. cùm dictus Domi-  
nus Petrus, vocatus, ut præmittitur, Be-  
nedictus, & Dominus Angelus, tunc  
Gregorius XII. pro unione ecclesiæ, &  
cessione mutuò facienda, debuissent ex  
eorum promissionibus convenire, ipse-  
que Dominus Petrus fuerit & fuisset,  
ac esset tunc in *Portu Veneris*, dictus  
verò Dominus Gregorius esset & fuis-  
set in *Lucca*, ipsi duo nunquam conven-  
erunt, totque difficultates fecerunt, in  
securitatibus sibi præstandis, quòd fina-  
liter de dictis locis recesserunt infectò  
negotio, & dictus Petrus ex una parte  
ad Perpinianum se transtulit, alter ve-  
rò Senas. Et hoc fuit, & est verum at-  
que notorium.

Item quòd propter illorum recessum  
& discessum, Domini Cardinales utrius-  
que obedientiæ seu major pars illorum  
dimiserunt dictos Dominos Benedi-  
ctum & Gregorium, & se invicem uni-  
verunt, & tractaverunt de modis unio-  
nis prosequendæ.

Item quòd inter se convenerunt &  
concordarunt, quòd in defectu illorum  
Dnorum contententium de Papatu,  
ipsi Domini Cardinales convocarent  
concilium generale: Prout &, quan-  
tum in eis fuit, convocarunt ad civita-  
tem Pisarum ad prosequendum & agen-  
dum ecclesiæ unionem.

Item & quòd Domini Cardinales, de  
obedientia dicti Domini vocati Benedi-  
cti, eundem Dominum dictum Benedi-  
ctum ad dictum sic vocatum concilium  
ad civitatem Pisarum per suas literas &  
nuncios convocarunt, invitarunt & ex-  
hortati fuerunt, quatenus ibidem certo  
tempore compareret per se vel alium,  
ad prosequendum ecclesiæ unionem  
per viam mutua cessionis dictorum Domini-  
orum contententium, aut aliàs, prout me-  
lius fieri posset & deberet: Cum prote-  
statione, quòd si non veniret, ipsi ad  
hoc procederent, quantum cum Deo  
possent cum dicto concilio.

Item quòd similiter Cardinales de o-  
bedientia dicti Domini vocati Gregorii

eundem Gregorium convocarunt, in-  
vitarunt, & exhortati sunt ad locum &  
tempus eosdem, & ad præmissa per se  
vel per alium faciendum.

Item quòd in dicto loco Pisarum  
tempore constituto convenerunt dicti  
Cardinales utriusque obedientiæ, seu  
major pars illorum, convenitque ma-  
gna multitudo Prælatorum, & Docto-  
rum, atque personarum ecclesiastica-  
rum nec non Legatorum, Regum, Ro-  
manorum, Francorum, Angliæ & Bo-  
hemæ, & plurium aliorum Regum &  
Principum utriusque obedientiæ. Fuit-  
que ibidem magna congregatio, quam  
vocaverunt concilium generale utrius-  
que obedientiæ.

Item & quòd in dicta congregatione  
fuerunt multi tractatus habiti, & factæ  
deliberationes pro unione ecclesiæ  
consequenda.

Item quòd dictus Dominus Petrus,  
vocatus, ut præmittitur, Benedictus, ad  
dictam congregationem vocatus, invi-  
tatus & exhortatus, venire noluit, imò  
expressè recusavit, neque ulterius eccle-  
siæ unionem prosequi, sed de illa quie-  
scit quid agere neglexit omninò, & dimisit  
hic ecclesiam Dei in divisione & schis-  
mate inveterato, quod non caret scrupu-  
lo schismaticæ pravitatis, imò schis-  
maticus videtur esse censendus.

Item & quòd novissimè, postquam  
idem Dominus Petrus, vocatus Benedi-  
ctus, fuit auctoritate hujus sacri concii  
citatus in causa præsentis. Inter cetera  
sua responsa dixit & asseruit, verbo & in  
scriptis, pertinaciter, quod verum est &  
erat, quod ad effectum unionis conse-  
quendæ obtulit seu promisit se renuncia-  
turum Papatui, altero, cum ipso de Papatu  
contentente, cedente, mortuo vel eje-  
cto: Tamen dicta oblatio seu promi-  
sio ipsum non astringat, nec obliget ad  
cedendum Papatui, etiamsi alii conten-  
dentes cesserint, aut dejecti fuerint, ubi  
verisimiliter ex cessione, quæ per ipsum  
fieret, vera unio non sequeretur eccle-  
siæ. Quod non caret scrupulo hæreti-  
cæ pravitatis, imò hoc sic assentire hæ-  
reticum est. Man-

appositorum, & appensorum produci, recipi, & jurare admitti videre curantium contumaciam accusavit, ipsosque contumaces reputari, & in eorum contumaciam ex abundanti eosdem per aliquos ex Dominis Commissariis præfatis ad valvas dictæ majoris ecclesiæ vocari mandare, seu ad vocationem hujusmodi deputari per Dominos Judices & Commissarios præfatos debita cum instantia postulavit.

Et tunc Domini Judices & Commissarii præfati ad vocandum dictos citatos ad valvas supra dictas, ad præfati M. Henrici de Piro promotoris instantiam, venerabiles & circumspectos viros, Dominos Henricum Flekel, & Petrum Nardi, sacri palatii apostolici causarum auditores, collegas suos deputandos duxerunt, & deputarunt.

Qui quidem Domini sic deputati unâ nobiscum præsentis causæ Notariis, atque scribis prædictis, ac discreto viro, Francisco de Mediolano, sedis apostolicæ curfore, locum audientiæ præsentis causæ exeuntes ad valvas ecclesiæ majoris accesserunt, & ibidem per organum dicti Francisci, cursoris, supra dictos trinâ vice vocarunt in hunc modum, qui sequitur: Est hic Petrus de Luna, Benedictus XIII. in sua obedientia nuncupatus, vel aliquis pro eo, compareat coram Dominis Commissariis sacrosanctæ Synodi ad producendum, & produci videndum omnia & singula jura, acta, literas, scripturas, instrumenta, & munimenta, aliâque probationum genera, nec non videndum produci, recipi, jurare & admitti nonnullos testes super recognitione signorum, sigillorum ac manuum Notariorum, dictis juribus appositorum, & appensorum, in causa & causis inquisitionum contra dictum Petrum de Luna, pendentibus coram eisdem.

Quâ quidem vocatione trinâ vice, ut prædicatur, factâ, nemineque responsum dante, præfati Domini deputati, & M. Henricus de Piro, promotor, super præmissis à nobis præsentis causæ Notariis atque scribis sibi unum vel plura, & tot, quot sufficiunt, petiit fieri & confici publica instrumenta.

Præsentibus honorabilibus viris, Fri-

derico de Arnheim, Canonico Xantensi, Coloniensis dioceseos, & Henrico Hundenadele, & Hermanno Boten, literarum sacre pœnitentiariæ procuratoribus, testibus ad præmissa vocatis specialiter, & rogatis.

Deinde dicti Domini deputati unâ cum aliis prædictis ad locum audientiæ, & suos collegas, redeuntes, Dominus Petrus Nardi, auditor nomine deputatorum, primò, & Franciscus, cursores præfati, secundò, de præmissa vocatione, & non responsione, ut prætractum est, retulerunt collegis suis, & Commissariis, & retulit quilibet eorum.

Quâ itaque relatione factâ, Dominus Henricus de Piro, promotor & procurator prædictus, adhuc ibidem præfatus & judicialiter comparens, dictos citatos non comparentes iterato reputari petiit contumaces: Et in eorum contumaciam, pro propositionum & articulorum, supra in hujusmodi causa oblatorum, probatione, quoddam instrumentum certi contractus tunc inter multos & dilatos factum, publicum, per multos & diversos Notarios publicos, & manibus propriis multorum Dominorum S.R.E., & tunc in illa obedientia omnium, ut primâ facie apparuit, subscriptum, obtulit, atque dedit. Cujus tenor infra de verbo ad verbum est insertus. Ac etiam quoddam aliud responsionis Petri de Luna, aliâs Benedicti XIII. à sibi obedientibus nuncupati, instrumentum, factò & in scriptis produxit, prout supra apud acta præsentis causæ extitit registratum.

Deinde discretus vir, Theobaldus, sedis apostolicæ cursor, retulit in judicio Dominis judicibus & Commissariis præfatis, adhuc, prout ubi supra, ad jura reddendum in loco suo solito & consueto pro tribunali sedentibus, & nobis præsentis causæ Notariis atque scribis prædictis, se de ipsorum Dominorum Judicum & Commissariorum mandato, sibi super hoc, ut asseruit, factò, & ad prædicti M. Henrici de Piro, promotoris, instantiam, statim & in continentem peremptoriè citasse plures testes, videlicet honorabiles viros, Dominos, Barontum de Pistorio, Clementem Bogiarum, Hen-

In MSC.  
Lips.

jusmodi causa faciendum valde sunt necessaria, & sine quibus timet suam & dictæ sanctæ synodi intentionem posse finistrari. Quare dictum Dominum *Petrum Margal* & alios prædictos, ad tradendum hujusmodi jura, processus, registra, & instrumenta, sub forma autentica, quod eis fides valeat adhiberi, compelli per Dominos Judices & Commissarios præfatos debita cum instantia postulavit. Et tunc Domini Judices & Commissarii præfati prælibato Domino *Petro Margal* præfati, ut sub pœna excommunicationis omnia & singula jura, instrumenta & registra, processus & munimenta, causam hujusmodi tangentia, & penes eum existentia, præfatis Dominis Commissariis traderet, ad statim mandandum duxerunt, & mandarunt. Quo namque mandato sic facto, præfatus Dominus *Petrus Margal* quendam processum sive magnum registrum super requisitionibus petitionibus & responsionibus supradictis, factis & compositis, ad manus dictorum Dominorum Commissariorum, facto, realiter & in scriptis præsentavit, dicens & asserens, dicta *acta* in ipso registro conscripta nondum fore authenticata.

Deinde Domini Judices & Commissarii memorati videntes hujusmodi registrum nondum fore authenticatum, sæpe fato Dno *Petro Margal* ut hujusmodi registrum & acta in ipso authenticaret, & ipsum ad diem crastinum in loco & hora præsentibus vel similibus, ipsis Dominis Judicibus præsentaret, duxerunt mandandum & mandarunt.

In MSC.  
Brunsv.  
& Lips.

De quo ipse Dominus *Petrus Margal* contentus recessit.

Deinde honorabilis vir N. quendam alium processum conscriptum & authenticatum per manus honorabilis viri, Domini *Petri de Trilbia*, Camera apostolicæ Notarii, facto, realiter & in scriptis obtulit, & produxit.

Qua productione facta, Magister *Henricus de Piro*, promotor & procurator prædictus, supradictum N. & *Johannem Ennoyt*, testes præfatos, ut & tanquam testes, ad jurandum de perhibendo testimonium veritati super recognitione signi & manus prædicti processus, scilicet

*Petri de Trilbia*, exhibuit, & produxit. Quos recipi, & ad jurandum admitti, nec non interrogari & examinari per Dominos Judices & Commissarios præfatos debita cum instantia postulavit.

Et tunc Domini Judices & Commissarii præfati dictos testes præfatos & comparantes, ut & tanquam testes, ad jurandum de perhibendo testimonium in hac causa veritati, super recognitione, admittendum duxerunt & admiserunt.

Qui dum sic admissi fuerunt, statim ad mandatum Dominorum Judicum & Commissariorum & in eorum manibus, tactis per eos & eorum quemlibet sacrosanctis scripturis, ad sancta Dei evangelia corporaliter præfatio juramento, visis & ostensis signo & manu ultimi processus, & per Dominos Judices & Commissarios præfatos interrogati dixerunt, se illa bene cognoscere, & esse dicti *Petri de Trilbia*, ipsumque *Petrum* fore Notarium Legalem, & ad talem communem hominum fieri recursum.

Et tunc dicto Magistro *Henrico de Piro*, promotore & procuratore instante & petente, Domini Commissarii præfati hujusmodi processum ultimum & signa & manus Notariorum ejusdem habuerunt pro recognitis.

Postremo Domini Judices & Commissarii præfati, videntes processum per *Petrum Margal* supradictum, in hac causa productum, propter brevitatem temporis non posse per eundem authenticari: Quare terminum præfatis diebus per totum hodiernum & crastinum dies, & ad omnes eorundem dierum horas continuandas duxerunt atque prorogandas.

Et nihilominus super hujusmodi continuatione & prorogatione intimationem in valvis ecclesiæ majoris Constantiensis ad modum citationis, in hujusmodi causa fieri consueta, & per Dominos Commissarios decretam, prædictis fieri voluerunt, atq; mandarunt.

Præsentibus ibidem venerabilibus viris, Dominis *Baronto de Pistorio* & *Jovone Coyer*, Secretario reverendissimi patris Domini Cardinalis S. Marci, aliisque testibus

XXIII. mensis Novembris, in die S. Clementis, apostolicâ sede vacante, per orbitum scilicet felicitis recordationis Domini Innocentii, Papa VII. congregati, ad invicem collegialiter coadunati pro futura electione summi Romani Pontificis celebranda, infra scripti reverendissimi in Christo patres, & Domini, Angelus Ostiensis Florentinus, Henricus Tusculanus, Neapolitanus, Antonius Penestrinus Aquilegensis, Episcopi, Angelus, tituli S. Potentiana Landensis, Conradus, tituli S. Chrysogoni Militensis, Angelus, tituli S. Marci, Constantinopolitanus, Jordanus, tituli S. Martini in montibus de Urfinis, Johannes, tituli S. Crucis in Hierusalem, Ravenas, & Antonius, tituli S. Praxedis, Tuderinus, Presbyteri, Raynaldus, S. Viti in Marcello, de Branchacis, Landolphus S. Nicolai in carcere Tulliano, Barenfis, Otto S. Georgii ad velum aureum, de Columna, Petrus S. Angeli, & Johannes, SS. Cosma & Damiani, Leodiensis, vulgariter nuncupati, Diaconi, S.R.E. Cardinales, in communi capella sacri palatii apostolici, Romæ apud S. Petrum, intra conclave consuetum, quam pro loco ad infra scripta idoneo elegerunt, ac etiam deputarunt, in præsentia mei Clementis & aliorum Notariorum, & testium infra scriptorum: Considerantes Christianæ religionis infamiam, detrimenta, & graves fidelium molestias, ac pericula, quæ hæctenus emerferunt, & emergere verisimiliter est censendum, nisi salubriori remedio in tempore divina favente clementia, cujus res agitur, occurratur, ex pestifero & damnabili schismate, quod proh dolor, tantis temporibus in scissura Christianæ fidelitatis gravissimè perduravit, & durat, nec piam provisionem, alias pro ejusdem schismatis remotione per eos factam, effectum aliquem produxisse: Ac intendentes ad remedia fortiora, non quid juris pro parte eorum justitia svadet, quod jus verissimum est, & plenâ veritate fulcitum, sed quid pro reintegratione & unitate Christianorum ex malitia temporis, de facto, & si non de jure, expediat, eligentes, & in speculam eorum considerationem extollentes, quanti possit esse discriminis, si di-

latio in electione futuri summi Pontificis fieret, temporum malignitate pensata, universaliter singuli, & singulariter universi, unanimiter & concorditer, nemine discrepante, ex certa scientia convenerunt, voverunt Deo & gloriæ Mariæ virgini, ejus matri, & sanctis apostolis, Petro & Paulo, totique celesti Curie juraverunt, & ad invicem unus alteri & è converso se obligando solenniter promiserunt: Quod si quis eorum assumtus erit ad apicem summi apostolatus, pro integratione unitatis Christianorum renunciabit effectualiter juri suo & Papatui, pure, libenter & simpliciter: Et si quando Antipapa, qui est, & qui pro tempore fuerit, similiter renunciabit & cedit præsentis juri suo & papatui, sive decederet, dummodo anti-Cardinales effectualiter velint cum eisdem, sacro collegio & ipsis, sequatur justa canonica electio unice summi Romani Pontificis: Ac etiam promittentes, se facturos, omni dolo & fraude, ac maligna interpretatione cessantibus, pro posse: Quod si quis ex Dominis absentibus, vel de extra collegio, per eos assumatur in Papam, eandem faciat obligationem, ac quod infra mensem, à die suæ inthronisationis numerandum, (intimandum) per suas extensas apostolicas literas præsentis Romanorum, Antipapæ, ejus præsentis collegio, Regi Franciæ, & omnibus aliis regibus illustribus, Principibus, Prælatibus, universitatibus, & Communitatibus Christianitatis, secundum videre præfatorum Dominorum de collegio præmissa omnia indicabit, & ea offerret se impleturum, & paratum ad cessionem modo prædicto, & ad omnem aliam viam rationabilem, per quam prædictum schisma tollatur, & unionis subsequatur integritas in ecclesia Christianorum.

Et quod super omnibus prædictis ultra præmissa suos solennes destinabit oratores infra tres menses, à die inthronisationis prædictæ computandos, illis, quibus de consilio præfatorum Dominorum sacri Collegii sui videbitur, & ipsis Ambassiatoribus fideliter imponet cum consilio eorundem Dominorum de locis

de Florentia, Leyfio, Domino Gobacii, de Mornulis, de Neapoli, Domicellis, Presbytero Paulo Petro de Famenii, de Roma, Materno, clerico Worminensis diœceseos, Francisco Paulucii, Clerico Perusino, Petro Surimunt, clerico Trajectensi, & Salvato Lolli, (Lilli) Petri Blanchi, Curia Romanæ, testibus ad præmissa vocatis specialiter & rogatis.

Et ego Clemens de Bogiariis, (Boragiis) Cumanus, literarum apostolicarum scriptor, publicus Imperiali auctoritate Notarius. Quia præmissis omnibus & singulis, dum sic, ut præmittitur, per præfatos reverendissimos Dominos Cardinales agerentur & fierent, una cum supradictis testibus, & infra scriptis Notariis præfens fui: Ideoque hoc præfens publicum instrumentum confeci, publicavi, autenticavi, & in hanc formam publicam redegi, signoque & nomine meis solitis & consuetis signavi, rogatus & requisitus in fidem & testimonium omnium & singulorum præmissorum.

Ego Barontus Philippi de Pistorio, literarum apostolicarum scriptor, ac abbreviator, ac publicus Apostolica auctoritate Notarius, præfens interfui omnibus & singulis supradictis cum aliis Notariis, rogatus tradidi & confeci instrumentum, ac me manu propria subscripsi.

Et ego Stephanus Goërii Boni de Prato, dicti sacri collegii clericus & publicus apostolica & Imperiali auctoritatibus Notarius, præfens interfui omnibus & singulis supradictis, cum aliis Notariis, rogatus tradidi & confeci instrumentum, & me manu propria subscripsi.

Et ego Gerlacus Buck de Esch, clericus Coloniensis diœceseos, literarum apostolicarum scriptor, ac publicus apostolica auctoritate Notarius, præfens interfui omnibus & singulis supradictis cum aliis Notariis, rogatus tradidi & confeci instrumentum, & me manu propria subscripsi.

Et ego Johannellus Bramorciius, Basilicæ Principis apostolorum de urbe clericus capellæ Domini Papæ, publicus apostolica auctoritate Notarius, præfens interfui omnibus & singulis supradictis cum

aliis Notariis, rogatus tradidi & confeci instrumentum, & me manu propria subscripsi.

Et ego Franco, dictus Hoefleger, de Boscoducis, Leodiensis diœceseos, publicus apostolica & imperiali auctoritatibus Notarius, præfens interfui omnibus & singulis supradictis cum aliis Notariis, rogatus tradidi & confeci instrumentum, & me manu propria subscripsi.

Ego Angelus Episcopus Ostiensis Cardinalis Florentinus, sic ut præmittitur, vovi, promisi, & juravi, & in testimonium præmissorum me propria manu subscripsi.

Ego Anthonius, Episcopus Penestrinus Cardinalis Aquilegensis, sic ut præmittitur, vovi, promisi & juravi, & in testimonium præmissorum me propria manu subscripsi.

Ego Angelus tituli S. Potentiana Presbyter Cardinalis Laudensis, sic ut præmittitur, vovi, juravi & promisi, & in testimonium præmissorum me propria manu subscripsi.

Ego Henricus, Episcopus Tusculanus Cardinalis Neapolitanus, sic ut præmittitur, vovi, promisi & juravi, & in testimonium præmissorum me manu propria subscripsi.

Ego Conradus, tituli S. Chryfogni Presbyter Cardinalis Militensis, sic, ut præmittitur, vovi, juravi & promisi, & in testimonium præmissorum me manu propria subscripsi.

Ego Angelus, tituli S. Marci, Presbyter Cardinalis Constantinopolitanus, sic ut præmittitur, vovi, juravi & promisi, & in testimonium præmissorum me manu propria subscripsi.

Ego Jordanus, tituli S. Martini in montibus, Presbyter Cardinalis, de Ilyria, sic ut præmittitur, vovi, promisi, & juravi, & in testimonium præmissorum me propria manu subscripsi.

Ego Johannes, tituli S. Crucis in Hierusalem, Presbyter Cardinalis, Ravenas, sic ut præmittitur, vovi, promisi & juravi, & in testimonium præmissorum me propria manu subscripsi.

Ego Anthonium, S. Praxedis Presbyter Cardinalis Tuderinus, sic ut præmittitur vovis

In MSC. Salem. In MSC. Salemitano : Rex etiam Hungaros certos regalibus infendavit, neminem tamen, nisi obsonii & esculenti quidpiam offerentem, utpote ovem, gallinas, pavonem, ova, vel aliud hujusmodi. Per certos Dominos de Burgundia offertur Regi Roman. virgo quadam nobilis, fatua tamen, ad quam jure hereditario possessiones devoluta erant multa, petentes eam regalibus communiri. Rex annuens, genubus nixam numero vasallorum inscribi fecit, eamque confirmavit.

Congregatio Commissariorum  
in Inquisitione contra Petrum de Luna,  
in templo Cathedrali,

d. 11. Maj.  
A. 1417.

eodem die Martis, 11. Maj. A. 1417.

In MSC.  
Brunsv.  
& Lips.

**D**ie Mart. XI. supradicti mensis Maji, discretus vir Wencosl. (Lancelag) Johannis, sedis apostolicæ cursor, retulit Dnis Judicibus & Commissariis memoratis, Constantiæ in ecclesia majori in loco sessionis solito ad hoc concorditer electo, manè horâ tertiarum vel septima, ad jura reddendum pro continuatione termini hesterni pro tribunali sedentibus, & nobis præsentis causæ Notariis atque scribis prædictis, se de Dominorum Judicum & Commissariorum mandato, sibi super hoc, ut asseruit, facto, & ad supradicti M. Henrici de Piro, promotoris & procuratoris instantiam, hodiè manè quandam intimationis prorogationis termini hesterni, in hujusmodi causa facti, papyri schedulam, ac citationem, sigillis reverendissimi in Christo patris, & Dominis Guilielmi, S. Marci, S. R. E. Cardinalis, & egregii Doctoris, Michaelis Navers, sigillatam, valvis seu portis ecclesiæ majoris affixisse, eamque ibidem debitæ executioni demandasse, prout & quemadmodum idem cursor ab eisdem Dominis Judicibus & Commissariis dixit se superius habuisse, & recepisse specialiter in mandatis.

Post cujus quidem cursoris relationem, comparuit in Judicio coram Dominis Judicibus & Commissariis præfatis, adhuc, prout ubi supra, ad jura reddendum in loco suo solito & consveto pro tribunali sedentibus, M. Henricus de Piro promotor & procurator prædictus, nomine procuratoris quò supra: Et dictam intimationem prorogationis termini hesterni, & citationis schedulam, à Dominis judicibus emanatam, & de eorum voluntate & mandato in valvis ecclesiæ majoris prædictæ legitimè exe-

cutam, facto, realiter, & in scriptis infra scripti tenoris exhibuit ac præsentavit, citatorumque in ea contentorum, nec testes ulterius super recognitione sigillorum, signorum & manuum Notariorum produci, recipi, & jurare, neq; jura, literas, scripturas, instrumenta, & munimenta ulterius producere, aut produci videre curantium, contumaciam accusavit, ipsosq; contumaces reputari, & in eorum contumaciam instrumentum responsionis Petri de Luna, Benedicti XIII. in sua obedientia nuncupati supra in hujusmodi causa productum repetiit, & prout est supra productum reproduxit.

Deinde venerabilis vir, Dominus Petrus Margal, secretarius Regis Arragonum prædictus, processum, per eum heri ostensum, tunc non autenticatum, jam autenticatum, ad manus dictorum Dominorum Judicum & Commissariorum, facto, realiter & in scriptis tradidit, atque dedit.

Subsequenter M. Henricus de Piro, promotor & procurator prædictus, adhuc ibidem præsens & judicialiter comparens, tam dictum processum per Dominum Petrum Margal, quam alium per Petrum de Trilbia subscriptos, & in hac causa productos, in quantum pro se & parte sua facerent, reproduxit, qui præsentibus processibus existunt connexi & alligati. Et nihilominus nonnullos testes, per eum nominandos, & in hujusmodi causa necessario producendos, tam super recognitione, quam tota causa, citari mandari, ad perhibendum testimonium veritati per certum apostolicæ sedis cursorem ad certum peremptorium terminum competentem, per

judices & Commissarios præfatos, & quilibet interrogatus, dixerunt, se bene cognoscere signa & manus Raymundi, Petri Margal, & Petri de Trilbia, Notariorum, instrumentis, responsionibus & registris supra dictis apposita & infra scripta, ipsosque Notarios fore legales, & ad eos, ut ad tales, communem hominum fieri recurlum.

Quò factò, Domini Judices & Commissarii præfati, dicto *M. Henrico de Piro*, promotore instante, & petente, hujusmodi instrumentum & registra habuerunt pro approbatis, eorumque signa & manus Notariorum pro recognitis.

Postremò Domini Commissarii præfati

In MSC.  
Brunsv.  
& Lips.

**N**Os Judices & Commissarii, per sanctam & generalem synodum Constantiensem in hac parte specialiter deputati, in valois ecclesia Constantiensis, Domino Petro de Luna, Benedicto XIII. in sua obedientia nuncupato, omnibusque aliis & singulis, suà communiter vel divisim interesse putantibus, tenore presentium intimamus, insinuamus & notificamus, quod terminum hodiernum, ad quem eundem Petrum de Luna & ceteros prædictos citari fecimus, & citavimus, videlicet ad hujusmodi producendum, quicquid producere vellent, nec non ad videndum recipi testes tam super principali, quam super recognitione signorum, sigillorum, ac manuum Notariorum, eisdem instrumentis & munitis appositorum & appensorum, in causa & causis pendentibus coram dicta sancta synodo, & nobis, contra Dominum Petrum de Luna Benedictum XIII. nuncupatum, ac in causa & in causis hujusmodi, prout justum foret, procedendum, prout in nostris citationibus inde confectis latius continetur. *Quibus quidem (Quibusdam) ex his expeditis, ob multiplicationem ex tunc agendorum*

Fridericus Marchio Misniæ  
sine investitura nec sine stomacho  
Constantiâ emigravit

d. 12. Maj  
A. 1417.

die Mercurii, 12. Maj. A. 1417.

Venerat Constantiam superiori mense magni animi Princeps, investituram aliorum Principum exemplo impetraturus.

Quod autem conditiones, propter oppida quædam Bohemiæ sibi vindicata, Cæsari non placerent, pari quo advenerat apparatu splendido, indignabundo hodie discessit. *Qui Constantia, inquit, investire detrectat, in publico forte campo investiet lubens. Quo dicto abiit.*

Brevi post, Rudolpho Saxone defuncto, luculentiore à Cæsare, Electorali quippe, dignitate auctus.

fati, videntes, eorum auctoritatem & potestatem in commissione per dictam sanctam synodum eis traditam & datam non esse fortassis sufficientem, ad dicta testium publicandum: Quare de unanimitate consensu omnium eorundem Commissariorum, ad omnia malevolentium in futurum ora obstruendum, decreverunt & ordinaverunt, die crastina, quæ erat Mercurii XII. mensis Maji, loco & hora solitis, pro publicatione dictorum testium & attestacionum fieri debere sessionem publicam & generalem.

Tenor verò dictæ intimationis pro rogationis termini schedulæ, unde supra fit mentio, sequitur, & est talis:

continuavimus, & continuamus per presentes ad diem crastinam, quæ erit xi. mensis Maji infra scripti in ecclesia Constantiensi prædicta, & loco sessionis publicæ, mane hora septima ante meridiem, ad quos etiam diem & horam Dominum Petrum & alios supra dictos peremptorie citamus, ad præmissa persequendum, & alias procedendum. Hanc verò nostrarum intimationis, insinuationis, notificationis & citationis schedulam, valvis seu portis dictæ ecclesiæ duximus assignandam, modoque præmissis aliquam ignorantiam prætereundam valvis seu etiam quomodolibet allegare. In cuius rei testimonium presentem schedulam exinde fieri, sigillorumque reverendissimi in Christo patris & Domini, Domini Gvilielmi S. Marci S. R. E. Cardinalis, & egregii J. U. D. Michaelis Navers, fecimus impressione communiti, Datum Constantia, X. mensis Maji, anno à N. D. MCCCC XVII. indictione X.

Per quemcunque cursorem.

Cinus de Bombardis  
Gumpertus Fabri, Notarii.

bata esse decrevissent, & hac omnia & alia per eos in hac causa acta in actis redigi fecerent, prout in registro in hac causa per eos fieri mandato plenius continetur, offerentes se plenius & explicitè magis relaturos, quando ipsa synodus duxerit mandandum. Relatione autem hujusmodi facta, accusabatur contumacia Petri de Luna non videntis aperiri dicta testium in hujusmodi causa productorum. Et in contumaciam perebatur iterum in valvis majoris ecclesie vocari & ad vocandum aliquos deputari. Ac ex tunc reverendissimus Pater, Dominus Johannes Ostiensis hujusmodi sessionis Præsidentis nomine synodi deputavit reverendissimos patres & Dominos ad vocandum præfatum Petrum de Luna, videlicet Ottonem de Columna, Lucidum de Comitibus, Cardinales, Viennensem Archiepiscopum, Feltrinum, Tridentinum, Lichfeldensem, Episcopos, & Antonium Taxal, Generalem ordinis S. Mariae de Mercede, Thomam Polton & Jacobum Rodini, sedis apostolicae Proto-Notarios, unum præsentis causa scribis, & Franciscum de Mediolano sedis apostolicae cursorem. Qui deputati vocarunt & citarunt præfatum Bened. per cursorem antedictum in hunc modum: Est hic Petrus de Luna Benedictus XIII. in sua obedientia nuncupatus, vel aliquis pro eo, qui compareret ad videndum aperiri dicta testium &c. Deinde dictis deputatis de valvis reverentibus, Dominus Lucidus Cardinalis de Comitibus nomine condeputatorum retulit, ipsam vocationem per cursorem antedictum trinà vice fuisse factam, neminemque ibi comparuisse aut aliquid verbum respondisse. Quò factò, & iterum petito, publicari dicta testium & discerni terminum ad dicendum contra dicta hujusmodi, reverendus pater Dominus Stephanus, Episcopus Dolensis, legebat quandam decreti papyri schedulam tenoris subsequenti. Vid. infr.

Qua decreti cedula lecta, per Reverendissimum in Christo patrem & Dominum, Dominum Johannem Episcopum Ostiensem, S. R. E. Cardinalem & Vice-Cancellarium, hujusmodi Sessionis Præsidentem, nomine Synodi fuit responsum Placet.

In MSC.  
Brunsv.  
& Lips.

**D**ie Mercurii, XII. supradicti mensis Maji, hora octava ante meridiem, Constantiæ in ecclesia majori in loco solito fuit dictæ synodi sessio generalis solenniter tenta & celebrata.

Pro cujus sessionis introductione reverendus Pater, Dominus Nicolaus, Archiepiscopus Gnesensis, missam celebravit.

Intererat hujusmodi sessioni serenissimus Princeps, Dominus Sigismundus, Romanorum, Ungariae &c. Rex, vestimentis Imperialibus indutus, coronam in capite habens. Adstantibus sibi reverendissimis in Christo patribus, & Dominis, Dominis Angelo Penestrino, & Jordano Albanensi, Episcopis, S. R. E. Cardinalibus, illustrissimis Principibus Rudolpho Saxonia, in ense, Ludovico Bavaria, Ducibus, in pomo, & Friderico Marchione Brandenburgensi, in scepro, in habitibus consuetis, sibi servientibus.

Hac namque missa finita, reverendissimi, reverendique Patres & Domini, Domini S. R. E. Cardinales præsentés, Archiepiscopi & Episcopi, ac Patriarchæ, ceterique, ad quos pertinuit, mitras capitibus imponentes solitas, se cappis pluvialibus induerunt.

Deinde orationibus, litanis, & evangelio, cum collectis, aliisque solennitatibus consuetis, ut moris est, devotissime lectis, & peractis: Domini Commissarii, in hujusmodi causa deputati, prædicti, ambonem publicationis solitum decretorum & negotiorum hujus sanctæ synodi ascenderunt.

In quo reverendissimi pater & Dominus, Dominus Guilielmus tituli S. Marci S. R. E. Cardinalis, de consensu & unanimi voluntate suorum collegarum, relationem fecit in effectum de præsentis causa in hunc modum. Quod ipsi Commissarii prædicti juxta commissionem a sacrosancta synodo eis traditam processissent ad ea, quæ de Luna commissæ. Quia primo Petrum de Luna, Benedictum XIII. in sua obedientia nuncupatum, ad dandum & dari videndum positiones & articulos vocasset, & vocari fecisset. Deinde promotores & procuratores hujusmodi causæ, certis articulis oblati & datis, recipiendos, eosdem ad probandum admisissent, testesque xxxviii. tam Cardinales, Patriarchas, Archiepiscopos, Episcopos, Prælatos, Doctores, & alios super eisdem recepissent, jurare, & que fecissent, ac eos diligenter examina-

hujusmodi deputati & M. *Henricus de Piro* & *Johannes de Scribanis*, promotores & procuratores, sibi super præmissis à nobis præsentis causæ Notariis atque scribis unum vel plura, publicum seu publica fieri petierunt *instrumentum* & *instrumenta*. Præsentibus ibidem discretis viris, Magistris *Petro Crop*, *Henrico Hudnadele*, literarum sacræ pœnitentiariæ procuratoribus, & *Michaele de Pisis*, literarum apostolicarum scriptore, testibus ad præmissa vocatis specialiter & rogatis.

Deinde dictis deputatis unà cum aliis supradictis *ad locum sessionis* & loca eorum solita *revertentibus*, Dominus *Lucidus Cardinalis de Comitibus* prædictus, nomine condeputatorum & eorum consensu *retulit*, ipsam vocationem per organum dicti *Francisci de Mediolano*, cursoris, trinà vice, ut præmittitur, factam, neminemque ibi comparuisse, nec verbum aliquod respondisse.

Quò factò, Magistri *Henricus de Piro*,

Decretum de contumacia Petri de Luna, per *Stephanum*

*Episcopum Dolensem* lectum.

In MSC.  
Brunsv.  
& Lips.

Hac sacrosancta synodus generalis Petrum de Luna, Benedictum XIII. in sua obedientia nuncupatum, vocatum legitime, & non comparentem, reputat contumacem. Et in illius contumaciam testes, attestaciones, & dicta testium, in præsentia causa inquisitionis mota, & pendente, contra Petrum de Luna, Benedictum XIII. à nonnullis nuncupatum, productorum & examinatorum, publicat & habet pro publicatis, decernitque, eidem Petro, vocato Benedicto, copiam dictarum attestacionum, totiusque præsentis processus fieri, & assignat eidem Petro de Luna, Benedicto, ut præmittitur, vocato, terminum peremptorium ad diem sabbathi proximum manè hora septimà in præsentia ecclesia & loco superiori propè altare sessionis, ad dicendum, objiciendum & opponendum (proponendum) eorum Commissariis, nuper ad testes recipiendos & examinandos per eandem synodum deputatis, quicquid dicere, objicere, vel proponere voluerint contra testes in hujusmodi causa productos & eorum dicta, nec non contra instrumenta, registra, & alia quacunque producta, ac in tota ipsa causa, & ad hoc ipsum peremptorie citat, præfatisque Commissariis, & eorum majori parti, ceteris etiam mini-

& *Johannes de Scribanis*, promotores & procuratores, dictos citatos iterum contumaces reputari, & in eorum contumaciam dicta testium, sive attestaciones in hujusmodi causa examinatorum, aperiri & publicari, copiamque eorundem, nec non jurium aliorum productorum & totius processus hujusmodi sibi decerni, terminumque ad dicendum & excipiendum, quicquid dicere seu excipere voluerint contra personas, & eorum dicta producta alia, competentem, eidem citatis deputati & assignari per dictam sanctam synodum debita cum instantia postularunt.

Et tunc reverendus pater, Dominus *Stephanus*, episcopus *Dolensis*, de mandato hujus sanctæ synodi, sibi super hoc, ut asseruit, factò, ambonem publicationis solitum ascendens, prædictam quandam decreti papyri *schedulam* publice altà & intelligibili voce de verbo ad verbum perlegit, cujus inferius tenor est insertus, & sequitur in hæc verba.

me impeditis, audiendi & recipiendi omnia quicquid dicere, objicere & proponere voluerint, & super illis cognoscendi, atque omnia & singula faciendi, quæ ad processum & causam hujusmodi pertinent & pertinebunt, usque ad sententiam definitivam exclusivè, ac super eorum dependentibus, emergentibus, incidentibus & connexis dat eadem sancta synodus plenam & liberam potestatem. Protestatur autem etiam eadem sancta synodus, quòd per hunc processum, aut alium quuncunque fiendum in futurum, in hujusmodi causa, à forma processus super notorio, quam sufficit servare, de jure recedere non intendit.

Quà itaque decreti *schedula* lecta, per reverendissimum in Christo patrem & Dominum *Johannem*, Episcopum *Ostiensem* & Vice-Cancellarium, & *S.R.E. Cardinalem*, ac hujusmodi sessionis *Præsidentem*, nomine hujusmodi sanctæ synodi responsum: *Placet.*

Super quibus omnibus & singulis præmissis Mag. *Henricus de Piro*, & *Johannes de Scribanis*, promotores & procuratores prædicti, quo suprà nomine, à Dominis Proto-Notariis & hujusmodi causæ Notariis & Scribis sibi unum vel plura

sessionis solito, ad hoc specialiter deputato, mane hora septima, vel tertiarum, ad jura reddendum pro tribunali sedentibus, M. Henricus de Piro, promotor & procurator, nomine procuratorio, quo supra, & Domini Petri de Luna, Benedicti XIII, à suis obedientibus nuncupati, non comparentis, neque quicquam verbo vel in scriptis contra personas testium & eorum dicta ac jura alia, & munimenta, supra in hujusmodi causa producta, dicere, sive excipere curantis, contumaciam accusavit, ipsumque contumacem reputari, & in ejus contumaciam eundem in valvis ecclesie, ut moris est vocari, & ad vocandum eundem aliquos & Commissarios deputari ad majorem validationem processus, per Dn. Judices & Commissarios præfatos debita cum instantia postulavit. Et tunc Dni Judices & Commissarii præfati ad suprascripti M. Henrici de Piro, procuratoris, instantiam, ad vocandum in valvis, ut moris est, venerabiles & circumspectos viros, Dominos Nicolaum Vordis, V. J. & Henricum Fleckel, Decretorum, Doctores, sacri palatii causarum auditores, collegas suos, deputerunt & ordinarunt.

Qui quidem Domini Nicolaus Vordis & Henricus Fleckel, deputati, una cum Notariis præsentis causæ, & scribis prædictis, nec non discreto viro, Jacobo de Sabaudia, sedis apostolicæ cursore, à loco audientie & sessionis exeuntes, ad valvas ecclesie majoris accesserunt, & dictum Dominum Petrum de Luna per organum præfati Jacobi Cursoris juxta commissionem eis desuper factam publice & alta voce vocarunt tribus vicibus successive in hunc modum: Est hic Dominus Petrus de Luna, Benedictus XIII. in sua obedientia nominatus, vel aliquis pro eo, qui compareat coram Dominis Commissariis, ad dicendum, objiciendum & proponendum, quicquid dicere, objicere, seu proponere voluerit contra testes & eorum dicta alias examinatos, instrumenta, registra, jura, actitata & quæcunque alia probationum genera in hujusmodi causa producta, in causa inquisitionis contra dictum Dominum Petrum de Luna coram eisdem Commissariis pendente? Alioquin contra eum procedetur ulterius, ipsius con-

tumacia in aliquo non obstante. Quæ vocatione trina vice facta, nemine neque respondente, nec comparente, Domini deputati prædicti, ac Magister Henricus de Piro promotor, quo supra nomine, super præmissis à nobis præsentis causæ Notariis atque scribis prædictis, sibi unum vel plura publicum seu publica fieri petierunt instrumentum vel instrumenta.

Præsentibus ibidem honorabilibus viris, Dominis, Johanne Creuel, Præposito ecclesie S. Ludgeri, Monasteriensis, Johanne Schade de Lochem, & Friderico Stauthaymer, sacri palatii apostolici causarum Notariis, testibus ad præmissa vocatis specialiter & rogatis.

Deinde Dominis deputatis prædictis una cum aliis supra nominatis, ad locum audientie & collegas suos reverentibus, & reversis, eidem per organum dicti Domini Jacobi cursoris retulerunt, vocationem, ut præmittitur, in valvis seu portis ecclesie majoris prædictæ factam, ut moris est, & fuit, neminemque ibi verbum aliquod super præmissis & præsentis termini observatione prædicto Domino Petro de Luna respondisse.

Relatione hujusmodi facta, M. Henricus de Piro, promotor & procurator prædictus, adhuc ibidem præsens & judicialiter comparens, dictum Dominum Petrum de Luna non comparentem iteratò contumacem reputari, & in ejus contumaciam sibi viam excipiendi & objiciendi ulterius contra personas testium & eorum dicta, ac jura, acta, instrumenta & munimenta, supra in hujusmodi causa producta, præcludi, per Dominos Commissarios præfatos debita cum instantia postulavit.

Et tunc Domini Commissarii præfati dictum Petrum de Luna non comparentem, neque hujusmodi diei termino in aliquo satisfacere curantem, licet sufficienter expectatum, reputarunt merito, prout erat, quoad actum & terminum hujusmodi, suadente justitia, contumacem. Et in ejus contumaciam matura deliberatione præhabita, visis que dicti Petri de Luna contumaciis, de unanimi consensu, interlocuendo ver-

25. Maj.  
A. 1417.

Congregatio Commissariorum  
in templo Cathedrali  
in Inquisitione contra Petrum de Luna,

die Martis, 25. Maji, A. 1417.

In MSC.  
Brunsv.  
& Lips.

**D**ie Martis, XXV. supradicti mensis Maji, discretus vir, *Jacobus de Sabaudia*, sedis apostolicæ cursor, retulit in judicio reverendissimis reverendisque in Christo patribus, ac venerabilibus & circumpectis viris, Dominis *Guilielmo S. Marci*, S. R. E. Cardinali, *Johanni*, Patriarcha Antiocheno, *Johanni*, Electo Patriarcha Constantinopolitano, *Roberto Saruburiensi*, *Stephano Dolensi*, & *Johanne Lichfeldensi*, episcopis, *Michaeli Navers*, *Johanni de Lydena*, *Hermanno Duvverg*, *Henrico Fleckel*, *Petro Nardi*, & *Johanni Wells*, Judicibus & Commissariis præfatis, aliis suis collegis in hac parte legitime absentibus, Constantiæ, in ecclesia majori, in loco sessionis solito ad hoc specialiter deputato, mane hora septima, ad jura reddendum pro tribunali sedentibus, & nobis præsentis causæ Notariis atque scribis prædictis: Se de ipsorum Dominorum Judicum & Commissariorum mandato, sibi super hoc, ut asseruit, facto, & ad supradicti *M. Henrici de Piro* promotoris & procuratoris instantiam, die Veneris proxime præterita quandam citationem, sigillis reverendissimi Patris, Domini *Guilielmi*, S. Marci, Cardinalis, & *Michaelis Navers* præfatorum, sigillatam, valvis seu portis ecclesiæ majoris prædictæ affixisse, eamque inibi debite executioni, ut moris est, demandasse, prout & quemadmodum idem cursor ab eisdem Dominis Judicibus & Commissariis dixit se superius habuisse, & recepisse specialiter in mandatis.

Post cujus quidem cursoris relationem, comparuit in judicio, coram Dominis judicibus & Commissariis, præfatis, adhuc, prout ubi supra ad jura reddendum in loco suo solito & consveto pro tribunali sedentibus, *M. Henricus de Piro*, promotor & procurator, nomine quod supra, procuratorio, proponens, qualiter super Domino *Petro de Luna*, *Benedicto XIII*, in sua obedientia nun-

cupato, certus peremptorius terminus ad dicendum & opponendum, quicquid verbo vel in scriptis dicere & opponere volebat contra registra, acta, actitata, literas, scripturas, instrumenta & munimenta, testiumque in hac causa productorum & examinatorum personas, & eorum dicta, fuisset præfixus, modo elapsus. In quo termino servatis servandis, contumax, justitia exigente, fuisset reputatus. Et nihilominus, ad majorem cautelam, & ad obstruendum oratorum, in hac parte obloqui fortè conantium, Domini Judices & Commissarii præfati, seu major eorum pars, eundem Dominum *Petrum de Luna*, *Benedictum XIII*, in sua obedientia nuncupatum, ad consimilem actum de novo & secundo citari mandarunt, & fecerunt ad diem & horam præsentis.

Quapropter idem *M. Henricus de Piro*, promotor & procurator, nomine quod supra, quasdam citationis, unam videlicet audientie *Pergameni*, à præfatis Dominis Commissariis, seu eorum majori parte emanatam, de eorumque voluntate & mandato in audientia publica literarum contradictarum Romanæ Curie positam, lectam, & ab intra signatam, sigilloque ipsius audientie, ad hujusmodi citationes sigillandum specialiter deputato, à tergo, ut moris est, sigillatam, aliasque inibi debite executioni demandatam, ac aliam, papyri, schedulas, in valvis majoris ecclesiæ prædictæ debite executas, factas, realiter & in scriptis infra scripti tenoris repræsentavit, citatorumque, in eis contentorum, non comparentium, neque hujusmodi diei termino satisfacere curantium, contumaciam accusavit, ipsosque contumaces reputari, & in eorum ecclesiæ prædictæ majoris vocari, ac eos ad vocandum aliquos de Commissariis, ut moris est, deputari per Dominos Judices & Commissarios præfatos debite cum instantia postulavit.

malitiam convincendam, dictum Petrum de Luna, Benedictum XIII. in sua obedientia nuncupatum, omnesque alios & singulos, sua communiter (conjunctim) vel divisim interesse putantes, quatenus *die Martis proxime futura* manè horâ septimâ compareant in ecclesia Constantiensi in loco publicæ sessionis, propè altare ejusdem sessionis, ad dicendum & excipiendum, quidquid verbo vel in scriptis dicere seu excipere voluerint contra nonnulla munimenta, registra, testes & eorum dicta &

attestationes, in causa & causis hujusmodi, coram dicta sancta synodo, & eisdem iudicibus contra ipsum Dominum Petrum de Luna pendentibus, productos & producta, ac super tota causa hujusmodi, & in eadem ulterius, prout justum fuerit, procedi, videndum, dictorum citatorum absentia seu contumacia in aliquo non obstante. Datum Constantiæ die XXI. mensis Maji, anno à N. D. M. CCCC. XVII. indictione X.

#### Nova Citatio Petri de Luna in valvis Ecclesiæ Cathedralis

**N**os Judices & Commissarii, per sacrosanctam & generalem synodum Constantiensem in hac parte specialiter deputati, in valvis Ecclesiæ Constantiensis, ex abundantia, & ad omnem malitiam convincendam, peremptoriè citari mandamus, & tenore præsentium citamus Dominum Petrum de Luna, Benedictum XIII. in sua obedientia nuncupatum, omnesque alios & singulos sua interesse putantes, quatenus *die Martis proxime futura* manè hora septima compareant in dicta Constantiensi ecclesia, & loco publicæ sessionis, propè altare ejusdem sessionis, ad dicendum ex excipiendum quicquid verbo vel in scriptis dicere sive excipere voluerint contra nonnulla munimenta, registra, testes, & eorum attestationes, in causa & causis, coram dicta sancta synodo, & nobis, contra ipsum Dominum Petrum pendentibus, productos & producta, ac

super tota causa prædicta, & in eadem prout justum fuerit ulterius procedi videndum. Hoc verò nostræ citationis mandatum valvis seu portis dictæ ecclesiæ duximus affigendum, modoquo præmissis decernimus publicandum, ne prænominati sic citati de præmissis aliquam ignorantiam prætereant, seu etiam quomodolibet allegare, Protestamur nihilominus nos Judices & Commissarii prælibati, quod per actum hujusmodi à processu Notarii recedere non intendimus quovismodo. In cujus rei testimonium præsentibus nostras literas exinde fieri, sigillorumque reverendissimi in Christo patris, & Domini Guilielmi tituli S. Marci, S.R.E. Cardinalis, & egregii J. V.D. Domini Michaelis Navers, fecimus impressione communiri. Datum Constantiæ die Veneris XXI. mensis Maji, anno à N. D. M. CCCC. XVII. indictione X.

*Per quemcunque  
sedis apostolicæ  
cursorem.*

*Gumpertus Fabri, Notarius,  
Antonius de Cassadonali,  
Notarius pro natione  
Hispanica.*

d. 27 Maj  
A. 1417.

#### Congregatio Commissariorum in inquisitione contra Petrum de Luna, In Palatio Episcopali,

*die Jovis, 27. Maji, A. 1417.*

*In MSC.  
Brunsv.  
& Lips.*

**D**ie Jovis, XXVII. supra dicti mensis Maji, Constantiæ in palatio Episcopali, hora tertiarum, vel quasi, omnes Commissarii & Judices memoratis, Domino Francisco, Cardinali Florentino, duntaxat excepto, pro expeditione

præsentis causæ congregati, venerabilibus & circumspèctis viris, Dominis Michaeli Navers, Petro Nardi, & Johanne Willis, conjunctim collegis suis præsentibus, & spontè acceptantibus examinationem registri, sive processus, in causa

gregationibus suam quoque mentem de rebus porro in concilio conficiendis aperuit, ad electionem novi Pontificis non tam cito properandum sed reformationem curiæ Romanæ prius conficiendam esse ratus. Vid. inf. mense Junii,

d. 1. Jun.  
A. 1417.

Congregatio Commissariorum in Inquisitione  
contra P. de Luna.  
In Palatio Episcopali.

Die Martis, 1. Junii, A. 1417.

In MSC.  
Bransv.  
& Lips.

**A**Nno, & indictione, quibus supra, die verò Martis, 1. mensis Junii, constitutus Constantiæ in palatio Episcopali, manè horâ tertiarum, vel quasi, coram reverendissimis reverendisque patribus, ac venerabilibus & circumspectis viris, Dominis *Gvilielmo*, Cardinale S. Marci, *Johanne Electo Patriarcha Constantinopolitano*, *Roberto Sarisburienfi*, *Stephano Dolensi*, Episcopis, *Hermanno Dvverg*, sedis apostolicæ Proto-Notario, *Michaele Navers*, *Jacobo Electo Pennensi*, Abbate Cluniacense *Gvilielmo Pulchri nepotis*, *Nicolao Vordis*, *Petro Nardi*, & *Johanne Welis*, Commissariis & Judicibus præfatis, aliis eorum collegis absentibus, Mag. *Henricus de Piro*, promotor & procurator prædictus, nomine procuratorio quò supra, factaque relatione primitus per præfatum Dominum *Michaelem Navers*, unum de Commissariis prædictis, super toto processu in præsentia causa habito, ac depositionibus testium in eadem præsentia causa examinerum, ipsis Commissariis præfatis corrigendo, & emendando articulum LXXXIII. supra inter articulos datum, incipientem, *Item & hoc sacrum Concilium &c.* tollit in eodem articulo hæc verba, videlicet: *Arragonum & Navarra*, & loco illorum in fine illius articuli addit hæc verba sequentia, videlicet: *Quodque communiter secundum capitula conventa*

*in Narbona inter Reges & Principes obedientia dicti Domini Petri de Luna, Benedicti appellati, fuit per dictam obedientiam convocatum istud concilium, quatenus ad eos pertinebat, & postea Reges Arragonum & Navarra præfato concilio ex utraque convocacione (in Lips. conventionione) se univerunt & incorporarunt, unum simul concilium facientes, & contra. Et sic fuit & est verum, publicum, & notorium.*

Quò quidem articulo, sic, ut præmittitur, emendato & correcto, idem *M. Henricus de Piro*, promotor & procurator adhuc præfens, dictum articulum seque & partem suam, ad probandum in Romana Curia & civitate Constantiense ac extra admitti, per Dominos Judices & Commissarios præfatos debita cum instantia postulavit.

Quem quidem articulum sic correctum & emendatum Domini Judices & Commissarii præfati, instante dicto *M. Henrico de Piro*, promotore & procuratore, ad probandum in Romana Curia, & civitate Constantiense duntaxat, infra decem dies proximè & immediatè sequentes admittendum duxerunt, & admiserunt, retentâ sibi nihilominus potestate plenaria, eundem admitti extra Romanam curiam & civitatem Constantiensem, si sibi imposterum visum fuerit expedire.

**SESSIO GENERALIS XXXIV.**

in templo Cathedrali,

Præsidente Johanne Ostiensi, Cardinale, Vice-Cancellario.

die Sabb. 5. Junii, A. 1417.

Res omnis instructa ad condemnationem P. de Luna.

In MSC. Vindobonensi Dorriano.

In MSC.  
Vindobon.  
Dorr.

**S**essio, in qua facta fuit relatio per Judices datos in causa Petri de Luna ad ejus depositionem.

Anno

Christo pater, & Dominus, Dominus *Guilielmus*, de consensu & expressa voluntate suorum collegarum sibi assistentium pro themate assumens: *Tempus est, ut veniat iudicium de domo Dei* &c. quod pulchre deducens, processum, per ipsum & suos collegas contra Petrum de Luna à quibusdam Benedictum XIII. nuncupatum, juxta commissionem eis à dicta sancta synodo desuper factam habitum, integre narravit & recitavit una cum probationibus articulorum, similiter in hac causa productorum.

Deinde hujusmodi relatione facta, reverendi patres, Domini *Dolensis* & *Lichfeldensis* Episcopi, de mandato dictæ synodi, videlicet *Episcopus Dolensis* articulos in hunc modum, scilicet, *Ad multiplices* &c. *Inprimis* &c. & Dominus *Lichfeldensis* respondens legerunt probationes in hunc modum: *Prima pars* &c. prout & quemadmodum in quibusdam papyri foliis inferius apud acta præsentis causæ registrata plenius continetur.

His sic peractis, reverendus Pater, Dominus *Episcopus Concordiensis* de mandato synodi sacrosanctæ præfatæ, ambonem prædictum ascendens, quoddam decretum hujus synodi publice alta & intelligibili voce perlegit, Cujus te-

nor inferius apud acta extat registratus. Super quibus præmissis omnibus & singulis, & præsertim super decreto supra lecto, Dominus *Johannes* In MSC. Brunsv. *Episcopus Ostiensis*, S. R. E. Cardinalis & Vice-Cancellarius, ac hujus sessionis Præsident, nomine dictæ synodi respondit: *Placet.*

Deinde Magister *Henricus de Piro*, promotor & procurator prædictus, quo supra nomine petiit sibi super præmissis fieri à Proto-Notariis & Notariis ipsius sanctæ synodi unum vel plura, publicum seu publica instrumenta.

Præsentibus ibidem reverendissimis in Christo patribus & Dominis, *Johanne* In MSC. Brunsv. *Ostiensis*, *Laudensis*, *de Ursinis*, *Bononiensis*, *Senensis*, *Pisano*, *Veronensis*, *Cameracensis*, *Tricaricensis*, *Placentino*, *S. Marci*, *Chalanco Fuxi*, *Saluciarum*, *de Brachatiis*, *de Flicis*, *de Columna*, *de Comitibus*, S. R. E. Cardinalibus prædictis, illustribusque Principibus, Dominis *Friderico* In MSC. Brunsv. *Brandenburgensi*, & *Henrico* In MSC. Brunsv. *Bavaria Ducis*, *Regumque*, *Ducum*, *Principum*, *Prælatorum*, *Communitatum* & *Universitatum* *Ambassiatoribus*, aliisque Christiani fidelibus in numero copioso.

Tenores verò dictorum articulorum ac eorum probationum, necnon decreti, supra lectorum, sequuntur & sunt tales:

Decretum de ferenda sententia contra Petrum de Luna, per Episcopum Concordiensem lectum.

*In MSC. Brunsv. ac Lips.*

Hæc sacrosancta synodus, auditâ relatione processus, & probationum & aliorum actorum in causa inquisitionis, pendente coram eadem synodo, contra Petrum de Luna Benedictum XIII. à nonnullis nuncupatum, super ferenda sententia, & aliis in hujusmodi causa fiendis deliberabit. Potestatem autem alias concessam Commissariis in dicta causa, præterquam ad citandum

eundem Petrum, dictum Benedictum ad audiendum sententiam per eandem Synodum ferendam, non intendit revocare. Super qua citatione atque sententia nullam dictos Commissarios vult habere potestatem.

Decernitur citatio contra Petrum de Luna ad audiendum sententiam ad proximum diem ad valvas Ecclesiarum.

Solennissima processio sacra,  
ab omnibus Concilii membris, Cæsare præsentem,  
instituta.

*2.01. Junii*  
*A. 1417.*

*die Jovis, 10. Junii, Festo corporis Christi, A. 1417.*

Celebritatem fuscè descripsit *Dacherius*.

CON-

ceteris reformationibus reservatis, procederet ad electionem Papæ. *Qua cum sapius Nationibus proposuisset, nec urgere destitisset: Natio Gallicana hodie d. 17. Junii fuit protestata de sua libertate, quam Rex cum omni securitate cunctis promississet. Rex vero se excusare studuit.*

*Litera securitatis à Cæsare postea expeditæ d. 11. Julii, ut omnis querenda causa præscinderetur, Vid. infr.*

## SESSIO GENERALIS XXXV.

in templo Cathedrali,  
Præsente Cæsare Sigismundo,

Præside Johanne Ostiensi, Cardinale Vivariensi,

d. 18. Jun.  
A. 1417.

die Veneris, 18. Junii, A. 1417.

Castellani Concilio uniti.

**E**X litibus Nationum nudius tertius subortis natum tandem gaudium hujus diei inexplicabile, quo Castellani Concilio uniti. Cujus gaudii testes suo planctu ante & post sessionem omnes fuerunt resonantes campanæ, Dacherio gaudii confortē ac nuncio.

In MSC, Vindobonensi Dorriano.

In MSC.  
Vind.  
Dorr.

*Sessio, & unio Castellanosum sacro concilio. Anno Domini MCCCCXVII. feria sexta qua fuit XVIII. mensis Junii, fuit celebrata sessio publica in loco consueto, præsente Domino nostro Sigismundo Romanorum Rege, & multis aliis Principibus secularibus. Ubi missa canonica solenni cum ceteris solennitatibus, Ambasiatores Regis Castellæ uniti fuerunt sacrosancto concilio Constantiensi cum maxima solennitate & ceremoniis, qua prius in aliqua sessione non est visa, nec audita, juxta formam & tenorem capitulorum in Narbona conclusorum. Ubi dicti Ambasiatores omnes, nec non omnes de sacro concilio, Cardinales &c. & Dominus noster Romanorum Rex, omnes juraverunt ad sancta Dei evangelia stare & manere circa capitula in Narbona conclusa.*

In MSC. Wolfenb.

In MSC.  
& Wolf.

*Sessio XXXV. unionis Ambasiatorum Domini Regis Castellæ & Legionis. Die Veneris XVIII. mensis Junii supradicti, fuit sessio generalis in majori ecclesia Constantiensi solenniter celebrata, cui interfuit serenissimus Princeps Dominus Sigismundus Romanorum & Ungaria Rex cum insigniis Regalibus, multis Principibus & nobilibus sibi assistantibus & servientibus. Et ante illius sessionis officium seu orationes solitas & consuetas, Prælati pluvialibus induti mitras capitibus imposuerunt. Consequenter reverendi Patres nobiles & strenui viri, serenissimi Principis Domini Johannis Regis Castellæ & Legionis Ambasiatores, & cum eis Petrus de Lemburga de Polonia ambonem ascenderunt, ac ipsi Ambasiatores tria in effectu facere pro præsentis sessione proposuerunt: Videlicet primo concilium Constantiense convocare: Secundo, congregationi præsentis in Constantia convenerunt: Tertio, subtractionem obedientiæ factam in Narbona juxta capitula ibidem concordata approbare. Et deinde Petrus legit quoddam procuratorium Regis Castellæ. Quod lecto, frater Ludovicus de Valleoleti, unus de Ambasiatoribus dicti Regis, de consensu suorum coambasiatorum legit quandam schedulam convocationis, una cum bulla concordiæ in Narbona. Cujus schedula convocationis tenor talis est. Vid. infr.*

In MSC.  
Lips.

**D**ie Veneris, decima octava mensis Junii, fuit Constantiæ, provinciæ Moguntinensis in Ecclesia majori, in loco solito, hora sexta vel circa, post

mediam noctem, dictæ sanctæ synodi Constantiensis sessio publica tenta, & debitis solennitatibus celebrata. Cui sessioni interfuit Serenissimus & invi-

tinensis, ibidemque & alibi, ubicunque sequentia tractari, agitari & celebrari contingat, vice & nomine nostris, ac pro nobis, regnisque & dominiis nostris, ac nomine omnium & singulorum, quorum interest, vel interesse poterit in futurum, una cum cæteris mundi nationibus, & aliis gentibus & personis, cujuscunque status, ordinis, præeminentiæ, gradus, dignitatis & conditionis existant, quorum interest, vel interesse poterit, inibi pro unione sanctæ matris Ecclesiæ congregatis, vel alibi, si contingat, vel expediat, congregandis, conveniendum, easque nationes, gentes & personas ad dictum *unionis negotium*, & alia sequentia convocandum, seque ipsos nomine quo supra eisdem concilialiter vel alias uniendum, adunandum & incorporandum, labem schismatis extirpandum, Ecclesiæ pacem & unionem prosequendum, dandum, procurandum, & assequendum, *ipsiusque Ecclesiæ reformationem tam in capite quam in membris faciendum*, ordinandum, & stabiliendum, hæreses & errores extirpandum, evellendum, eliminandum, & ab Ecclesiâ Dei penitus auferendum: Et super his omnibus & singulis eorum, cum certis ab eis, & in eis, & eorum quolibet dependentibus, incidentibus, emergentibus & connexis, & aliis quibuscunque, in præmissis, & circa præmissa, nos, regna & dominia nostra quovis modo tangentibus & concernentibus, in quantum nos attinet, vel attinere potest, tractandum, agendum, procedendum, faciendum, dicendum, petendum, concludendum, concedendum, assentiendum, dissentiendum, contradicendum, protestandum, juramentum & juramenta quæcunque super his necessaria & opportuna, in animam nostram præstandum, omnia alia & singula, quæ veri & indubitati solennes Ambassiatores, oratores, nuntii, & procuratores sufficientes, generales & speciales, tractare, agere, facere, dicere, petere, concludere, concordare, consentire, assentire, dissentire, contradicere, protestare, jurare, possent & deberent, & quæ nosmet facere, dicere, & exercere modis

præmissis possemus & deberemus, si præsentibus personaliter interessemus, etiamsi talia sint, quæ mandatum exigant speciale, modis, viis, temporibus & opportunitatibus, quibus eisdem nostris Ambassiatoribus vel eorum duabus partibus expedire videbitur, faciendum, dicendum, procedendum & exercendum: Promittentes in verbo regio, quicquid per dictos Ambassiatores, oratores, nuncios, & procuratores nostros, vel duas eorum partes, actum, factum, processum, dictum, gestum, consensum, concordatum, assensum, dissensum, contradictum, protestatum, juratumve fuerit in præmissis & circa præmissa, & eorum singula, sive aliis quomodolibet procuratum, firmiter & inviolabiliter per nos tenere, & observare, & per regna, & dominia teneri & observari facere cum effectu.

Super quibus omnibus & singulis dilectum etiam nostrum providentem virum, *Petrum Ferdinandi de LaGuardia Archidiaconum de Grado* in Ecclesiâ Genetensi, secretarium nostrum, una cum dictis Ambassiatoribus & procuratoribus nostris transmittimus, ut per eundem cuncta in præmissis negotiis, & circa ea gesta & gerenda in formam publicam & authenticam redigantur ad nostram informationem, & juris tuitio-

nem.

In cujus rei testimonium has nostras præsentibus literas propriæ manus subscriptione, Serenissimæ & amantissimæ Domine *Regine Catharine*, genitricis, & nutritricis, regnorumque & dominiorum nostrorum gubernatricis, roboratas ab intra, nec non *ArchiEpiscopi Theletani Hispaniarum primatis & majoris Cancellarii Castellæ*, nostri Consiliiarii, & aliorum Baronum, militum & Doctorum, nostrorum etiam consiliiariorum subscriptionibus, ut moris est, à tergo munitas, sigillo nostro plumbeo impendente, ad totius roboris firmitatem fecimus communiri. *Datum apud Valleolei, xxxiv die mensis Octobris, Anno Domini M cccc decimo sexto.*

Yo La Reyna,

*Petrus Archidiaconus  
de Grado.*

A ccc-

nenfis congregati, illustri Principi, Johanni Dei gratia, Castella & Legionis &c. Regi salutem & ecclesiasticam unionem feliciter intuituri. &c. ut superius exstat registratum.

Quo ad finem lecto idem frater Ludovicus de simili consensu publice legit, ut sequitur: Cui quidem capitulo satisfacientes convocamus vos omnes Prælatos & ceteros Dominos de hac congregatione juxta tenorem dicti capituli.

His sic lectis & peractis, Reverendus Pater Dominus *ArchiEpiscopus Mediolanensis* ascendit ambonem prædictum. Etiam ascendens, de mandato sibi super hoc facto, publice, alta & intelligibili voce *schedulam acceptationis dicta convocationis*, per *Ambassiatores Regis Castellæ* præfati, ut præfertur, factæ, legit in hæc verba.

Schedula acceptationis convocationis,  
Per Batholomæum, *ArchiEpiscopum Mediolanensem*  
lecta.

*In MSC. Lips. & Wolfenb.* NOS miseratione divina Episcopi, Presbyteri, & Diaconi Cardinales, Patriarchæ, *ArchiEpiscopi*, Episcopi, Prælati, & ceteri hic congregati, dictam convocationem acceptamus, & offerimus nos paratos sine dilatione quacunque ad procedendum ad ulteriora. Et insuper requirimus vos oratores, & procuratores prædictos, quatenus ad unionem faciendam nobiscum procedatis juxta tenorem tertii capituli conventionis prædictæ, qui talis est.

Et legit tunc *tertium capitulum* similiter ut sequitur in hæc verba:

*Tertio quod præfatis de obedientia dicti Domini Benedicti XIII. sic per eju obedientiam, ut præfertur, nuncupati, venientibus ad Constantiam, statim fiat unio eorumdem ad dictum concilium Constantiense, sic per eju obedientiam, ut præfertur, nuncupatum, pro faciendo unum universale Concilium.*

Ex post idem frater *Ludovicus de Valleoleti* *Ambassador* nomine & consensu suorum *Coambassiatorem* prædictorum quoad *secundum principale agendum*, quandam *schedulam unionis* publice alta & intelligibili voce de verbo ad verbum perlegit sub his verbis.

Schedula unionis,

Per Ludovicum de Valleoleti recitata.

*In MSC. Lips. & Wolf.* NOS oratores & procuratores præfati dictis nominibus unimus nos vobis, juxta tenorem capituli *Narbonensis* prædicti: Approbantes & laudantes omnia, quæ post unionem *Arragonum* contra *Dominum Benedictum* agitata & processa sunt pridem, & eodem modo, ac si post hanc unionem no-

stram ab hac sancta synodo nobis inter-essentibus facta forent.

Qua unione facta, præfatus Dominus *ArchiEpiscopus Mediolanensis* de mandato sæpe factæ synodi super unione facta quandam *aliam schedulam unionis* publice alta & intelligibili voce legit & publicavit in hunc modum.

Schedula acceptationis unionis.

Per *ArchiEpiscopum Mediolanensem* recensita.

*In MSC. Lips. & Wolf.* NOS Prælati, & ceteri congregati, ut supra, dictam *unionem* vestram acceptamus, profitentes, vos, vice & nomine præfati *Serenissimi Domini Regis Castellæ*, per omnia, debitis modo, forma & tempore, contentis in dicto capitulo tertio, satisfecisse: Et è converso nos vobis oratoribus & procuratoribus prædictis dictis nominibus juxta ejusdem capituli tenorem unimus.

Quibus sic factis, Reverendissimus in Christo Pater, & Dominus, Dominus *Johannes Episcopus Ostrensis* sanctæ Romanæ Ecclesiæ Cardinalis & *ViceCancellarius* nomine totius synodi per verbum præcet respondit.

Super quibus omnibus & singulis præmissis & eorum quolibet Magister *Johannes de Scribanis*, procurator & protonotorius, nomine quo supra, à protonota-

Regem illustrem, & dilectos ipsius Ecclesie filios, promotores & nuncios dictae Synodi ex una, ac procuratores & oratores charissimorum dictae Ecclesie filiorum Dominorum *Ferdinandi* clarae memoriae *Aragoniae & Siciliae Regis*, tam suo nomine, quam tutorum & tutorio nomine, *Johannis Castelle & Legionis*, nec non oratores *Navarrae*, Regum Illustrum, & dilectorum ejusdem Ecclesie filiorum *Fuxi & Armeniaci Comitum*, partibus ex altera, concordatis. Cujus quidem secundi capituli tenor sequitur sub his verbis: *Secundo, quatenus dicta convocatio.*

Quo ad finem lecto, ut supra est apud acta registratum, legit ut sequitur:

Volens in omnibus observare dictum capitulum, promittit, ratum habet, securat, specialiter confirmat, & noviter firmat ac statuit & decernit in omnibus & per omnia, prout in dicto capitulo continetur.

Deinde idem Dominus *ArchiEpiscopus* publice legit in hunc modum: *Viso &c. quarto capitulo dictorum capitulorum*, cujus tenor sequitur & est talis: *Quarto, quod praedictum unendum concilium &c.* quod de verbo ad verbum iterum, ut supra est registratum, ad finem legit.

Quo facto, legit *schedulam*, tenorem continentem talem:

*Abolet, tollit & irritat quoscumque, processus, sententias, decreta, ordinationes, statuta & poenas &c.* ut in dicto capitulo continetur usque ibi, & quod statuatur.

Item statuit, quod nunquam de ce-

tero ratione vel occasione dicti schismatis aut adhaesionis dicti Domini *Benedicti*, aut & sui prodecessoris, Domini *Clementis*, possit contra dictos Dominos Reges, Principes, & alios de obedientia dicti Domini *Benedicti*, quomodolibet procedi, in judicio, vel extra, ut in fine dicti capituli continetur.

Subsequenter idem Dominus *ArchiEpiscopus Mediolanensis* de mandato supra dicto legit, ut sequitur: *Quinto, quod per dictum formandum concilium &c.* Quo per eum ad finem lecto, legit *schedulam* sub hac verborum forma.

*Approbat, firmat, laudat, & meliori modo, quo fieri potest, plenissime confirmat omnes & singulas concessiones, dispensationes & gratias, factas per Dominum Benedictum praedictum quibusvis personis sine obedientia de quibusvis dignitatibus, ut in dicto capitulo continetur.*

Ex post idem Dominus *ArchiEpiscopus Mediolanensis*, simili mandato, ut supra, recepto, legebat publice, alta & intelligibili voce, ut sequitur.

*Viso etiam undecimo dictorum capitulorum capitulo*, cujus tenor sequitur: *Undecimo, quod dictus Dominus Rex Romanorum*, Quo, ut praefertur, ad finem lecto, legit similiter publice *schedulam* infra scripti tenoris:

*Et attento, quod dicitur in dicto capitulo ibi: Et quod in prima sessione &c.* *Dicta sancta synodus facit, concedit, statuit & ordinat, in omnibus & per omnia, prout in dicto capitulo continetur.*

#### Recepta juramenta.

In MSC.  
Lipf. &  
Wolf.

Quibus sic lectis & completis, Reverendi Patres, *Jacobus Rodini*, sedis Apostolicae protonotarius, & *Johannes*, literarum Apostolicarum corrector, librum Evangeliorum recipientes, primo ad praefatum Serenissimum Principem Dominum *Sigismundum Romanorum & Hungariae Regem*, & deinde ad omnes Dominos, sanctae Romanae Ecclesiae Cardinales, *ArchiEpiscopos*, *Episcopos*, ceterosque Praelatos & *Ambassiatore*s singulos, a dextera, & reverendus Pater *Thomas Polron*, etiam dictae sanctae sedis protonotarius, ac venera-

bilis vir, Dominus *Jacobus Morestini*, sacri palatii Apostolici causarum auditor, similiter librum Evangeliorum sacrosanctorum recipientes, ad Dominos Cardinales, Patriarchas, *ArchiEpiscopos*, *Episcopos*, ceterosque Praelatos, *Ambassiatore*s singulos, a latere sinistras praesentes acceperunt, & ab eis & eorum quolibet tactis per eorum aliquos pectoribus propriis, & per alios sacrosanctis Dei Evangelii, de observando omnia & singula capitula in *Narbona* concordata, in omnibus & per omnia, quantum in eis esset, receperunt juramenta.

Quibus

& singula decreta, statuta, & protestationes, per sacrosanctam generalem synodum Constantiensem nunc facta & edita, & quæ nunc sunt seriosius lecta, ipsa habentes pro sufficienter expressis, & repetitis, vice & nomine Regis & Reginæ nostrorum præfatorum, ac omnium regnorum & terrarum suarum, acceptamus, assentimus, approbamus, & solenniter affirmamus. Et similiter sicut ipsa sancta synodus protestata est, quod non intendit recedere a capitulis in prædicta civitate

Narbonensi concordatis: Ita & nos dictis nominibus solenniter protestamur. Ad quæ Reverendissimus Pater Dominus Johannes miseratione divina Episcopus Ostiensis Vice Cancellarius respondit placet. Super quibus &c.

Deinde Reverendus Pater Dominus Archiepiscopus Mediolanensis præfatus de mandato dictæ synodi sibi de super facto iterum quoddam decretum publice, alta & intelligibili voce, ac de verbo ad verbum legit in hæc verba.

Decretum, quod non obstantibus juramentis licuit ab obedientia Petri de Luna recedere.

*In MSC. Lips. & Wolfenb.* SACROSANCTA & generalis synodus Constantiensis, in Spiritu Sancto legitime congregata, pro bono unionis Ecclesiæ sacrosanctæ autore Deo feliciter consummandæ, considerans, quod per charissimam Ecclesiæ filiam Catharinam Reginam illustrem, charissimi ipsius Ecclesiæ filii, Johannis Regis Castellæ & Legionis, matrem atque tutricem, regni & terrarum suarum gubernatricem, & per nonnullos notabiles Prælatos regnorum & terrarum Regis præfati, requisita & præstita fuerunt juramenta & promissiones de non recedendo ab obedientia Domini Petri de Luna, Benedicti XIII. à nonnullis sic nuncupati, sub certis formis, de quibus in actis, & instrumentis inde confectis latius continetur: Quæ quidem acta & instrumenta, & alias quascunque probationes prædictorum, præfata synodus, de ipsis plene certificata, vult hic habere pro sufficienter expressis: Quodque hujusmodi juramenta & promissiones requisita & præstita fuerunt in impedimentum unionis præfate, propter quæ & illa nulla & irrita esse censentur: Statu-

it, decernit, atque declarat, præfata omnia juramenta & promissiones, ac omnia & singula inde secuta, fuisse & esse cassa, irrita, & nulla, nulliusque roboris, efficaciam vel momenti. Et nihilominus ad cautelam, quatenus de facto processerunt, eas relaxat, cassat, & irritat & revocat. Declarans, præfatos, ut præmittitur, jurantes, & promittentes, ad observantiam prædictorum minime teneri vel obligari.

Quo decreto lecto, Reverendissimus Pater & Dominus, Dominus Johannes Episcopus Ostiensis, hujus sessionis præfatus, nomine totius sanctæ synodi respondit placet.

Super quibus Henricus de Piro &c. Ex post frater Ludovicus de Valleleti præfatus, de consensu suorum Coambasiatorum unanimi, ad tertium publicè agendum accedens, quandam confirmationis subtractionis obedientia Domini Benedicti XIII. in dicta obedientia nuncupati papyri schedulam publice, alta & intelligibili voce perlegit hujusmodi sub tenore,

Schedula confirmationis subtractionis obedientiæ, per Ferdinandum Arragoniæ Regem Papæ Benedicto factæ. Per Ludovicum de Valleleti Regis Castellæ legatum lecta.

*In MSC. Lips. ac Wolfenb.* NOS Didacus, &c. Ambasiatores & procuratores præfati, nomine procuratorio confirmamus & approbamus subtractionem obedientia dudum factam in Perpiniano Domino Papæ Be-

nedicto XIII. per felicis memoriæ Dominum Ferdinandum Arragoniæ & Siciliæ Regem, nomine Serenissimi Domini Regis Castellæ & Legionis, Domini nostri, & per suas literas, sicut in eisdem latius con-

scriptis, quibus petitum Decretum Concilii de modo eligendi futurum Pontificem. Dilem- que fuisse, ad Regem non spectare in rebus Ecclesiasticis sequenda prescribere.

Proposuerant nimirum superiori mense, die 29. Maji vigilia Pentecostæ, Cæ- sari & Concilio Cardinales formulam eligendi novi Pontificis. Hanc rem cum Cæsari non valde placere intelligerent, urgere impensius decretum de forma electionis cœperunt, ut ad ipsam electionem procedi posset. Ast tribus fere mensibus Cæsar votis illis respondere noluit, neque adeo de modo eligendi de- cerni permisit, ne, missâ Reformatione, ad electionem subito se conferrent.

d. 2. Julii  
A. 1417.

Cardinales à Cæsare Sigismundo petierunt,  
die Veneris, 2. Julii, ipso Festo Annunciationis Mariæ, A. 1417.  
ipsius jussu festum Mariæ proxime celebraretur  
pro Papa unico & bono à Deo exposcendo.

Constituerat Cæsar, ut supra monitum, remotis tribus Pontificibus, non ante ad novi Pontificis electionem pergere, quam Ecclesie reformatio desi- deratissima esset in concilio confecta. Non ignotum hoc Cæsaris consilium Car- dinalibus, qui aliter affecti, prius Papam eligi, quam reformationem suscipi o- ptabant. Hinc, quando in eo nationes jam omnes convenerant, nec Benedi- ctum XIII. pro Papa amplius esse agnoscendum, qui & proxime solenni formula erat Papatu exuendus: In novum Pontificem omnia sua direxere statim confi- lia atque vota.

Quæ ut publice constarent, *sacra publica pro hoc negotio* mature facienda es- se augurati. Ne verò Cæsar hoc opere immaturo videretur offendi, rogandus visus, qui ipse diem pro his sacris indiceret, ut Cæsarea hoc fieri auctoritate ap- pareret.

Neque difficulter annuit Cæsar, preces nunquam satis fundi pro salute pu- blica posse, pro sua pietate ratus. Quapropter absque mora Magistratui Con- stantiensi denunciavit ac injunxit, postmodum festum indiceret, proximo die solis celebrandum. Id quod per precones publicos jussu Magistratus sequenti die sabbati factum, teste *Dacherio*.

d. 9. Jul.  
A. 1417.

Gerson Vincentium Ferrerium Theologum Hispanum  
à Flagellantium secta avocare & ad Concilium  
pertrahere contendit

d. Veneris, 9. Julii A. 1417.

Mollissimam illam Gersonis contentionem expressimus supr. Tom. III. Parte  
VII. Cap. I. f. 95.

d. 18. Jul.  
A. 1417.

Literæ Securitatis  
Cæsaris Sigismundi jussu  
Constantiæ affixæ

die Domin. 11. Julii, A. 1417.

*Schelstratenus* Gallos paulo ante d. 17. Junii conquestos dixerat, de libertate per Cæsarem eo ipso læsa, quod reformationem eligendo Pontifici præmitti vel- let. Hac querela motum ait Cæsarem, ut die hoc 11. Julii literas securitatis pu- blicaret, ac in quatuor locis Constantiæ affigi juberet. Quibus literis securitatis pu- blicæ unanimes consensu statutum fuisse, ut ad sententiam definitivam contra Petrum de Luna procederetur. Quod factum brevi post, 26 hujus mensis Julii.

Gerson scripto molle consilium dedit  
de secta flagellantium convincenda,

eodem die Dom. 18. Julii, A. 1417.

Recensuimus supra Tom. III, Parte VII. Cap. II. f. 99.

Quâ quidem missâ finitâ, reverendis-  
simi, reverendique patres, & Domini,  
Domini S. R. E. *Cardinales*, Patriarchæ,  
Archiepiscopi, Episcopi, Abbates, ce-  
terique, ad quos pertinuit, mitras capi-  
tibus imponentes, se cappis pluviali-  
bus, prout est & fuit consuetudinis, in-  
duerunt.

Ac reverendissimus in Christo pater,  
ac Dominus, Dominus *Johannes*, divina  
misericordia Episcopus *Ostiensis*, dictæ R.  
E. *Cardinalis*, & *Vice-Cancellarius*, huic ses-  
sioni præsedit.

Deinde litanis, Evangelio, collectis,

Decretum, per quod mandatur citari Petrus de Luna, ad audiendum  
sententiam ad diem Lunæ proximam, ad valvas eccle-  
siæ exequendum.

Per Antonium Episcopum Concordiensem lectum.

In MSC.  
Brunf.  
& Lips.

Sacrofancta & generalis synodus  
Constantiensis, venerabilibus fratri-  
bus, *Henrico Feltrensi*, *Stephano Dolensi*, *To-  
hanni Pacensi*, *Jacobo Plocensi* (in *Wolf.  
Placentinensi*) & *Parricio Cortagensi*, Episco-  
pis, salutem & Dei omnipotentis bene-  
dictionem.

Frustra iudicium in cognoscendo ge-  
ritur, nisi quod cognitum est judicia-  
li calculo terminetur. Cum itaque  
eadem sancta synodus de meritis causæ  
inquisitionum, pendentes coram eadem  
sancta synodo contra Petrum de Luna,  
Benedictum XIII. à quibusdam nuncu-  
patum, planè cognoverit, & in eadem  
causa ad omnes actus & terminos re-  
quisitos ritè & canonicè processerit,  
decernit & mandat eadem sancta syno-  
dus, eundem Dominum Petrum, Bene-  
dictum XIII. ut præmittitur, nuncupa-  
tum, citari publice in valvis ecclesie *majo-  
ris Constantiensis*, altâ & intelligibili voce,  
dum in eadem ecclesia divina celebra-  
buntur officia: Et cum affixione literarum  
præsentium eisdem valvis, cum de præ-  
senti audientia literarum contradic-  
tarum minimè teneatur: Atque citat per-  
emptoriè, & uno edicto peremptorio pro  
omnibus, ad diem Lunæ XXI. hujus men-

aliisque orationibus solitis devotissimè  
lectis & peractis, reverendus in Christo  
pater, Dominus *Antonius*, episcopus *Con-  
cordiensis*, ambonem publicationis de-  
cretorum & ordinatorum hujus sanctæ  
synodi solitum ascendit, & in eo de  
mandato ejusdem sanctæ synodi spe-  
ciali super hoc facto, publicè altâ & in-  
telligibili voce quandam citationem con-  
tra *Petrum de Luna* factam, ad videndum  
se privari, & alia, seu videndum, prout  
in ipsa citatione plenius continetur,  
perlegit sub his verbis:

*sis Fulii*, ad comparandum in ecclesia *Con-  
stantiensis*, manè, hora, quâ dicta sancta  
synodus sedebit, & sedere consuevit,  
ad audiendum, jus & definitivam sententi-  
am per eandem synodum proferri &  
pronunciari in causa prædicta. Quo-  
circa Fraternalitatibus Vestræ eadem  
sancta synodus mandat & committit,  
quatenus vos, aut unus (in *Lips. duo*)  
vestrum, vocatis ad hoc aliquibus de-  
putatis, vel aliis, præsentibus citationis lite-  
ras in valvis ejusdem ecclesie per alte-  
rum ex dictis Notariis, vobis, aut duo-  
bus vestrum, præsentibus, publicè alta  
& intelligibili voce legi faciatis, ac e-  
undem *Petrum de Luna*, Benedictum  
XIII. ut præmittitur, nuncupatum, in  
forma præmissa citari literasque præ-  
sentes eisdem valvis affigi: Ita quod  
citatio hujusmodi veniat in publicam  
notitiam: Et eidem sacre synodo tem-  
pore sessionis proximè futuræ de gestis  
per vos in præmissis faciatis relationem  
fidelem. Datum *Constantie*, præfata san-  
cta synodo sedente in dicta *Constanti-  
ensi ecclesia*, XI. Kl. *Augusti*, anno N. D.  
M CCCC XVII.

Synodus declarat, festum B. Mariæ Magdalenæ non impedire  
decretum citationis.

In MSC.  
Brunf.  
& Lips.

Quâ quidem citatione sic lectâ, idem  
reverendus pater, Dominus *Antoni-*

*us*, Episcopus *Concordiensis*, adhuc in am-  
bone existens, de mandato dictæ sacro-  
sanctæ

tione, & eandem tanquam contrariam & impeditivam unionis sanctæ matris Ecclesiæ simili modo irritat, atque cassat, & irritas sive irritas esse decernit atque declarat, etiam si super præmissis vel aliquo præmissorum appareant quæcunque literæ sive bullæ, sub anteriori data, quæ tamen ante diem prædictam non fuerunt plenariæ executioni mandata. Et nihilominus ad cautelam absolvit, & absolutos declarat omnes & singulos supradictos, & quoscunque alios, à prædictis sententiis excommunicationis, suspensionis, interdicti, seu privationis, si quas virtute dictæ constitutionis, vel alias quovis modo ex supradictis causis, & ex aliis in prædicta constitutione contentis contraxerint. Nec non omnes processus, tam proprietate quam possessione, privationes etiam beneficiorum, quæ possidebant, & collationes de eisdem aliis factas, aut excommunicationis, suspensionis, vel quascunque alias sententias, in seu contra Venerabiles fratres & dilectos Ecclesiæ filios *Didacum Conchensem Episcopum*, nobilem virum *Ferdinandum Petri de Yala*, militem, charissimi Ecclesiæ filii *Johannis Regis Castellæ & Legionis consiliarios*, *Johannem Episcopum Pacensem*, & *Martinum Ferdinandi*, militem, præpositum Domicellorum dicti Regis Castellæ, ac religiosum virum, fratrem *Ferdinandum de Ylesis*, ordinis minorum, ejusdem Regis Consiliarium, *Ferdinandum Martini*, Segobienensis, & *Didacum Ferdinandi*, Palatinensis, Ecclesiarum, Decanos, & decretorum Doctores, fratrem *Ludovicum* ordinis Prædicatorum *de Valleleti*, in Theologia Parisiensem Magistrum, & *Johannem Ferdinandi de Rupeflore*, decretorum Doctorem, Ambassiatores & procuratores prædicti Regis Castellæ, & *Petrum Ferdinandi* Archidiaconum de Grado, in Ecclesia Onentensi, ipsius Regis Secretarium, prædictos, consanguineos vel familiares ipsorum, à die prima mensis Aprilis A. D. M. cccc. xvi. citra, factos aut promulgatos, irritat, cassat, irrita atque cassa esse denunciatur. Statuitque & decernit, Ambassiatores & Secretarium prædictos, consanguineos vel familiares ipsorum,

perinde ad statum pristinum reducendos, ac si privationes, collationes, processus & aliæ sententiæ prædictæ, factæ & facti, latæ aut promulgatæ minime fuissent, etiam si super procesibus, privationibus aut collationibus, vel sententiis prædictis aliqua bullæ sive literæ appareant sub anteriori data, quæ tamen ante diem prædictam non fuerunt in partibus præsentatæ, & plenariæ executioni mandata.

Eadem quoque sancta synodus omnes provisiones, promotiones & translationes de quibuscunque Ecclesiis, Cathedralibus sive collegiatis, seu ad quascunque Ecclesias, Cathedrales sive collegiatis, & generaliter omnes concessionibus beneficiorum seu dignitatum quorumcunque, etiam per privationes Cardinalium sanctæ Romanæ Ecclesiæ, per præfatum Dominum Benedictum, sic, ut præmittitur nuncupatum, factas, aut morte, cessione aut modo alio vacantium, omnesque & singulas concessionibus & gratias, dispensationesque, quæ tam super matrimoniis contrahendis, quam super beneficiis, & quibuscunque aliis, Regibus, Principibus aut Prælatibus, sive quibuscunque aliis personis, aliis communitatibus & collegiis, & generaliter omnia alia, per eundem Benedictum, sic nuncupatum, infra limites præfati charissimi Ecclesiæ filii *Johannis Regis Castellæ & Legionis*, subiectas seu subiectas, usque ad diem decimam octavam mensis Junii tunc currentis acta, concessa, dispensata, quæ per præfatum decretum non sint aut fuerint cassata, cassave denunciata, & super quibus bullæ, seu quæcunque aliæ literæ ante diem prædictam non fuerint confectæ, præsentatæ aut executæ, pro bono quietis & pacis laudat, approbat & confirmat, atque approbata & laudata esse declarat: Ita tamen, quod per approbationem, sive confirmationem prædictas, nullum præjudicium fiat charissimo Ecclesiæ filio, *Alphonso Arragonum Regi* illustri, nec ipsius Regis matri, uxori aut fratribus vel familiaribus sive consiliariis alicujus eorum: Nec contra eorum aliquem valeat in iudicio vel extra præfata confirmatio sive approbatio allegari.

bus fide dignis testibus, ad præmissa vocatis specialiter & rogatis.

Subsequently missarum solemnibus diei præsentis finitis, nos *Johannes de Azel*, & *Johannes Ginardi*, præsentis causæ Notarii & scribæ prædicti, in præsentia testium infracriptorum hujusmodi citationis bullam, sic, ut præfertur, portis supradictis affixam & extensam, de ipsis portis, siue valvis amovimus, & ad nos duximus recipiendum, & recepimus, juxta super hoc nobis factum mandatû.

Super quibus, extensione, amotione & receptione, præfatus M. *Johannes de Scribanis* promotor, quo supra nomine, sibi fieri petiit unum vel plura publicum seu publica instrumenta, præsentibus ibidem honorabilibus viris, Dominis *Bernharo de Planchea*, Vicario Domini episcopi Burdegalensis, & *Johanne Brussandi*, literarum apostolicarum scriptore, aliisque quàm pluribus testibus fidedignis, ad præmissa vocatis specialiter & rogatis.

d. 26. Jul.  
A. 1417.

Sigismundus Cæsar per precones  
per totam urbem omnibus preces imperavit,  
pro successu ardui in sequenti sessione negotii.

Die Luna, 26. Julii, mane, ante sessionem, A. 1417.

Quod magni esset momenti imminentis sessionis negotium, quando Papa, Benedictus, de sede erat deturbandus, qui ab Hispanis hactenus pertinaciter defensus, & ob cujus ferreum pectus frangendum Cæsar immensos labores subierat: Ante sessionem Cæsar per precones, palam per urbem obequitantes, universos ad preces excitavit, teste *Dacherio*.

## SESSIO GENERALIS XXXVII.

in templo Cathedrali

Præsente Cæsare SIGISMUNDO,

Præsede Johanne Ostiensi Cardinali Vivariensi,

Die Luna, 26. Julii, A. 1417.

Petrus de Luna, Benedictus XIII. Papa, de sede  
Papali solemniter dejectus.

In MSC. Vindob. Dorriano.

In MSC.  
Vind.  
Dorr.

Sessio. Dejectio Petri de Luna.

Anno Domini M CCCC XVII feriâ secundâ, qua fuit XXVI, mensis Julii, fuit sessio publica, in loco consueto, in ecclesia Cathedrali Constantiensi. Ubi missa cantata solenni, more solito, cum ceteris solennitatibus & ceremoniis habitis, depositis & dejectus fuit Petrus de Luna de prætensio Papatu suo, tanquam schismaticus & hæreticus & fautor schismatis antiquati, & privatus omnibus honoribus & dignitatibus &c. Præsentibus & consentientibus Ambassadoribus regum Castella, Navarra & Arragonia. Præsentibus ibidem serenissimo Principe, Domino Sigismundo, Romanorum & Ungaria &c. Regibus cum multis aliis Principibus secularibus, Ducibus, Marchionibus, Baronibus, Militibus &c.

In MSCto Wolfenbutt.

In MSC.  
Wolfenb.

Sessio tricesima septima. Die Luna XXVI. supra dicti mensis Julii, Constantia in ecclesia majori in loco solito fuit publica sessio solemniter celebrata. Pro cujus introductione reverendissimus Pater Dominus Guilielmus tituli S. Marci, S. R. E. Presbyter Cardinalis, Dominus de spiritu sancto devotissime celebravit, ipsiq; sessioni interfuit serenissimus Princeps, Dominus Sigismundus, Romanorum & Ungaria &c. Rex, cum insignibus Regalibus & suis Nobilibus in eisdem sibi servientibus. Præsidebatq; huic sessioni Pontificalibus insignibus reverendissimus Pater, Dominus Johannes, Episcopus Ostiensis S. R. E. Cardinalis & Vice-Cancellarius. Et lectis litaniis aliisque orationibus consuetis, sermoneque, cujus thema erat: *Justum*

putari, relationemque de executione citationis, in ultima sessione decretæ, fieri mandari, per sanctam synodum suam prædictam instantè postulavit.

Petrum de Luna nuper in hunc diem fuisse citatum, publice denunciavit *Henricus Episcopus Feltrensis*.

**E**T tunc reverendus pater, Dn. *Henricus Feltrensis Episcopus*, & alii, secum pro executione citationis prædictæ Commissarii deputati, ambonem publicationis decretorum & ordinatorum hujus synodi solitum ascenderunt. Præmittentes, quomodo ipsi essent ad exequendum sæpe fatam citationem Commissarii per ipsam sanctam synodum deputati. Jam de mandato ejusdem synodi per organum dicti reverendi patris, Domini *Episcopi Feltrensis*, ipsius citationis executionem in scriptis retulerunt. Lecta nihilominus primitus ipsa citatione de verbo ad verbum, prout superius apud acta præsentis causæ extitit registrata, prout in quadam relationis papyri *schedula*, quam Dominus *Episcopus Feltrensis* publicè alta & intelligibili voce de verbo ad verbum perlegit, cujus tenor sequitur in hæc verba:

*Reverendissimi Patres, & Domini. Reverendus pater, & Dominus Dolensis, & ego Feltrensis, Episcopi, per vestras reverendissimas paternitates ad infra scripta deputati, die Jovis proxime præteritâ, qua fuit dies XXII. præsentis mensis Julii, post decretum*

Petrus de Luna denuo citatus

**H**is sic peractis, *M. Henricus de Piro*, promotor & procurator nomine quod supra, iterum dicti Domini *Petri de Luna*, ab aliquibus Benedicti XII. nuncupati, non comparentis, neque sententiam ferri in hac causa audire curantis contumaciam accusavit, ipsumque contumacem reputari, & in valvis ecclesiæ præfatæ per certos Commissarios vocari, mandari, ut moris est, ad superabundantiorè cautelam, per sanctam synodum præfatam instantius postulavit.

Et tunc reverendissimi patres & Domini, Domini, *de Comitibus, & de Flisco, Cardinalis*, per sanctam synodum ad hoc specialiter deputati, de ejusdem sanctæ synodi mandato una cum Protonotariis, & præsentis causæ Notariis, ac *Johanne Snepper*, sedis apostolicæ cursore, locum sessionis solitum prædictum exeuntes, ad valvas ecclesiæ præfatæ acces-

*ad audiendum sententiam ad hodiernam diem, qua est XXVI. dies dicti mensis, in sessione publica tunc facta, concessum, dum essent incepta divina officia, accessimus una cum pluribus Protonotariis & Notariis, ad tres principales hujus cathedralis ecclesiæ Constantiensis valvas, & in eisdem dicta citationis literas sub bulla blumbea sacri hujus concilii confectas per alterum de Notariis prædictis alta & intelligibili voce legimus, & dictum Dominum Petrum de Luna juxta & secundum dictarum literarum tenorem citavimus, & deinde literas ipsas eisdem valvis affigi fecimus, ipsasque sic affixas donec divina officia essent celebrata, ibidem dimitti fecimus. De quibus tam nos quam Johannes de Scribanis, procurator hujus sacri concilii, petivimus fieri publica instrumenta ad perpetuam rei memoriam. Et referimus eisdem reverendissimis paternitatibus*

Quâ *schedula & relatione* in scriptis lecta & facta, nos præsentis causæ Notarii, atque scribæ prædicti hujusmodi executionem, sicut prædicitur, fore factam, etiam verbo confirmavimus, ipsam relationem per omnia approbantes.

ad audiendum sententiam. *serunt, & ibidem per organum prælibati Johannis Snepper* cursoris, publicè, & altâ voce tribus vicibus successivè dictum *Petrum de Luna, Benedictum XIIII.* ab aliquibus nuncupatum, vocavimus, in hæc verba, vel saltem eis in effectu similia: *Est hic Petrus de Luna, Benedictus XIIII. ab aliquibus nuncupatus, vel aliquis pro eo, qui compareat coram dicta sancta synodo, ad audiendum in scriptis ferri sententiam definitivam in causa schismatis & heresis contra ipsum motâ.*

Quâ vocatione sic factâ, nullus pro dicto Domino Petro nec ipse comparuit, aut responsum dedit.

Super quibus omnibus & singulis præmissis tam dicti Domini deputati, quam *M. Johannes de Scribanis*, promotor, quod supra nomine, sibi fieri petierunt unum vel plura publica instrumenta. Præsentibus ibidem honorabilibus & discretis viris

luit exaudire: Quot sint postmodum testes adhibiti: Quibus etiam minime exauditis, necesse fuit, secundum prædictam Christi evangelicamque doctrinam, dicere ecclesiæ: Quam quia etiam non audivit, habendus sit tanquam ethnicus & publicanus: Capitula, in causa inquisitionis fidei & schismatis, coram præsentis sanctæ generali synodo super præmissis, & aliis, contra eum edita, ac illorum veritas & notorietas declaravit manifeste. Super quibus rite & canonicè processu, ac omnibus rite actis, ac diligenter inspectis, habitaque super ipsis deliberatione matura: Eadem sanctæ generalis synodus, universalem ecclesiam repræsentans, in dicta inquisitionis causa pro tribunali sedens, pronunciat, decernit & declarat per hanc definitivam sententiam in his scriptis, eundem Dominum *Petrum de Luna*, Benedictum XIII, ut præmittitur nuncupatum, fuisse & esse *perjurum, universalis ecclesiæ scandalizatorem, fautorem & nutritorem* inveterati schismatis, inveteratæ scissuræ & divisionis ecclesiæ sanctæ Dei, *pacis & unionis ejusdem ecclesiæ impeditorem, & turbatorem schismaticum, & hereticum à fide devium, & articuli fidei, Unam sanctam Catholicam ecclesiam, violatorem pertinacem, cum scandalo ecclesiæ Dei incorrigibilem, notorium & manifestum, atque omni titulo, gradu, honore, & dignitate se reddidisse indignum, a Deo ejectum & præcisum, & omni jure, eidem in Papatu & Romano Pontificio ac Romana ecclesiæ quomodolibet competente, ipso jure privati, & ab ecclesiæ catholica, tanquam membrum aridum præcisum. Ipsumque Petrum, quatenus de facto Papatum secundum se tenet, eadem sanctæ synodus Papatu & summo ecclesiæ Romanæ Pontificio, omnique titulo, gradu, honore, dignitate, beneficiis & officiis quibuscunque, ad omnem cautelam *privat, & deponit & abjicit.* Eidemque inhibet, ne deinceps pro Papa, aut Romano & summo Pontifice se gerat, omnesque Christicolæ ab ejus obedientia, & omni debito obedientiæ ipsius, atque juramentis & obligationibus eidem quomodolibet præstitis, absolvit, & absolutos*

fore declarat: Ac omnibus & singulis Christi fidelibus inhibet, sub pœnis favoritæ schismatis & hæresis, atque privationis omnium beneficiorum, dignitatum, & honorum, ecclesiasticorum & mundanorum, & aliis pœnis juris, etiam episcopalis, Patriarchalis, Cardinalatus, regalis sit dignitas, ac Imperialis: Quibus, si contra hanc inhibitionem fecerint, sint auctoritate hujus decreti & sententiæ ipso facto privati, & alias juris incurrant pœnas: Ne eidem Petro de Luna, schismatico & hæretico incorrigibili, notorio, declarato, & deposito, tanquam Papæ obediant, & deposito, intendant, aut eum quovismodo contra præmissa sustineant, vel receptent, sibi que præstent auxilium, consilium, vel favorem.

Declarat insuper & decernit, omnes & singulas inhibitiones, omnesque processus, sententias, constitutiones, & censuras, & alia quæcunque, per eum factos, factas, & facta, quæ possent præmissis obviare, irritos, irritas, & irrita, atque irritat, revocat & annullat. Ceteris pœnis, quas in præmissis casibus jura statuunt, semper salvis.

Hac schedula, sive sententiæ lecta, eidem Dominus *Stephanus Episcopus Dolensis* ex parte dictæ synodi publice & alta voce dixit in effectu: *Quamvis in processu cause hujusmodi nullus possit defectus allegari, tamen sanctæ synodus prædicta ad superabundantiorē cautelam omnes supplet defectus, si qui intervenissent.*

Ad quæ omnia præmissa hujus sessionis Præsidens præfatus nomine totius synodi per verbum placet respondit.

Super quibus omnibus & singulis præmissis, Magister *Henricus de Piro*, procurator & promotor prædictus, nomine, quò suprâ, sibi à Proto-Notariis & Notariis hujus sanctæ synodi ad futuram rei memoriam unum vel plura fieri petiit publicum seu publica instrumenta.

Præsentibus ibidem reverendissimis in Christo patribus, S. R. E. Cardinalibus, & omnibus, pro tunc *Johanne Dominici, Ragonusino* vulgariter nominato, duntaxat excepto, ac illustrissimo, & illustribus Principibus, ac Dominis, *Sigismundo, Romanorum & Ungariae &c. Rege, Friderico.*

Car. Olli  
pro omni  
hu. resp.  
dicitur  
MS.  
Brevi

potestate iudicibus prius data, ut cognoscant cum aliis iudicibus, & causam sine debito terminent & finiant.

Item in dicta sessione provisum fuit Domino Nicolao, episcopo Spalatino, de dicta ecclesia Spoletana, quia dudum in sessione olim Domini Gregorii decretum fuit per sacrum concilium, quod, ubicunque duo concurrerent in eodem titulo, uno defuncto, superstes sine omni contradictione deberet manere quietus in dicto titulo. Sic fuit, hic factum. Quia aduersarius dicti Domini Nicolai viam aniverse carnis ingressesus, dicto Domino Nicolao superstite, provisum fuit de dicta ecclesia Spoletana.

Item in dicta sessione per sacrum concilium revocatum fuit privilegium, datum Ambasiatoribus Regis Arragonia, de vocibus Pralatorum habendis in Sicilia, & in insulis maris in natione eorum. Quia inventum fuit & decretum, quod dictum privilegium fuit contra capitula inita in Narbona, & etiam per circumventionem dictorum Ambasiatorum, qui dixerunt, quod Ambasiatores Regis Castella in eorum adventu de dicto privilegio recederent bene contentos &c. Quod non fecerunt. Quare revocatum fuit, licet dicti Ambasiatores reclamaverint.

#### Argumentum in Lipsiensi Codice obvium.

In MSC.  
Lips.

Die Mercurii vicesima octava supradicti mensis Julii, Constantia in majori Ecclesia, in loco solito, hora horologii sexta vel quasi, ante meridiem fuit tenta dicta sacrosancta synodi sessio publica, & sollemnissime celebrata. Pro cuius sessionis introductione Reverendus Pater, Dominus Nicolaus Assisinatensis missam de beata Maria virgine gloriosa devote celebravit. Et huiusmodi missa finita, Reverendissimi, reverendique Patres & Domini, Sancta Romana Ecclesia Cardinales, Patriarcha, Archi-Episcopi, Episcopi, caterique, ad quas pertinuit, mitras capitibus imponentes se cappis pluvialibus induerunt. Reverendissimusque in Christo Pater, & Dominus Dominus Johannes miseratione divina Episcopus Ostiensis, dicta Ecclesia Cardinalis & Vice-Cancellarius Pontificalibus indutus huiusmodi sessioni praesedit. Deinde litanis, Evangelio & orationibus, & sollemnitatibus solitis lectis & peractis, Venerabilis Vir, Dominus Petrus de Lamburga, in decretis Licentiatum, ambonem publicationum publicum ascendens, de mandato dicta sancta synodi sibi super hoc facto quoddam decretum publice, alta & intelligibili voce, ac de verbo ad verbum perlegit sub his verbis: Decretum irritans &c. Vid. infr.

Adjunguntur Commissarii &c. Vid. infr. subsequenter Magister Petrus de Lamburga praefatus adhuc in ambone publicationis praedicta existens, unum aliud decretum de mandato consimili ipsius sancta synodi similiter facto sibi, publice alta & intelligibili voce perlegit in hunc modum: Decretum revocationis &c.

Quo decreto lecto, Sperans in Deo, unus de Ambasiatoribus Regis Arragonum praedicti, in medio surgens, dictumque decretum in nationibus non fore positum allegans, idem de nullitate ipsius decreti publice fuit protestatus.

Ex post reverendi Patres & Domini, Jacobus Turonensis Gallicana, Abbas monasterii Castadiani Italica, Petrus Teringer Germanica, Bernhardus de Planchea Anglicana nationum praesidentes, expresse dixerunt, & retulerunt, huiusmodi decretum, in nationibus fore lectum, & ipsis nationibus placuisse, ut legeretur.

Et tunc Reverendissimus Pater & Dominus, Dominus Johannes, miseratione divina Episcopus Ostiensis, & Vice-Cancellarius, & huiusmodi sessionis praesidens, nomine totius synodi super praemissis omnibus respondit, placet.

Super qua quidem decreti lectione & aliis praemissis venerabilis & circumspicui Viri, Dominus Decanus Segobienensis, Ambasiator Regis Castella, nomine eiusdem Domini Regis a protonotariis & notariis huius sacri concilii atque scribis praedictis, & Augustinus de Pisis advocatus consistorialis nomine Archi-Episcopi Pisani similiter ad futuram rei memoriam petierunt, & quilibet eorum petiit unum, vel plura, publicum seu publica instrumenta.

Deinde Magister Henricus de Piro, promotor & procurator praedictus nomine, quo supra, a protonotariis & notariis praedictis unum vel plura, publicum seu publica fieri petiit instrumenta.

Quibus sic peractis idem Dominus Petrus de Lamburga adhuc in loco publicationis fuit

tum per omnes nationes. Et quod juxta decreta concilii, illa, quæ non transierant per singulas nationes, nullius sint efficaciam & momenti, petierunt revocari, & pro revocatis haberi. Et alias protestatus de nullitate ejusdem.

Similiter fuit dictum per Oratores Infantis Regis Arragonum.

Quibus prolatis, synodus per organum reverendissimi patris, Domini Johannis Episcopi Ostiensis, tanquam præsentis, respondit: *Placet*, ipsum decretum approbando. Et ne verteretur in in dubium, quod illud decretum non fuisset deliberatum per nationes singulas, levaverunt se *Præsidentes nationum*, qui receperunt à nationibus in mandatis, juxta relationem illorum, qui fuerunt deputati ad componendum & concordandum, atque concludendum decretum super hujusmodi defensione. Inter quos fuit primus reverendus pater, Dominus *ArchiEpiscopus Cironensis* pro natione Gallicana, tanquam Præsidentis, *Petrus Dettinger*, pro Germanica, *Abbas Caserdinantensis* pro natione Italica, *Vicarius Burdegalenensis* pro Anglicana, & *Archidiaconus Burgenensis*, pro Hispanica, & dixerunt, ita fore *deliberatum per nationes*, & dedisse in mandatis suis deputatis, ad concipiendum decretum de jure, in illa materia, quæ debebat pronunciari in sessione.

Deinde fuit lecta una bulla dirigenda *communitati Spoletanensi* in Italia, in favorem Domini *Nicolai de Vianis*, Provisi Spoletanensis. In qua bulla scribebat synodus dictæ communitati & capitulo ecclesiæ Spoletanensis, quod non eligant alium pastorem per mortem Domini Jacobi de Thoamo, Episcopi Spoletani, cum dictus Dominus *Nicolaus a-*

liàs sit provifus de dicta ecclesia. Et dicta bulla, ex quo non transiverat per omnes nationes, neque in eis conclusa, non fuit completa.

Postremò Dn. *August. de Pisis*, tanquam unus de populo civitatis Pifanæ, aut aliàs tanquam procurator *ArchiEpisc. Pifani*, protestatus fuit, qualiter sicut aliàs dixit, quod insula *Cursitanensis* quoad spiritualia esset de provincia Pifana, qualiter aliàs fuisset protestatus, quod decretum tunc in favorem *Arragonensis* concessum præjudicaret provinciam Pifanæ, & *ArchiEpiscopo Pifano*. Idcirco tunc contradixerat. Et ex quo tunc contradixit, modò autem decreto præsentis, quod illud cassat atque tollit, acceptat tanquam procurator dicti *ArchiEpiscopi*, & aliàs tanquam unus de populo civitatis Pifanæ.

Quæ protestationes per concilium & synodum hinc inde fuerunt admiffæ. Et ipsum concilium & synodus mandarunt *Protonotariis* & *Notariis*, atque *Scribis prædictis*, fieri desuper tot, quot sunt necessaria, publicum & publica instrumenta. Præsentibus prædictis Dominis Cardinalibus, *Franciæ*, *Angliæ*, *Arragoniæ*, *Castellæ*, *Portugalliæ*, *Neapolitani*, *Cypri*, *Sveciæ*, *Norwegiæ*, *Poloniæ*, ac *Hungariæ*, *Dalmatiæ* &c. *Regum Ambaffiatoribus*, ceterisque nobilibus, Doctoribus, & suppositis concilii in multitudine copiosa, testibus ad præmissa vocatis specialiter, & rogatis.

Tenores verò decreti *Castellanorum Commissionis* in causa *Argentinenfis*, nec non decreti *sublationis vocum Arragonensium in natione Hispanica*, sequuntur, & sunt tales:

Decretum irritans pœnas à Petro de Luna quondam latas contra Ambaffiatores Infantis Henrici.

Per Petrum de Lymburga lectum.

In MSC.  
Brunsv.  
& Lips.

Sacrofancta generalis synodus Constantiensis in spiritu sancto legitime congregata, ex certis ac justissimis causis, eandem synodum moventibus, nuper omnes processus, tam super proprietate, quam possessione, privationes etiam beneficiorum, quæ possidebant, & col-

lationes alias de eisdem factas, aut ex communicationis, suspensionis, & verquasque alias sententias, in seu contra venerabiles fratres, ac dilectos ecclesiæ filios, Ambaffiatores & procuratores charissimi ecclesiæ filii, *Johannis Regis Castellæ*, consanguineos & familiare-

eis, etiam cum potestate in hujusmodi causa quamcunque sententiam interlocutoriam etiam vim definitivam habentem proferendi, processus necessarios decernendi, declarandi, aggravandi & reaggravandi, & invocandi, si opus fuerit, auxilium brachii secularis.

Reservato tantummodo sanctae Synodo calculo finalis & principalis definitivae sententiae, in sessione publica, super indemnitate Ecclesiae Argentinensis, relatione processus prius facta, proferendae.

Decretum revocationis vocum Ambassiatoribus Regis Arragonum concessarum.

In MSC.  
Lips. &  
Wolfenb.

Sacro sancta generalis synodus Constantiensis &c. Cum per capitula Narbonae concordata inter caetera cautum fuerit, quod non ordinentur, statuatur, vel fierent aliqua, directe vel indirecte, concernentia aut tangentia Dominos Reges, Principes, Praelatos & alios de obedientia Petri de Luna à nonnullis olim Benedicti XIII. nuncupati, vel aliquem ipsorum: Et post per hanc synodum concessum fuerit Ambassiatoribus & oratoribus carissimi Ecclesiae filii, Regis Arragonum, praesentibus tunc, & aliis venturis etiam, per modum conventionis & pacti, quod dicti oratores in natione Hispanica hoc durante concilio haberent vocem tantae virtutis & auctoritatis, quanta essent voces omnium Praelatorum, & Ecclesiasticarum personarum, regnorum & terrarum dicti Regis, quae possidet citra & ultra mare, qui ad generale concilium sunt assveti vocari: Cum protestatione tamen hinc inde facta, quod praemissa intelligerentur concessa sine praesudicio dictorum capitulorum, prout in decreto super hoc facto latius continetur: Verum, cum Ambassiatores charissimi Ecclesiae filii Regis Portugalliae illustris publice concessioni hujusmodi se opposuerint, & cum de hujusmodi concessione tractaretur, & timeretur, quod advenientes Ambassiatores charissimi Ecclesiae filii Regis Castellae illustris ipsi verisimiliter de hujusmodi concessione sive decreto turbarentur, & conquererentur, prout jam super hoc gravem exposuere querelam, asserentes, hujusmodi concessionis obser-

vantiam in eorum tendere laesionem & fore contra praedicta capitula concordata: Pendenteque hujusmodi tractatu praefati Ambassiatores Regis Arragoniae saepius in effectu dixerunt & asseruerunt, quod dictos Ambassiatores Regis Castellae redderent contentos, & cum eisdem super hoc bene concordarent, & contra eorum voluntates dictis vocibus uti nollent: Propter has & rationabiles alias causas, Attento etiam, quod ex hac quaestione agenda in hac synodo differri & impediri possent, prout haec nonnulla, bonum unionis ecclesiae concernentia, retardata & dilata fuerunt: Eadem sancta synodus, volens in omnibus & per omnia eisdem capitulis inhærere, & unumquemque in sua justitia confovere, pro bono pacis & concordiae partium praedictarum, ac nationis Hispanicae, & suppositorum ejusdem, ex certa scientia decernit & declarat, quod Ambassiatores Regis Arragonum praedictis vocibus Praelatorum, & aliorum absentium, qui ad concilium convenerant evocari, quae eisdem concessae fuerunt extra Hispaniam, ut praesententur in natione Hispanica supradicta, sed quod singuli Ambassiatores Regum Castellae, Arragoniae, Portugalliae & Navarrae, habeant & praesentent in natione supradicta voces omnium Praelatorum, & aliorum absentium, qui convenerant ad concilium & vocari, solum & duntaxat regnorum & dominiorum suorum, quae habent in Hispania.



Stabile prorsus ac solidum promissum esse debet, in quo fundata est tantorum spes & tranquillitas omnium fidelium populorum. Sed qui decipiunt, juxta sententiam Senecæ, nihil habent solidum. Tenuis est mendacium, perlucet, si diligenter inspexeris.

Digne igitur eos, Patres & Dni, juxta scripturæ præceptum condemnando, perdidit ecclesia. Perdes enim, inquit, eos, qui loquuntur mendacium, Psal. V. Reddit autem hujus perditionis rationem Augustinus, dicens: Perdes omnes, qui loquuntur mendacium, hoc est, veritati contrarium. Sed ne quis putet aliquam substantiam vel naturam veritati esse contrariam, intelligat, ad id, quod non est, pertinere mendacium, non ad id, quod est. Si enim dicitur, quod est, verum dicitur. Si autem hoc dicitur, quod non est, mendacium est. Ideo inquit: Perdes eos, qui loquuntur mendacium, quia recedentes ab eo, quod est, ad id, quod non est, declinant.

Sed ubi olim horum Pontificum juramenti observatio? numquid non ipsi legerunt: Qui facit irritum juramentum, & solvit pactum, in medio Babylonis morietur. Et intra: Vivo ego, dicit Dominus, quoniam juramentum, quod speravit, & factum, quod prævaricatus est, ponam in caput ejus, ut expandam super eum rete meum, & comprehendetur sagena mea, & adducam eum in Babylonem, & judicabo eum ibi in prævaricatione, quia despexit me, scribitur Ezech. XVII.

Non enim, Patres & Domini, olim horum Pontificum, illius populi Romani Imperatoris Marci regula, fides. Qui, ut primo de Civ. Dei, c. XV. refert Augustinus, propter juris jurandi fidem nec remanere in patria elegit, nec inde quolibet ire, sed ad suos acerrimos inimicos redire voluit, à quibus novo ac prius inaudito nimium horribili supplicii genere cruciatus & extinctus est. Deos, per quos juraverat, certe sic ille coluit, ut etiam vita carere, quam ipsos offendere maluit. Nostri autem olim Pontifices, postergato Dei honore ac salute Christianæ religionis, elegerunt potius rumpere jurisjurandi fidem, quam fumum scintillæ mundi & gemmati verticis, quam gloriam serici & purpurei tegminis, quam factum, caduci honoris observantiam. Dilectores, inquit, hujus seculi putant: Parvi cordis, & segnitis animi, terrenas opes spernere, honores acciduos fastidire, nec quærere gloriam. Ubi laudatur peccator in desideriis animæ suæ: Et iniqua serunt: Bene dicitur. Legant pariter & catholicam partem libelli De vita secularia. Ubi ait, contemptus iste rerum temporalium, ad quæ tendat, & qualia concupiscat. Nihil hujusmodi mentibus rectius, nihil invenitur erectius, quæ sanctissimis desideriis universa transcendunt, neque ad ullam creaturam, quamvis potentem ac mirabilem, sed ad ipsum omnium visibilium ambiunt creatorem, cui appropinquare calefcere est, quem timere gaudium est, cui servire regnare est.

Nec ultra mirum, si super pastores iratus est furor Domini, Zach. X. Ex quo vota impleri tardantur emissa: Imo verius manifestissime recusantur, aperto contemptu divinæ legis, dicentis: Cum votum voveris Domino Deo tuo, non tarda redere. Quia requireret illud Dominus Deus tuus, & si moratus fueris, reputabit tibi in peccatum. Quod enim semel egressum est de labiis tuis, observabis & facies, sicut promissisti Domino Deo tuo, & propria voluntate & ore tuo locutus es, scribitur Dent. XXI. Tu ergo, qui vovisti Papatui cedere, redde altissimo votum tuum.

Ecce ergo, Patres & Domini, monstrante experientia videtis, qualiter illorum olim Pontificum promissa fides rumpitur, gemit decor honestatis, sacrum factum perditur, fugit valor firmitatis, emissum votum spernitur, cadit fervor bonitatis. Corrupti sunt igitur, inquit Psalmista Psalm. XIII. & abominabiles facti sunt in studiis suis, dum non Deum, dum non unitatem Christi corporis, sed hoc seculum amant, cujus affectiones animam corrumpunt. Ambo declinaverunt simul, non est ex eis, qui faciat bonum. Ideo contritio & infelicitas in viis eorum. Imo illic trepidaverunt timore, ubi non erat timor. Timuerunt regnum terre, num amittere, ubi non erat timor, & amittent certe regnum caelorum, quod certe

*sepulta in eo ossa hominum profanorum, qui descenderunt in infernum cum animis suis, & fuerunt iniquitates eorum in ossibus eorum, Ezech XXXII. Et immundicia tertia seu pollutio per effusum in eo sanguinem, seu semen, aut fluxum immundorum. In fornicationibus & immundiciis polluta est ecclesia. Filii Babylonis polluerunt eam in stupris suis, & polluta est ab eis, Ezech. XXIII. Polluerunt templum sanctum tuum, & posuerunt morticina servorum tuorum, psalm. LXXVIII.*

Et hujusmodi tres immundicia moralitate mystica nobis signant tres spirituales pollutiones, quibus nostra supra modum inquinatur ecclesia.

Nam prima denotat intolerabilem in ea cœtum *Præfidentium*, proh dolor per *simorum*. Quæ transumptiva idola sunt, juxta Zachariam c. XI. *ô pastor & idolum.*

Secunda signat detestabilem in ea numerum, in abusionibus, enormitatibus & cultu rituum blasphemorum. De qualibet ossibus dici poterit illud Jerem. VIII. *Ejecit Dominus ossa Regum juda, ossa sacerdotum, & ossa eorum, qui habitaverunt Jerusalem, de sepulchris suis in sterquilinum, super faciem terra erunt.*

Et tertia signat abominabilem in ea luxum. Injuste egerunt contra legem Sophon. III. *polluerunt sanctuarium meum & Sabbata mea profanaverunt, Ezech. XXIII.*

Injusta ergo radice triplici constat status ecclesie pristini calamitas dolorosa, quæ notatur in immundicia.

Non enim vocavit nos Deus in immundiciam, sed, *Accipiant, qui vocati sunt sanctificationem.* Videlicet quia hæc est voluntas Dei, vestra sanctificatio, quæ sanctificat vocatos suos, Soph. I.

Et hæc expectati remedii felicitas gaudiosa, sanctificatio scilicet ecclesie, ad quam vocati sumus: Quod erat membrum tertium ex consideratione triplici ad statum diffusius perstringendum.

Intueamur tamen primitus, qualiter secunda particula Epistolarum officii hæc tria præmissa in se continet, & ordine ipso, quo recitata sunt. *Si enim sanguis hircorum vel vitulorum aut cinis vituli aspersos inquinatos sanctificat &c. Quanto magis sanguis Christi, qui semetipsum obtulit immaculatum Deo. Ecce vocantis altissimi benignitas gratiosa.*

Vocavi, inquit Crucifixus noster, & renuisti, extendi manus meas in cruce, & non erat, qui aspiceret. *Prov. II. ô indurati filii Adæ, quos non emollic tanta Domini vocantis benignitas! Bene in sermone quodam in textu subditur: Emundabit ab operibus mortuis.* Ecce status ecclesie pristini calamitas dolorosa. Quia immundicia ex operibus mortuis, mortiferis scilicet abusionibus, de quibus jam creditur emundanda.

Et demum annectitur, *ad serviendum Deo viventi.* En expectati remedii felicitas gaudiosa, sanctificatio seu reformatio ecclesie, per quam liberati serviemus Domino in sanctitate & justitia *Luc. I.* Christo scilicet, qui dilexit ecclesiam & semetipsum tradidit pro ea in passione sua, scilicet, quam hodie exordimur, ut illam sanctificaret, mundans lavacro, & exhiberet sibi gloriosam, *Ephes. V.*

Præterea, Reverendissimi Domini, ut planiori stylo potiar, reconciliatio ista seu reformatio ecclesie in hunc fundari debet respectu trifario: Ut idola, id est pastores iniqui legitimis processibus conterantur. Nam hoc est expectatum remedium contra primam immundiciam: Ut enormitates & abusiones contrariis sanctionibus evellantur, contra secundam: Ut luxurie & libidines, nec non humilium oppressiones à nostris Præsulibus retrahantur, contra tertiam, quæ stat in semine & sanguine, velut supra.

Accipiant ergo qui vocati sunt, libenter ecclesie reformationem. Quia non vocavit nos Deus in immundiciam, sed in sanctificationem. Audite me *Levitæ, & sanctuario, 2. Paral. XXIX.*

Quoad primum enim istorum membrorum, sanctificanda in proœmio speratur ecclesia per contritionem illius idoli, Domini videlicet Petri de Luna, quod salva semper reverentiâ obedientiæ suæ dico, et si verissime prius in Papatu sterisset, tur

Intuere ergo & mirare  
Optime lector  
tertiam hanc eamque magnam  
Magni Constantiensis Concilii  
periodum,  
Benedicti XIII. Papæ  
Petri de Luna  
fatalem periodum,  
in *Pisano* quidem nupero *Concilio*  
A. M CCCC IX.

**CÆSARE RUPERTO**

definitam,  
Mox autem  
magno zelo urgente  
Christianissimo  
**CÆSARE SIGISMUNDO,**  
applaudentibus omnibus Christianis Regibus  
ac Principibus,  
adjuvantibus Cardinalibus,  
Patriarchis, Archiepiscopis  
& Episcopis innumeris,  
in publico Christiani orbis theatro  
sub cælo Germanico,  
in urbe Imperiali, Constantiæ,  
A. M CCCC XVII.  
plene planeque confectam,  
Hodie  
seculo pene tertio elapso  
ex antiquissimis Codicibus MSCtis  
A. M DC IC.

curate descriptam  
ac mense Aprili absolutam  
Gloriosissime Imperante  
**CÆSARE LEOPOLDO**  
TRIUMPHATORE

